



Wealthcap Fondsportfolio Private Equity 21
GmbH & Co. geschlossene Investment KG

Verkaufsprospekt

Verkaufsprospekt

einschließlich Anlagebedingungen, Gesellschaftsvertrag und Treuhandvertrag
nach § 316 Abs. 1 Nr. 4 KAGB

für die

**Wealthcap Fondsportfolio Private Equity 21 GmbH & Co.
geschlossene Investment KG**

Stand: 08.01.2018

ANLAGEKLASSE PRIVATE EQUITY

Wealthcap Fondsportfolio Private Equity 21

I. DAS ANGEBOT IM ÜBERBLICK	6
II. DIE INVESTMENTGESELLSCHAFT	9
1. Name der Investmentgesellschaft	9
2. Geschäftsjahr der Investmentgesellschaft	9
3. Zeitpunkt der Auflegung, Laufzeit und Auflösung	9
4. Persönlich haftende Gesellschafterin	9
5. Treuhänderin	10
6. Anlageziel, Anlagestrategie und Anlagepolitik	10
7. Änderung der Anlagestrategie und Anlagepolitik	14
8. Profil des typischen Anlegers	14
9. Risikoprofil der Investmentgesellschaft	14
10. Wesentliche Risiken	14
11. Liquiditätsmanagement	29
12. Umstände, unter denen Fremdkapital eingesetzt werden kann, sowie Belastungen und Handhabung von Sicherheiten	29
13. Wertentwicklung	30
III. KAPITALVERWALTUNGSGESELLSCHAFT	31
1. Grundlagen	31
2. Verwaltungsfunktion	31
3. Haftung	32
4. Zusatzfunktion der Verwaltungsgesellschaft als Treuhänderin	32
5. Dauer und Beendigung der Bestellung und Ausscheiden aus der Investmentgesellschaft	33
6. Anwendbares Recht und Gerichtsstand	33
7. Übertragene Verwaltungsfunktionen/Auslagerung/Interessenkonflikte	34
8. Vergütungspolitik der Verwaltungsgesellschaft	34
9. Sonstiges	35
IV. ANTEILE	36
1. Anteilklassen, Vorzugsbehandlung und faire Behandlung	36
2. Art und Hauptmerkmale der Anteile	36
3. Ausgabe und Rücknahme der Anteile	39
4. Eingeschränkte Übertragungsmöglichkeiten und Handelbarkeit	41
5. Volatilität	42
V. VERTRAGSBEZIEHUNGEN DER INVESTMENTGESELLSCHAFT	43
1. Platzierungsgarantievertrag	43
2. Eigenkapitalvermittlungsverträge	43
3. Darlehensvertrag	43
4. Vertrag über die Einräumung einer Kreditlinie	44
5. Zweckgesellschaft	44
6. Sonstige Dienstleister	45
VI. KOSTEN	46
1. Ausgabe- und Rücknahmepreis, Abfindungsguthaben	46
2. Kosten auf Ebene der Investmentgesellschaft	47
3. Sonstige vom Anleger zu entrichtende Kosten	50
4. Vergütungen und Kosten auf Ebene von Zielfonds und Zweckgesellschaft(en)	51
5. Offenlegung	52
6. Gesamtkostenquote	52

VII. ERMITTLUNG UND VERWENDUNG DER ERTRÄGE/BEWERTUNGSREGELN	53
1. Ermittlung der Erträge	53
2. Verwendung der Erträge	53
3. Bewertung	53
VIII. BEDEUTSAME STEUERVORSCHRIFTEN	55
1. Allgemeine Hinweise	55
2. Einkommensteuerliche Behandlung der Investmentgesellschaft	55
3. Gewerbesteuer	57
4. Besteuerung des Anlegers	59
5. Umsatzsteuer	61
6. Sonstige steuerliche Aspekte	61
IX. VERWAHRSTELLE	66
1. Grundlagen	66
2. Aufgaben/Interessenkonflikte	66
3. Haftung	66
4. Unterverwahrung/Ausgelagerte Verwahrungsaufgaben/Interessenkonflikte	66
5. Aktuelle Information	66
X. BERICHTE, GESCHÄFTSJAHR, PRÜFER, OFFENLEGUNG VON INFORMATIONEN	67
XI. VERBRAUCHERINFORMATIONEN BEI AUSSERHALB VON GESCHÄFTSRÄUMEN GESCHLOSSENEN VERTRÄGEN UND FERNABSATZVERTRÄGEN ÜBER FINANZDIENSTLEISTUNGEN	68
1. Investmentgesellschaft	68
2. Persönlich haftende Gesellschafterin/Komplementärin der Investmentgesellschaft	68
3. Verwaltungsgesellschaft/Treuhandkommanditistin	69
4. Name und Anschrift des für die Verwaltungsgesellschaft handelnden Vermittlers	69
5. Wesentliche Leistungsmerkmale, Informationen zum Zustandekommen des Vertrages	69
6. Preise	70
7. Weitere vom Anleger zu zahlende Steuern und Kosten	70
8. Spezielle Risiken der Beteiligung	70
9. Sprache und Gültigkeitsdauer der zur Verfügung gestellten Informationen	70
10. Zahlung und Erfüllung der Verträge, Verzugszinsen, weitere Vertragsbedingungen	70
11. Widerrufsrechte	71
12. Mindestlaufzeit der Verträge, vertragliche Kündigungsregelungen	71
13. Rechtsordnung/Gerichtsstand	72
14. Vertragssprache	72
15. Außergerichtliche Streitschlichtung	72
16. Einlagensicherung	73
XII. ANLAGEBEDINGUNGEN	74
XIII. GESELLSCHAFTSVERTRAG	81
XIV. TREUHANDVERTRAG	100
XV. ANHANG	103
1. Verwaltungsgesellschaft	103
2. Verwahrstelle	104

I. Das Angebot im Überblick

Mit dem vorliegenden Beteiligungsangebot der Wealthcap Fondsportfolio Private Equity 21 GmbH & Co. geschlossene Investment KG (nachfolgend die „Investmentgesellschaft“ genannt) können sich Anleger über einen geschlossenen inländischen Publikums-AIF (Alternativer Investmentfonds) nach deutschem Kapitalanlagegesetzbuch (nachfolgend „KAGB“ genannt) (direkt oder indirekt über eine oder mehrere Zweckgesellschaften) an Alternativen Investmentfonds (AIF, nachfolgend als „Zielfonds“ bezeichnet), insbesondere auch in Form von (Dach-)Fondsstrukturen beteiligen, die unmittelbar oder mittelbar in Private Equity-Unternehmensbeteiligungen investieren.

In diesem Kapitel „Das Angebot im Überblick“ werden die wesentlichen Parameter des Beteiligungsangebots zusammengefasst und kurz erläutert. Die Kurzbeschreibungen erfassen nicht sämtliche Aspekte des Beteiligungsangebots und Inhalte dieses Verkaufsprospektes. Anleger sollten deshalb vor Zeichnung des Beteiligungsangebots die gesamten Zeichnungsunterlagen (Verkaufsprospekt, Anlagebedingungen, Beitrittserklärung und Wesentliche Anlegerinformationen) aufmerksam lesen, sodass die Investitionsentscheidung auf Basis eines umfassenden Einblicks getroffen wird.

Die wesentlichen Eckdaten der Beteiligung können der folgenden Tabelle entnommen werden:

Investmentgesellschaft	■ Wealthcap Fondsportfolio Private Equity 21 GmbH & Co. geschlossene Investment KG
Anlageziel	■ Erwirtschaftung einer positiven Rendite mit Ausschüttungen und Wertzuwächsen
Anlagestrategie und -politik	<p>■ Aufbau eines diversifizierten Portfolios von Beteiligungen an Zielfonds vor allem mit europäischer Fokussierung, insbesondere auch in Form von (Dach-)Fondsstrukturen. Die Zielfonds-beteiligungen müssen nicht direkt, sondern können auch indirekt über eine oder mehrere Zweckgesellschaften erworben und gehalten werden.</p> <ul style="list-style-type: none"> ■ Die Diversifizierung soll u. a. erreicht werden durch: <ul style="list-style-type: none"> ■ eine Vielzahl mittelbar über Zielfonds gehaltener Einzelinvestitionen ■ unterschiedliche Investitionsregionen (Länder) ■ unterschiedliche Investitions- und Desinvestitionszeitpunkte
Mögliche Anlageklasse mit Schwerpunkt	Unternehmensbeteiligungen (Private Equity) im Segment Buy-out. Buy-out ist ein Teilbereich von Private Equity und bezeichnet eine bestimmte Form des Unternehmenskaufs. Im Regelfall erwerben die Zielfonds direkt oder indirekt eine Mehrheitsbeteiligung eines nicht börsennotierten Unternehmens, um diese nach einer gewissen Zeit wieder zu verkaufen. Das Unternehmen erhält auf diese Weise Zugang zu Kapital und Know-how, um sich weiterentwickeln zu können.
Investitionsgegenstände	<p>Investitionsgegenstände sind direkte oder indirekte Beteiligungen an:</p> <ul style="list-style-type: none"> ■ institutionellen Zielfonds¹ ■ ggf. Publikumsfonds² <p>Die konkreten Beteiligungen stehen bei Auflage der Investmentgesellschaft noch nicht fest („Blind Pool“). Die Beteiligung an Zielfonds kann außer durch Erstzeichnungen auch durch den Erwerb am Zweitmarkt (sog. Secondaries) erfolgen.</p>

¹ Als institutionelle Zielfonds werden Spezialfonds bezeichnet, die für institutionelle Anleger aufgelegt werden.

² Unter Publikumsfonds werden Fondsgesellschaften verstanden, die für private Anleger aufgelegt werden.

Anlagegrenzen gemäß den Anlagebedingungen

Um eine entsprechende Diversifizierung und Werthaltigkeit der Investitionen sicherzustellen, sehen die Anlagebedingungen der Investmentgesellschaft in § 2 folgende Anlagegrenzen hinsichtlich der genauen Allokation des der Investmentgesellschaft für Investitionen zur Verfügung stehenden Kommanditkapitals vor:

- **Mindestens 60 %** werden direkt oder indirekt in AIF mit Sitz in Ländern im Geltungsbereich der AIFM-Richtlinie (mit Ausnahme der Bundesrepublik Deutschland), im Vereinigten Königreich, auf den Kanalinseln Jersey und Guernsey, in Vertragsstaaten des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum, auf den Cayman Islands sowie in den Vereinigten Staaten von Amerika investiert.
- **Mindestens 60 %** werden direkt oder indirekt in AIF investiert, die mindestens 60 % des ihnen für Investitionen zur Verfügung stehenden Kapitals unmittelbar oder mittelbar in Beteiligungen an **Unternehmen mit Geschäftstätigkeit** in Europa investieren.
- **Mindestens 60 %** werden direkt oder indirekt in AIF investiert, die mindestens 60 % des ihnen für Investitionen zur Verfügung stehenden Kapitals unmittelbar oder mittelbar in **Private-Equity-Unternehmensbeteiligungen** investieren.
- **Mindestens 60 %** werden direkt oder indirekt in AIF investiert, die mit mindestens 60 % des ihnen für Investitionen zur Verfügung stehenden Kapitals unmittelbar oder mittelbar eine Anlagestrategie nach dem **Buy-out-Prinzip**³ verfolgen.
- **Mindestens 60 %** werden direkt oder indirekt in AIF investiert, die unmittelbar oder mittelbar ein diversifiziertes Portfolio von **mindestens vier Unternehmensbeteiligungen** aufbauen, wobei die AIF zum Zeitpunkt der Investition durch die Investmentgesellschaft bereits in Unternehmensbeteiligungen investiert sein können und ferner bereits Ausschüttungen an bereits bestehende Investoren des AIF getätigt haben können.
- **Mindestens 60 %** werden direkt oder indirekt in AIF investiert, die mindestens 60 % des ihnen für Investitionen zur Verfügung stehenden Kapitals unmittelbar oder mittelbar in Beteiligungen an Unternehmen mit einem jeweiligen **Eigenkapitalanteil** i. H. v. **mindestens 50 Mio. EUR** investieren.

Investitionsprozess

- Die Auswahl von durch die Investmentgesellschaft gehaltenen Beteiligungen an Zielfonds (insbesondere auch in Form von (Dach-)Fondsstrukturen) erfolgt durch die Kapitalverwaltungsgesellschaft Wealthcap Kapitalverwaltungsgesellschaft mbH (nachfolgend die „Verwaltungsgesellschaft“ genannt) nach gründlicher wirtschaftlicher, rechtlicher und steuerlicher Prüfung.
- Für die Angemessenheit der Kaufpreise wird zur Prüfung durch die Verwaltungsgesellschaft auch ein Wertgutachten von mindestens einem externen Bewerter eingeholt.
- Im Investitionsprozess werden u. a. folgende Kriterien in Bezug auf die potenziellen Zielfonds geprüft:
 - Erfahrung des Managements,
 - Anlagestrategie,
 - rechtliche und steuerliche Ausgestaltung,
 - Kostenstruktur,
 - Auswirkungen auf die Portfoliozusammensetzung der Investmentgesellschaft.

Währung der Investmentgesellschaft Euro

Laufzeit

Die Investmentgesellschaft ist für die Zeit bis zum 31.12.2031 errichtet.

Unter bestimmten Bedingungen können die Gesellschafter eine Verlängerung der Laufzeit der Investmentgesellschaft bis spätestens 31.12.2037 oder mit Zustimmung der Verwaltungsgesellschaft eine frühere Auflösung der Investmentgesellschaft beschließen.

³ Unter „Buy-out“ versteht man z. B. die Übernahme bereits etablierter Unternehmen mit dem Ziel der Wertsteigerung und anschließendem Verkauf.

Reinvestitionen	Die Investmentgesellschaft strebt eine Investitionsquote von 100 % an. Aus der Investitionstätigkeit erzielte Liquidität kann deshalb unter bestimmten Bedingungen erneut in Beteiligungen investiert werden, um diese Investitionsquote zu erreichen (Einzelheiten zu etwaigen Reinvestitionen finden sich in § 8 der Anlagebedingungen).
Platzierungsgarantie	22,5 Mio. EUR durch die Wealthcap Investment Services GmbH
Mindestbeteiligung	<ul style="list-style-type: none"> ■ 20.000 EUR zzgl. bis zu 5 % Ausgabeaufschlag, ■ höhere Beteiligungen müssen ohne Rest durch 1.000 teilbar sein.
Voraussichtliche Einkunftsart	Voraussichtlich Einkünfte aus Gewerbebetrieb
Platzierungszeitraum	<ul style="list-style-type: none"> ■ voraussichtlich bis 30.06.2019 ■ Verlängerung bis spätestens 30.06.2020 möglich
Beteiligungsformen	Beteiligung als Treugeber über die Verwaltungsgesellschaft in ihrer Funktion als Treuhänderin, wobei eine Umwandlung der Treugeberbeteiligung in eine Direktbeteiligung möglich ist.
Einzahlung	Die Einlagen werden in mehreren Raten zur Zahlung fällig. Die Anleger müssen die erste Rate i.H.v. 30 % sowie den vollen Ausgabeaufschlag i.H.v. bis zu 5 % der gezeichneten Einlage spätestens zum Monatsende des auf den Zugang der Annahme der Beitrittserklärung beim Anleger folgenden Monats einzahlen. Die weiteren Raten sind nach schriftlicher Aufforderung in zeitlicher Abhängigkeit vom Kapitalbedarf der Investmentgesellschaft mit einer Fälligkeit von 28 Kalendertagen nach dem Datum des Kapitalabrufs zu zahlen.
Fremdkapital	<p>Die Finanzierung der Investmentgesellschaft erfolgt grundsätzlich durch Eigenkapital in Gestalt der Einlagen der Anleger. Eine kurzfristige Aufnahme von Fremdkapital zur Zwischenfinanzierung ist möglich, eine langfristige Aufnahme von Fremdkapital ist nicht vorgesehen. Die Fremdkapitalquote wird maximal 150 % des aggregierten eingebrachten Kapitals und noch nicht eingeforderten zugesagten Kapitals der Investmentgesellschaft, berechnet auf der Grundlage der Beträge, die nach Abzug sämtlicher direkt oder indirekt von den Anlegern getragener Gebühren, Kosten und Aufwendungen für Anlagen zur Verfügung stehen, betragen. Diese Höchstgrenze gilt nicht während der Dauer des erstmaligen Vertriebs der Investmentgesellschaft, längstens jedoch für einen Zeitraum von 18 Monaten ab Beginn des Vertriebs. Daher können die Verwendung von Fremdkapital und die Bestellung von Belastungen innerhalb dieses Zeitraums oberhalb dieser Grenzen liegen.</p> <p>Weitere Einzelheiten finden sich hierzu im Kapitel „Die Investmentgesellschaft“, Abschnitt „Umstände, unter denen Fremdkapital eingesetzt werden kann, sowie Belastungen und Handhabung von Sicherheiten“.</p>

II. Die Investmentgesellschaft

1. NAME DER INVESTMENTGESELLSCHAFT

Wealthcap Fondsportfolio Private Equity 21 GmbH & Co. geschlossene Investment KG

2. GESCHÄFTSJAHR DER INVESTMENTGESELLSCHAFT

Das Geschäftsjahr der Investmentgesellschaft beginnt am 01.01. und endet am 31.12. eines Kalenderjahres. Das Geschäftsjahr 2017 ist ein Rumpfgeschäftsjahr.

3. ZEITPUNKT DER AUFLEGUNG, LAUFZEIT UND AUFLÖSUNG

Das in der Rechtsform einer geschlossenen Kommanditgesellschaft aufgelegte Investmentvermögen Wealthcap Fondsportfolio Private Equity 21 GmbH & Co. geschlossene Investment KG (nachfolgend die „Investmentgesellschaft“ genannt) wurde am 23.06.2017 gegründet. Die Investmentgesellschaft ist in dem Zeitpunkt aufgelegt, in dem die Annahme der Beitrittserklärung des ersten Anlegers durch die Treuhänderin dem ersten Anleger zugeht (Abschluss des Verpflichtungsgeschäftes). Dies soll voraussichtlich im Februar 2018 erfolgen.

Die Investmentgesellschaft ist für die Zeit bis zum 31.12.2031 errichtet.

Die Gesellschafter können mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen eine Verlängerung der Laufzeit der Investmentgesellschaft bis spätestens 31.12.2037 beschließen,

- sofern sich die Laufzeit eines AIF i. S. d. § 1 Ziffern 2 oder 3 der Anlagebedingungen, an dem die Investmentgesellschaft (ggf. indirekt über eine Zweckgesellschaft) beteiligt ist, über den 31.12.2031 hinaus verlängert oder
- soweit die Investmentgesellschaft im Rahmen der Beendigung einer ihrer (ggf. indirekten) Beteiligungen an einem solchen AIF Sachausschüttungen erhält und sie nicht sofort veräußert, sondern zunächst zulässigerweise weiter hält.

Die vorzeitige Auflösung der Investmentgesellschaft erfolgt ohne Gesellschafterbeschluss sechs Monate, nachdem die Investmentgesellschaft keine dem Gesellschaftsgegenstand entsprechenden Vermögensgegenstände mehr hält, oder wenn die Gesellschafter die Auflösung mit einer Mehrheit von mindestens 75 % der abgegebenen Stimmen sowie mit der Zustimmung der Komplementärin beschließen. Die Komplementärin hat ihr diesbezügliches Zustimmungsrecht im Bestellungsvertrag auf die Verwaltungsgesellschaft übertragen (vgl. zum Bestellungsvertrag im Einzelnen das Kapitel „Kapitalverwaltungsgesellschaft“, Abschnitt „Verwaltungsfunktion“).

Ein einzelner Anleger ist nicht berechtigt, die vorzeitige Auflösung der Investmentgesellschaft zu verlangen.

Erlischt das Recht der Verwaltungsgesellschaft, die Mittel der Investmentgesellschaft zu verwalten (vgl. hierzu im Einzelnen das Kapitel „Kapitalverwaltungsgesellschaft“, Abschnitt „Verwaltungsfunktion“), so geht das Verwaltungs- und Verfügungsrecht über das Vermögen der Investmentgesellschaft auf die Verwahrstelle zur Abwicklung der Investmentgesellschaft über. In diesem Fall ist die Investmentgesellschaft durch die Verwahrstelle abzuwickeln und das Vermögen an die Anleger zu verteilen. Mit Genehmigung der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (nachfolgend „BaFin“ genannt) kann die Verwahrstelle von der Abwicklung und Verteilung absehen und einer anderen Kapitalverwaltungsgesellschaft die Verwaltung der Investmentgesellschaft nach Maßgabe der bisherigen Anlagebedingungen übertragen. Das Verfügungsrecht geht nicht auf die Verwahrstelle zur Abwicklung über, soweit die Komplementärin – unter dem Vorbehalt der Genehmigung der BaFin – alle erforderlichen Maßnahmen ergreift, um die Investmentgesellschaft in eine intern verwaltete Investmentkommanditgesellschaft umzuwandeln oder eine andere externe Kapitalverwaltungsgesellschaft bestellt.

Eine Verschmelzung der Investmentgesellschaft ist nicht möglich.

Der Gesellschaftsvertrag der Investmentgesellschaft (nachfolgend als „Gesellschaftsvertrag“ bezeichnet) sieht vor, dass die Liquidation der Investmentgesellschaft durch die Verwaltungsgesellschaft erfolgt. Ein nach Berücksichtigung der Verbindlichkeiten verbleibender Liquidationserlös wird an die Anleger entsprechend den gesellschaftsvertraglichen Regelungen über die Beteiligung am Ergebnis sowie über die Ausschüttungen verteilt. Nach Beendigung der Liquidation haftet der Anleger nicht für Verbindlichkeiten der Investmentgesellschaft.

4. PERSÖNLICH HAFTENDE GESELLSCHAFTERIN

Zur Geschäftsführung und Vertretung der Investmentgesellschaft ist gemäß dem Gesellschaftsvertrag allein die Wealthcap Private Equity 21 Komplementär GmbH („Komplementärin“) berufen. Sie leistet keine Einlage und ist am Vermögen sowie am Ergebnis der Investmentgesellschaft nicht beteiligt. Mit einem Bestellungsvertrag hat die Komplementärin die Verwaltungsgesellschaft mit der Erfüllung der ihr obliegenden Geschäftsführungsaufgaben beauftragt. Näheres findet sich hierzu im Kapitel „Kapitalverwaltungsgesellschaft“, Abschnitt „Verwaltungsfunktion“.

Unabhängig davon, obliegt der Komplementärin die Entscheidung über die Bestellung der externen Kapitalverwaltungsgesellschaft i. S. d. KAGB (vgl. zur Bestellung der Verwaltungsgesellschaft das Kapitel „Kapitalverwaltungsgesellschaft“, Abschnitt „Verwaltungsfunktion“). Im Falle der Kündigung des Bestellungsvertrages mit der Verwaltungsgesellschaft, der Eröffnung eines

Insolvenzverfahrens über das Vermögen der Verwaltungsgesellschaft sowie in den sonstigen Fällen des Erlöschens des Rechts der Verwaltungsgesellschaft zur Verwaltung der Investmentgesellschaft ist die Komplementärin berechtigt – vorbehaltlich einer Genehmigung durch die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht – alle erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um die Investmentgesellschaft in eine intern verwaltete Investmentkommanditgesellschaft umzuwandeln oder eine andere externe Kapitalverwaltungsgesellschaft zu bestellen. Wird die Investmentgesellschaft nicht in eine intern verwaltete Investmentkommanditgesellschaft umgewandelt und wird auch keine andere externe Kapitalverwaltungsgesellschaft bestellt, geht das Verwaltungs- und Verfügungsrecht über das Gesellschaftsvermögen in den Fällen des Erlöschens des Rechts der Verwaltungsgesellschaft, die Investmentgesellschaft zu verwalten, auf die Verwahrstelle zur Abwicklung über.

Die Komplementärin ist eine 100%ige Tochtergesellschaft der Wealthcap Entity Service GmbH, München. Die Geschäftsführer der Komplementärin, Herr Alfred Gangkofner und Herr Christian Kümmerling, sind insbesondere auch Geschäftsführer der Komplementärin der Schwestergesellschaft der Investmentgesellschaft (Wealthcap Fondsportfolio Private Equity 22 GmbH & Co. geschlossene Investment KG) und den beiden Vorgängerfonds Wealthcap Private Equity 19 GmbH & Co. geschlossene Investment KG und Wealthcap Private Equity 20 GmbH & Co. geschlossene Investment KG. Herr Alfred Gangkofner ist zudem auch Geschäftsführer der Wealthcap Entity Service GmbH. Die Wealthcap Entity Service GmbH ist eine 100%ige Tochtergesellschaft der Wealthcap Real Estate Management GmbH, München, die wiederum eine 100%ige Tochtergesellschaft der Wealthcap Investment Services GmbH ist. Die Wealthcap Investment Services GmbH fungiert als Platzierungsgarantin und ist wiederum eine 90%ige Tochtergesellschaft der potenziellen Fremdkapitalgeberin Wealth Management Capital Holding GmbH, München (nachfolgend „Wealthcap“ genannt) und eine 10%ige Tochtergesellschaft der UniCredit Bank AG, München. Wealthcap ist ebenfalls eine 100%ige Tochtergesellschaft der UniCredit Bank AG und wurde von der Verwaltungsgesellschaft mit der Bereitstellung, dem Betrieb und der Wartung der Informations- und Kommunikationssysteme sowie dem Betrieb ihrer Softwareapplikationen und Datenbanken betraut (vgl. das Kapitel „Kapitalverwaltungsgesellschaft“, Abschnitt „Übertragene Verwaltungsfunktionen/Auslagerung/Interessenkonflikte“). Die UniCredit Bank AG soll zudem mit dem Vertrieb der Kommanditbeteiligungen an der Investmentgesellschaft beauftragt werden und hat bestimmte Teile der Verwaltungsaufgaben der Verwaltungsgesellschaft übernommen (vgl. das Kapitel „Kapitalverwaltungsgesellschaft“, Abschnitt „Übertragene Verwaltungsfunktionen/Auslagerung/Interessenkonflikte“).

5. TREUHÄNDERIN

Die Verwaltungsgesellschaft fungiert zudem als Treuhandhandkommanditistin („Treuhanderin“). Näheres zu dieser Funktion findet sich im Kapitel „Kapitalverwaltungsgesellschaft“, Abschnitt „Zusatzfunktion der Verwaltungsgesellschaft als Treuhänderin“.

Die Treuhänderin leistet für eigene Rechnung eine Einlage i. H. v. 10.000 EUR und übernimmt eine Haftsumme i. H. v. anfänglich 100 EUR. Die Treuhänderin ist für eigene Rechnung nur mit ihrer auf eigene Rechnung gehaltenen Einlage am Ergebnis und am Vermögen der Investmentgesellschaft beteiligt.

Die Treuhänderin unterliegt keinem Wettbewerbsverbot. Sie kann entsprechende Tätigkeiten auch für andere Investmentvermögen übernehmen und sich dafür an diesen beteiligen.

6. ANLAGEZIEL, ANLAGESTRATEGIE UND ANLAGEPOLITIK

Die Investmentgesellschaft strebt eine positive Rendite mit Ausschüttungen und Wertzuwächsen an. Rückflüsse aus den Zielfonds werden grundsätzlich – nach Abzug aller Kosten und Begleichung von Verbindlichkeiten – ausgeschüttet, wobei Reinvestitionen in begrenztem Umfang nach Maßgabe des § 8 der Anlagebedingungen möglich sind.

Die Anlagestrategie und -politik der Investmentgesellschaft ist es, ein diversifiziertes Portfolio von Beteiligungen an geschlossenen inländischen, europäischen und außereuropäischen Zielfonds aufzubauen. Als Zielfonds kommen primär Fonds (auch in Form von (Dach-)Fondsstrukturen), die für institutionelle Anleger aufgelegt werden (sog. Spezialfonds), ggf. aber auch sog. Publikumsfonds, d. h. vorrangig für Privatanleger aufgelegte Fonds, in Frage, die unmittelbar oder mittelbar in die Anlageklasse Private-Equity-Unternehmensbeteiligungen im Segment Buy-out mit europäischer Fokussierung investieren.

Die konkreten Investitionsgegenstände stehen zum Zeitpunkt der Vertriebsanzeige noch nicht fest („Blind Pool“). Die Investmentgesellschaft wird jedoch mindestens 60 % des ihr für Investitionen zur Verfügung stehenden Kommanditkapitals direkt oder indirekt über eine oder mehrere Zweckgesellschaft(en) mit Sitz im Geltungsbereich der AIFM-Richtlinie in Beteiligungen an Alternativen Investmentfonds (AIF, auch als „Zielfonds“ bezeichnet) mit Sitz in Ländern im Geltungsbereich der AIFM-Richtlinie (jedoch nicht Deutschland), im Vereinigten Königreich, auf den Kanalinseln Jersey und Guernsey, in Vertragsstaaten des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum, auf den Cayman Islands sowie in den Vereinigten Staaten von Amerika investieren. Die Nachbildung eines anerkannten Wertpapierindexes ist nicht vorgesehen.

6.1 VERMÖGENSGEGENSTÄNDE

Die Investmentgesellschaft darf folgende Vermögensgegenstände zu Investitionszwecken erwerben:

- Beteiligungen an Unternehmen, die nicht zum Handel an einer Börse zugelassen oder in einen organisierten Markt einbezogen sind (§ 261 Abs. 1 Nr. 4 KAGB).

- Anteile oder Aktien an geschlossenen inländischen Publikums-AIF nach Maßgabe der §§ 261 bis 272 KAGB oder an europäischen oder ausländischen geschlossenen Publikums-AIF, deren Anlagepolitik vergleichbaren Anforderungen unterliegt (§ 261 Abs. 1 Nr. 5 KAGB).
- Anteile oder Aktien an geschlossenen inländischen Spezial-AIF nach Maßgabe der §§ 285 bis 292 KAGB i.V.m. den §§ 273 bis 277 KAGB, der §§ 337 und 338 KAGB oder an geschlossenen EU-Spezial-AIF oder ausländischen geschlossenen Spezial-AIF, deren Anlagepolitik vergleichbaren Anforderungen unterliegt (§ 261 Abs. 1 Nr. 6 KAGB).
- Wertpapiere i.S.d. § 193 KAGB, Geldmarktinstrumente i.S.d. § 194 KAGB und Bankguthaben i.S.d. § 195 KAGB (§ 261 Abs. 1 Nr. 7 KAGB).

Die Investitionen in die Anteile oder Aktien an AIF können direkt oder indirekt über eine oder mehrere Zweckgesellschaft(en) mit Sitz im Geltungsbereich der AIFM-Richtlinie erfolgen.

6.2 DIVERSIFIZIERUNG

Teil der Anlagepolitik und -strategie ist es, die Investitionen breit zu diversifizieren, um die Ertragschancen zu optimieren und das potenziell höhere Risiko einer Einzelinvestition zu vermindern. Die Diversifizierung soll erreicht werden durch die Verteilung des Investitionsvolumens auf verschiedene Zielfonds, die in unterschiedlichen Regionen investieren. Unterschiedliche Investitions- und Desinvestitionszeitpunkte sollen zudem die Abhängigkeit der Entwicklung der Investmentgesellschaft von kurzfristigen Marktschwankungen reduzieren.

6.3 VORGABEN DER ANLAGEBEDINGUNGEN ZUR ALLOKATION

Um eine entsprechende Diversifizierung und Werthaltigkeit der Investitionen sicherzustellen, sehen die Anlagebedingungen der Investmentgesellschaft in § 2 folgende Anlagegrenzen hinsichtlich der genauen Allokation des der Investmentgesellschaft für Investitionen zur Verfügung stehenden Kommanditkapitals vor:

- Mindestens 60 % werden direkt oder indirekt in AIF mit Sitz im Geltungsbereich der AIFM-Richtlinie (mit Ausnahme der Bundesrepublik Deutschland), im Vereinigten Königreich, auf den Kanalinseln Jersey und Guernsey, in Vertragsstaaten des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum, auf den Cayman Islands sowie in den Vereinigten Staaten von Amerika investiert.
- **Vorgaben zu den Anlageklassen und zur Investitionsstrategie:**
 - **Mindestens 60 %** werden direkt oder indirekt in AIF investiert, die mindestens 60 % des ihnen für Investitionen zur Verfügung stehenden Kapitals unmittelbar oder mittelbar in **Private-Equity-Unternehmensbeteiligungen** investieren.

- **Mindestens 60 %** werden direkt oder indirekt in AIF investiert, die mit mindestens 60 % des ihnen für Investitionen zur Verfügung stehenden Kapitals unmittelbar oder mittelbar eine Anlagestrategie nach dem **Buy-out-Prinzip** verfolgen.

- **Mindestens 60 %** werden direkt oder indirekt in AIF investiert, die mindestens 60 % des ihnen für Investitionen zur Verfügung stehenden Kapitals unmittelbar oder mittelbar in Beteiligungen an **Unternehmen mit Geschäftstätigkeit in Europa** investieren.

- **Mindestens 60 %** werden direkt oder indirekt in AIF investiert, die unmittelbar oder mittelbar ein diversifiziertes Portfolio von mindestens vier Unternehmensbeteiligungen aufbauen, wobei die AIF zum Zeitpunkt der Investition durch die Investmentgesellschaft bereits in Unternehmensbeteiligungen investiert sein können und ferner bereits Ausschüttungen an bereits bestehende Investoren des AIF getätigt haben können.

- **Mindestens 60 %** werden direkt oder indirekt in AIF investiert, die mindestens 60 % des ihnen für Investitionen zur Verfügung stehenden Kapitals unmittelbar oder mittelbar in Beteiligungen an Unternehmen mit einem jeweiligen Eigenkapitalanteil i. H. v. mindestens 50 Mio. EUR investieren.

Diese Anlagegrenzen müssen am Stichtag zwei Jahre nach dem Platzierungsschluss der Investmentgesellschaft erfüllt sein.

Um eine den gesetzlichen Anforderungen genügende Risikomischung zu erreichen, steht der Investmentgesellschaft ein Zeitraum von 18 Monaten ab Beginn des Vertriebs zur Verfügung. Bis zu diesem Zeitpunkt kann die Investmentgesellschaft unter Umständen auch nicht risikogemischt investiert sein.

6.4 AUSWAHL DER ZIELFONDSBETEILIGUNGEN

Die Auswahl und Anbindung der Zielfondsbeteiligungen erfolgt durch die Verwaltungsgesellschaft nach gründlicher wirtschaftlicher, rechtlicher und steuerlicher Prüfung unter Einhaltung der Vorgaben der Anlagebedingungen. Die Beteiligung an Zielfonds kann außer durch Erstzeichnungen auch durch den Erwerb am Zweitmarkt (als sog. Secondaries) erfolgen. Auch kann sich ein Unternehmen der Wealthcap Gruppe zur Sicherung der Beteiligungsmöglichkeit an einem Zielfonds an dem betreffenden Zielfonds beteiligen bzw. zum Zeitpunkt der Vertriebsanzeige bereits beteiligt haben, mit dem Vorhaben, diese Beteiligung einer Fondsgesellschaft der Wealthcap Gruppe und damit auch der Investmentgesellschaft später anzubieten (sog. Warehousing).

Im Investitionsprozess werden unabhängig von diesen Vorgaben und Kriterien auch die folgenden Gesichtspunkte in Bezug auf die Zielfonds geprüft:

- Erfahrung des Managements
- Anlagestrategie

- rechtliche und steuerliche Ausgestaltung
- Kostenstruktur
- Auswirkungen auf die Portfoliozusammensetzung der Investmentgesellschaft

Bei der Auswahl der Zielfonds wird die Verwaltungsgesellschaft insbesondere darauf achten, dass bei einer Gesellschaft, die den Zielfonds initiiert oder aufgelegt hat („Beteiligungsgesellschaft“), sowie etwaigen Vorgängergesellschaften umfassende Erfahrungen mit Fonds aus dem Bereich Private-Equity-Unternehmensbeteiligungen vorhanden sind. Vorgängergesellschaften sind hierbei solche Gesellschaften, aus denen die heutige Beteiligungsgesellschaft hervorgegangen ist, und deren Gesellschafter, Geschäftsführer und Angestellte i. d. R. auf eine langjährige Erfahrung zurückblicken können. Um auf derartige Erfahrungen vertrauen zu können, soll die Mehrheit der Zielfonds von einer Beteiligungsgesellschaft oder von Personen aufgelegt und geführt oder bei ihren Investitionsentscheidungen beraten werden, die vor dem betreffenden Zielfonds mindestens einen anderen Fonds aufgelegt oder bei den Investitionsentscheidungen beraten haben und die dabei – inkl. Vorgängergesellschaften – seit mindestens fünf Jahren in dem Bereich Private-Equity-Unternehmensbeteiligungen tätig sind.

Des Weiteren wird die Verwaltungsgesellschaft bei der Auswahl der Zielfonds die Laufzeit der Zielfonds berücksichtigen. Es sollen nur solche Zielfonds erworben werden, deren Grundlaufzeit spätestens mit dem Ablauf der Grundlaufzeit der Investmentgesellschaft am 31.12.2031 endet. Allerdings sehen die Gesellschaftsverträge solcher Fonds häufig die Möglichkeit einer Laufzeitverlängerung vor. In diesen Fällen wird die Verwaltungsgesellschaft vor Ablauf der Grundlaufzeit der Investmentgesellschaft im besten Interesse der Investmentgesellschaft unter Berücksichtigung der dann herrschenden Marktgegebenheiten entscheiden, ob sie den Anlegern der Investmentgesellschaft entsprechend § 24 (1) des Gesellschaftsvertrages eine Verlängerung der Laufzeit der Investmentgesellschaft bis längstens 31.12.2037 vorschlägt oder ob sie die betreffende Beteiligung veräußert. Die Verlängerung der Laufzeit der Investmentgesellschaft kann mit einer einfachen Mehrheit der abgegebenen Stimmen beschlossen werden.

Die Verwaltungsgesellschaft kann bei der Auswahl der Zielfonds auf die Erfahrung und Kompetenz der Wealthcap Gruppe bei der Analyse, Auswahl und Anbindung von Zielfonds aus dem Bereich Private-Equity-Unternehmensbeteiligungen zurückgreifen.

Hinsichtlich der Angemessenheit des Kaufpreises wird zur Prüfung durch die Verwaltungsgesellschaft auch ein Wertgutachten von mindestens einem externen Bewerter eingeholt (vgl. im Einzelnen das Kapitel „Ermittlung und Verwendung der Erträge/Bewertungsregeln“, Abschnitt „Bewertung“).

6.5 FINANZIERUNG DER ZIELFONDSBETEILIGUNGEN

Die Finanzierung der Zielfondsbeteiligungen erfolgt grundsätzlich durch das der Investmentgesellschaft für Investitionen zur Verfügung stehende Kommanditkapital in Gestalt der Einlagen der

Anleger abzgl. der Kosten der Investmentgesellschaft sowie einer angemessenen Liquiditätsreserve. Die Verwendung von Fremdkapital durch die Investmentgesellschaft oder eine Zweckgesellschaft ist dabei zum einen vor dem Hintergrund des angestrebten Investitionsgrades der Investmentgesellschaft i. H. v. 100 % (also einer Investition des gesamten Kommanditkapitals in (indirekte) Beteiligungen an Zielfonds trotz der durch die Investmentgesellschaft zu tragenden Kosten und Gebühren) sowie zum anderen im Falle des Erwerbs einer Zielfondsbeteiligung vor dem Abschluss der Platzierungsphase der Investmentgesellschaft möglich (vgl. hierzu im Einzelnen den Abschnitt „Umstände, unter denen Fremdkapital eingesetzt werden kann, sowie Belastungen und Handhabung von Sicherheiten“).

6.6 ZIELFONDS ALS VERMÖGENSGEGENSTÄNDE

Unter Private Equity versteht man üblicherweise den Erwerb bzw. die Kapitalfinanzierung von Unternehmen, deren Anteile i. d. R. nicht an einer Börse notiert sind (sog. Private-Equity-Unternehmensbeteiligungen). Private-Equity-Fonds beschaffen sich dementsprechend Kapital bei Anlegern, um unmittelbar oder mittelbar in solche Private-Equity-Unternehmensbeteiligungen zu investieren. Die Investmentgesellschaft wird sich als Dachfonds planmäßig an mindestens zwei solcher Private-Equity-Fonds (Zielfonds) in der Gestalt von alternativen Investmentfonds (AIF), direkt oder auch indirekt über eine oder mehrere Zweckgesellschaft(en) bzw. über (Dach-)Fondsstrukturen mit Sitz im Geltungsbereich der AIFM-Richtlinie, beteiligen.

Die auszuwählenden Zielfonds stehen zwar zum Zeitpunkt der Vertriebsanzeige noch nicht fest (Blind Pool). Allerdings werden die Zielfonds – unabhängig von der Einhaltung der ebenfalls geschilderten Anlagegrenzen in den Anlagebedingungen – die folgenden Merkmale aufweisen:

Die Zielfonds werden überwiegend im Segment Buy-out tätig sein. Buy-out ist ein Teilbereich von Private Equity und bezeichnet eine bestimmte Form des Unternehmenskaufs. Im Regelfall erwerben solche Zielfonds unmittelbar oder mittelbar eine die Einflussnahme ermöglichende Beteiligung eines nicht börsennotierten Unternehmens, um diese nach einer gewissen Zeit wieder zu verkaufen. Das Unternehmen erhält auf diese Weise Zugang zu Kapital und Know-how, um sich weiterentwickeln zu können.

Die Zielfonds werden sich bei ihren Private-Equity-Unternehmensbeteiligungen nicht auf eine bestimmte Branche beschränken. Allerdings sollen die Zielfonds bei ihren Investitionen eine geografische Fokussierung vornehmen. Dabei genügt es jedoch, wenn sich die geografische Fokussierung auf größere Regionen, wie beispielsweise Europa, Nordamerika oder Asien bezieht.

Die Zielfonds sind geschlossene Investmentvermögen mit einer begrenzten Laufzeit. Dies bedeutet, dass die Investmentgesellschaft im Hinblick auf die Anteile an den auszuwählenden Zielfonds kein Rückgaberecht haben wird. Auch werden die Anteile an den Zielfonds zum Zeitpunkt der Beteiligung der Investmentgesellschaft nicht an einer Börse notiert sein.

Die Zielfonds werden jeweils von einer namhaften und etablierten Beteiligungsgesellschaft oder von Personen, die mehrere Jahre bei einer solchen Beteiligungsgesellschaft tätig waren, aufgelegt und geführt oder bei ihren Investitionsentscheidungen beraten.

Die durch einen Zielfonds zu zahlenden jährlichen Verwaltungsvergütungen sollen einen Betrag von 3 % der gesamten Kapitalzusagen des jeweiligen Zielfonds, und eine durch diesen Zielfonds zu leistende mögliche erfolgsabhängige Gewinnbeteiligung (Carried Interest) soll den Umfang von 30 % der vom Zielfonds über seine gesamte Laufzeit erzielten Gewinne nicht überschreiten.

Die Währung der Zielfonds kann der Euro oder der US-Dollar sein. Die Verwaltungsgesellschaft stellt jedoch sicher, dass die Vermögensgegenstände der Investmentgesellschaft nur insoweit einem Währungsrisiko unterliegen, als der Wert der einem solchen Risiko unterliegenden Vermögensgegenstände 30 % des aggregierten eingebrachten Kapitals und noch nicht eingeforderten zugesagten Kapitals der Investmentgesellschaft, berechnet auf der Grundlage der Beträge, die nach Abzug sämtlicher direkt oder indirekt von den Anlegern getragener Gebühren, Kosten und Aufwendungen für Anlagen zur Verfügung stehen, nicht übersteigt.

Das geplante Volumen dieser Zielfonds soll jeweils den Betrag von 100 Mio. EUR bzw. dem Äquivalent in US-Dollar auf Basis des Wechselkurses zum Zeitpunkt der Beteiligung der Investmentgesellschaft an dem Zielfonds erreichen bzw. überschreiten.

Die geplante Laufzeit der Zielfonds soll den Zeitraum bis 31.12.2031 nicht überschreiten, wobei mögliche Verlängerungen der Grundlaufzeit des Zielfonds hierbei unberücksichtigt bleiben. Die Investitionsperiode für neue Investments eines Zielfonds soll nicht länger als zwei Drittel der Laufzeit des jeweiligen Zielfonds betragen. Potenzielle Verlängerungsmöglichkeiten finden hierbei jedoch keine Berücksichtigung.

Das durch die Investmentgesellschaft gegenüber den Zielfonds zugesagte Kapital wird durch die Zielfonds nicht sofort, sondern in Abhängigkeit des Investitionsfortschritts abgerufen.

6.7 ANLAGE DER LIQUIDITÄTSRESERVE

Zum Zwecke der Anlage der Liquiditätsreserve kann die Investmentgesellschaft in Wertpapiere, Geldmarktinstrumente und Bankguthaben nach §§ 193 bis 195 KAGB investieren. Auch sonstige liquide Mittel, welche die Investmentgesellschaft noch nicht in Zielfonds investiert hat oder bereits Zielfonds zugesagt hat, die aber von den Zielfonds noch nicht abgerufen wurden, können entsprechend investiert werden, wobei dieses Halten von Liquidität auf Bankguthaben nicht als Investition bzw. Reinvestition i. S. d. § 8 der Anlagebedingungen gilt.

6.8 ERWERB DER INVESTITIONSgegenstände

Um eine optimale Auswahl und Zusammenstellung der Investitionen der Investmentgesellschaft gemäß den Anlagebedingungen zu ermöglichen, können die Vermögenswerte auf verschiedenen Wegen von der Investmentgesellschaft erworben werden.

Die Investmentgesellschaft plant, direkte oder über eine oder mehrere Zweckgesellschaften indirekte Beteiligungen an institutionellen Zielfonds (sog. Spezialfonds) und an Publikumsfonds zu erwerben, welche die Einzelinvestments unmittelbar oder mittelbar tätigen.

Entsprechend den Planungen der Verwaltungsgesellschaft zum Zeitpunkt der Vertriebsanzeige soll die Wealthcap 21/22 Equity GmbH & Co. KG als eine Zweckgesellschaft fungieren. Einzelheiten zu dieser Gesellschaft finden sich im Kapitel „Vertragsbeziehungen der Investmentgesellschaft“, Abschnitt „Zweckgesellschaft“.

Es werden keine Gesamtrendite-Swaps oder Wertpapierfinanzierungsgeschäfte getätigt. Dieser Verkaufsprospekt enthält daher keine in Artikel 14 der Verordnung (EU) 2015/2365 genannten Informationen.

6.8.1 Beteiligungen an institutionellen Zielfonds

Eine Möglichkeit der Investition ist für die Investmentgesellschaft die Beteiligung an institutionellen Zielfonds (auch in Form von (Dach-)Fondsstrukturen), sofern diese die Anforderungen der Anlagestrategie erfüllen.

Institutionelle Investoren wie beispielsweise Kreditinstitute, Versicherungen oder Stiftungen investieren einen Teil ihres Kapitals in privat platzierte institutionelle Zielfonds, die unmittelbar oder mittelbar in nicht börsennotierte Unternehmensbeteiligungen investieren. Diese Zielfonds werden nicht für die Öffentlichkeit, sondern nur für spezielle Investorengruppen konzipiert und auch dementsprechend angeboten. Die Mindestzeichnungssumme liegt häufig nicht unter 5 Mio. EUR und es werden i. d. R. nur finanzstarke Investoren aufgenommen.

6.8.2 Beteiligungen an Publikumsfonds

Die Wealthcap Gruppe ist einer der führenden Anbieter von Beteiligungen an geschlossenen Fondsgesellschaften in Deutschland. Sie hat eine weitreichende Erfahrung bei der Auswahl und Anbindung von Zielfonds aus dem Bereich Private-Equity-Unternehmensbeteiligungen. Publikumsfonds (auch in Form von (Dach-)Fondsstrukturen) können zu einem kleineren Teil mögliche Investitionsobjekte der Investmentgesellschaft sein.

Publikumsfonds, die ihr Geld in Unternehmensbeteiligungen investieren, richten sich meist an eine Vielzahl von Anlegern und haben i. d. R. eher kleinere Mindestzeichnungssummen als institutionelle Zielfonds.

Für die Beteiligung an einem Investmentvermögen, bei dem die Geschäftsführung oder die Verwaltung von der Verwaltungsgesellschaft, von der Wealth Management Capital Holding GmbH oder einer Gesellschaft der Wealthcap Gruppe im Sinne von § 7 (11) der Anlagebedingungen erbracht wird oder bei dem die Geschäftsführung von einer Gesellschaft der Wealthcap Gruppe beratend unterstützt wird, gelten die im Kapitel „Kosten“, Unterabschnitt „Gebührenerstattung und -anrechnung bei Investitionen in Wealthcap Zielgesellschaften“ dargestellten Regelungen zur weitgehenden Vermeidung einer doppelten Kostenbelastung für die Investmentgesellschaft.

7. ÄNDERUNG DER ANLAGESTRATEGIE UND ANLAGEPOLITIK

Eine Änderung der Anlagestrategie oder der Anlagepolitik der Investmentgesellschaft erfordert zum einen die Änderung der Anlagebedingungen der Investmentgesellschaft sowie zum anderen ggf. eine Änderung des Gesellschaftsvertrages der Investmentgesellschaft. Die Änderung des Gesellschaftsvertrages bedarf eines Gesellschafterbeschlusses mit einer Mehrheit von mindestens 75 % der abgegebenen Stimmen sowie der Zustimmung der Komplementärin, wobei die Komplementärin ihr Zustimmungsrecht im Bestellungsvertrag auf die Verwaltungsgesellschaft übertragen hat.

Die Anlagebedingungen der Investmentgesellschaft können nur mit der von der Verwaltungsgesellschaft zu beantragenden Genehmigung der BaFin geändert werden. Die von der BaFin genehmigten Änderungen werden von der Verwaltungsgesellschaft im Bundesanzeiger und unter www.wealthcap.com veröffentlicht. Die Änderungen treten frühestens am Tag nach der Veröffentlichung im Bundesanzeiger in Kraft.

Eine Änderung der Anlagebedingungen, die mit den bisherigen Anlagegrundsätzen der Investmentgesellschaft nicht vereinbar ist oder zu einer Änderung der Kosten oder der wesentlichen Anlegerrechte führt, bedarf darüber hinaus einer Zustimmung einer qualifizierten Mehrheit von Anlegern, die mindestens zwei Drittel des Zeichnungskapitals auf sich vereinen. Die Verwaltungsgesellschaft in ihrer Funktion als Treuhandkommanditistin darf ihr Stimmrecht, das sie für einen Anleger bei einer solchen Beschlussfassung ausüben würde, nur nach vorheriger Weisung durch den Anleger ausüben. Die Verwaltungsgesellschaft wird die Anleger schriftlich über die geplanten und von der BaFin, unter der aufschiebenden Bedingung einer Zustimmung durch die Anleger, genehmigten Änderungen und ihre Hintergründe informieren. Für die Entscheidungsfindung wird den Anlegern ein Zeitraum von drei Monaten eingeräumt. Bei einer Zustimmung einer qualifizierten Mehrheit von Anlegern zu der Änderung informiert die Verwaltungsgesellschaft die BaFin über die bevorstehende Änderung der Anlagebedingungen und den Zeitpunkt des Inkrafttretens, stellt diese Informationen den Anlegern schriftlich zur Verfügung und veröffentlicht diese im Bundesanzeiger und unter www.wealthcap.com. Die Änderungen treten frühestens am Tag nach der Veröffentlichung im Bundesanzeiger in Kraft.

8. PROFIL DES TYPISCHEN ANLEGERS

Das Beteiligungsangebot richtet sich an alle Anleger, die

- sich über die mit der Anlage verbundenen Risiken bewusst sind (siehe in diesem Kapitel, Abschnitt „Wesentliche Risiken“),
- insbesondere bereit sind, die mit dem Beteiligungsangebot verbundenen Ausfallrisiken bis hin zum Totalverlust der Einlage und des Ausgabeaufschlages sowie die im Zusammenhang mit der Eingehung der Beteiligung aufgewandten Nebenkosten zu tragen,

- langfristige Anlageziele verfolgen,
- eine breit diversifizierte Anlage tätigen wollen und das Beteiligungsangebot zur Streuung des Gesamtvermögens nutzen möchten,
- eine unternehmerische Beteiligung eingehen möchten, bei der das eingesetzte Kapital langfristig gebunden wird, und
- sich darüber bewusst sind, dass die Anteile der Investmentgesellschaft nur eingeschränkt oder gar nicht handelbar sind oder ggf. nur mit einem (hohen) Abschlag gegenüber ihrem inneren Wert (d.h. dem anhand von finanzmathematischen Methoden berechneten objektiv angemessenen Wert) veräußert werden können.

Die Aufnahme von Fremdkapital durch den Anleger zur Finanzierung seiner Einlage und des Ausgabeaufschlages wird ausdrücklich nicht empfohlen.

9. RISIKOPROFIL DER INVESTMENTGESELLSCHAFT

Mit einer Beteiligung an der Investmentgesellschaft können neben der Chance auf Wertsteigerungen und Ausschüttungen auch Risiken, insbesondere Verlustrisiken, verbunden sein. Die mit der Beteiligung an der Investmentgesellschaft verbundenen wesentlichen Risiken sind im nachfolgenden Abschnitt „Wesentliche Risiken“ beschrieben.

10. WESENTLICHE RISIKEN

EINFÜHRUNG

Der Anleger geht mit einer Beteiligung an der Investmentgesellschaft eine unternehmerische Beteiligung ein, die signifikante Risiken beinhaltet. Die vom Anleger aus der Beteiligung erzielbare Rendite ist von vielen unvorhersehbaren und weder durch die Investmentgesellschaft noch durch die Verwaltungsgesellschaft beeinflussbaren zukünftigen wirtschaftlichen, steuerlichen und rechtlichen Entwicklungen abhängig. Bei einer unternehmerischen Beteiligung können erheblich höhere Risiken als bei anderen Anlageformen mit von Anfang an feststehenden oder gar garantierten Renditen auftreten. Daher muss jeder Anleger einen teilweisen oder vollständigen Verlust seiner geleisteten Einlage tragen können. Er sollte unter Berücksichtigung seiner persönlichen Verhältnisse daher nur einen hierfür angemessenen Teil seines Vermögens investieren.

Die nachfolgende Darstellung stellt die wesentlichen tatsächlichen und rechtlichen Risiken einer Beteiligung an der Investmentgesellschaft dar. Es kann jedoch nicht ausgeschlossen werden, dass sich aufgrund besonderer individueller Umstände bei einem Anleger weitere individuelle Risiken realisieren können, die für die Verwaltungsgesellschaft nicht vorhersehbar sind. Solche möglichen individuellen Risiken sollten Anleger vor dem Eingehen einer Beteiligung an der Investmentgesellschaft selbst umfassend prüfen und hierzu fachkundige Beratung einholen.

Die nachfolgend dargestellten Risiken treffen den Anleger aufgrund seiner Beteiligung an der Investmentgesellschaft, die das ihr für Investitionen zur Verfügung stehende Kommanditkapital – ggf. indirekt über eine oder mehrere Zwischengesellschaft(en) – in Zielfondsbeteiligungen investiert. Die Wertentwicklung der Beteiligung hängt im Wesentlichen von den Anschaffungskosten der einzelnen Investments, dem wirtschaftlichen Ergebnis der Investments und dem konkreten Ausschüttungsverlauf der Zielfonds ab. Potenzielle Anleger müssen daher die nachfolgend beschriebenen Risiken bei einer Entscheidung über die Beteiligung an der Investmentgesellschaft berücksichtigen.

Bei der Darstellung der Risiken wird im Folgenden zwischen rendite- und anlagegefährdenden Risiken, anlegergefährdenden Risiken und sonstigen Risiken unterschieden. Unter renditegefährdenden Risiken sind diejenigen Risiken zu verstehen, die zu einer schwächeren Rendite führen und somit die Ertragsaussichten der Anlage verschlechtern können. Anlagegefährdende Risiken sind Risiken, deren Eintritt die Anlageobjekte oder die gesamte Vermögensanlage gefährden kann und die somit zu einem teilweisen oder vollständigen Verlust der Einlage des Anlegers führen können. Die Abgrenzung zwischen renditegefährdenden und anlagegefährdenden Risiken ist fließend und der Eintritt mehrerer renditegefährdender Risiken kann auch zu einer Anlagegefährdung führen. Zwischen diesen beiden Risikogruppen wird deshalb nachfolgend nicht weiter unterschieden. Anlegergefährdende Risiken können im Falle ihrer Verwirklichung das weitere Vermögen eines Anlegers gefährden, etwa durch Steuerzahlungen oder Ähnliches. Im Unterabschnitt „Sonstige Risiken“ werden Risiken dargestellt, die sich keiner der vorgenannten Kategorien zuordnen lassen.

Die Einteilung der Risiken in die vorgenannten Gruppen dient vor allem einer besseren Einschätzbarkeit der Risikofolgen durch den Anleger, ohne dass durch die Einteilung in irgendeiner Weise eine Aussage zur Eintrittswahrscheinlichkeit der Risiken gemacht wird.

Es besteht die Möglichkeit, dass sich die geschilderten Risiken auch kumuliert realisieren, wodurch sich die Auswirkungen der einzelnen Risiken gegenseitig verstärken können.

Es kann daher nicht ausgeschlossen werden, dass die gesamte geleistete Einlage und der geleistete Ausgabeaufschlag sowie die im Zusammenhang mit der Eingehung der Beteiligung aufgewandten Nebenkosten des Anlegers vollständig verloren gehen (Totalverlustrisiko).

Sollte der Anleger entgegen der Empfehlung der Verwaltungsgesellschaft seine Beteiligung teilweise oder vollständig fremdfinanziert haben, würde der Anleger im Falle eines Totalverlustes nicht nur sein eingesetztes Kapital inkl. Ausgabeaufschlag und im Zusammenhang mit dem Eingehen der Beteiligung angefallene Nebenkosten verlieren, sondern müsste zusätzlich noch das zur Finanzierung der Beteiligung aufgenommene Darlehen tilgen und die damit zusammenhängenden Zinsen und Nebenkosten zahlen, zzgl. einer ggf. anfallenden Vorfälligkeitsentschädigung, was bis zur Insolvenz des Anlegers führen kann (maximales

Risiko). Dieses Risiko kann sich auch aufgrund von Steuerzahlungen des Anlegers sowie ggf. darauf anfallenden Zinsen realisieren.

RENDITE- UND ANLAGEGEFÄHRDENDE RISIKEN

Anlage-, Insolvenz- und Bonitätsrisiken

Die wesentliche Geschäftstätigkeit der Investmentgesellschaft besteht in der direkten oder indirekten (über eine oder mehrere Zweckgesellschaften) Investition in Beteiligungen an Zielfonds. Keine der an der Vermögensanlage beteiligten Parteien kann garantieren, dass die Investmentgesellschaft aus ihren Beteiligungen und aus ihren Liquiditätsanlagen Gewinne erzielen bzw. Verluste vermeiden wird oder dass Gewinnzuweisungen und Ausschüttungen an die Anleger vorgenommen werden können. Auch können die bei der Investmentgesellschaft anfallenden Kosten ihre Einnahmen übersteigen. Dies kann zu einer Minderung der erzielbaren Rendite und auch dazu führen, dass Anleger das eingesetzte Eigenkapital nicht zurückerhalten.

Auch kann der Zeitpunkt etwaiger Ausschüttungen nicht mit Sicherheit vorhergesagt werden. Während der anfänglich stattfindenden Investitionsphase wird die Ertragslage der Investmentgesellschaft insbesondere durch die einmaligen anfänglichen Kosten und die laufenden Kosten belastet. Erst wenn diese beglichen sind, können Ausschüttungen an die Anleger erfolgen. Insbesondere sind die Höhe und die Zeitpunkte der Kapitalabrufe des bzw. der Zielfonds und von etwaigen Rückflüssen während der gesamten Laufzeit nicht prognostizierbar. Für Anleger, die mit früheren oder höheren Ausschüttungen rechnen, besteht daher das Risiko, Fremdfinanzierungen in Anspruch nehmen zu müssen, wenn sie nicht über anderweitige Mittel verfügen, um ihren Liquiditätsbedarf zu decken.

Das wirtschaftliche Ergebnis der von der Investmentgesellschaft einzugehenden Beteiligungen hängt zudem wesentlich von der Leistungsqualität, Vertragstreue und Bonität der indirekten und direkten Vertragspartner der Investmentgesellschaft (inkl. der Vertragspartner der Zielfonds und ggf. Zweckgesellschaften) ab. Insbesondere besteht das Risiko, dass solche Vertragspartner zahlungsunfähig werden und die Investmentgesellschaft bzw. der betreffende Zielfonds oder die betreffende Zweckgesellschaft ihre diesbezüglichen Ansprüche nicht oder nicht vollständig durchsetzen kann.

Blind Pool und Informationsrisiko

Bei dem vorliegenden Angebot handelt es sich um einen sog. Blind Pool. Die Anleger wissen zum Zeitpunkt der Zeichnung einer Beteiligung an der Investmentgesellschaft zwar, dass die Investmentgesellschaft das angeworbene Kapital für die Begründung von Beteiligungen an Zielfonds verwendet, jedoch sind die konkreten Investitionen der Investmentgesellschaft zum Zeitpunkt der Vertriebsanzeige – abgesehen von den Vorgaben der in § 2 der Anlagebedingungen der Investmentgesellschaft festgelegten Anlagegrenzen – i.d.R. noch unbestimmt. Auch für den Fall, dass der Anleger der Investmentgesellschaft erst nach dem Erwerb einer oder mehrerer Zielfondsbeteiligungen beitreten will, werden ihm i.d.R. vorab keine detaillierten Informationen

zu dem oder den Zielfonds zur Verfügung gestellt werden. Ein Anleger hat vor einer Beteiligung an der Investmentgesellschaft deshalb i. d. R. keine bzw. nur sehr beschränkte Möglichkeit der Analyse und Prüfung der beabsichtigten Investitionen der Investmentgesellschaft. Auch kann er auf die jeweiligen Auswahlentscheidungen keinen Einfluss nehmen. Dennoch muss der Anleger die wirtschaftlichen Folgen dieser Investitionen tragen.

Entsprechendes gilt auf Ebene solcher Zielfonds, die als Blind Pool konzipiert sind. Obwohl bei Erwerb der betreffenden Zielfondsbeteiligung die konkreten Investitionen dieses Zielfonds i. d. R. nicht feststehen, muss die Investmentgesellschaft und damit mittelbar der Anleger, ohne die Möglichkeit der Analyse und Prüfung der beabsichtigten Investitionen der Zielfonds und ohne Einfluss auf deren Auswahlentscheidungen zu haben, die wirtschaftlichen Folgen dieser Investments tragen.

Überdies werden die Anleger bezüglich der Zielfonds auch nach deren Auswahl i. d. R. nur begrenzte Informationen über die von den Zielfonds getätigten Investitionen erhalten. Regelmäßig werden solche Zielfonds (und deren Portfoliogesellschaften) auf dem Abschluss von Vertraulichkeitsverpflichtungen bestehen. Danach unterliegen grundsätzlich die meisten Informationen über die Geschäftstätigkeit und die Ertragsaussichten einer Beteiligung an solchen Zielfonds der Vertraulichkeit und dürfen daher nur in einem sehr begrenzten Umfang oder überhaupt nicht an die Anleger weitergeleitet werden.

Risiken bezüglich Identifizierung von Investitionsmöglichkeiten, Anlagegrenzen, Vertragsabschluss

Das wirtschaftliche Ergebnis der Investmentgesellschaft hängt im Wesentlichen von den Beteiligungen der Investmentgesellschaft an Zielfonds ab. Damit hat die Identifizierung von geeigneten Investitionsmöglichkeiten wesentliche Auswirkungen auf die von den Anlegern erzielbare Rendite. Es besteht insbesondere das Risiko, nicht genügend geeignete Investitionsmöglichkeiten zu finden. Die Identifizierung geeigneter Investitionsmöglichkeiten hängt maßgeblich vom Marktumfeld, vom Angebot für Beteiligungen an Zielfonds, vom Investitionsfeld der Anlageklasse Private Equity sowie dem gesamtwirtschaftlichen und politischen Klima sowie anderen Faktoren außerhalb des Einflussbereichs der Investmentgesellschaft bzw. der Verwaltungsgesellschaft ab. Es kann daher nicht sichergestellt werden, dass in der Investitionsphase ausreichend geeignete Investitionsmöglichkeiten zur erfolgreichen Umsetzung der Anlagestrategie vorhanden sind. Dies gilt insbesondere vor dem Hintergrund der durch die Richtlinie 2011/61/EU des Europäischen Parlaments und des Rats vom 8. Juni 2011 über die Verwalter Alternativer Investmentfonds und die Änderung der Richtlinien 2003/41/EG und 2009/65/EG und der Verordnungen (EG) Nr. 1060/2009 und (EU) Nr. 1095/2010 („AIFM-Richtlinie“) und das KAGB (in seiner jeweils gültigen Fassung) eingeführten Beschränkungen hinsichtlich der durch die Investmentgesellschaft erwerbenden Beteiligungen an Zielfonds. Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass die Investmentgesellschaft eine Beteiligung an einem Zielfonds nicht zeichnen bzw. erwerben kann, weil der betreffende Zielfonds bestimmte, durch die Regulierung vorgegebene Anforderungen nicht erfüllt. Dieses Risiko wird zudem dadurch verstärkt, dass die in § 2 der Anlage-

bedingungen der Investmentgesellschaft festgelegten Anlagegrenzen von der Investmentgesellschaft zwingend einzuhalten sind. Zielfonds, an denen sich die Investmentgesellschaft beteiligt, müssen somit auch die in den Anlagegrenzen aufgestellten Anforderungen erfüllen.

Auch auf Ebene eines Zielfonds, der als Blind Pool konzipiert ist, besteht das Risiko, nicht genügend geeignete Investitionsmöglichkeiten zu finden.

Zum Zeitpunkt der Vertriebsanzeige hat die Investmentgesellschaft noch keine Verträge über die Beteiligung an Zielfonds abgeschlossen. Es besteht daher das Risiko, dass die Investmentgesellschaft die notwendigen Verträge zur Realisierung der Anlageziele zu den geplanten Bedingungen nicht oder nur verspätet abschließen kann.

Risiken durch Ungewissheit im Hinblick auf zukünftige Resultate

Der vorliegende Verkaufsprospekt, die wesentlichen Anlegerinformationen und das Konzept der Investmentgesellschaft bauen auf gewissen Einschätzungen und Annahmen hinsichtlich der zukünftigen wirtschaftlichen Entwicklung von Märkten und Investitionen auf. Es kann jedoch keine Garantie abgegeben werden, dass diese Erwartungen und Annahmen richtig sind bzw. dass die Erwartungen und Annahmen eintreffen werden. Vielmehr können zukünftige Entwicklungen nicht vorhergesagt werden. Daneben nimmt die Sicherheit solcher Einschätzungen und Annahmen im Allgemeinen mit zunehmender Zeitdauer ab. Damit besteht schon allein aufgrund der langen Laufzeit der Beteiligung des Anlegers an der Investmentgesellschaft das Risiko, dass die Einschätzungen und Annahmen nicht eintreten. Auch Renditen aus vergleichbaren Investitionen in der Vergangenheit sind keine Garantie für zukünftige Renditen. Dies gilt insbesondere deshalb, weil die konkreten Zielfondsbeteiligungen zum Zeitpunkt der Vertriebsanzeige noch nicht feststehen.

Trotz dieses Blind-Pool-Charakters der Investmentgesellschaft besteht die gesetzliche Verpflichtung, die Aussichten für die Kapitalrückzahlung und Erträge unter verschiedenen Marktbedingungen in Form einer Illustration in den wesentlichen Anlegerinformationen darzustellen (vgl. den Abschnitt „Frühere Wertentwicklung/Mögliche Aussichten für die Kapitalrückzahlung und Erträge“ in den wesentlichen Anlegerinformationen). Da die Investmentgesellschaft im Jahr 2017 neu gegründet wurde und zum Zeitpunkt der Vertriebsanzeige noch keine Beteiligungen an Zielfonds feststehen, haben die Szenariobetrachtungen in den wesentlichen Anlegerinformationen lediglich rein exemplarischen Charakter und bilden weder einen verlässlichen Indikator für die zukünftige Wertentwicklung der Investmentgesellschaft noch eine diesbezügliche Prognose. Dies gilt insbesondere für das Ausgangsszenario. Auch wenn dieses den planmäßigen Verlauf widerspiegelt, von dem die Verwaltungsgesellschaft auf der Basis von Erfahrungswerten ausgeht, sind Abweichungen vom Ausgangsszenario in größerem Umfang möglich als anhand der übrigen Szenarien dargestellt. Auch ein Verlust des eingesetzten Kapitals ist grundsätzlich möglich.

Risiko einer unwirksamen Begründung der Beteiligung

Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass die Investmentgesellschaft, beispielsweise aufgrund von Regelungen der Gesellschaftsverträge der Zielfonds oder aufgrund gesetzlicher Vorgaben, den Zielfonds nicht rechtswirksam beitrifft. In diesem Fall nimmt die Investmentgesellschaft nicht an der wirtschaftlichen Entwicklung der betreffenden Zielfonds teil, sondern bleibt auf Ansprüche auf Rückerstattung ihrer Einlage und ggf. Schadensersatz verwiesen. In diesem Fall besteht das Risiko, dass eine Durchsetzung solcher Ansprüche nicht oder nicht vollumfänglich möglich ist bzw. dass die Investmentgesellschaft nicht so gestellt wird, wie sie bei einem rechtswirksamen Beitritt zu dem betreffenden Zielfonds gestanden hätte. Entsprechendes gilt für den Fall, dass die Investmentgesellschaft aus einem Zielfonds nachträglich ausgeschlossen wird.

Kostenrisiko

Die Anleger sind auch bei wirtschaftlichen Fehlinvestitionen verpflichtet, den auf ihre Beteiligung entfallenden Teil der Kosten und Vergütungen der Investmentgesellschaft zu tragen. Da auch die Zielfonds voraussichtlich berechtigt sein werden, entstehende Kosten zu belasten, tragen die Anleger mittelbar auch die auf dieser Ebene anfallenden Kosten und Vergütungen, unabhängig davon, ob die Investitionen der Zielfonds wirtschaftlich erfolgreich sind. Entsprechendes gilt ggf. auf Ebene der Zweckgesellschaften. Eine Darstellung der Kosten findet sich im Kapitel „Kosten“.

Risiken durch eingeschränkte Einflussnahme und Kontrollrechte

Das wirtschaftliche Ergebnis der Investmentgesellschaft ist im Wesentlichen von der dann durch die Verwaltungsgesellschaft zu treffenden Auswahl geeigneter Investitionen abhängig. Zwar bedarf die Beteiligung der Investmentgesellschaft an Zielfonds der Mitwirkung der Verwahrstelle, jedoch ist nach dem Gesellschaftsvertrag weder eine Konsultation noch die Zustimmung der Anleger hierfür erforderlich. Die Anleger sind daher bezüglich der Auswahl geeigneter Investitionen von der Expertise der Verwaltungsgesellschaft abhängig. Die Anleger haben keine Möglichkeit, Einfluss auf die Auswahl geeigneter Beteiligungen zu nehmen. Es besteht das Risiko, dass die Verwaltungsgesellschaft bei der Auswahl der Beteiligungen an Zielfonds Fehlentscheidungen trifft, die sich negativ auf das wirtschaftliche Ergebnis der Investmentgesellschaft auswirken. Obwohl die Anleger keinerlei Möglichkeiten zur Einflussnahme auf die Auswahl der Investitionen haben, müssen sie die wirtschaftlichen Folgen der Investitionsentscheidungen tragen. Infolgedessen sollten sich nur Anleger an der Investmentgesellschaft beteiligen, die gewillt sind, alle Aspekte der Investitionstätigkeit weitgehend auf die Verwaltungsgesellschaft zu übertragen.

Managementrisiko der Zielfonds

Entsprechendes gilt auf Ebene der Zielfonds. Da der Investmentgesellschaft, wie auch den übrigen Investoren der Zielfonds, bei den geplanten Beteiligungen keine allumfassenden Kontrollrechte gegenüber den Zielfonds zustehen werden, besteht zudem das Risiko, dass die Investmentgesellschaft wesentliche Infor-

mationen über ökonomische, finanzielle oder andere relevante Sachverhalte verspätet oder überhaupt nicht erhält.

Des Weiteren besteht das Risiko, dass auf Ebene eines Zielfonds oder eines Portfoliounternehmens eines solchen Zielfonds aufgrund von Management- und/oder Betriebsführungsfehlern höhere Kosten bzw. geringere Einnahmen entstehen bzw. anfallen als angenommen. Die Investmentgesellschaft und insbesondere die Verwaltungsgesellschaft haben keinen Einfluss auf die rechtliche und wirtschaftliche Prüfung möglicher Investitionen der Zielfonds sowie auf deren Investitionsentscheidungen. Die Investmentgesellschaft wird i. d. R. kein Recht haben, alleine das Management oder die Anlageberater eines Zielfonds oder eines Portfoliounternehmens auszutauschen.

Das Management bzw. die vom Management beauftragten Anlageberater eines Zielfonds können i. d. R. ohne Konsultation der Investmentgesellschaft und damit ohne Einflussnahme der Anleger über Strukturierung, Allokation, Verwaltung, Überwachung und Veräußerung der Beteiligungen an Portfoliounternehmen entscheiden. Dementsprechend hängt das wirtschaftliche Ergebnis der Investmentgesellschaft im Wesentlichen von den Fähigkeiten, den Erfahrungen und der Expertise des Managements des entsprechenden Zielfonds und der von diesem beauftragten Anlageberater ab.

Entsprechendes gilt für das Management der Portfoliounternehmen eines Private-Equity-Fonds. Insbesondere sind Managemententscheidungen, die in der Vergangenheit zu guten wirtschaftlichen Ergebnissen geführt haben, keine Garantie dafür, dass die gleichen Entscheidungsträger auch zukünftig gute Managemententscheidungen treffen werden. Es kann auch nicht gewährleistet werden, dass die bei der Auswahl der Investitionen für das Management der Zielfonds tätigen Mitarbeiter oder beauftragten Anlageberater auch in Zukunft für diese tätig sein werden. Es besteht daher das Risiko, dass nach der Investition Personen mit einer geringeren Expertise Entscheidungen treffen, die sich negativ auf das wirtschaftliche Ergebnis der Vermögensanlage auswirken. Auch kann es dazu kommen, dass aufgrund des Ausscheidens bestimmter wichtiger Personen (sog. Schlüsselpersonen) die Investitionstätigkeit eines Zielfonds unterbrochen oder ganz beendet und nur unter bestimmten Bedingungen wieder aufgenommen wird. Bei Beendigung bzw. Aussetzung der Investitionstätigkeit kann der betreffende Zielfonds das ihm zugesagte Kapital nicht abrufen und investieren bzw. erst zu einem späteren Zeitpunkt abrufen und investieren. Insofern besteht das Risiko, dass die Ziele eines solchen Zielfonds nicht erreicht werden können.

Zudem besteht das Risiko, dass erfolgsabhängige Gewinnanteile für das Management eines Zielfonds möglicherweise einen Anreiz schaffen, risikoreichere Investitionen zu tätigen, als dies ohne eine entsprechende erfolgsabhängige Gewinnkomponente der Fall wäre. Eine effektive Kontrolle des Managements eines Zielfonds durch die Investmentgesellschaft wird dabei (z. B. aufgrund einer ggf. geringen Beteiligungsgröße an den Zielfonds) i. d. R. nicht möglich sein.

Risiken durch Abhängigkeit von dem Erfolg des Konzepts und der Entwicklung der Zielfonds

Das wirtschaftliche Ergebnis der Investmentgesellschaft ist davon abhängig, dass die Zielfonds die von ihnen gehaltenen Vermögenswerte gewinnbringend auswählen, verwalten und ggf. veräußern. Erzielen die Zielfonds aufgrund einer mangelhaften Investitionsstrategie, aufgrund mangelhaften Managements oder aufgrund äußerer Einflüsse geringere Gewinne als prognostiziert oder gar Verluste, führt dies zu einer Verringerung oder zum Ausbleiben von Ausschüttungen aus den Zielfonds an die Investmentgesellschaft. Auch müssen die Errichtungsaufwendungen der Zielfonds – z. B. für Konzeption, Eigenkapitalbeschaffung und Marketing – sowie die laufenden Kosten zunächst durch laufende Erträge und Wertzuwächse bei den Beteiligungen ausgeglichen werden, ehe Wertsteigerungen und Auszahlungen an die Investmentgesellschaft möglich werden.

Zudem ist die tatsächliche Entwicklung von Zielfondsbeiträgen nur schwer kalkulierbar. Sie wird durch viele Faktoren, wie beispielsweise Höhe und Zeitpunkt des Zuflusses von Einnahmen, Wertentwicklung des (mittelbaren) Investitionsgegenstandes sowie die allgemeine Wirtschafts- und Konjunktorentwicklung, bestimmt.

Bestandteil des Konzepts der Zielfonds ist es, die gehaltenen Vermögensgegenstände spätestens am Laufzeitende, ggf. erst nach (mehrmaliger) Laufzeitverlängerung, zu veräußern. Gegebenenfalls können die Zielfonds jedoch mangels liquider Märkte oder aufgrund vertraglicher oder anderer Übertragungsbeschränkungen ihre gehaltenen Investitionsgegenstände nicht oder nicht in wirtschaftlich sinnvoller Weise veräußern. Möglicherweise sind die Zielfonds nicht in der Lage, bei einer Veräußerung den tatsächlichen fairen bzw. den von ihnen angenommenen Marktpreis zu erzielen.

Die Entscheidung über eine Beteiligung an einem Zielfonds wird i. d. R. anhand des Verkaufsprospektes oder anderer Verkaufsunterlagen des Zielfonds getroffen, sodass sich die Verwaltungsgesellschaft im Hinblick auf das Konzept eines potenziellen Zielfonds im Wesentlichen auf den Inhalt dieser Verkaufsunterlagen verlassen muss. Fehler oder Unvollständigkeiten dieser Unterlagen können zu fehlerhaften Investitionsentscheidungen führen und damit das Ergebnis der Investmentgesellschaft negativ beeinflussen.

Risiken aus Kapitalbeteiligungen der Zielfonds

Zielfonds aus dem Bereich Private Equity beteiligen sich unmittelbar oder mittelbar an – im Regelfall nicht börsennotierten – Portfoliounternehmen und können ihnen über verschiedene Beteiligungsinstrumente sowohl Eigen- als auch Fremdkapital zur Verfügung stellen. Die Zielfonds erhalten hierfür i. d. R. weder Sicherheiten von den Portfoliounternehmen noch erfolgen fest vereinbarte regelmäßige Dividenden- oder Tilgungszahlungen. Die Zielfonds erzielen i. d. R. Rückflüsse im Wesentlichen erst aus dem Erlös der Veräußerung der Beteiligung an dem Portfoliounternehmen. Im Falle der Insolvenz eines Portfoliounternehmens haben die Zielfonds und damit auch die Investmentgesellschaft sowie der Anleger ggf. erst nach Befriedigung aller sonstigen Gläubiger einen Anspruch auf Rückzahlung des von ihnen einge-

zahlten Kapitals. Im Falle der Insolvenz eines Portfoliounternehmens kommt es deshalb meistens nicht oder nur teilweise zu einer Rückzahlung des investierten Kapitals. Dieses Risiko trägt der Anleger durch seine mittelbare Beteiligung an den Zielfonds.

Risiken durch Abhängigkeit von Portfoliounternehmen

Die Rentabilität der Beteiligung an einem Zielfonds aus dem Bereich Private Equity hängt maßgeblich von der wirtschaftlichen Entwicklung der von dem Zielfonds gehaltenen Portfoliounternehmen ab. Das einzelne Portfoliounternehmen kann eine nur kurze operative Vergangenheit haben und daher möglicherweise noch nicht über ein markterprobtes Geschäftsmodell, eine ausgereifte Produktpalette oder ein erfahrenes Management verfügen. Beteiligungen an solchen Unternehmen sind typischerweise mit wesentlich größeren Risiken verbunden als Beteiligungen an großen und etablierten Unternehmen. Aber auch bei etablierten Unternehmen besteht das Risiko, dass die erwartete Entwicklung nicht eintritt, sodass auch hier im Ergebnis verringerte Einnahmen der Zielfonds und damit verringerte Ausschüttungen an die Investmentgesellschaft nicht ausgeschlossen werden können.

Risiken aus der Veräußerung von Beteiligungen an Portfoliounternehmen

Die Rückzahlung des eingesetzten Kapitals sowie die Rendite hängen bei der Beteiligung an Zielfonds aus dem Bereich Private Equity weiterhin davon ab, wie erfolgreich diese die erworbenen Portfoliounternehmen veräußern können. Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass bei Veräußerung der Portfoliounternehmen das ursprünglich eingesetzte Kapital der Zielfonds nicht oder nicht vollständig wieder zurückgezahlt und dass keine Rendite erwirtschaftet wird. Da die Portfoliounternehmen normalerweise keine regelmäßigen Ausschüttungen vornehmen, erfolgt bei den Zielfonds i. d. R. keine Rückführung des investierten Kapitals vor Veräußerung der Portfoliounternehmen. Die Beteiligung an solchen Zielfonds beinhaltet daher höhere Risiken als eine Investition in klassische Sachwertanlagen, wie z. B. in ein Immobilienportfolio.

Gegebenenfalls können die Zielfonds die Portfoliounternehmen mangels liquider Märkte oder aufgrund vertraglicher oder anderer Übertragungsbeschränkungen nicht zum vorgesehenen Zeitpunkt veräußern. Vor dem Hintergrund der beschränkten Laufzeit der Investmentgesellschaft, könnte dies eine Veräußerung der betreffenden Zielfondsbeiträge zur Folge haben (vgl. hierzu den Abschnitt „Risiken aus der Devestition und aus Sachausschüttungen“).

Bei der Veräußerung von Beteiligungen an einem Portfoliounternehmen können Zielfonds möglicherweise verpflichtet sein, gegenüber dem Käufer der Beteiligungen bestimmte Garantien bezüglich des zu veräußernden Portfoliounternehmens zu übernehmen. Dies ist regelmäßig der Fall, wenn (Eventual-)Verbindlichkeiten (beispielsweise bezüglich Ruhestandsbezügen der Mitarbeiter, Steuerschulden oder laufender Rechtsstreitigkeiten mit Dritten) des zu veräußernden Unternehmens zum Zeitpunkt der Transaktion der Höhe und Fälligkeit nach nicht zuverlässig zu bestimmen sind. Ist ein Zielfonds im Falle der Verletzung einer solchen Garantie verpflichtet, den Käufer eines Portfoliounternehmens schadlos zu halten, bedeutet dies möglicherweise

zusätzliche Verpflichtungen für diesen Zielfonds. Im Falle solcher Verpflichtungen steht den Zielfonds zudem häufig das Recht zu, einen Teil der zuvor an ihre Investoren (also die Investmentgesellschaft) getätigten Ausschüttungen zurückzufordern. Sollte die Investmentgesellschaft diese Rückzahlungen nicht leisten können, kann sie ggf. gezwungen sein, diese Zahlungen durch die Aufnahme von Fremdkapital zu finanzieren (vgl. den Unterabschnitt „Risiken aus dem Einsatz von Fremdkapital durch die Investmentgesellschaft“).

Auch im Übrigen kann sich aus dem Verkauf eines Portfoliounternehmens eine Haftung des veräußernden Zielfonds ergeben. Die Veräußerung von Portfoliounternehmen kann unter Umständen auch gewisse Steuerverpflichtungen nach sich ziehen.

Risiken durch Reduzierung des Zielfondsvolumens

Darüber hinaus kann es, z. B. bei Ausscheiden von Schlüsselpersonen eines Zielfonds, dazu kommen, dass das Volumen des Zielfonds herabgesetzt wird – mit der Folge, dass dem betreffenden Zielfonds weniger Investitionsmittel zur Verfügung stehen und die Diversifikation des Portfolios dieses Zielfonds nicht ausreicht. Dieses Portfolio wäre anfälliger für die Insolvenz eines Portfoliounternehmens. Gelingt es der Investmentgesellschaft nicht, das von einem Zielfonds ungenutzte Kapital anderweitig zur Investition in andere Zielfonds einzusetzen, kann ein Kapitalabruf von der Investmentgesellschaft insoweit nicht vorgenommen werden. In diesem Fall erhöht sich der prozentuale Anteil der Fondsnebenkosten im Verhältnis zum investierten Kapital, da nicht das gesamte für Investitionen zur Verfügung stehende Kapital indirekt in Portfoliounternehmen investiert werden kann.

Risiken aus dem Einsatz von Fremdkapital durch die Investmentgesellschaft

Die Konzeption der Investmentgesellschaft sieht keine langfristige Aufnahme von Fremdkapital durch die Investmentgesellschaft zur Finanzierung von Investitionen vor. Eine kurzfristige Zwischenfinanzierung zur Überbrückung von Liquiditätspässen der Investmentgesellschaft ist aus Sicht der Verwaltungsgesellschaft hingegen, insbesondere aufgrund des mit Wealth Management Capital Holding GmbH zur Zwischenfinanzierung von Zielfondsbeteiligungen vor einem Kapitalabruf von den Anlegern abgeschlossenen Darlehensvertrages (vgl. das Kapitel „Vertragsbeziehungen der Investmentgesellschaft“, Abschnitt „Darlehensvertrag“) und in Gestalt der durch die Wealth Management Capital Holding GmbH gewährten Kreditlinie (vgl. das Kapitel „Vertragsbeziehungen der Investmentgesellschaft“, Abschnitt „Vertrag über die Einräumung einer Kreditlinie“), möglich (vgl. dazu im Einzelnen den Abschnitt „Umstände, unter denen Fremdkapital eingesetzt werden kann, sowie Belastungen und Handhabung von Sicherheiten“). Die hierdurch verursachten Zins- und Tilgungszahlungen können einen negativen Effekt auf die Erträge der Investmentgesellschaft haben, da diese vorrangig vor etwaigen Ausschüttungen an die Anleger erfolgen müssen. Dies gilt insbesondere dann, wenn die durch die Investitionen der Investmentgesellschaft erwirtschaftete Rendite unter den Fremdfinanzierungskosten liegt (sog. Leverage- oder Hebeleffekt). Auch könnten die laufenden Einnahmen der Investmentgesellschaft nicht ausreichen, um die anfallenden Zins- und Tilgungszahlun-

gen zu leisten, sodass die Investmentgesellschaft gezwungen wäre, Beteiligungen zu veräußern. Im Falle des Einsatzes von Fremdkapital besteht zudem das Risiko, dass sich der Zinssatz ändert bzw. eine Anschlussfinanzierung nur zu weniger günstigen Konditionen oder gar nicht erreicht werden kann.

Sollten Fremdmittel zur Finanzierung von Investitionen verwandt werden, so erhöht sich auch das allgemeine Investitionsrisiko. Denn bei einem Untergang des Investitionsgegenstandes wäre im Regelfall das Fremdkapital trotzdem zurückzuzahlen, sodass die Investmentgesellschaft gezwungen wäre, die Zins- und Tilgungsleistungen aus den Rückflüssen aus den übrigen Investments zu begleichen.

Auch für den Fall, dass eine Zeichnung bzw. ein Erwerb von Zielfondsbeteiligungen vor dem Abschluss der Platzierungsphase der Investmentgesellschaft erfolgt, könnte eine kurzfristige Zwischenfinanzierung der Zeichnung bzw. des Erwerbs erforderlich werden. Eine solche Zwischenfinanzierung würde durch den neben der vorgenannten Kreditlinie abgeschlossenen Darlehensvertrag erfolgen (vgl. das Kapitel „Vertragsbeziehungen der Investmentgesellschaft“, Abschnitt „Darlehensvertrag“). Die Zwischenfinanzierung wäre in der Höhe erforderlich, wie die bis zu diesem Zeitpunkt eingeworbenen und abgerufenen Kapitalzusagen der Anleger nicht genügen, um die (bevorstehenden) Kapitalabrufe des bzw. der betreffenden Zielfonds fristgemäß zu bedienen bzw. um – im Falle des Erwerbs einer bereits bestehenden Zielfondsbeteiligung am Zweitmarkt oder von einem Konzernunternehmen der Wealthcap – den Erwerbspreis bedienen zu können. Eine solche Zwischenfinanzierung des von den Anlegern einzuwerbenden Kommanditkapitals könnte Kosten für die Investmentgesellschaft verursachen, was sich negativ auf die durch die Anleger erzielbaren Rückflüsse auswirken würde. Hierbei besteht zudem das Risiko, dass nicht genügend Eigenkapital von den Anlegern eingeworben werden kann, um eine solche Eigenkapitalzwischenfinanzierung in vollem Umfang zurückzuführen. In diesem Fall müsste die kurzfristige Eigenkapitalzwischenfinanzierung in ein langfristiges Darlehen umgewandelt werden, mit der Folge, dass der Investmentgesellschaft dauerhaft zusätzliche Kosten entstehen.

Durch den Einsatz von Fremdkapital können sich zudem gesamtwirtschaftliche Entwicklungen, wie insbesondere steigende Zinssätze, verstärkt auf die Investmentgesellschaft auswirken.

Die Fremdkapitalquote darf gemäß den Anlagebedingungen der Investmentgesellschaft maximal 150 % des aggregierten eingebrachten Kapitals und noch nicht eingeforderten zugesagten Kapitals der Investmentgesellschaft berechnet auf der Grundlage der Beträge, die nach Abzug sämtlicher direkt oder indirekt von den Anlegern getragener Gebühren, Kosten und Aufwendungen für Anlagen zur Verfügung stehen, betragen. Diese Grenze gilt nicht während der Dauer des erstmaligen Vertriebs der Investmentgesellschaft, längstens jedoch für einen Zeitraum von 18 Monaten ab Beginn des Vertriebs. Daher können die Verwendung von Fremdkapital und die Belastungen von Vermögenswerten innerhalb dieses Zeitraums oberhalb dieser Grenzen liegen.

Kann die Investmentgesellschaft etwaige Verpflichtungen aus Darlehensverträgen nicht einhalten, könnten die Darlehensgeber den Darlehensvertrag aufkündigen und unter Umständen auf die zur Darlehensbesicherung begebenen Sicherheiten zurückgreifen. Zudem könnten die Darlehensgeber auch in das übrige Vermögen der Investmentgesellschaft vollstrecken. Die vorstehenden Ausführungen gelten entsprechend für den Fall einer Darlehensaufnahme durch eine Zweckgesellschaft, an der die Investmentgesellschaft beteiligt ist.

Risiken aus dem Einsatz von Fremdkapital durch Zielfonds und den von ihnen gehaltenen Gesellschaften

Es ist davon auszugehen, dass sowohl die von den Zielfonds gehaltenen Portfoliounternehmen als auch die zur Beteiligung an solchen Portfoliounternehmen verwandten Erwerbs- oder Holdinggesellschaften, also Gesellschaften, an denen sich ein Zielfonds zum Zweck des mittelbaren Erwerbs einer Unternehmensbeteiligung beteiligt, in nicht unerheblichem Maße Fremdkapital einsetzen. Ein Fremdkapitaleinsatz kann sich negativ auf den Wert der Zielfondsbeteiligungen und der betreffenden Unternehmen auswirken. Dies gilt insbesondere dann, wenn die durch die Investition des Zielfonds erwirtschaftete Rendite unter den Fremdfinanzierungskosten liegt. Durch den Einsatz von Fremdkapital können sich zudem gesamtwirtschaftliche Entwicklungen, wie beispielsweise steigende Zinssätze oder Veränderungen von Wechselkursen, verstärkt auf den Wert der von den Zielfonds getätigten Investitionen auswirken (sog. Leverage- oder Hebeleffekt). Im Falle des Einsatzes von Fremdkapital besteht zudem das Risiko, dass sich der Zinssatz ändert bzw. eine Anschlussfinanzierung nur zu weniger günstigen Konditionen oder gar nicht erreicht werden kann. Häufig wird zudem in Kreditverträgen vereinbart, dass bei der Überschreitung von zuvor vereinbarten Grenzen hinsichtlich bestimmter Finanzkennzahlen eine Nachbesicherung durch den Darlehensnehmer zu erfolgen hat oder gar eine vorzeitige Kündigung des Darlehens durch den Darlehensgeber möglich ist. Der Darlehensgeber wird regelmäßig ein vorrangiges Verwertungsrecht an den Wirtschaftsgütern der Zielfonds, der Erwerbs- bzw. Holdinggesellschaften bzw. der Portfoliounternehmen besitzen. Kommt also ein Darlehensnehmer seinen Verpflichtungen nicht nach oder fällt gar in Insolvenz, kann der Darlehensgeber vorrangig auf die verbliebenen Vermögensgegenstände des Zielfonds, des Unternehmens bzw. der Gesellschaft zugreifen und ggf. von den Investoren des Zielfonds (also der Investmentgesellschaft) die Erfüllung etwaiger zu diesem Zeitpunkt noch offener Einzahlungsverpflichtungen verlangen. Eine Befriedigung der Investmentgesellschaft dürfte in diesem Fall regelmäßig nicht mehr möglich sein, sodass das für die Zielfondsbeteiligung eingesetzte Kapital verloren wäre.

Fremdwährungsrisiko

Es ist möglich, dass sich die Investmentgesellschaft auch an Zielfonds beteiligt, die nicht in Euro, sondern in einer Fremdwährung geführt werden (vgl. den Abschnitt „Anlageziel, Anlagestrategie und Anlagepolitik“, Unterabschnitt „Zielfonds als Vermögensgegenstände“). Zudem können die von den Zielfonds getätigten Investitionen in einer Fremdwährung abgewickelt werden. Aufgrund von Wechselkursschwankungen können die Einnahmen der Zielfonds, die Investitionen in einer Fremdwährung vorge-

nommen haben, schwanken, was sich negativ auf die Ausschüttungen an die Investmentgesellschaft und damit auch negativ auf die Rendite des Anlegers auswirken kann. Bei einem in einer Fremdwährung geführten Zielfonds kann der Euro-Gegenwert der Ausschüttungen dieser Zielfonds an die Investmentgesellschaft aufgrund von Wechselkursschwankungen sinken. Zudem können für die Investmentgesellschaft weitere Kosten für den Umtausch der Fremdwährung in Euro entstehen.

Politische und ökonomische Risiken/Länderrisiken

Die Investmentgesellschaft kann sich an Zielfonds beteiligen, die ihren Sitz in Ländern außerhalb der Europäischen Union bzw. außerhalb der Vertragsstaaten des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum haben oder deren Investitionsfokus auf solchen Ländern liegt. Es kann auch nicht ausgeschlossen werden, dass einige Länder, in denen die Investmentgesellschaft oder Zielfonds investieren, politisch oder wirtschaftlich gering entwickelt sind. Dadurch setzen sich die Zielfonds verschiedenen zusätzlichen wirtschaftlichen, politischen und rechtlichen Risiken aus, welche die Zielfonds nachteilig beeinflussen können, wie zum Beispiel Wachstumsabschwächungen, Inflation, Deflation, Währungsanpassungen, Verstaatlichungen, Enteignungen, konfiskatorische Besteuerung, staatliche Restriktionen, nachteilige Regulierung, soziale oder politische Instabilität, negative diplomatische Entwicklungen, militärische Konflikte oder terroristische Angriffe. Insbesondere kann in solchen Ländern die aufsichtsrechtliche Regulierung der Zielfonds erheblich hinter dem in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Maß zurückbleiben, mit der Folge, dass die betreffenden Investitionen der Gesellschaften einem erhöhten Risiko durch riskante Investitionsstrategien, Managementfehler oder gar kriminelle Handlungen ausgesetzt sind.

Die regulatorischen Rahmenbedingungen einzelner Länder können dazu führen, dass ein Zielfonds gewisse Investitionen oder Geschäfte nicht tätigen kann und dass ein Zielfonds erhebliche zusätzliche Kosten oder Steuerlasten zu tragen hat und Verzögerungen, etwa bei der Überweisung von Geldern, hinnehmen muss. Andere Länder können vor allem hinsichtlich der insiderrechtlichen Bestimmungen, der Beschränkung von Marktmanipulationen, der Möglichkeit der Ausübung von Stimmrechten durch Vertreter und der Offenlegung von Informationen unterschiedliche Regulierungsniveaus vorsehen.

Solche Risiken oder vergleichbare Risiken sind nicht auf weniger entwickelte Länder beschränkt. Die sog. Euro-Krise und der zu verhandelnde Austritt des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union (sog. Brexit) zeigen, dass unvorhergesehene Entwicklungen auch in Mitgliedstaaten der Europäischen Union denkbar sind. Im Hinblick auf den Brexit ist zum Zeitpunkt der Vertriebsanzeige unklar, wie dieser aussehen wird und welche rechtlichen und wirtschaftlichen Auswirkungen dieser auf die im Vereinigten Königreich ansässigen Zielfonds sowie Zielfonds, die im Vereinigten Königreich Investitionen tätigen, haben wird. So könnten solche Zielfonds infolge negativer wirtschaftlicher Entwicklungen im Vereinigten Königreich infolge des Brexits keine Investitionsmöglichkeiten finden oder bereits erworbene Investments nicht oder nur mit erheblichen Abschlägen veräußern kön-

nen. Auch könnten Veränderungen der rechtlichen und regulatorischen Rahmenbedingungen im Vereinigten Königreich negative Auswirkungen auf solche Zielfonds haben.

Durchleitungsrisiko

Die Investmentgesellschaft kann die Beteiligungen an den Zielfonds auch indirekt über eine oder mehrere Zweckgesellschaften halten. Somit kann die Investmentgesellschaft insbesondere die Beteiligungen an den Portfoliounternehmen nicht unmittelbar halten, sondern über einen oder mehrere Zielfonds und ggf. weitere zwischengeschaltete Gesellschaften nur mittelbar. Bei einer mittelbaren Beteiligung besteht das Risiko, dass Zahlungen an die jeweils vorgeschaltete Beteiligungsstufe aufgrund von Liquiditätsmängeln, Missmanagement, Insolvenz des jeweiligen Schuldners oder gar Veruntreuung nicht oder nicht in voller Höhe erfolgen bzw. weitergeleitet werden und damit letztlich nicht oder nicht in voller Höhe den Anlegern zufließen.

Risiken aus der Beteiligung als Gründungsgesellschafter

Tritt die Investmentgesellschaft einem Zielfonds bereits zu Beginn von dessen Platzierungsphase bei, besteht das Risiko, dass der betreffende Zielfonds entgegen den Erwartungen der Investmentgesellschaft nicht zur Platzierung gelangt oder mangels ausreichender Einwerbung weiteren Eigenkapitals durch den Zielfonds nach seiner Platzierungsphase rückabgewickelt werden muss. Dies hätte zur Folge, dass die Investmentgesellschaft aus dieser Beteiligung keine Ausschüttungen erlangen könnte, die im Zusammenhang mit der Prüfung der Zielfondsbeteiligung angefallenen Kosten (sog. Due Diligence Kosten) von der Investmentgesellschaft dennoch zu tragen wären und ihr i. d. R. nicht anderweitig erstattet würden. Zudem ist nicht ausgeschlossen, dass die Einlage der Investmentgesellschaft in den Zielfonds teilweise oder vollständig verloren wäre.

Risiken aus der Devestition und aus Sachausschüttungen

Auch wenn Zielfonds i. d. R. ihre Investitionsgegenstände zu bestimmten Zeitpunkten veräußern und den Veräußerungserlös an die Investmentgesellschaft anteilig entsprechend ihrer Beteiligung an dem Zielfonds ausschütten, kann es notwendig sein, die Beteiligungen, die sich noch im Portfolio der Investmentgesellschaft befinden, bestmöglich zu veräußern. Hintergrund hierfür kann bzw. können z. B. der Ablauf der Laufzeit der Investmentgesellschaft, regulatorische Anforderungen der Regulierungsbehörden in Deutschland oder die Vorgaben der in den Anlagebedingungen der Investmentgesellschaft enthaltenen Anlagegrenzen sein. In diesem Fall besteht das Risiko, dass diese nicht in dem vorgesehenen Zeitrahmen, nicht und/oder nur zu einem geringeren als dem erwarteten Preis veräußert werden können. In diesem Fall würden sich die Liquidationsphase der Investmentgesellschaft und damit ggf. auch die Kapitalbindung für den Anleger verlängern und/oder die Rückflüsse aus der Investmentgesellschaft verringern. Dieses Risiko wird dadurch verstärkt, dass die Laufzeit der Investmentgesellschaft begrenzt ist und lediglich in bestimmten Fällen durch Gesellschafterbeschluss bis längstens 31.12.2037 verlängert werden kann. Sollte sich die Laufzeit eines Zielfonds über die Laufzeit der Investmentgesellschaft hinaus verlängern oder sollten nicht genügend Anleger einer benötigten Verlängerung der Laufzeit der Investment-

gesellschaft zustimmen, müsste eine Veräußerung der betreffenden Beteiligung(en) erfolgen.

Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass Zielfonds im Rahmen ihrer Liquidation berechtigt sein werden, Vermögensgegenstände (z. B. Beteiligungen an Portfoliounternehmen) im Wege der Sachausschüttung auf die Investmentgesellschaft zu übertragen. In diesem Fall treffen die Risiken aus der Verwertung dieser Vermögensgegenstände die Investmentgesellschaft unmittelbar. Zudem kann eine notwendige Veräußerung dieser Vermögensgegenstände die Liquidation der Investmentgesellschaft verzögern, zusätzliche Kosten auf Ebene der Investmentgesellschaft verursachen und sich aufgrund einer längeren Bindung des Kapitals der Anleger und aufgrund der weiterlaufenden Fondsnebenkosten negativ auf die Rendite des Anlegers auswirken.

Risiken hinsichtlich der Regulierung der Zielfonds

Gesellschaften und Zielfonds, an denen die Investmentgesellschaft direkt oder indirekt Beteiligungen eingetragt, sind ggf. nicht Gegenstand der durch die AIFM-Richtlinie eingeführten Regulierung oder vergleichbarer aufsichtsrechtlicher Regelungen. Insofern besteht das Risiko, dass die Geschäftsführung einer Gesellschaft bzw. eines Zielfonds Maßnahmen ergreift oder Handlungen vornimmt, die bei einem entsprechend regulierten und einer Aufsicht unterstehenden Vermögen nicht möglich wären.

Auch können Standards hinsichtlich Risikomanagement, Finanzplanung, Publizität, Rechnungslegung, Wirtschaftsprüfung und Berichtswesen in Ländern, in denen die Zielfonds ansässig sind oder investieren, in verschiedener Hinsicht weniger streng sein und nicht den gleichen Grad an Anlegerschutz und Publizität aufweisen, wie dies etwa in der Bundesrepublik Deutschland der Fall ist. Dadurch besteht das Risiko, dass finanzielle Schieflagen der Zielfonds erst zu einem späteren Zeitpunkt oder nicht oder nicht vollumfänglich erkannt werden.

Risiken aus dem Erwerb von sog. Secondaries

Sollte sich die Investmentgesellschaft an Zielfonds nicht ausschließlich durch Erstzeichnungen, sondern auch durch den Erwerb solcher Anteile von einem Erstzeichner (bzw. von einem sonstigen Veräußerer) am Zweitmarkt (sog. Secondaries) beteiligen, so richtet sich die Ermittlung des hierfür an den Veräußerer zu leistenden Kaufpreises u. a. häufig nach dem Nettoinventarwert (sog. Net Asset Value, NAV) der von dem betreffenden Zielfonds gehaltenen Vermögensgegenstände ggf. zzgl. eines Aufschlages. Grundlage einer solchen Bewertung sind die von dem Zielfonds zur Verfügung gestellten Informationen. Im Zusammenhang mit der Bewertung eines solchen am Zweitmarkt zu erwerbenden Zielfondsanteils besteht das Risiko, dass die Bewertung, etwa aufgrund methodischer Mängel der Bewertungsmethode oder aufgrund unzutreffender Informationen des Managements des Zielfonds, nicht den tatsächlichen Wert des Anteils an dem Zielfonds widerspiegelt und damit zu einem überhöhten Kaufpreis führt.

Grundsätzlich tritt die Investmentgesellschaft in die Rechtsstellung des Veräußerers bei dem betreffenden Zielfonds ein. Es kann daher nicht ausgeschlossen werden, dass die Investment-

gesellschaft infolge des Erwerbs etwaige unvorhergesehene Verbindlichkeiten des Veräußerers gegenüber dem Zielfonds oder einem Gläubiger des Zielfonds übernimmt.

Auch besteht das Risiko, dass die Investmentgesellschaft die Beteiligung an einem Zielfonds nicht rechtswirksam erwirbt, mit der Folge, dass sie nicht an der wirtschaftlichen Entwicklung der Beteiligung an dem Zielfonds teilnimmt, sondern auf die Geltendmachung von Ansprüchen gegen den Veräußerer auf Rückerstattung des Kaufpreises und Schadensersatz verwiesen ist.

Portfoliorisiko/Diversifikationsgrad

Abhängig von der Höhe des eingeworbenen Kommanditkapitals wird die Investmentgesellschaft unter Wahrung der durch § 2 der Anlagebedingungen der Investmentgesellschaft vorgegebenen Anlagegrenzen mittelbar über mehrere Zielfonds in eine Vielzahl von Vermögenswerten investieren. Es kann jedoch keine Garantie übernommen werden, dass die beabsichtigte Anzahl an Beteiligungen erworben und damit – neben der durch die Anlagebedingungen vorgegebenen Anlagegrenzen – die geplante Diversifikation durch eine bestimmte Anzahl von Beteiligungen erreicht werden kann. Folge eines geringen Diversifikationsgrades kann die erhöhte Abhängigkeit von den wirtschaftlichen Ergebnissen einzelner Investments sein. Zudem erfordert der im KAGB verankerte Grundsatz der Risikostreuung, dass die Investmentgesellschaft entweder in mindestens drei Sachwerte i. S. d. § 261 Abs. 2 KAGB investiert oder bei wirtschaftlicher Betrachtungsweise eine Streuung des Ausfallrisikos gewährleistet ist (§ 262 Abs. 1 KAGB). Wird der Grundsatz der Risikostreuung nicht eingehalten, besteht das Risiko der Rückabwicklung.

Risiken aus Interessenkonflikten

Es besteht das Risiko, dass auf Ebene eines Zielfonds, an dem sich die Investmentgesellschaft beteiligt, Interessenkonflikte bestehen und nicht in der Art und Weise gehandhabt werden, dass die Interessen der Investmentgesellschaft als Investor des betreffenden Zielfonds in ausreichendem Maße gewahrt werden. So können wirtschaftliche Entscheidungen zuungunsten der Investmentgesellschaft und zugunsten von anderen Investoren oder zugunsten Dritter getroffen werden.

Die Verwaltungsgesellschaft, die Investmentgesellschaft, die Komplementärin, etwaige Zweckgesellschaften und andere Beteiligte (Dienstleister etc.) sind unmittelbar oder mittelbar gesellschaftsrechtlich miteinander verbunden. Die Verwaltungsgesellschaft ist gesetzlich verpflichtet, wirksame organisatorische und administrative Vorkehrungen zu treffen, die es ermöglichen, alle angemessenen Maßnahmen zur Ermittlung, Vorbeugung, Beilegung und Beobachtung von Interessenkonflikten zu ergreifen, zu treffen und beizubehalten, um zu verhindern, dass Interessenkonflikte den Interessen der Investmentgesellschaft und der Anleger schaden. Dennoch kann nicht ausgeschlossen werden, dass es der Verwaltungsgesellschaft nicht immer gelingt, dieser gesetzlichen Pflicht vollumfänglich zu genügen und Beeinträchtigungen der Interessen der Investmentgesellschaft und der Anleger zu vermeiden. Solche Interessenkonflikte können sich z. B. daraus ergeben, dass die bei der Verwaltungsgesellschaft, bei der Komplementärin oder etwaigen Zweckgesellschaften

handelnden Personen auch bei einer Vielzahl anderer von der Wealthcap Gruppe initiiert Fonds- bzw. Investmentgesellschaften in gleichen oder ähnlichen Funktionen wie bei der Investmentgesellschaft beteiligt oder tätig sind, oder daraus, dass die Verwaltungsgesellschaft die Verwaltungsfunktion für eine Vielzahl von Investmentvermögen, die teilweise ähnliche oder gar gleiche Anlagestrategien verfolgen, ausübt. Die anderen Investmentvermögen können somit mit der Investmentgesellschaft konkurrieren und sich möglicherweise parallel zur Investmentgesellschaft an bestimmten Investitionen beteiligen. Daneben kann nicht ausgeschlossen werden, dass die Verwaltungsgesellschaft Investitions- und Desinvestitionsentscheidungen zugunsten der Investmentgesellschaft bzw. zugunsten einer Zweckgesellschaft und zugunsten eines mit der Investmentgesellschaft oder der jeweiligen Zweckgesellschaft konkurrierenden Unternehmens, Investmentvermögens oder Schwesterunternehmens trifft. Die Investmentgesellschaft hat ggf. keine oder nur beschränkte Haftungsansprüche gegen die jeweilige Zweckgesellschaft, ihre Geschäftsführung oder die für diese handelnden Personen, wenn sich die solchen Interessenkonflikten innewohnenden Risiken realisieren.

Auch übt die Verwaltungsgesellschaft die Treuhandfunktion nicht ausschließlich für die Investmentgesellschaft bzw. deren Anleger, die zugleich Treugeber sind, aus. Sie ist auch für andere Fondsgesellschaften, die durch die Wealthcap Gruppe initiiert wurden und verwaltet werden, in gleicher Funktion tätig. Plangemäß soll sie diese Funktion auch künftig für eine Vielzahl von Fondsgesellschaften der Wealthcap Gruppe ausüben.

Interessenkonflikte können sich insbesondere auch im Falle der Beteiligung der Investmentgesellschaft an einem Investmentvermögen, bei dem die Geschäftsführung oder die Verwaltung von der Verwaltungsgesellschaft, von der Wealth Management Capital Holding GmbH oder einer Gesellschaft der Wealthcap Gruppe im Sinne von § 7 (11) der Anlagebedingungen erbracht wird oder bei dem die Geschäftsführung von einer Gesellschaft der Wealthcap Gruppe beratend unterstützt wird, da in diesem Fall Investor und Zielfonds aus ein und derselben Unternehmensgruppe stammen. Diese Verflechtung könnte die Verwaltungsgesellschaft unter Umständen daran hindern, aufgrund des Beteiligungsverhältnisses bestehende Überwachungs- und Kontrollrechte gegenüber dem betreffenden Zielfonds in der gebotenen Entschiedenheit und Härte wahrzunehmen.

Die Geschäftsführer und Mitarbeiter der Verwaltungsgesellschaft werden aufgrund von gegenwärtigen oder zukünftigen sonstigen Verpflichtungen nur einen eingeschränkten Teil ihrer Arbeitszeit für die Geschäfte der Investmentgesellschaft aufbringen können. Dasselbe Risiko besteht auf Ebene der Zweckgesellschaften. Damit besteht das Risiko, dass bestimmte Entscheidungen der Investmentgesellschaft bzw. der Zweckgesellschaften spät, gar nicht oder falsch getroffen werden.

Des Weiteren kann die Wealth Management Capital Holding GmbH der Investmentgesellschaft Fremdfinanzierungen gewähren (vgl. das Kapitel „Vertragsbeziehungen der Investmentgesellschaft“, Abschnitte „Vertrag über die Einräumung einer Kredit-

linie“ und „Darlehensvertrag“). Die Wealth Management Capital Holding GmbH ist die 100%ige Muttergesellschaft der Verwaltungsgesellschaft. Insoweit kann nicht ausgeschlossen werden, dass es im Einzelfall im Zusammenhang mit der Finanzierung zu Interessenkonflikten kommt und Entscheidungen getroffen werden, die nicht oder nicht im vollen Umfang den Interessen der Investmentgesellschaft und deren Anleger entsprechen.

Die Verwaltungsgesellschaft hat bzw. wird einige ihrer Aufgaben als Verwaltungsgesellschaft auf ihre unmittelbare Muttergesellschaft, die Wealth Management Capital Holding GmbH, und auf ihre mittelbare Muttergesellschaft, die UniCredit Bank AG, übertragen (vgl. das Kapitel „Kapitalverwaltungsgesellschaft“, Abschnitt „Übertragene Verwaltungsfunktionen/Auslagerungen/Interessenkonflikte“). Die Personen, die im Aufsichtsrat der Verwaltungsgesellschaft sitzen, haben diverse andere Leitungs- oder Aufsichtsfunktionen in Gesellschaften der UniCredit Gruppe und anderen Unternehmen inne bzw. können solche in Zukunft bekleiden. Diese gesellschaftliche und personelle Verflechtung könnte die Verwaltungsgesellschaft unter Umständen daran hindern, die ihr aufgrund dieser Beauftragungsverhältnisse obliegenden laufenden Überwachungs- und Kontrollpflichten sowie ihre Kündigungs- und Weisungsbefugnisse gegenüber der Wealth Management Capital Holding GmbH und der UniCredit Bank AG in der gebotenen Entschiedenheit und Härte auszuüben.

Des Weiteren können Interessenkonflikte insoweit bestehen, als die Verwaltungsgesellschaft die Bewertung von Vermögensgegenständen der Investmentgesellschaft durchführt.

Stuerrisiken

Es gibt keine Gewähr dafür, dass die zum Zeitpunkt der Vertriebsanzeige geltenden Steuergesetze und steuerlichen Verwaltungsanordnungen bis zum Ende der Laufzeit der Investmentgesellschaft in unveränderter Form fortbestehen. Änderungen der steuerlichen Vorschriften oder ihrer Auslegung durch Gerichte und Verwaltung können zu einer abweichenden, möglicherweise nachteiligen Besteuerung der Erträge führen. Auch kann nicht ausgeschlossen werden, dass in Zukunft neue Steuern (wieder) eingeführt werden, die zum Zeitpunkt der Vertriebsanzeige nicht erhoben werden. Deshalb kann nicht ausgeschlossen werden, dass die tatsächliche Besteuerung des Anlegers anders ausfällt als in diesem Verkaufsprospekt beschrieben.

Die Zuweisung des steuerlichen Ergebnisses erfolgt unabhängig von den Ausschüttungen der Investmentgesellschaft, sodass den Anleger eine Steuerlast treffen kann, obwohl ihm keine Liquidität zugeflossen ist, aus der die Steuerlast gezahlt werden kann. Dieses Risiko besteht insbesondere dann, wenn der Anleger seiner Verpflichtung zur Leistung der Einlage und des Ausgabeaufschlages nicht (vollumfänglich) nachkommt und deshalb ihm zustehende Ausschüttungen mit von ihm nicht erfüllten Zahlungsverpflichtungen (teilweise) verrechnet werden. In diesem Fall werden ihm die auf seine Einlageverpflichtung entfallenden Gewinne dennoch vollumfänglich zugewiesen und sind somit von ihm zu versteuern. Der Anleger muss in diesen Fällen seine Steuerschuld aus dem übrigen Vermögen oder durch Kreditaufnahme begleichen.

Entsprechendes gilt für die Besteuerung der sog. Vorabpauschale im Falle der Beteiligung der Investmentgesellschaft an sog. Investmentfonds i. S. d. Investmentsteuergesetzes in der ab dem 01.01.2018 geltenden Fassung (nachfolgend „InvStG 2018“). Sollte sich der der Berechnung der Vorabpauschale zugrunde zu legende, vom Bundesministerium für Finanzen einmal jährlich zu veröffentlichende Basiszinssatz im Sinne von § 203 Abs. 2 des Bewertungsgesetzes erhöhen, steigt die vom Anleger zu tragende Steuerlast entsprechend, obwohl ihm keine Liquidität zufließt.

Manche Zielfonds stellen unter Umständen die notwendigen steuerlichen Informationen der Investmentgesellschaft erst so spät zur Verfügung, dass die Festsetzung der Steuerschuld der Anleger durch das Finanzamt erst zu einem Zeitpunkt erfolgt, zu dem bereits entsprechend der Abgabenordnung eine Verzinsung einer etwaigen Steuerzahlung des Anlegers mit aktuell 6 % p. a. erfolgt. Auch wenn die Steuerfestsetzung rechtzeitig erfolgt, besteht das Risiko von Zinsforderungen auf etwaige Steuernachzahlungen des Anlegers, wenn die Finanzverwaltung erst nach der Veranlagung des Anlegers, z. B. im Rahmen einer Betriebsprüfung, zu einer für den Anleger negativen steuerlichen Beurteilung gelangt. In diesem Fall können dem Anleger Steuernachzahlungen für mehrere Jahre geballt entstehen, die zudem mit aktuell 6 % p. a. gegenüber dem Finanzamt zu verzinsen wären.

Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass bei Eigenkapitalrückzahlungen von Kapitalgesellschaften den deutschen Finanzbehörden nicht nachgewiesen werden kann, dass diese Zahlungen aus dem steuerlichen Einlagekonto i. S. d. § 27 Körperschaftsteuergesetz („KStG“) stammen bzw. es sich um eine sonstige Einlagenrückgewähr handelt. Dies gilt insbesondere für den Fall einer Einlagenrückgewähr durch eine Kapitalgesellschaft mit Sitz außerhalb der Europäischen Union. Folge hiervon wäre, dass diese Zahlungen als laufende Einkünfte aus Gewerbebetrieb zu versteuern wären, obwohl lediglich das eingesetzte Eigenkapital zurückgewährt wird. Dies kann eine höhere Gesamtsteuerbelastung bewirken.

Sollte die Finanzverwaltung die Fondsnebenkosten in weiterem Umfang als von der Verwaltungsgesellschaft angenommen nicht als Betriebsausgaben, sondern als Anschaffungskosten der Anlagegegenstände der Investmentgesellschaft behandeln, kann dies zu einer höheren Steuerbelastung führen.

Sollte die Investmentgesellschaft unmittelbar oder mittelbar in eine ausländische Körperschaft, Personenvereinigung oder Vermögensmasse investieren, die niedrig besteuerte passive Einkünfte erzielt, so kann nicht ausgeschlossen werden, dass solche passiven Einkünfte den deutschen Anlegern nach §§ 7 bis 14 Außensteuergesetz („AStG“) zugerechnet werden und darüber hinaus Gegenstand der Gewerbesteuer sind.

Wenn die Finanzverwaltung die Investmentgesellschaft als Steuerstundungsmodell i. S. d. § 15 b Einkommensteuergesetz („EStG“) einstuft, ist die Abzugsfähigkeit der eventuell entstehenden Verluste in den Einkommensteuerveranlagungen der Anleger nach § 15b Abs. 1 EStG eingeschränkt. Ein Ausgleich der Verluste aus der Beteiligung an der Investmentgesellschaft mit anderen positiven Einkünften des Anlegers wäre dann ausgeschlossen. Ent-

sprechendes gilt, wenn die Finanzverwaltung eine Gewinnerzielungsabsicht auf Ebene der Investmentgesellschaft verneint. Verluste aus der Beteiligung an der Investmentgesellschaft als Steuerstundungsmodell i. S. d. § 15 b EStG könnten nur in den Folgejahren mit Gewinnen aus dieser Beteiligung verrechnet werden. Dies kann zu einer zeitlichen Verschiebung des Verlustausgleichs und damit zu einem Liquiditätsnachteil des Anlegers führen. Zudem besteht die Gefahr, dass Verluste mangels ausreichender positiver Einkünfte aus der Beteiligung gänzlich ungenutzt bleiben. Darüber hinaus kann nicht ausgeschlossen werden, dass die deutsche Finanzverwaltung einen Zielfonds als Steuerstundungsmodell i. S. d. § 15 b EStG einstuft oder die Verlustverrechnung in sonstiger Weise nur eingeschränkt anerkennt. Denkbar wäre hierbei z. B. der Ausschluss der Verlustverrechnung eines Kommanditisten/Treugebers, sobald ein negatives Kapitalkonto des betreffenden Kommanditisten/Treugebers entsteht oder sich erhöht (§ 15 a EStG), oder die Beschränkung der Verlustverrechnung auf die Verrechnung mit positiven Einkünften der jeweils selben Art und aus demselben Staat (§ 2 a EStG).

Wenn die der Investmentgesellschaft zuzurechnenden Zinsaufwendungen die Freigrenze des § 4 h Abs. 2 lit. a EStG übersteigen, können diese Zinsaufwendungen im Rahmen der sog. Zinsschranke nicht sofort steuerlich geltend gemacht werden. Hieraus kann sich für die Investmentgesellschaft und den Anleger eine erhöhte Steuerbelastung ergeben. Sollte ein Anleger die Beteiligung an der Investmentgesellschaft – entgegen den Empfehlungen der Verwaltungsgesellschaft – fremdfinanzieren, besteht das Risiko, dass es auf Ebene des Anlegers aufgrund der Zinsaufwendungen insgesamt an der nötigen Gewinnerzielungsabsicht fehlt, sodass ein Ausgleich von eventuellen Verlusten aus der Beteiligung an der Investmentgesellschaft mit den übrigen Einkünften des Anlegers nicht möglich ist. Auch sind die Zinsaufwendungen (Sonderbetriebsausgaben) nach der Ansicht der Finanzverwaltung in die Berechnung eines nicht abzugsfähigen Zinsaufwandes im Rahmen der Zinsschranke einzubeziehen. Sollte die Finanzverwaltung einen so erhöhten nichtabziehbaren Zinsaufwand anhand der Gewinnbeteiligungsquote auf die Anleger verteilen, kann es auch für die Anleger, die den Anteil nicht fremdfinanziert haben, zu einer Erhöhung des zugewiesenen steuerlichen Gewinns kommen.

Die Komplementärin wird die Erklärung über die gesonderte und einheitliche Feststellung der Besteuerungsgrundlagen bei den Finanzbehörden einreichen. Gegebenenfalls steuerlich zu berücksichtigende Aufwendungen, die den Anlegern im Zusammenhang mit ihrer Beteiligung entstanden sind, sind der Investmentgesellschaft bis zum 31.03. des Folgejahres nachzuweisen. Später nachgewiesene derartige Aufwendungen können nur berücksichtigt werden, wenn dies verfahrensrechtlich noch möglich ist, und nur gegen Erstattung der hierdurch entstehenden Kosten.

Auch kann nicht ausgeschlossen werden, dass die Finanzverwaltung den Gewinn aus der Veräußerung von Anteilen an der Investmentgesellschaft nicht als begünstigten Gewinn im Sinne von § 16 Abs. 1 Nr. 1 bzw. Nr. 2 i. V. m. Abs. 3 Satz 1 EStG behandelt. In diesem Fall würde sich die Besteuerung eines eventuellen Veräußerungsgewinns erhöhen und die vom Anleger erzielbaren Rückflüsse mindern.

Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass die Finanzverwaltung die über die Verwaltungsgesellschaft in ihrer Funktion als Treuhänderin beteiligten Anleger für Zwecke der Gewerbesteuer weder als unmittelbar noch als mittelbar über eine Personengesellschaft an der Investmentgesellschaft beteiligt ansieht. In diesem Fall würde zum einen der Gewinn des Anlegers aus einer Veräußerung der Beteiligung an der Investmentgesellschaft als Bestandteil des Gewerbeertrages der Investmentgesellschaft der Gewerbesteuer unterliegen, da § 7 Satz 2 Gewerbesteuergesetz („GewStG“) mangels unmittelbarer Beteiligung des Anlegers an der Investmentgesellschaft keine Anwendung finden würde. Zum anderen wäre mangels mittelbarer Beteiligung des Anlegers an der Investmentgesellschaft über eine Personengesellschaft der Anwendungsbereich des § 7 Satz 4 GewStG nicht eröffnet, mit der Folge, dass das Teileinkünfteverfahren ausgeschlossen wäre. Dies hätte zur Folge, dass die aus einer solchen Beteiligung erzielten Erträge auf Ebene des Anlegers vollständig der Besteuerung unterliegen.

Die steuerlichen Vorschriften des Staates, in dem ein Zielfonds oder eine unmittelbar oder mittelbar gehaltene Gesellschaft ansässig ist oder eine Betriebsstätte hat, können das Ergebnis der jeweiligen Beteiligung negativ beeinflussen und z. B. eine Steuerpflicht hinsichtlich der erzielten Einkünfte in diesem Staat vorsehen, die nicht in voller Höhe durch eine Anrechnung in Deutschland neutralisiert werden kann. Auch ohne Betriebsstätte kann nicht ausgeschlossen werden, dass hinsichtlich der durch solche Gesellschaften geleisteten Zahlungen (beispielsweise Dividenden und Zinsen) sowie hinsichtlich eventueller Veräußerungsgewinne im jeweiligen Staat der Gesellschaften eine beschränkte Steuerpflicht eines Zielfonds, einer Zweckgesellschaft, der Investmentgesellschaft oder der Anleger besteht, mit der Folge, dass in diesem Staat eine Einkommensteuer und/oder Gewerbesteuer erhoben wird. Sollten in einem solchen Fall die Investmentgesellschaft oder die Anleger die zur Reduzierung der einzubehaltenden Quellensteuer bzw. die zur Erstattung einbehaltener Quellensteuer im Quellenstaat erforderlichen Erklärungen nicht, nicht ordnungsgemäß oder nicht zeitgerecht abgeben, kann die zu hohe Quellensteuer nicht auf die deutsche Einkommensteuer angerechnet werden, sodass es zu einer doppelten Steuerbelastung kommen kann. Das Gleiche gilt für den Fall, dass sich die Verwaltungsgesellschaft aus wirtschaftlichen Gründen dazu entschließt, die zur Reduzierung der einzubehaltenden Quellensteuer bzw. die zur Erstattung einbehaltener Quellensteuer im Quellenstaat erforderlichen Erklärungen nicht abzugeben. Besitzt/Besitzen der Anleger und/oder die Investmentgesellschaft oder Zweckgesellschaft nicht die notwendige Qualifikation für eine Freistellung oder Reduzierung des Quellensteuerabzugs unter dem ggf. einschlägigen Doppelbesteuerungsabkommen oder weisen sie eine solche Qualifikation nicht nach oder besteht kein Doppelbesteuerungsabkommen, kann die einbehaltene Quellensteuer nur durch Anrechnung auf die deutsche Einkommensteuer der Anleger (bzw. Abzug von den Einkünften) ausgeglichen werden. Ist eine Anrechnung in Deutschland nur teilweise oder gar nicht möglich, so kommt es insoweit zu einer definitiven doppelten Steuerbelastung.

Zudem besteht aufgrund des besonderen Quellensteuerregimes in den USA (sog. FATCA, Foreign Accounts Tax Compliance Act) das Risiko, dass auf die Erträge eine 30%ige Quellensteuer in den USA einbehalten wird („FATCA-Einbehalt“). Zu einem FATCA-Einbehalt kann es insbesondere dann kommen, wenn die Investmentgesellschaft entgegen der Erwartung der Verwaltungsgesellschaft als sog. meldendes deutsches Finanzinstitut eingestuft wird und die Investmentgesellschaft nicht in der Lage ist, den besonderen Informations- und Nachweisanforderungen des zum FATCA-Einbehalt Verpflichteten (sog. Withholding Agent) bzw. der US-amerikanischen Steuerbehörden nachzukommen. Auch kann es auf Ebene eines Zielfonds oder einer Zweckgesellschaft zu einem FATCA-Einbehalt kommen. Ein FATCA-Einbehalt kann sich negativ auf das vom Anleger erzielbare wirtschaftliche Ergebnis auswirken.

Sollte die Investmentgesellschaft nicht in der Lage sein, den ihr ggf. obliegenden Erhebungs- und Meldepflichten nach dem Finanzkonten-Informationsaustauschgesetz (FKAustG) nachzukommen, können ihr Bußgeldzahlungen auferlegt werden.

Der Anleger sollte bei Zeichnung der Beteiligung an der Investmentgesellschaft beachten, dass ggf. infolge der jährlichen Einreichung der persönlichen Steuererklärungen weitere Kosten für Berater entstehen können.

Liquiditätsrisiken

Die Investmentgesellschaft kann vorhandene Liquidität ganz oder teilweise für Zwecke des Liquiditätsmanagements kurzfristig in Wertpapiere, Geldmarktinstrumente und Bankguthaben anlegen. Bei einer Investition in solche Liquiditätsanlagen besteht das Risiko, dass keine bzw. nur geringere Renditen als bei den geplanten Zielfondsbeteiligungen erzielbar bzw. die Renditen sogar negativ sind. Die Kurse von Wertpapieren oder Geldmarktinstrumenten unterliegen Schwankungen und können daher auch fallen, sodass die Investmentgesellschaft bei ihrer Veräußerung einen Verlust erleiden kann. Dies gilt insbesondere deshalb, weil die Investmentgesellschaft bzw. die Verwaltungsgesellschaft für Zwecke der Liquiditätssteuerung unter Umständen gezwungen sein kann, Wertpapiere oder Geldmarktinstrumente zu einem Zeitpunkt zu veräußern, zu dem die Kurse solcher Vermögensgegenstände unter ihren Einstandspreis gesunken sind. Die Gründe für Kursverluste können sowohl auf allgemeine Entwicklungen der Kapitalmärkte (z. B. politische oder weltwirtschaftliche Einflüsse) als auch auf den Aussteller selbst zurückzuführen sein. Darüber hinaus können insbesondere Börsenkurse auch durch irrationale Faktoren wie Gerüchte, Meinungen oder Stimmungen beeinflusst werden. Daneben kann nicht ausgeschlossen werden, dass Banken, Finanzdienstleistungsunternehmen oder etwa Geldmarktfonds, bei denen Liquiditätsanlagen getätigt werden, insolvent werden und damit die betreffende Liquiditätsanlage verloren geht.

Weiterhin liegt zum Zeitpunkt der Vertriebsanzeige ein Niedrigzinsumfeld vor, welches sogar zu der negativen Verzinsung von bestimmten Liquiditätsanlagen führen kann. Es kann daher nicht ausgeschlossen werden, dass die Investmentgesellschaft aus der Anlage liquider Mittel Zinsverluste erleidet, was sich negativ auf die Wirtschaftlichkeit der Kapitalanlage auswirken kann.

Risiken aus der Kündigung der Beteiligung durch die Anleger

Eine ordentliche Kündigung der Beteiligung an der Investmentgesellschaft ist ausgeschlossen, eine außerordentliche Kündigung aus wichtigem Grund jedoch jederzeit möglich. Sofern eine Vielzahl von Anlegern oder einzelne Anleger mit sehr hohen Zeichnungsbeträgen ihre Beteiligung zum gleichen Zeitpunkt kündigen oder aus anderen Gründen aus der Investmentgesellschaft ausscheiden, besteht das Risiko, dass die Investmentgesellschaft (direkt oder indirekt über eine Zweckgesellschaft) gehaltene Beteiligungen an Zielfonds vorzeitig verwerten muss, um die Abfindungsansprüche der kündigenden bzw. ausscheidenden Anleger befriedigen zu können. Dies kann das Vermögen der Investmentgesellschaft gefährden und die den verbleibenden Anlegern der Investmentgesellschaft zustehende Beteiligung am Vermögen der Investmentgesellschaft vermindern.

Rechtliche Risiken

Es besteht das Risiko, dass sich die Vertragspartner der Investmentgesellschaft und der Zielfonds nicht vertragsgemäß verhalten und die Erfüllung berechtigter Ansprüche in unberechtigter Weise verweigern. Es kann auch nicht ausgeschlossen werden, dass vertragliche Regelungen von verschiedenen Vertragsparteien unterschiedlich ausgelegt werden. Daher können die Investmentgesellschaft oder die Zielfonds unter Umständen erst nach Durchführung eines langwierigen und kostenintensiven gerichtlichen Verfahrens berechnete Ansprüche gegenüber ihren Vertragspartnern geltend machen. Aber auch nach einer obsiegenden rechtskräftigen Entscheidung des Gerichts ist nicht sicher gestellt, dass die Ansprüche tatsächlich durchgesetzt werden können, da die jeweiligen Vertragspartner insolvent oder vermögenslos geworden sein können.

Die Vertragsdokumentation der Investmentgesellschaft zu ihren deutschen Vertragspartnern untersteht im Regelfall deutschem Recht. Die Verwaltungsgesellschaft geht davon aus, dass die Investmentgesellschaft in erheblichem Umfang in ausländische Zielfonds investiert, die ausländischem Recht unterliegen. Auch die Rechtsbeziehungen der Zielfonds zu Vertragspartnern können ausländischem Recht unterliegen. Eventuelle gerichtliche Verfahren unterliegen daher möglicherweise ausländischem Recht, das erheblich vom deutschen Rechtsverständnis abweichen kann. Dadurch kann sich die Durchsetzung von Ansprüchen schwieriger gestalten und eventuell mit erheblich höheren Kosten verbunden sein, als dies in Deutschland der Fall wäre. Kommen die Vertragspartner eines Zielfonds ihren vertraglichen Verpflichtungen nicht nach, kann der betreffende Zielfonds gezwungen sein, sie vor einem zuständigen ausländischen Gericht zu verklagen. Auch nach einer rechtskräftigen gerichtlichen Feststellung bestehender Ansprüche kann nicht garantiert werden, dass die Ansprüche tatsächlich gegenüber dem Vertragspartner durchgesetzt werden können. Rechtswirksamkeit und Durchsetzbarkeit von Verträgen kann die Investmentgesellschaft nur mit Hilfe entsprechender Rechtsgutachten (Legal Opinion) ausländischer Rechtsanwälte beurteilen. Eine eigene Einschätzung ist ihr nicht möglich. Insbesondere kann sie nicht beurteilen, inwieweit die in solchen Gutachten üblicherweise getroffenen Annahmen und Vorbehalte korrekt sind bzw. relevant werden können.

Schließlich besteht unabhängig von der Rechtsordnung, der Verträge oder Rechtsverhältnisse unterliegen, das Risiko einer Änderung von Gesetzen, der Rechtsprechung oder der Verwaltungspraxis, die zu einer Belastung der Investmentgesellschaft oder eines Zielfonds führen können.

Risiken einer Rückabwicklung bzw. vorzeitigen Liquidation

Es besteht das Risiko, dass der Anleger bei einer Rückabwicklung oder einer vorzeitigen Liquidation der Investmentgesellschaft, gleich aus welchem Grund, nur einen Teil – oder ggf. gar nichts – seiner geleisteten Einlage zurückerstattet erhält. Das Risiko der Rückabwicklung könnte sich u.a. dann verwirklichen, wenn die von der Wealthcap Investment Services GmbH abgegebene Platzierungsgarantie nicht vollständig erfüllt wird. Ein Rückabwicklungsrisiko bzw. Risiko einer vorzeitigen Liquidation hinsichtlich der Investmentgesellschaft folgt auch aus dem Umstand, dass durch die AIFM-Richtlinie bzw. das KAGB Beschränkungen hinsichtlich der durch die Investmentgesellschaft erwerbenden Beteiligungen an Zielfonds eingeführt wurden. Es kann daher nicht ausgeschlossen werden, dass die durch die Investmentgesellschaft zu erwerbenden Zielfondsbeiträgen zu einem späteren Zeitpunkt nicht mehr gehalten werden dürfen und deshalb vorzeitig oder sogar unmittelbar nach ihrem Erwerb wieder zu veräußern sind, weil der betreffende Zielfonds die regulatorischen Anforderungen nicht erfüllt. Dieses Risiko besteht auch dann, wenn das künftige Portfolio der Investmentgesellschaft zu einem späteren Zeitpunkt nicht mehr die Anforderungen der Anlagebedingungen der Investmentgesellschaft erfüllt.

Die an die Vermittler der Beteiligung an der Investmentgesellschaft geleistete Eigenkapitalvermittlungsprovision wird in diesem Fall voraussichtlich nicht an die Anleger zurückerstattet. Es besteht daher das Risiko, dass der Anleger bei einer Rückabwicklung der Investmentgesellschaft seine eingezahlte Einlage sowie den Ausgabeaufschlag teilweise oder vollständig verliert.

Haftung/Freistellungsverpflichtungsrisiken

Grundsätzlich ist eine Haftung des Direktkommanditisten bzw. eine Freistellungsverpflichtung des Treugebers ausgeschlossen, wenn er seine Pflichteinlage in Höhe der Haftsumme eingezahlt hat (eine ausführliche Darstellung der Haftung der Direktkommanditisten bzw. Freistellungsverpflichtung der Treugeber sowie der Ausnahmen hiervon findet sich im Kapitel „Anteile“, Abschnitt „Art und Hauptmerkmale der Anteile“, Unterabschnitt „Haftung“). Allerdings kann selbst dann, wenn der Anleger seine Pflichteinlage in Höhe der Haftsumme eingezahlt hat, seine Haftung bzw. Freistellungsverpflichtung wieder aufleben, sofern und soweit dieser Anleger Beträge entnimmt oder erhält, die den Saldo seiner Kapitalkonten unter den Betrag seiner Haftsumme sinken lassen oder durch Verluste mindern (§ 172 Abs. 4 HGB). Insbesondere können die Ausschüttungen liquider Mittel, die keinem Gewinn der Investmentgesellschaft entsprechen, zu einem Wiederaufleben der auf die Haftsumme beschränkten Haftung des Direktkommanditisten bzw. der Freistellungsverpflichtung des Treugebers führen. Darüber hinaus kommt eine weitergehende Haftung analog den §§ 30 f. GmbHG bis zur Höhe aller empfangenen Auszahlungen ohne Begrenzung auf die Hafteinlage in Betracht, wenn durch die Auszahlung der Investmentgesellschaft –

und unter Berücksichtigung der Haftung der Komplementärin – das Vermögen der Komplementärin unter den Nennbetrag des Stammkapitals sinkt oder eine bei dieser schon bestehende Unterbilanz verstärkt wird.

Risiken im Zusammenhang mit außerhalb von Geschäftsräumen geschlossenen Verträgen und bei Fernabsatzverträgen

Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass beim Vertrieb einer Beteiligung an der Investmentgesellschaft in Einzelfällen Fernabsatzgeschäfte oder Vertragsabschlüsse außerhalb von Geschäftsräumen (§ 312 b ff. BGB) vorliegen. Insbesondere im Hinblick auf die danach notwendige Widerrufsbelehrung bestehen Unsicherheiten über deren korrekte Formulierung. Es kann daher nicht ausgeschlossen werden, dass beim Vertrieb der Beteiligungen an der Investmentgesellschaft wegen einer Verletzung der Vorschriften über Vertragsabschlüsse außerhalb von Geschäftsräumen oder Fernabsatzverträge Ansprüche gegen die Investmentgesellschaft geltend gemacht werden. Daher besteht das Risiko, dass die Investmentgesellschaft keine Ausschüttungen an die Anleger vornehmen kann, sondern stattdessen geltend gemachte Ansprüche bedienen muss. Sofern die bei der Investmentgesellschaft vorhandene Liquidität zur Tilgung der geltend gemachten Ansprüche nicht ausreicht, besteht ggf. die Notwendigkeit zur Aufnahme von Fremdkapital oder der Veräußerung von Zielfondsbeiträgen.

Risiken durch Illiquidität und beschränkte Handelbarkeit

Die Beteiligung an der Investmentgesellschaft ist als langfristige Investition zu betrachten. So ist eine ordentliche Kündigung nicht möglich und die Rückgabe von Anteilen an der Investmentgesellschaft durch den Anleger ausgeschlossen.

Die Übertragung der Beteiligung an der Investmentgesellschaft bedarf der Zustimmung der Verwaltungsgesellschaft und ist zudem jeweils nur zum 01.01. eines Jahres möglich. Weder die Investmentgesellschaft noch die Verwaltungsgesellschaft übernehmen eine Gewähr für die Veräußerbarkeit des Anteils an der Investmentgesellschaft. Auch eine Vermittlung von Kommanditbeteiligungen bzw. Treugeberbeteiligungen an Dritte ist von der Verwaltungsgesellschaft nicht vorgesehen. Zudem werden die Beteiligungen weder an einer Börse noch an einem vergleichbaren Markt gehandelt.

Darüber hinaus besteht zugunsten der durch die Komplementärin der Investmentgesellschaft benannten Gesellschaft, an der die Wealth Management Capital Holding GmbH unmittelbar oder mittelbar mehrheitlich beteiligt ist („nachfolgend „Vorkaufsberechtigte“), ein Vorkaufsrecht, jedoch keine Verpflichtung, die Anteile zu übernehmen. Dieses Vorkaufsrecht schränkt die Handelbarkeit der Beteiligung an der Investmentgesellschaft noch weiter ein, da Kaufinteressenten bereits aufgrund des Bestehens eines Vorkaufsrechts von Verhandlungen Abstand nehmen könnten. Zudem kommt durch die wirksame Ausübung des Vorkaufsrechts zwischen den Parteien des Vorkaufs ein selbstständiges Kaufvertragsverhältnis zustande. Der übertragungswillige Gesellschafter hat somit zwei Kaufverträge geschlossen – mit der Vorkaufsberechtigten und dem Dritten. Der übertragungswillige

Gesellschafter ist somit ggf. aus zwei Kaufverträgen verpflichtet, sofern der Kaufvertrag mit dem Dritten nicht unter der auflösenden Bedingung der Ausübung des Vorkaufsrechts durch die Vorkaufsberechtigte geschlossen bzw. kein Rücktritt für diesen Fall vorgesehen wurde. Es besteht somit das Risiko, dass der veräußerungswillige Gesellschafter gegenüber demjenigen Gläubiger, dessen Anspruch auf Übertragung der Beteiligung an der Investmentgesellschaft nicht erfüllt wird, ggf. Schadensersatzansprüchen ausgesetzt ist.

Aufgrund der vorgenannten Faktoren müssen die Anleger von einer langfristigen Kapitalbindung ausgehen. Eine Veräußerung ihrer Beteiligung vor Ablauf der Laufzeit der Investmentgesellschaft ist trotz Verkaufsinteresse eines Anlegers möglicherweise gar nicht oder nur mit erheblichen Preisabschlägen möglich.

Risiken aus der Beauftragung der Verwahrstelle

Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass die Verwahrstelle nach ihrer Beauftragung ihre Tätigkeit aus aufsichtsrechtlichen Gründen wieder aufgeben muss. Dies hätte zur Folge, dass die Verwaltungsgesellschaft sicher zu stellen hat, dass eine neue geeignete Verwahrstelle gefunden und beauftragt wird, was weitere Kosten verursachen dürfte. Sollte dies nicht (rechtzeitig) gelingen, besteht das Risiko, dass die Investmentgesellschaft abgewickelt werden muss. Zudem bringt es die Beauftragung einer Verwahrstelle mit sich, dass die Mitarbeiter des betreffenden Unternehmens Zugriff auf die von der Investmentgesellschaft gehaltenen Vermögensgegenstände haben können. In diesem Zusammenhang kann eine Veruntreuung dieser Vermögensgegenstände nicht ausgeschlossen werden. Auch besteht das Risiko, dass in diesem Fall kein vollumfänglicher Schadensersatz erlangt werden kann.

Risiken im Zusammenhang mit dem Vertrieb außerhalb der Bundesrepublik Deutschland

Sofern künftig die Beteiligungen an der Investmentgesellschaft auch außerhalb der Bundesrepublik Deutschland vertrieben werden sollten, besteht die Möglichkeit, dass insbesondere durch die Nichtbeachtung von im Ausland einschlägigen Vorschriften bzw. Rechtsnormen den ausländischen Anlegern Rechte bzw. Ansprüche zustehen, deren Durchsetzung sich negativ auf die Investmentgesellschaft auswirken kann. Solche Rechte und Ansprüche der betroffenen ausländischen Anleger könnten Liquiditätsabflüsse mit sich bringen, wodurch die Ausschüttungsfähigkeit der Investmentgesellschaft beeinträchtigt werden könnte.

Risiken durch Schlichtungsverfahren

Die Investmentgesellschaft hat sich der Ombudsstelle für Sachwerte und Investmentvermögen e.V. angeschlossen und nimmt an deren Streitbeilegungsverfahren teil. Sie unterwirft sich damit der jeweils gültigen Verfahrensordnung sowie den Schlichtungssprüchen der Ombudsperson, die im Rahmen dieser Verfahrensordnung ergehen. Nach der derzeitigen Fassung der Verfahrensordnung der Ombudsstelle für Sachwerte und Investmentvermögen e.V. ist die Investmentgesellschaft an einen Schlichtungsspruch der Ombudsperson gebunden, sofern der Beschwerdegegenstand 10.000 EUR nicht übersteigt und die Rechtssache ohne grundsätzliche Bedeutung ist. Das bedeutet, dass die Invest-

mentgesellschaft in einem solchen Fall einer Entscheidung der Ombudsperson, welche die Investmentgesellschaft zur Zahlung verpflichtet, nachkommen muss und gegen den Schlichtungsspruch nicht den ordentlichen Rechtsweg beschreiten kann. Die Berechnung der Höhe des Beschwerdegegenstands richtet sich nach der von dem beschwerdeführenden Anleger geltend gemachten Forderung. Anleger, die ihre Beteiligung an der Investmentgesellschaft im Rahmen eines Onlinevertrages im Sinne der Verordnung (EU) Nr. 524/2013 begründet haben, können zur außergerichtlichen Streitbeilegung auch die von der Europäischen Kommission eingerichtete Plattform für die außergerichtliche Online-Streitbeilegung (sog. „OS-Plattform“) nutzen. Die Kosten für Zahlungen aus gegen die Investmentgesellschaft gerichteten Schlichtungssprüchen müssten aus der Liquiditätsreserve, durch teilweisen oder vollständigen Ausschüttungsverzicht, durch die zusätzliche Aufnahme von Fremdmitteln und/oder die Veräußerung von Zielfondsbeiträgen finanziert werden, was sich jeweils negativ auf die vom Anleger erzielbaren Rückflüsse auswirken kann.

ANLEGERGEFÄHRDENE RISIKEN

Risiken durch Zahlungsausfall eines oder mehrerer Anleger

Leistet ein Anleger seinen Zeichnungsbetrag ganz oder teilweise nicht, besteht das Risiko, dass die Investmentgesellschaft den ihrerseits eingegangenen Zahlungsverpflichtungen nicht rechtzeitig oder gar nicht nachkommen kann. Dies kann möglicherweise dazu führen, dass die Investmentgesellschaft Verzugszinsen zu zahlen hat oder sogar ganz auf alle oder einige Investitionen verzichten bzw. unter Umständen eine Zwischenfinanzierung in Anspruch nehmen muss, um ihrerseits die Verpflichtungen erfüllen zu können. Anleger, die ihren Zahlungsverpflichtungen ganz oder teilweise nicht rechtzeitig nachkommen, können von der Komplementärin zur Zahlung von Verzugszinsen verpflichtet und aus der Investmentgesellschaft ausgeschlossen werden. Unabhängig davon werden dem Anleger jedoch die auf seine Einlageverpflichtung entfallenden Gewinne der Investmentgesellschaft vollumfänglich zugewiesen und sind somit von ihm – auch ohne den Zufluss von Ausschüttung – zu versteuern.

Risiken durch Ausscheiden bzw. Beendigung der Tätigkeiten der Verwaltungsgesellschaft oder Treuhandkommanditistin

Kündigt die Verwaltungsgesellschaft den Bestellsvertrag (aus wichtigem Grund), so wird die Komplementärin eine andere Verwaltungsgesellschaft bestellen, die – vorbehaltlich einer Genehmigung durch die BaFin – die Rechte und Pflichten der Verwaltungsgesellschaft übernimmt. Entsprechendes gilt im Falle der Eröffnung eines Insolvenzverfahrens über das Vermögen der Verwaltungsgesellschaft.

Kündigt die Verwaltungsgesellschaft in ihrer Funktion als Treuhandkommanditistin die Treuhandverträge und legt damit ihre Funktion als Treuhandkommanditistin nieder, so bestimmt die Komplementärin die neue Treuhandkommanditistin, die in die Treuhandverträge mit den Treugebern eintritt und diese Verträge fortführt.

Folglich haben die Anleger keinen Einfluss auf die Bestellung einer neuen Verwaltungsgesellschaft oder Treuhandkommanditistin. Sofern keine neue Verwaltungsgesellschaft bestellt werden kann oder bestellt wird, kann dies zu einer Abwicklung der Investmentgesellschaft führen, was wiederum zu einem Teil- oder Totalverlust des eingesetzten Kapitals des Anlegers inkl. des Ausgabeaufschlages und der Nebenkosten führen kann. Sofern keine neue Treuhandkommanditistin bestellt wird oder werden kann, sind alle Treugeber verpflichtet, ihre bisher von der Treuhandkommanditistin gehaltenen Anteile an der Investmentgesellschaft als Direktkommanditisten zu übernehmen. Dadurch könnten Kosten für die Investmentgesellschaft entstehen, welche die Rendite für die Anleger mindern, sowie ggf. Kosten anfallen, die durch die jeweiligen Anleger zu tragen sind (Handelsregistervollmacht).

Fremdfinanzierungsrisiko der Beteiligung

Dem Anleger wird empfohlen, seine Beteiligung vollständig aus seinem Eigenkapital zu finanzieren. Sollte der Anleger dennoch einen Teil oder seine gesamte Beteiligung fremdfinanzieren, besteht das Risiko, dass die Ausschüttungen nicht ausreichen, um die anfallenden Zinsen der Finanzierung des Zeichnungsbetrages zu zahlen bzw. die Finanzierung zurückzuführen. In einem solchen Fall müsste der Anleger weitere Mittel zur Rückführung der Fremdfinanzierung des Zeichnungsbetrages samt Zinsen aufwenden. Dies kann bis zur persönlichen Insolvenz des Anlegers führen.

SONSTIGE RISIKEN

Risiken aus der Regulierung

Die Verwaltungsgesellschaft unterliegt der durch die AIFM-Richtlinie vorgegebenen Regulierung, die in Deutschland insbesondere durch das KAGB mit Wirkung vom 22.07.2013 umgesetzt wurde. Darüber hinaus sieht das KAGB eine Vielzahl von Regelungen vor, die über den Regulierungsbereich und -umfang der AIFM-Richtlinie hinausgehen. Die Regulierung enthält Vorgaben u. a. in Bezug auf Eigenmittel, Verhaltensregeln, Liquiditätsmanagement, Darlehensvergabe, Organisation und Transparenz der Verwaltungsgesellschaft und der durch sie geschuldeten Geschäftsführung in der Investmentgesellschaft. Insbesondere weil diese Regulierung geschlossener Fonds bzw. ihrer Geschäftsführung in der Bundesrepublik Deutschland erstmals erfolgt und zudem noch Änderungen nach sich ziehen kann, können in verschiedenen Bereichen der Umsetzung dieser Regulierung noch Unklarheiten bestehen, mit deren Klärung erst im Laufe der nächsten Jahre zu rechnen ist. Auch können sich Ansichten der Verwaltung zur Umsetzung der Anforderungen dieser Regulierung wieder ändern. Folglich kann diese Regulierung höhere Kosten bei ihrer Umsetzung nach sich ziehen als bisher erwartet. Auch kann nicht ausgeschlossen werden, dass die geplante Investitionstätigkeit der Investmentgesellschaft weiter eingeschränkt wird als erwartet oder gar vollständig verboten wird. Es ist zudem davon auszugehen, dass diese oder zumindest eine andere, ggf. vergleichbare, Regulierung ebenfalls die Zielfonds der Investmentgesellschaft treffen wird. Auch hier ist nicht ausgeschlossen, dass der betreffende Zielfonds aufgrund erhöhter Kosten eine geringere Rendite erwirtschaftet oder schlimmstenfalls liquidiert werden muss.

Es kann zudem nicht ausgeschlossen werden, dass die Verwaltungsgesellschaft ihre Tätigkeit aus aufsichtsrechtlichen Gründen wieder aufgeben muss (z. B. aufgrund Erlaubnisentzugs). Dies hätte zur Folge, dass eine neue geeignete Verwaltungsgesellschaft mit Genehmigung der BaFin bestimmt werden muss, was weitere Kosten verursachen dürfte. Sollte dies nicht (rechtzeitig) gelingen, besteht das Risiko, dass die Investmentgesellschaft abgewickelt werden muss.

Majorisierungsrisiko

Nach dem Gesellschaftsvertrag bedürfen Beschlüsse grundsätzlich einer einfachen Mehrheit der abgegebenen Stimmen. Dies gilt insbesondere auch für die Verlängerung der Laufzeit der Investmentgesellschaft über den 31.12.2031 hinaus. Lediglich Beschlüsse über eine Änderung des Gesellschaftsvertrages, den Ausschluss eines Gesellschafters gemäß § 20 (3) des Gesellschaftsvertrages und die vorzeitige Auflösung der Investmentgesellschaft bedürfen der Zustimmung von mindestens 75 % der abgegebenen Stimmen und der Zustimmung der Verwaltungsgesellschaft bzw. im Falle des Ausscheidens der Komplementärin der Zustimmung der Treuhänderin. Damit besteht die Gefahr, dass ein Anleger aufgrund der vorgenannten Mehrheitsanforderungen seine Interessen in der Investmentgesellschaft nicht durchsetzen kann.

Bei der Zeichnung einer sehr hohen Beteiligung durch einen einzelnen Anleger besteht, insbesondere wenn sich nur wenige andere Anleger an einem Gesellschafterbeschluss beteiligen, das Risiko, dass dieser eine Stimmenmehrheit in der Investmentgesellschaft erlangt und damit einen beherrschenden Einfluss ausüben kann. Dieses Risiko besteht insbesondere dann, wenn der Investmentgesellschaft nur wenige Anleger beitreten und die von der Wealthcap Investment Services GmbH begebene Platzierungsgarantie in Anspruch genommen wird. In diesem Fall wird die Wealthcap Investment Services GmbH oder eine Gesellschaft der Wealthcap Gruppe der Investmentgesellschaft in Höhe des Garantiebetrages der Investmentgesellschaft als Gesellschafter beitreten und in diesem Umfang Gesellschafterrechte ausüben. Das Risiko eines beherrschenden Einflusses besteht ferner, wenn sich andere Gesellschaften an der Investmentgesellschaft mit hohen Zeichnungsbeträgen beteiligen. Dies gilt insbesondere vor dem Hintergrund, dass auch eine Beteiligung eines Anlegers i. H. v. mehr als 10 % des Kommanditkapitals der Investmentgesellschaft durch die Komplementärin zugelassen werden kann.

Die gemäß dem Gesellschaftsvertrag gefassten Gesellschafterbeschlüsse sind für jeden Gesellschafter bindend, sodass ein einzelner Anleger auch die Folgen eines Beschlusses zu tragen hat, dem er nicht zugestimmt hat.

Risiken durch Ausscheiden bzw. Ausschluss aus der Investmentgesellschaft

Unter bestimmten, im Gesellschaftsvertrag festgelegten Umständen, scheidet ein Anleger aus der Investmentgesellschaft aus bzw. kann aus ihr ausgeschlossen werden. Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass die grundsätzlich zu zahlende und gemäß § 23 des Gesellschaftsvertrages der Investmentgesellschaft ermittelte Abfindung unter dem realen Wert der betreffenden Beteiligung an der Investmentgesellschaft liegt. Sofern der

Anleger seine gezeichnete Einlage noch nicht geleistet hat, kann er nach dem Gesellschaftsvertrag auch ohne Abfindung ausgeschlossen werden. Bei einem Ausschluss aus der Investmentgesellschaft erhält ein Direktkommanditist bereits entstandene Notar- und Gerichtskosten nicht zurückerstattet.

Scheidet ein Anleger, Erbe oder Vermächtnisnehmer nach § 20 (1) g) des Gesellschaftsvertrages der Investmentgesellschaft aus der Investmentgesellschaft aus, weil er nach dem GWG für die Annahme seiner Beitrittserklärung eigentlich notwendige Angaben nicht (rechtzeitig) nachgereicht hat, so erhält dieser keine Abfindung, sondern seine bereits geleistete Einlage und den Ausgabeaufschlag zurück. An eventuell erzielten Wertsteigerungen der Investmentgesellschaft nimmt der Anleger daher nicht teil. Er muss vielmehr die mit dem Eingehen der Beteiligung und die aus dem Ausschluss resultierenden Kosten tragen, z. B. Notar- und Gerichtskosten sowie sonstige Kosten der Investmentgesellschaft.

Keine weiteren Risiken

Nach Kenntnis der Verwaltungsgesellschaft existieren zum Zeitpunkt der Vertriebsanzeige keine weiteren wesentlichen tatsächlichen und rechtlichen Risiken.

11. LIQUIDITÄTSMANAGEMENT

Gegenstand des Liquiditätsmanagements sind die Planung, Anlage und Steuerung der Liquidität der Investmentgesellschaft, welche die Verwaltungsgesellschaft in Bezug auf die Liquiditätsrisiken der Investmentgesellschaft festgesetzt hat, sowie die Koordination des kurz-, mittel- und langfristigen Kapitalbedarfs der Investmentgesellschaft. Das Liquiditätsmanagement hat das Ziel, die kurz-, mittel- und auch langfristige Zahlungsfähigkeit der Investmentgesellschaft zu sichern.

Die Investition des gesamten Kommanditkapitals der Investmentgesellschaft i. V. m. dem schrittweisen Kapitalabruf durch die Zielfonds (vgl. den Abschnitt „Umstände, unter denen Fremdkapital eingesetzt werden kann, sowie Belastungen und Handhabung von Sicherheiten“) erfordert eine genaue Planung der Liquidität der Investmentgesellschaft. Im Rahmen des Liquiditätsmanagements werden daneben auch die potenziellen Liquiditätsrisiken gesteuert, die aus der Möglichkeit eines vorzeitigen Ausscheidens von Anlegern aus der Investmentgesellschaft durch Kündigung oder Ausschluss für die Investmentgesellschaft resultieren können. Die Anlagebedingungen und die Regelungen des Gesellschaftsvertrages sehen kein Recht auf ordentliche Kündigung und damit kein Recht auf Rückgabe der Anteile vor. Den Anlegern steht aber das Recht zur Kündigung aus wichtigem Grund zu. Auch kann ein Anleger unter den im Gesellschaftsvertrag genannten Bedingungen aus der Investmentgesellschaft ausgeschlossen werden (vgl. Kapitel „Anteile“, Unterabschnitt „Rücknahme von Anteilen/Kündigung/Ausschluss aus der Investmentgesellschaft“). In diesen Fällen wird ein sog. Abfindungsguthaben errechnet, mit dem die Investmentgesellschaft den ausscheidenden Anleger abfindet (Details zum Abfindungsguthaben sind im gleichnamigen Unterabschnitt des Kapitels „Kosten“ zu finden).

Im Rahmen des Liquiditätsmanagements erfolgt ein kontinuierlicher Abgleich der vorhandenen Liquidität mit den Zahlungsverpflichtungen der Investmentgesellschaft. Hierbei werden insbesondere die noch ausstehenden Einzahlungsverpflichtungen der Investmentgesellschaft gegenüber den Zielfonds und ggf. Zweckgesellschaften, die von der Investmentgesellschaft zu tragenden Kosten und Gebühren, weitere feststehende Zahlungen sowie die Ausschüttungsplanung der Investmentgesellschaft berücksichtigt.

Zur Sicherstellung einer ausreichenden Liquidität wurde zudem mit Wealthcap eine Kreditlinie vereinbart und ein Darlehensvertrag zur Zwischenfinanzierung von Zielfondsbeteiligungen vor einem Kapitalabruf von den Anlegern abgeschlossen (vgl. Kapitel „Vertragsbeziehungen der Investmentgesellschaft“, Abschnitte „Vertrag über die Einräumung einer Kreditlinie“ und „Darlehensvertrag“). Sollte sich im Rahmen der vorstehend beschriebenen Maßnahmen des Liquiditätsmanagements herausstellen, dass die vorhandene Liquidität nicht zur Erfüllung sämtlicher Zahlungsverpflichtungen der Investmentgesellschaft ausreicht, wird die Verwaltungsgesellschaft unter Berücksichtigung der im Abschnitt „Umstände, unter denen Fremdkapital eingesetzt werden kann, sowie Belastungen und Handhabung von Sicherheiten“ beschriebenen Bedingungen die Kreditlinie und/oder den Darlehensvertrag in Anspruch nehmen, um die erforderliche Liquidität der Investmentgesellschaft zu sichern.

12. UMSTÄNDE, UNTER DENEN FREMDKAPITAL EINGESETZT WERDEN KANN, SOWIE BELASTUNGEN UND HANDHABUNG VON SICHERHEITEN

Die Investmentgesellschaft darf Kredite bis zur Höhe von 150 % des aggregierten eingebrachten Kapitals und noch nicht eingeforderten zugesagten Kapitals der Investmentgesellschaft, berechnet auf der Grundlage der Beträge, die nach Abzug sämtlicher direkt oder indirekt von den Anlegern getragener Gebühren, Kosten und Aufwendungen für Anlagen zur Verfügung stehen, aufnehmen, wenn die Bedingungen der Kreditaufnahme marktüblich sind (vgl. § 4 der Anlagebedingungen der Investmentgesellschaft). Der maximale Umfang der Kreditaufnahme gilt auch für die Verwendung des sog. Leverage⁴.

Die Belastungen von Vermögensgegenständen der Investmentgesellschaft sowie die Abtretung und Belastung von Forderungen aus Rechtsverhältnissen, die sich auf diese Vermögensgegenstände beziehen, als Sicherheiten für durch die Investmentgesellschaft ggf. aufgenommene Kredite sind bis zur Höhe von 150 % des aggregierten eingebrachten Kapitals und noch nicht eingeforderten zugesagten Kapitals der Investmentgesellschaft, berechnet auf der Grundlage der Beträge, die nach Abzug sämtlicher direkt oder indirekt von den Anlegern getragener Gebühren, Kosten und Aufwendungen für Anlagen zur Verfügung stehen, zulässig, wenn dies mit einer ordnungsgemäßen Wirtschaftsführung vereinbar ist und die Verwahrstelle zustimmt.

Diese Höchstgrenzen gelten nicht während der Dauer des erstmaligen Vertriebs der Investmentgesellschaft, längstens jedoch für einen Zeitraum von 18 Monaten ab Beginn des Vertriebs.

Daher können die Verwendung von Fremdkapital und die Bestellung von Belastungen innerhalb dieses Zeitraums oberhalb dieser Grenzen liegen.

Die Investmentgesellschaft wird plangemäß ihr gesamtes Kommanditkapital in (mittelbare) Beteiligungen an Zielfonds investieren. Sie strebt somit einen Investitionsgrad i.H.v. 100 % an, obwohl auch die von der Investmentgesellschaft zu tragenden Kosten und Gebühren (vgl. Kapitel „Kosten“, Abschnitt „Kosten auf Ebene der Investmentgesellschaft“) sowie etwaige sonstige Zahlungsverpflichtungen der Investmentgesellschaft aus dem Kommanditkapital und – soweit zu diesem Zeitpunkt bereits vorhanden – aus Rückflüssen aus den Zielfonds zu begleichen sind. Insbesondere institutionelle Zielfonds rufen das Kapital ihrer Investoren nicht sofort in voller Höhe ab. Vielmehr tätigen sie in Abhängigkeit von ihrem eigenen Investitionsfortschritt und Kapitalbedarf mehrere Kapitalabrufe, sodass das Kommanditkapital der Investmentgesellschaft nicht sofort, sondern stufenweise über mehrere Jahre hinweg von den Zielfonds abgerufen wird. Da die Zielfonds i. d. R. erste Ausschüttungen vornehmen werden, bevor sämtliches Kommanditkapital der Investmentgesellschaft abgerufen wurde, dürfte aus Sicht der Verwaltungsgesellschaft trotz des angestrebten Investitionsgrades von 100 % auch ohne die Aufnahme von Fremdkapital genügend Liquidität in der Investmentgesellschaft vorhanden sein, um neben den Kapitalabrufen der Zielfonds die Kosten zu decken sowie sonstige fällige Zahlungsverpflichtungen der Investmentgesellschaft zu erfüllen.

Sollte die Liquidität der Investmentgesellschaft dennoch nicht ausreichen, um die vorstehend genannten Verpflichtungen der Investmentgesellschaft zu erfüllen, wird die Investmentgesellschaft zur Realisierung des angestrebten Investitionsgrades von 100 % auf die Kreditlinie der Wealthcap zur vorübergehenden Zwischenfinanzierung des Liquiditätsbedarfs zurückgreifen bis ausreichend Rückflüsse aus den Zielfonds erfolgt sind, um die Zwischenfinanzierung zurückzuführen (vgl. hierzu im Einzelnen das Kapitel „Vertragsbeziehungen der Investmentgesellschaft“, Abschnitt „Vertrag über die Einräumung einer Kreditlinie“). Der Einsatz von Fremdkapital kann insbesondere auch dann erforderlich werden, wenn die Investitionsgesellschaft von der in § 8 Ziffer 4 der Anlagebedingungen der Investmentgesellschaft vorgesehenen Möglichkeit Gebrauch macht und bis zu 110 % ihres Kommanditkapitals für Investitionen (einschließlich Reinvestitionen) einsetzt.

Darüber hinaus kann eine Kreditaufnahme insbesondere dann erfolgen, wenn eine Zeichnung bzw. ein Erwerb von Zielfondsbeiträgen vor dem Abschluss der Platzierungsphase der Investmentgesellschaft erfolgt. Für diesen Fall wurde für eine kurzfristige Zwischenfinanzierung der Zeichnung bzw. des Erwerbs der Zielfondsbeiträge ein gesonderter Darlehensvertrag neben der vorgenannten Kreditlinie mit der Wealthcap abgeschlossen.

Dieser dient der Überbrückung einer ggf. bestehenden Finanzierungslücke in der Höhe, um die die (bevorstehenden) Kapitalabrufe des bzw. der betreffenden Zielfonds bzw. um den – im Falle des Erwerbs einer bereits bestehenden Zielfondsbeiträge am Zweitmarkt – der Erwerbspreis die bis zu diesem Zeitpunkt eingeworbenen und abgerufenen und in diesem Zeitpunkt zur Verfügung stehenden Kapitalzusagen der Anleger der Investmentgesellschaft übersteigen (vgl. hierzu im Einzelnen das Kapitel „Vertragsbeziehungen der Investmentgesellschaft“, Abschnitt „Darlehensvertrag“). Eine solche Kreditaufnahme kann nicht nur auf Ebene der Investmentgesellschaft, sondern auch auf Ebene einer Zweckgesellschaft erfolgen.

Eine Darstellung der Risiken aus dem Einsatz von Fremdkapital findet sich in den gleichnamigen Unterabschnitten sowohl für die Ebene der Investmentgesellschaft als auch für die Ebene der Zielfonds im Abschnitt „Wesentliche Risiken“.

13. WERTENTWICKLUNG

Da die Investmentgesellschaft im Jahr 2017 neu gegründet wurde, sie zum Zeitpunkt der Vertriebsanzeige noch keine Vermögensgegenstände erworben hat und die von ihr zu erwerbenden Vermögensgegenstände noch nicht feststehen (Blind Pool), kann zur bisherigen Wertentwicklung der Investmentgesellschaft keine Aussage getroffen werden.

⁴ Durch den Einsatz von Fremdkapital kann ein sog. Hebeleffekt auf das jeweilige Eigenkapital entstehen und der Investitionsgrad der Investmentgesellschaft erhöht werden (Leverage).

III. Kapitalverwaltungsgesellschaft

1. GRUNDLAGEN

Die Wealthcap Kapitalverwaltungsgesellschaft mbH mit Sitz in München ist die Kapitalverwaltungsgesellschaft der Investmentgesellschaft. Die Verwaltungsgesellschaft ist eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH) nach deutschem Recht und wurde am 17.06.2013 gegründet.

Die Verwaltungsgesellschaft ist eine 100%ige Tochtergesellschaft der Wealth Management Capital Holding GmbH („Wealthcap“), die wiederum von der Verwaltungsgesellschaft mit der Bereitstellung, dem Betrieb und der Wartung der Informations- und Kommunikationssysteme sowie dem Betrieb ihrer Softwareapplikationen und Datenbanken betraut wurde (vgl. den Abschnitt „Übertragene Verwaltungsfunktionen/Auslagerung/Interessenkonflikte“) und der Investmentgesellschaft ggf. Fremdkapital zur Verfügung stellt (vgl. Kapitel „Vertragsbeziehungen der Investmentgesellschaft“, Abschnitt „Vertrag über die Einräumung einer Kreditlinie“ und Kapitel „Vertragsbeziehungen der Investmentgesellschaft“, Abschnitt „Darlehensvertrag“). Die Anteile an der Platzierungsgarantin Wealthcap Investment Services GmbH werden zu 90 % ebenfalls von Wealthcap gehalten. Wealthcap ist wiederum eine 100%ige Tochtergesellschaft der UniCredit Bank AG, die auch mit dem Vertrieb der Kommanditbeteiligungen an der Investmentgesellschaft beauftragt werden soll und bestimmte Teile der Verwaltungsaufgaben der Verwaltungsgesellschaft übernommen hat (vgl. das Kapitel „Kapitalverwaltungsgesellschaft“, Abschnitt „Übertragene Verwaltungsfunktionen/Auslagerung/Interessenkonflikte“). Die UniCredit Bank AG hält zudem die übrigen 10 % der Anteile an der Platzierungsgarantin. Angaben über die Mitglieder der Geschäftsführung und des Aufsichtsrats sowie über das gezeichnete und eingezahlte Kapital der Verwaltungsgesellschaft sind im Anhang des Verkaufsprospektes dargestellt.

2. VERWALTUNGSFUNKTION

Die Verwaltungsgesellschaft wurde mit einem Bestellungsvertrag zur externen Kapitalverwaltungsgesellschaft der Investmentgesellschaft i. S. d. KAGB bestellt. Ihr obliegt die Vornahme aller Rechtsgeschäfte, die gemäß den Regelungen des KAGB und den das KAGB ergänzenden Regelungen und Verwaltungsvorschriften zum Betrieb der Investmentgesellschaft gehören, insbesondere die Portfolioverwaltung, das Risikomanagement, sowie darüber hinaus die administrativen Tätigkeiten sowie alle weiteren Tätigkeiten im Zusammenhang mit den Vermögensgegenständen der Investmentgesellschaft und der Verwaltung der Investmentgesellschaft. Hierzu wurde die Verwaltungsgesellschaft im Bestellungsvertrag mit der Wahrnehmung bzw. Erfüllung jener der Komplementärin im Gesellschaftsvertrag zugewiesenen Rechte bzw. Pflichten (mit Ausnahmen der Benennung der Vorkaufsberechtigten nach § 17 (12) des Gesellschaftsvertrages) beauftragt. Die Verwaltungsgesellschaft nimmt sämtliche

ihr aufgrund ihrer Position als Verwaltungsgesellschaft gesetzlich und vertraglich zukommenden Aufgaben nach eigenem Ermessen und nicht weisungsgebunden unter Wahrung des Bestellungsvertrages, der geltenden Gesetze (insbesondere des KAGB), des Gesellschaftsvertrages und der Anlagebedingungen der Investmentgesellschaft wahr.

Die Verwaltungsgesellschaft wurde bevollmächtigt, die Investmentgesellschaft in vollem Umfang im Außenverhältnis zu vertreten (Generalvollmacht). Die Verwaltungsgesellschaft ist hierbei einzelvertretungsberechtigt und von den Beschränkungen des § 181 BGB befreit. Darüber hinaus ist sie berechtigt, Untervollmachten im notwendigen Umfang und unter Befreiung von den Beschränkungen des § 181 BGB zu erteilen. Sofern für ein Rechtsgeschäft die Erteilung einer Vollmacht in notariell beglaubigter Form erforderlich ist, wird der Verwaltungsgesellschaft diese von der Investmentgesellschaft erteilt.

Das Recht der Verwaltungsgesellschaft, die Mittel der Investmentgesellschaft zu verwalten, erlischt

- durch eine Kündigung des Bestellungsvertrages aus wichtigem Grund unter Wahrung der Vorgaben des KAGB mit einer Frist von mindestens sechs Monaten zum Monatsende (vgl. den Unterabschnitt „Kündigung des Bestellungsvertrages, automatische Beendigung, Übertragung“),
- mit der Eröffnung des Insolvenzverfahrens über das Vermögen der Verwaltungsgesellschaft oder mit der Rechtskraft des Gerichtsbeschlusses, durch den der Antrag auf die Eröffnung des Insolvenzverfahrens mangels Masse abgewiesen wird,
- durch die Kündigung des Bestellungsvertrages mit der Verwaltungsgesellschaft durch die Verwahrstelle aufgrund der Auflösung der Verwaltungsgesellschaft oder aufgrund des Erlasses eines allgemeinen Verfügungsverbot gegenüber der Verwaltungsgesellschaft.

In Ergänzung der im Bestellungsvertrag übernommenen Verwaltungsfunktion hat die Verwaltungsgesellschaft zudem die Konzeption und Strukturierung der Investmentgesellschaft übernommen. Die Verwaltungsgesellschaft hat sich gegenüber der Investmentgesellschaft verpflichtet, einen den aufsichtsrechtlichen Erfordernissen entsprechenden Verkaufsprospekt einschließlich der wesentlichen Anlegerinformationen sowie die notwendigen Zeichnungsunterlagen zu erstellen und zu vervielfältigen.

Einzelheiten zur Vergütung der Verwaltungsgesellschaft können dem Kapitel „Kosten“, Abschnitt „Kosten auf Ebene der Investmentgesellschaft“ entnommen werden.

3. HAFTUNG

Die Verwaltungsgesellschaft handelt mit der Sorgfalt eines ordentlichen Kaufmanns und haftet gemäß den gesetzlichen Regelungen.

4. ZUSATZFUNKTION DER VERWALTUNGSGESELLSCHAFT ALS TREUHÄNDERIN

4.1 AUFGABEN UND RECHTSGRUNDLAGEN

Neben der Funktion als Kapitalverwaltungsgesellschaft nimmt die Verwaltungsgesellschaft in der Investmentgesellschaft auch die Aufgaben einer Treuhandkommanditistin wahr. Sie wird nachfolgend insoweit als Treuhänderin bezeichnet. Die Aufgabe der Treuhänderin ist es, die Beteiligungen der Anleger an der Investmentgesellschaft zu verwalten und die Kommunikation mit den Anlegern zu führen. Diese Tätigkeit erbringt sie gegenüber sämtlichen Anlegern, also gegenüber den Treugebern und den Direktkommanditisten. Darüber hinaus ist es die Aufgabe der Treuhänderin, die von ihr auf fremde Rechnung gehaltenen Beteiligungen treuhänderisch für die Treugeber zu halten. Dabei wird sie das Treuhandvermögen getrennt von ihrem sonstigen Vermögen halten. Daneben ist sie für eigene Rechnung mit einer Einlage i. H. v. 10.000 EUR an der Investmentgesellschaft beteiligt und übernimmt eine Haftsumme i. H. v. anfänglich 100 EUR. Sie ist nur mit ihrer für eigene Rechnung gehaltenen Einlage am Ergebnis und am Vermögen der Investmentgesellschaft beteiligt.

Die Rechtsgrundlage für die Tätigkeiten der Treuhänderin bilden der Gesellschaftsvertrag der Investmentgesellschaft, die vom Treugeber unterzeichnete Beitrittserklärung sowie der Treuhandvertrag zwischen dem Treugeber und der Treuhänderin.

Der Treuhandvertrag kommt mit dem Zugang der Annahme der Beitrittserklärung des Treugebers durch die Treuhänderin beim Treugeber zustande. Die Treugeber bilden untereinander keine Gesellschaft bürgerlichen Rechts. Die Treuhänderin ist berechtigt und von den übrigen Gesellschaftern (d. h. den Anlegern und der Komplementärin) bevollmächtigt, die Beitrittserklärungen von Anlegern anzunehmen.

Die Treuhänderin unterliegt keinem Wettbewerbsverbot. Sie kann entsprechende Tätigkeiten auch für andere Investmentvermögen übernehmen und sich dafür an diesen beteiligen.

4.2 WESENTLICHE RECHTE UND PFLICHTEN

Die Treuhänderin handelt im Innenverhältnis auf Basis des Treuhandvertrages ausschließlich im Auftrag und für Rechnung des betreffenden Treugebers. Daher nimmt sie vermögensrechtliche Ansprüche des Treugebers aus der Beteiligung an der Investmentgesellschaft, insbesondere die Ansprüche auf Ausschüttungen und auf das Abfindungsguthaben sowie die Ausübung der mit der Beteiligung verbundenen Stimm-, Auskunfts- und Kontrollrechte, grundsätzlich nicht nach eigenem Ermessen, sondern nach Anweisung des jeweiligen Treugebers wahr.

Die Treuhänderin ist gemäß § 9 (5) des Gesellschaftsvertrages der Investmentgesellschaft berechtigt, ihr Stimmrecht für die auf Rechnung der Treugeber gehaltenen Einlagen uneinheitlich auszuüben. Übt sie ihr Stimmrecht für einen sie anweisenden Treugeber aus, kann sie diese jeweiligen Stimmrechte aber nur einheitlich ausüben. Sofern die Treuhänderin von Treugebern angewiesen wird, Stimmrechte für diese auszuüben, wird sie das nur tun, wenn die Weisung ein eindeutiges Votum des Treugebers zu den einzelnen Tagesordnungspunkten enthält. Die Weisung muss bis spätestens drei Kalendertage vor der betreffenden Gesellschafterversammlung durch Übergabeeschreiben gegenüber der Treuhänderin erklärt werden. Fehlt eine solche Weisung oder geht sie nicht frist- und/oder formgerecht bei der Treuhänderin ein, wird diese sich der Stimme enthalten, also das Stimmrecht nicht ausüben, es sei denn, die Ausübung der Treugeberrechte ist im Einzelfall im Interesse der Treugeber und der Direktkommanditisten geboten. Dies gilt nur für Beschlüsse gemäß § 9 (2) a) bis e) und g) des Gesellschaftsvertrages der Investmentgesellschaft. In diesem Fall beauftragt und bevollmächtigt die Treuhänderin die Komplementärin, das Stimmrecht im eigenen Ermessen im Interesse der Treugeber und Direktkommanditisten auszuüben. Im Rahmen von Beschlüssen zur Änderung der Anlagebedingungen darf die Treuhänderin ihr Stimmrecht, das sie für einen Anleger ausüben würde, nur nach vorheriger Weisung durch den Anleger ausüben.

Sämtliche Vermögensgegenstände, welche die Treuhänderin bei der Ausführung des Treuhandvertrages erlangt hat und die ihr nicht selbst zustehen, wird sie entsprechend des Treuhandvertrages an den jeweiligen Treugeber herausgeben. Insbesondere wird sie Ausschüttungen und Zuflüsse aus der Investmentgesellschaft umgehend an den jeweiligen Treugeber entsprechend seinem treuhänderisch gehaltenen Kommanditanteil weiterleiten, soweit der jeweilige Treugeber diese nicht direkt von der Investmentgesellschaft erhalten hat.

Soweit nach den gesetzlichen Vorschriften für die im Auftrag des Treugebers im Handelsregister eingetragene Treuhänderin eine persönliche Haftung für die Verbindlichkeiten der Investmentgesellschaft entsteht, hat der jeweilige Treugeber die Treuhänderin von dieser Haftung entsprechend seinem Anteil an der Investmentgesellschaft freizustellen. Die Treuhänderin ist berechtigt, die ihr nach der Höhe der treuhänderisch gehaltenen Beteiligung jeweils anteilig zustehenden vermögensrechtlichen Ansprüche an den jeweiligen Treugeber abzutreten und alle Ansprüche der Investmentgesellschaft ihr gegenüber durch Abtretung ihrer Ersatzansprüche gegenüber dem jeweiligen Treugeber zu erfüllen.

4.3 BEENDIGUNG DER TREUHANDFUNKTION

Die Treuhänderin kann mit einer Frist von drei Monaten zum Quartalsende die Treuhandverträge mit sämtlichen Treugebern in schriftlicher Form kündigen und damit die Treuhandfunktion beenden, wenn eine andere nach den Vorschriften des KAGB geeignete Gesellschaft als Treuhandkommanditistin durch die Verwaltungsgesellschaft bestimmt wird, die anstelle der Treuhänderin in die einzelnen Treuhandverträge mit sämtlichen Treugebern eintritt und diese fortführt.

4.4 GESAMTBETRAG DER FÜR DIE WAHRNEHMUNG DER TREUHANDFUNKTION VEREINBARTEN VERGÜTUNG

Für die Tätigkeiten der Verwaltungsgesellschaft als Treuhänderin erhält die Verwaltungsgesellschaft eine jährliche Vergütung i. H. v. 0,230 % der Bemessungsgrundlage, für den Zeitraum ab der Fondsaufgabe bis zum Ende des Geschäftsjahres 2018 jedoch mindestens 51.750 EUR und für die Geschäftsjahre 2019 und 2020 jeweils mindestens 103.500 EUR. Verlängert sich die Laufzeit der Investmentgesellschaft entsprechend § 9 Ziffer 2 der Anlagebedingungen der Investmentgesellschaft über den 31.12.2032 hinaus, beträgt die jährliche Vergütung der Verwaltungsgesellschaft ab Beginn des Geschäftsjahres 2033 bis zu 0,115 % der Bemessungsgrundlage. Als Bemessungsgrundlage gilt die Summe aus dem durchschnittlichen Nettoinventarwert der Investmentgesellschaft im jeweiligen Geschäftsjahr und den bis zum jeweiligen letzten Bewertungsstichtag von der Investmentgesellschaft an die Anleger geleisteten Auszahlungen. Die Bemessungsgrundlage kann sich jedoch maximal auf 100 % des von den Anlegern gezeichneten Kommanditkapitals belaufen. Wird der Nettoinventarwert nur einmal jährlich ermittelt, wird der Berechnung des Durchschnitts der Wert am Anfang und am Ende des Geschäftsjahres zugrunde gelegt. Die Vergütung wird in dem Kapitel „Kosten“, Abschnitt „Kosten auf Ebene der Investmentgesellschaft“ dargestellt.

5. DAUER UND BEENDIGUNG DER BESTELLUNG UND AUSSCHIEDEN AUS DER INVESTMENTGESELLSCHAFT

5.1 LAUFZEIT UND REGELMÄSSIGE BEENDIGUNG

Der Bestellungsvertrag ist für den Zeitraum bis zur Auflösung der Investmentgesellschaft fest abgeschlossen. Er endet automatisch mit dem Beschluss über die Auflösung der Investmentgesellschaft. Sollte die Verwaltungsgesellschaft – wie in § 24 (3) des Gesellschaftsvertrages vorgesehen – als Liquidatorin der Investmentgesellschaft tätig werden, gelten die Regelungen des Bestellungsvertrages analog auch für die Liquidationsphase.

5.2 KÜNDIGUNG DES BESTELLUNGSVERTRAGES, AUTOMATISCHE BEENDIGUNG, ÜBERTRAGUNG DES VERWALTUNGSRECHTS

Der Bestellungsvertrag kann sowohl von der Verwaltungsgesellschaft als auch der Investmentgesellschaft nur aus wichtigem Grund unter Wahrung der Vorschriften des KAGB gekündigt werden, wobei die Kündigungsfrist in diesem Fall in einem angemessenen Verhältnis zu dem Zeitraum zu stehen hat, der erforderlich ist, um eine neue externe Kapitalverwaltungsgesellschaft zu bestellen oder die zur Investmentgesellschaft gehörenden Vermögensgegenstände zu liquidieren, und die mindestens sechs Monate zum Monatsende beträgt. Daneben kann die Verwahrstelle den Bestellungsvertrag nach den gesetzlichen Vorschriften der §§ 154 Abs. 1 Satz 5, 99 Abs. 4 KAGB kündigen (vgl. den Abschnitt „Verwaltungsfunktion“ dieses Kapitels).

Im Falle des Erlöschens des Rechts der Verwaltungsgesellschaft, die Investmentgesellschaft zu verwalten, insbesondere im Falle der Eröffnung des Insolvenzverfahrens über das Vermögen der Verwaltungsgesellschaft sowie der Rechtskraft des Gerichts-

beschlusses, durch den der Antrag auf die Eröffnung des Insolvenzverfahrens mangels Masse abgewiesen wurde, endet der Bestellungsvertrag mit der Verwaltungsgesellschaft.

In diesen Fällen hat die Verwaltungsgesellschaft Anspruch auf sämtliche anteilig bereits entstandenen Vergütungen und auf Ersatz bereits getätigter Aufwendungen. Das Verwaltungs- und Verfügungsrecht über das Gesellschaftsvermögen geht in den Fällen des Erlöschens des Rechts der Verwaltungsgesellschaft, die Investmentgesellschaft zu verwalten, auf die Verwahrstelle zur Abwicklung über. Dies gilt nicht, soweit die Komplementärin – unter dem Vorbehalt der Genehmigung der BaFin – alle erforderlichen Maßnahmen ergreift, um die Investmentgesellschaft in eine intern verwaltete Investmentkommanditgesellschaft umzuwandeln oder eine andere externe Kapitalverwaltungsgesellschaft bestellt.

5.3 AUSSCHIEDEN AUS DER INVESTMENTGESELLSCHAFT

Die Treuhänderin kann durch Gesellschafterbeschluss gemäß §§ 20 (3), 9 (3) c) des Gesellschaftsvertrages aus der Investmentgesellschaft ausgeschlossen werden, wenn sie in grober Weise trotz schriftlicher Abmahnung ihre sonstigen Verpflichtungen aus dem Gesellschaftsverhältnis verletzt und den Gesellschaftern die Fortsetzung des Gesellschaftsverhältnisses mit der Treuhänderin unzumutbar geworden ist. Bei der Beschlussfassung über den Ausschluss hat die Treuhänderin kein Stimmrecht. Sie hat jedoch die Möglichkeit, dazu Stellung zu nehmen.

Der Treuhänderin steht bei einem Ausscheiden hinsichtlich des auf eigene Rechnung gehaltenen Kommanditanteils eine Abfindung aus dem Investmentgesellschaftsvermögen nach den Regelungen des Gesellschaftsvertrages zu. Die übrigen Kosten des Ausscheidens trägt die Treuhänderin.

Die Treuhänderin scheidet zudem ohne Beschlussfassung der Gesellschafter und ohne Ausschlussklärung mit Wirkung vom Beginn des Tages aus der Investmentgesellschaft aus, an dem in Bezug auf das Vermögen der Treuhänderin das Insolvenzverfahren eröffnet oder die Eröffnung des Insolvenzverfahrens mangels Masse abgelehnt wird. Der Treuhänderin steht in diesem Fall keine Abfindung zu (vgl. §§ 21 (2), 23 (2) des Gesellschaftsvertrages). Die Kosten des Ausscheidens trägt die Treuhänderin.

Die Treuhänderin ist berechtigt, ihre Beteiligung an der Investmentgesellschaft auf eine andere Gesellschaft aus der Wealthcap Gruppe zu übertragen, ohne dass es eines Gesellschafterbeschlusses oder der Zustimmung der Komplementärin bedarf. Eine Übertragung an Dritte bedarf der Zustimmung der Komplementärin.

6. ANWENDBARES RECHT UND RICHTSSTAND

Der Bestellungsvertrag, der Gesellschaftsvertrag und der Treuhandvertrag unterliegen ausschließlich dem Recht der Bundesrepublik Deutschland. Ausschließlicher Gerichtsstand ist, soweit gesetzlich zulässig, München.

7. ÜBERTRAGENE VERWALTUNGSFUNKTIONEN/ AUSLAGERUNG/INTERESSENKONFLIKTE

Folgende Aufgaben und Funktionen wurden von der Verwaltungsgesellschaft unter Berücksichtigung des § 36 KAGB auf Dritte (auch solche innerhalb der Wealthcap Gruppe bzw. UniCredit Gruppe) übertragen und entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen der BaFin angezeigt:

- interne Revision,
- Prüfungen nach dem Gesetz über das Aufspüren von Gewinnen aus schweren Straftaten (Geldwäschegesetz, GWG),
- Bereitstellung, Betrieb und Wartung der Informations- und Kommunikationssysteme sowie den Betrieb ihrer Softwareapplikationen und Datenbanken.

Darüber hinaus ist aber auch eine Übertragung bzw. Auslagerung weiterer Aufgaben der KVG auf Dritte nach Maßgabe des Bestellungsvertrages und der gesetzlichen Vorschriften (insbesondere § 36 KAGB) möglich. Die Dritten dürfen unter Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften ausgelagerte bzw. übertragene Aufgaben weiter übertragen.

Mit der Wahrnehmung der internen Revision sowie der Prüfung nach dem GWG wurde die UniCredit Bank AG betraut. Wealthcap hat die Bereitstellung, den Betrieb und die Wartung der Informations- und Kommunikationssysteme sowie den Betrieb der Softwareapplikationen und Datenbanken der Verwaltungsgesellschaft übernommen. Wealthcap hat die von ihr übernommenen Aufgaben in Bezug auf die Informations- und Kommunikationssysteme sowie die Softwareapplikationen und Datenbanken der Verwaltungsgesellschaft auf die DATAGROUP Business Solutions GmbH, Siegburg, übertragen.

Wealthcap ist die unmittelbare Muttergesellschaft und die UniCredit Bank AG ist die Muttergesellschaft von Wealthcap und damit die mittelbare Muttergesellschaft der Verwaltungsgesellschaft. Aufgrund der Übertragung dieser Funktionen auf Muttergesellschaften der Verwaltungsgesellschaft könnte diese unter Umständen daran gehindert sein, ihre laufenden Überwachungs- und Kontrollpflichten sowie ihre Kündigungs- und Weisungsbefugnisse gegenüber Wealthcap und der UniCredit Bank AG in der gebotenen Entschiedenheit und Härte auszuüben.

Die Verwaltungsgesellschaft wird bei Einschaltung Dritter gesetzliche Bestimmungen zum Geschäfts- und Betriebsgeheimnis sowie zum Datenschutz und, sofern eine aufsichtsrechtliche Auslagerung vorliegt, zu den aufsichtsrechtlichen Verpflichtungen auch in mit Dritten zu schließende Verträge einbringen.

Zum Zeitpunkt der Vertriebsanzeige sind der Verwaltungsgesellschaft keine sich aus der vorbeschriebenen Übertragung von Verwaltungsfunktionen ergebenden weiteren – d.h. über die in dem vorstehenden Absatz und in dem Kapitel „Die Investmentgesellschaft“, Abschnitt „Wesentliche Risiken“ unter der Überschrift „Risiken aus Interessenkonflikten“ hinausgehenden – Interessen-

konflikte bekannt. Die Verwaltungsgesellschaft und das jeweilige Auslagerungsunternehmen werden gemäß den gesetzlichen Anforderungen geeignete Vorkehrungen treffen, um etwaige Interessenkonflikte zu ermitteln, ihnen vorzubeugen und diese ggf. beizulegen. Zu möglichen Interessenkonflikten im Übrigen bzw. zu Umständen oder Beziehungen, die Interessenkonflikte begründen können, vgl. das Kapitel „Die Investmentgesellschaft“, Abschnitt „Wesentliche Risiken“, Unterabschnitt „Risiken aus Interessenkonflikten“ bzw. den Abschnitt „Grundlagen“ dieses Kapitels sowie die ergänzenden Ausführungen im Anhang des Verkaufsprospektes.

8. VERGÜTUNGSPOLITIK DER VERWALTUNGSGESELLSCHAFT

Die Verwaltungsgesellschaft hat für Mitarbeiter, die gemäß § 37 Abs. 1 Satz 1 KAGB als Risikoträger fungieren bzw. für Mitarbeiter mit Kontrollfunktionen eine Vergütungspolitik festgelegt, die einem soliden und wirksamen Risikomanagement entspricht, um den potenziell schädlichen Auswirkungen schlecht gestalteter Vergütungsstrukturen auf ein solides Risikomanagement und auf die Risikobereitschaft von Einzelpersonen entgegenzuwirken. Die Vergütungspolitik der Verwaltungsgesellschaft steht in Einklang mit der Geschäftsstrategie, den Zielen, Werten und Interessen der Verwaltungsgesellschaft und der von ihr verwalteten Gesellschaften sowie der Anleger dieser Gesellschaften.

Grundsätzlich sind alle Mitarbeiter und Führungskräfte der Verwaltungsgesellschaft, deren berufliche Tätigkeit sich wesentlich auf die Risikoprofile der Verwaltungsgesellschaft oder auf die Risikoprofile der von ihr verwalteten Gesellschaften auswirkt, von der Vergütungspolitik betroffen. Dies umfasst die Geschäftsführer und Führungskräfte, Risikoträger, Mitarbeiter mit Kontrollfunktionen sowie alle Mitarbeiter, die eine Gesamtvergütung erhalten, aufgrund derer sie sich in derselben Einkommensstufe befinden wie die Führungskräfte und Risikoträger.

Für diese Mitarbeiter gelten insbesondere folgende Vergütungsleitlinien, welche in der Vergütungsrichtlinie festgelegt sind:

- Die Vergütung der Mitarbeiter der Verwaltungsgesellschaft setzt sich aus einem Fixgehalt sowie einem variablen Bestandteil zusammen.
- Die variable Vergütung ist derart ausgestaltet, dass sie teilweise, in einigen Fällen auch vollständig reduziert werden kann. Zum Zwecke der Einschränkung einer übermäßigen Risikoübernahme erfolgt die Berechnung der variablen Vergütung risikogewichtet und erfolgsabhängig. Für die Berücksichtigung von Risiken und Ergebnissen in der variablen Vergütung werden sowohl quantitative als auch qualitative Indikatoren im Einklang mit der Geschäfts- und Risikostrategie der Verwaltungsgesellschaft sowie der jeweiligen Gesellschaft verwendet. Die Festlegung der variablen Vergütung erfolgt auf der Basis von zu Beginn des Geschäftsjahres dokumentierten Zielvereinbarungen. Diese bestehen zum einen aus von der Geschäftsführung festgelegten allgemein-

gültigen Unternehmenszielen und zum anderen aus von den Führungskräften festgelegten individuellen Zielen für alle Mitarbeiter. Die Zielvereinbarungen berücksichtigen die individuellen Anforderungen an den jeweiligen Unternehmensbereich und dienen der Bewertung von Leistung und Erfolg der einzelnen Mitarbeiter. Diese Bewertung erfolgt im Rahmen eines jährlichen Mitarbeitergesprächs.

- Im Allgemeinen werden bei der Verwaltungsgesellschaft Anreize für die Geschäftsführer und Mitarbeiter zum Eingehen unverhältnismäßig hoher Risikopositionen vermieden, da die Geschäftsführung sichergestellt hat, dass alle Geschäfte insbesondere einer vorherigen Genehmigung durch die Geschäftsführer unterliegen. Die Geschäftsführung hat hierbei die Vorgaben der Geschäftsordnung zu beachten, d.h. insbesondere sind alle dort festgelegten Geschäfte mit Risikobezug dem Aufsichtsrat der Verwaltungsgesellschaft zur Genehmigung vorzulegen. Dadurch ist grundsätzlich sichergestellt, dass die Geschäftsführung am Aufsichtsorgan vorbei keine Risikopositionen eingehen kann, die unverhältnismäßige Folgen für die Höhe der Vergütung haben können.

Entscheidungen über die Höhe von Vergütungen werden von der Geschäftsführung der Verwaltungsgesellschaft getroffen. Sollte die Geschäftsführung selbst betroffen sein, werden diese Entscheidungen durch den Aufsichtsrat der Verwaltungsgesellschaft getroffen.

Die Verwaltungsgesellschaft hat einen Vergütungsausschuss eingerichtet. Dieser besteht aus dem Aufsichtsratsvorsitzenden der Verwaltungsgesellschaft sowie einem weiteren Mitglied des Aufsichtsrats der Verwaltungsgesellschaft. Der Vergütungsausschuss tritt zweimal jährlich zusammen. Er überwacht die Ausgestaltung der Anreiz- und Vergütungssysteme und berichtet an den Aufsichtsrat über notwendige Anpassungen sowie darüber, ob die Ausgestaltung mit den nationalen und internationalen Vorschriften, Grundsätzen und Standards vereinbar ist.

Einzelheiten der aktuellen Vergütungspolitik der Verwaltungsgesellschaft (darunter ebenfalls eine Beschreibung der Berechnung der Vergütungen und der sonstigen Zuwendungen sowie der Identität der für die Zuteilung der Vergütungen/Zuwendungen zuständigen Personen einschließlich der Zusammensetzung des Vergütungsausschusses) können unter www.wealthcap.com kostenlos abgerufen werden bzw. sind bei der Verwaltungsgesellschaft, Wealthcap Kapitalverwaltungsgesellschaft mbH kostenlos in Papierform erhältlich.

9. SONSTIGES

Die Anforderungen des § 25 Abs. 6 KAGB erfüllt die Verwaltungsgesellschaft durch Bereitstellung von zusätzlichen Eigenmitteln.

Die Verwaltungsgesellschaft unterliegt sowohl im Hinblick auf ihre Verwaltungsfunktion als auch ihre Treuhandfunktion keinem Wettbewerbsverbot. Sie hat bereits und wird künftig entsprechende Tätigkeiten auch für andere Investmentvermögen (die

zudem teilweise auch eine ähnliche oder gar die gleiche Anlagepolitik und Anlagestrategie wie die Investmentgesellschaft verfolgen) übernehmen und sich dafür an diesen ggf. auch beteiligen. Die Namen sämtlicher weiteren, von der Verwaltungsgesellschaft verwalteten Investmentvermögen sind im Anhang aufgelistet.

Die Beauftragung eines oder mehrerer Primebroker ist zum Zeitpunkt der Vertriebsanzeige nicht geplant.

IV. Anteile

1. ANTEILKLASSEN, VORZUGSBEHANDLUNG UND FAIRE BEHANDLUNG

Alle ausgegebenen Anteile vermitteln gleiche Rechte und Pflichten. Anteilklassen werden nicht gebildet.

Alle Anleger sollen fair behandelt werden. Der Gesellschaftsvertrag und die Anlagebedingungen der Investmentgesellschaft sehen deshalb grundsätzlich keine Vorzugsbehandlung einzelner Anleger oder Anlegergruppen vor. Der Ausgabeaufschlag für den einzelnen Anleger kann allerdings reduziert werden.

Die Verwaltungsgesellschaft stellt durch mehrere Maßnahmen die faire Behandlung der Anleger der Investmentgesellschaft sicher. Wesentliche Grundlagen und Sicherungen einer fairen Behandlung des einzelnen Anlegers enthalten die Regelungen des Gesellschaftsvertrages und der Anlagebedingungen. Dies gilt insbesondere für:

- die Kostentragungspflicht eines einzelnen Anlegers für bestimmte individuell verursachte Kosten (nähere Informationen dazu im Kapitel „Kosten“),
- die an dem individuellen Zeichnungsbetrag orientierte Verteilung von Stimmrechten, die Zuweisung von Gewinnen und Verlusten sowie die Verteilung der Ausschüttungen der Investmentgesellschaft (nähere Informationen dazu nachfolgend im Abschnitt „Art und Hauptmerkmale der Anteile“),
- den Schutz eines Anlegers vor einem willkürlichen Ausschluss durch das Erfordernis eines Gesellschafterbeschlusses mit einer Mehrheit von mindestens 75 % der abgegebenen Stimmen, durch die Notwendigkeit des Vorliegens eines wichtigen Grundes nach § 20 (3) des Gesellschaftsvertrages und das Zustimmungserfordernis der Komplementärin, das durch den Bestellungsvertrag auf die Verwaltungsgesellschaft übertragen wurde.

Daneben gewährleisten auch die von der Verwaltungsgesellschaft getroffenen organisatorischen Maßnahmen die faire Behandlung der Anleger. Die Verwaltungsgesellschaft hat einen Compliance-Beauftragten ernannt, der als unabhängige Stelle für das aktive Management von Interessenkonflikten zuständig ist. Unter aktivem Management von Interessenkonflikten versteht die Verwaltungsgesellschaft die Identifizierung von tatsächlichen und potenziellen Interessenkonflikten, sofern möglich, die Vermeidung und Lösung von Interessenkonflikten, die Führung eines Interessenkonfliktregisters, die Veranlassung der Offenlegung ungelöster Interessenkonflikte, die Überwachung von Interessenkonflikten bei ausgelagerten Tätigkeiten und die regelmäßige Berichterstattung an die Geschäftsleitung und den Aufsichtsrat der Verwaltungsgesellschaft. Stellt der Compliance-Beauftragte einen Interessenkonflikt fest, werden adäquate Maßnahmen zur Vermeidung bzw. Lösung bzw. zum Management des Interessen-

konflikts ergriffen. Anleger werden über bestehende Situationen unterrichtet, in denen die organisatorischen oder administrativen Maßnahmen, welche die Verwaltungsgesellschaft zur Steuerung von Interessenkonflikten ergriffen hat, nicht ausreichen, um mit hinreichender Sicherheit zu gewährleisten, dass die Interessen der Anleger gewahrt bleiben. Bei der Identifikation von nicht lösbaren Interessenkonflikten veranlasst der Compliance-Beauftragte über den zuständigen Bereich eine Anlegerinformation (z. B. Veröffentlichung in den üblichen Benachrichtigungsmedien, Aktualisierung des Verkaufsprospektes).

Zudem verfügt die Verwaltungsgesellschaft über weitere aufbau- und ablauforganisatorische Maßnahmen zur Vermeidung von Interessenkonflikten, wie z. B. Funktionstrennung und Trennung von Verantwortlichkeiten sowie unabhängige Bewertung. Darüber hinaus verfügt die Verwaltungsgesellschaft über eine interne Revision, die an die UniCredit Bank AG ausgelagert ist.

Die faire Behandlung der Anleger wird auch durch ein internes Beschwerdemanagementsystem gewährleistet. Für eingehende Beschwerden sind innerhalb dieses Systems Bearbeitungs- und Reaktionsfristen vorgegeben. Die Bearbeitung der Beschwerden und die Einhaltung dieser Fristen werden durch den Complaint-Officer überwacht.

2. ART UND HAUPTMERKMALE DER ANTEILE

Der Beitritt eines Anlegers zur Investmentgesellschaft erfolgt mittelbar über die Verwaltungsgesellschaft als Treuhandkommanditistin. Soweit die Verwaltungsgesellschaft in ihrer Funktion als Treuhandkommanditistin tätig wird bzw. in dieser Funktion betroffen ist, wird sie nachfolgend als Treuhänderin bezeichnet. Bei den angebotenen Anteilen an der Investmentgesellschaft handelt es sich deshalb um – zumindest anfänglich – mittelbar zu haltende Kommanditanteile. Der Anleger hält seine Beteiligung grundsätzlich mittelbar als Treugeber. Ihm steht jedoch das Recht zu, seine mittelbare Beteiligung als Treugeber in eine unmittelbare Beteiligung als Direktkommanditist umzuwandeln (vgl. den Unterabschnitt „Umwandlung“). Jeder Anleger erwirbt durch seine Beteiligung an der Investmentgesellschaft einen Anteil an der Investmentgesellschaft, der die von dem betreffenden Anleger übernommene Einlage repräsentiert (vgl. den nachfolgenden Abschnitt „Ausgabe und Rücknahme der Anteile“). Die Anteile an der Investmentgesellschaft werden nicht durch Globalurkunden verbrieft. Es werden keine Anteilscheine oder Einzelurkunden ausgegeben. Die Anteile lauten nicht auf den Inhaber oder Namen eines Anlegers.

Mit der Beteiligung an der Investmentgesellschaft sind verschiedene Verwaltungs- und Vermögensrechte sowie Verpflichtungen des Anlegers verbunden. Dies gilt unabhängig davon, ob der Anleger als Treugeber mittelbar an der Investmentgesellschaft beteiligt ist oder ob er seine Beteiligung in eine Direktbeteiligung

umgewandelt hat. Die wesentlichen Rechte auf der einen Seite und die wesentlichen Pflichten auf der anderen Seite bilden zusammen die Hauptmerkmale der Anteile.

Wesentliche Rechte sind hierbei das Stimmrecht, das Kontroll- und Informationsrecht, das Recht auf Beteiligung am Ergebnis und am Liquidationserlös der Investmentgesellschaft, auf Ausschüttung, auf Umwandlung der Beteiligung sowie auf Kündigung und Abfindung. Wesentliche Pflichten sind die Pflicht zur rechtzeitigen, vollständigen Leistung der Raten auf die Einlageverpflichtung und des Ausgabeaufschlages, zur Erfüllung der verschiedenen Informations-, Mitteilungs- und Nachweispflichten aus § 5 (5) und § 26 (4) und (7) des Gesellschaftsvertrages, die Pflicht zur vertraulichen Behandlung der dem Anleger im Zusammenhang mit seiner Beteiligung an der Investmentgesellschaft bekannt gewordenen, nicht öffentlichen Informationen über die Investmentgesellschaft, deren Gesellschafter sowie die von der Investmentgesellschaft getätigten Investitionen, die Pflicht zur Angabe der geldwäscherechtlich erforderlichen Informationen sowie die Verpflichtung zur Haftung.

STIMMRECHTE

Die Anleger haben das Recht, über alle Angelegenheiten der Investmentgesellschaft Beschlüsse zu fassen, sofern es sich nicht um Geschäftsführungsmaßnahmen im Sinne von § 8 des Gesellschaftsvertrages handelt oder der Gesellschafterbeschluss der gesetzmäßigen Erfüllung der Pflichten der Komplementärin oder der Verwaltungsgesellschaft entgegensteht. Der Beschlussfassung unterliegen insbesondere die Feststellung des Jahresabschlusses für die Geschäftsjahre ab 2019 (im Falle der Verlängerung des Beitrittszeitraums gemäß § 6 (1) des Gesellschaftsvertrages über den 31.03.2020 hinaus für die Geschäftsjahre ab 2020), die Entlastung der Gründungsgesellschafter, Änderungen des Gesellschaftsvertrages, die Verlängerung der Laufzeit der Investmentgesellschaft, die Wahl des Abschlussprüfers ab dem Geschäftsjahr 2020 bzw. im Falle der Verlängerung des Beitrittszeitraums gemäß § 6 (1) des Gesellschaftsvertrages über den 31.03.2020 hinaus ab dem Geschäftsjahr 2021, die vorzeitige Auflösung der Investmentgesellschaft sowie sonstige Gegenstände, die von der Verwaltungsgesellschaft auf Basis ihrer Aufgabenübernahme durch den Bestellungsvertrag den Gesellschaftern zur Abstimmung vorgelegt werden oder für die im Gesellschaftsvertrag bzw. durch zwingendes Gesetzesrecht eine Beschlussfassung vorgesehen ist. Die Feststellung des Jahresabschlusses für das Geschäftsjahr 2017 und 2018 (sowie im Falle der Verlängerung des Beitrittszeitraums gemäß § 6 (1) des Gesellschaftsvertrages über den 31.03.2020 hinaus für das Geschäftsjahr 2019) erfolgt durch die Komplementärin. Entsprechendes gilt für die Wahl des Abschlussprüfers für die Geschäftsjahre 2017, 2018 und 2019 (sowie im Falle der Verlängerung des Beitrittszeitraums gemäß § 6 (1) des Gesellschaftsvertrages über den 31.03.2020 hinaus für das Geschäftsjahr 2020).

Vorbehaltlich zwingender gesetzlicher Vorschriften werden Gesellschafterbeschlüsse grundsätzlich mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen gefasst. Beschlüsse über die Änderungen des Gesellschaftsvertrages, den Ausschluss eines Gesellschafters gemäß § 20 (3) des Gesellschaftsvertrages und die vor-

zeitige Auflösung der Investmentgesellschaft bedürfen jeweils einer Mehrheit von mindestens 75 % der abgegebenen Stimmen sowie der Zustimmung der Komplementärin bzw. im Falle des Ausschlusses der Komplementärin der Zustimmung der Treuhänderin, wobei die Komplementärin ihr Zustimmungsrecht im Bestellungsvertrag auf die Verwaltungsgesellschaft übertragen hat.

Eine Änderung der Anlagebedingungen, die mit den bisherigen Anlagegrundsätzen der Investmentgesellschaft nicht vereinbar ist oder zu einer Änderung der Kosten oder der wesentlichen Anlegerrechte führt, bedarf darüber hinaus der Zustimmung der Anleger nach Maßgabe der besonderen Vorgaben des § 267 Abs. 3 KAGB.

Beschlüsse werden grundsätzlich im schriftlichen Umlaufverfahren gefasst. Vom schriftlichen Umlaufverfahren wird nur dann kein Gebrauch gemacht, wenn hierfür ein wichtiger Grund vorliegt. In diesem Fall fassen die Gesellschafter ihre Beschlüsse in einer Gesellschafterversammlung. Weitere Einzelheiten zum schriftlichen Umlaufverfahren bzw. zur Gesellschafterversammlung sind in §§ 9 und 10 des Gesellschaftsvertrages geregelt.

Die Anleger und die Treuhänderin haben bei Beschlüssen je volle 1.000 EUR ihrer Einlage (ohne Ausgabeaufschlag) eine Stimme, wobei für das Stimmrecht der Treuhänderin ausschließlich ihre auf eigene Rechnung gehaltene Einlage maßgeblich ist. Die Komplementärin hat kein Stimmrecht. Die Treuhänderin übt darüber hinaus grundsätzlich die Stimmrechte der Treugeber auf deren Weisung hin aus (Einzelheiten hierzu enthalten § 9 (5) und (6) des Gesellschaftsvertrages).

KONTROLLRECHTE UND INFORMATIONSRECHTE

Die Anleger haben im Hinblick auf die gesetzlichen Kontrollrechte nach § 166 HGB das Recht, die Handelsbücher und Papiere der Investmentgesellschaft am Sitz der Investmentgesellschaft zu den üblichen Geschäftszeiten der Investmentgesellschaft durch einen gemeinsamen Vertreter aller Gesellschafter einsehen zu lassen. Der gemeinsame Vertreter wird durch Gesellschafterbeschluss bestimmt. Die durch die Einsicht entstehenden Kosten (inkl. Reisespesen und Auslagen) des Vertreters sind – soweit eine Weiterbelastung gesetzlich zulässig ist – vom veranlassenden Gesellschafter zu tragen. Die Investmentgesellschaft, die Komplementärin und die Verwaltungsgesellschaft tragen keine Kosten. § 166 Abs. 3 HGB bleibt hiervon unberührt. Solange kein gemeinsamer Vertreter in diesem Sinne bestellt worden ist, ist jeder Gesellschafter berechtigt, das Einsichtsrecht durch einen Angehörigen der rechts- und steuerberatenden Berufe auf seine Kosten ausüben zu lassen. Sofern der Anleger selbst einem rechts- und steuerberatenden Beruf angehört, kann er das Einsichtsrecht selbst ausüben.

BETEILIGUNG AM ERGEBNIS DER INVESTMENTGESELLSCHAFT

Für jeden Anleger werden unverzinsliche Gesellschafterkonten geführt. Auf dem Kapitalkonto I werden die übernommenen Einlagen gebucht (weitere Einzelheiten zu den Kapitalkonten enthält § 12 des Gesellschaftsvertrages). Jeder Anleger ist am Ergebnis der Investmentgesellschaft grundsätzlich anteilig im Verhält-

nis seines auf dem Kapitalkonto I gebuchten Kapitals zum 31.12. des jeweiligen Geschäftsjahres beteiligt.

Die Gewinne und Verluste der Jahre 2017, 2018 und 2019 sowie (soweit erforderlich) der Folgejahre werden – soweit steuerrechtlich zulässig – durch Vorabzurechnung so verteilt, dass sämtliche Gesellschafter unabhängig vom Zeitpunkt ihres Beitritts entsprechend dem vorstehenden Absatz am Gesamtergebnis der Investmentgesellschaft partizipieren.

Bei der Ermittlung des Ergebnisses der Investmentgesellschaft sind insbesondere die der Komplementärin und der Verwaltungsgesellschaft bzw. Treuhänderin gemäß § 14 des Gesellschaftsvertrages i.V.m. den Anlagebedingungen zustehenden Sondervergütungen vorrangig zu berücksichtigen (Einzelheiten zu diesen Vergütungen finden sich im Kapitel „Kosten“).

Scheidet ein Anleger während eines Geschäftsjahres aus der Investmentgesellschaft aus, nimmt er am Ergebnis dieses Geschäftsjahres nicht mehr teil. Am Ergebnis der bei seinem Ausscheiden noch schwebenden Geschäfte ist er ebenfalls nicht mehr beteiligt. Die Regelungen über die Ergebnisverteilung gelten für das Ergebnis der Liquidation entsprechend.

AUSSCHÜTTUNGEN

Aus der Investitionstätigkeit der Investmentgesellschaft erzielte Liquidität ist, soweit sie nicht für die Erfüllung von Zahlungsverpflichtungen, insbesondere auch für eventuelle Zahlungsverpflichtungen der Investmentgesellschaft in Bezug auf die Investments (beispielsweise noch offene Einzahlungsverpflichtungen der Investmentgesellschaft bei den Zielfonds oder einer Zweckgesellschaft), oder zur Rückführung von ggf. aufgenommenen Zwischen- oder anderen Fremdfinanzierungen benötigt wird, nach Bildung einer angemessenen Liquiditätsreserve zur Sicherstellung einer ordnungsgemäßen Geschäftsführung an die Gesellschafter auszuschütten.

Aus der Investitionstätigkeit der Investmentgesellschaft erzielte Liquidität kann erneut in Vermögensgegenstände i.S.d. § 1 der Anlagebedingungen bis zu einem Betrag investiert werden, der den bis zum Zeitpunkt der betreffenden Reinvestition entstandenen Kosten der Investmentgesellschaft (insbesondere den Initialkosten, dem Ausgabeaufschlag und den Transaktionsgebühren sowie den laufenden Vergütungen der Verwaltungsgesellschaft bzw. der Treuhänderin, der Komplementärin und der Verwahrstelle) entspricht.

Unabhängig von den Voraussetzungen des vorstehenden Absatzes kann bis zum Ablauf von zwei Jahren nach dem Platzierungsschluss der Investmentgesellschaft sämtliche Liquidität, die der Investmentgesellschaft infolge des Ablaufs der Laufzeit oder der sonstigen Abwicklung sowie infolge der Veräußerung oder sonstigen Übertragung eines Vermögensgegenstandes der Investmentgesellschaft zufließt, erneut in Vermögensgegenstände i.S.d. § 1 der Anlagebedingungen investiert werden.

Reinvestitionen der Investmentgesellschaft dürfen nicht dazu führen, dass die Summe der zu einem Zeitpunkt aktuell beste-

henden Investitionen (einschließlich der Reinvestitionen) der Investmentgesellschaft 110 % des Kommanditkapitals der Investmentgesellschaft übersteigt. Solange während der Platzierungsphase der Investmentgesellschaft das platzierte Kommanditkapital weniger als 22,5 Mio. EUR beträgt, dürfen die Investitionen der Investmentgesellschaft einschließlich etwaiger Reinvestitionen den durch die Platzierungsgarantie garantierten Betrag des Kommanditkapitals i.H.v. 22,5 Mio. EUR nicht überschreiten. Keine Reinvestition i.S.d. § 8 der Anlagebedingungen liegt vor, wenn die Investmentgesellschaft aus der Investitionstätigkeit erzielte Liquidität erneut in Vermögensgegenstände i.S.d. § 1 der Anlagebedingungen investiert und dabei die offenen Einlageverpflichtungen der Anleger der Investmentgesellschaft in entsprechendem Maß reduziert werden. Nicht als Investition bzw. Reinvestition i.S.d. § 8 der Anlagebedingungen gilt zudem das Halten von Liquidität auf Bankguthaben im Sinne von § 195 KAGB.

Die Verwaltungsgesellschaft kann zudem von der Ausschüttung freier Liquidität absehen, wenn der zur Ausschüttung zur Verfügung stehende Betrag nicht mindestens 5 % des Kommanditkapitals beträgt.

Ausschüttungen erfolgen im Verhältnis der jeweiligen Kapitalkonten I ggf. einmal jährlich, letztmals vor der handelsrechtlichen Vollbeendigung der Investmentgesellschaft. Der Verwaltungsgesellschaft bleibt es unbenommen, nach eigenem Ermessen eine Ausschüttung zu einem anderen Zeitpunkt zu beschließen. Die Höhe der Ausschüttungen kann dabei variieren und es kann zur Aussetzung von Auszahlungen kommen.

Die Gesellschafter haben auch dann Anspruch auf Ausschüttungen nach Maßgabe der vorstehenden Absätze, wenn ihre Einlage durch Verluste gemindert ist. Eine Ausschüttung, durch die der Saldo der Kapitalkonten eines Gesellschafters unter den Betrag der für ihn (Direktkommanditist bzw. Treuhänderin mit ihrer für eigene Rechnung gehaltene Einlage) bzw. der für die Treuhänderin für seine Rechnung (Treugeber) im Handelsregister eingetragenen Haftsumme sinkt, darf nur mit Zustimmung des betroffenen Gesellschafters erfolgen. Vor der Zustimmung ist der Gesellschafter darauf hinzuweisen, dass er den Gläubigern der Investmentgesellschaft nun – bei Rückgewähr seiner Einlage – unmittelbar haftet.

Ausschüttungsansprüche können zunächst mit rückständigem Ausgabeaufschlag, rückständigen Einlagen, etwaigen Verzugszinsen und -schäden sowie mit den einem Anleger nach Maßgabe des Gesellschaftsvertrages in Rechnung gestellten Kosten, Ausgaben und Aufwendungen verrechnet werden (vgl. § 28 (2) des Gesellschaftsvertrages).

Maßgeblich für Ausschüttungen und sonstige Auszahlungen an Anleger sind die jeweils zum Zeitpunkt der Ausschüttungen oder Auszahlungen in dem nach § 26 des Gesellschaftsvertrages zu führenden Register eingetragenen Daten (Name, Anschrift, Bankverbindung etc.), soweit der Investmentgesellschaft keine anders lautenden schriftlichen Erklärungen rechtzeitig zugegangen sind. Weitere Einzelheiten zu den Ausschüttungen sind in § 16 des Gesellschaftsvertrages geregelt.

UMWANDLUNG

Jeder Treugeber kann seine Beteiligung durch Aufhebung des Treuhandvertrages im Einvernehmen mit der Treuhänderin in eine direkt gehaltene Beteiligung umwandeln, sofern er das schriftlich acht Wochen vor der geplanten Umwandlung bei der Treuhänderin geltend macht und eine auf die Treuhänderin oder auf einen von ihr beauftragten Dritten lautende Handelsregistervollmacht einreicht. Einzelheiten zu der Handelsregistervollmacht und den mit ihr verbundenen Kosten enthält § 17 (7) und (10) des Gesellschaftsvertrages. Der Treugeber wird mit seiner persönlichen Eintragung in das Handelsregister unmittelbar beteiligter Direktkommanditist (Haftsumme i. H. v. 1 % seiner Einlage). Das Treuhandverhältnis besteht bis zu diesem Zeitpunkt fort. Ebenso kann ein Anleger seine direkt gehaltene Beteiligung an der Investmentgesellschaft durch Abschluss eines Treuhandvertrages mit der Treuhänderin wieder in eine mittelbar gehaltene Beteiligung zurückumwandeln. Weitere Einzelheiten enthalten § 17 (6) des Gesellschaftsvertrages sowie § 5 (3) des Treuhandvertrages.

VERTRAULICHKEIT

Die Anleger haben die ihnen im Zusammenhang mit ihrer Beteiligung an der Investmentgesellschaft bekannt gewordenen nicht öffentlichen Informationen über die Investmentgesellschaft, deren Gesellschafter sowie die von der Investmentgesellschaft getätigten Investitionen vertraulich zu behandeln. Die Investmentgesellschaft darf solche Informationen zurückhalten, deren Offenlegung gegenüber den Gesellschaftern sie als Beeinträchtigung der Interessen der Investmentgesellschaft insgesamt beurteilt.

HAFTUNG

Die mittelbar als Treugeber an der Investmentgesellschaft beteiligten Anleger haften nicht unmittelbar für Verpflichtungen der Investmentgesellschaft. Soweit jedoch für die im Auftrag des Treugebers im Handelsregister eingetragene Treuhänderin eine persönliche Haftung für die Verbindlichkeiten der Investmentgesellschaft entsteht (z. B. wenn die Treuhänderin und somit die Treugeber ihre Haftsumme durch Auszahlungen zurückerhalten haben und die Treuhänderin somit den Gläubigern der Investmentgesellschaft bis zur Höhe der Haftsumme gemäß §§ 171, 172 HGB unmittelbar haftet), hat der jeweilige Treugeber die Treuhänderin von dieser Haftung entsprechend seinem Anteil an der für ihn treuhänderisch gehaltenen Kommanditbeteiligung freizustellen (vgl. § 4 des Treuhandvertrages). Diesen Freistellungsanspruch kann die Treuhänderin abtreten (vgl. § 3 Abs. 2 des Treuhandvertrages) oder verwerten.

Sofern und sobald ein Treugeber seine Treugeberbeteiligung in eine Beteiligung als Direktkommanditist umgewandelt hat und er im Handelsregister als Direktkommanditist eingetragen ist, entfällt die vorgenannte Freistellungsverpflichtung, es sei denn, der Freistellungsanspruch der Treuhänderin ist bereits vor der Eintragung des umwandelnden Treugebers im Handelsregister entstanden. Der Treugeber haftet nicht für entsprechende Verpflichtungen der anderen Treugeber gegenüber der Treuhänderin. Der Direktkommanditist haftet sodann mit seiner im Handelsregister eingetragenen Haftsumme i. H. v. 1 % seiner Einlage persönlich, solange er seine Einlage in Höhe der Haftsumme noch nicht geleistet hat.

Zudem lebt grundsätzlich die persönliche Haftung eines Gesellschafters bzw. die Freistellungsverpflichtung des Treugebers gegenüber der Treuhänderin in dem Umfang wieder auf, in dem der Direktkommanditist, die Treuhänderin mit ihrer für eigene Rechnung gehaltene Einlage bzw. Treugeber Ausschüttungen erhält, die den Saldo seiner Kapitalkonten unter den Betrag, der für ihn (Direktkommanditist bzw. Treuhänderin mit ihrer für eigene Rechnung gehaltene Einlage) bzw. der für ihn von der Treuhänderin für seine Rechnung (Treugeber) im Handelsregister eingetragenen Haftsumme sinken lässt. Eine solche Ausschüttung erfordert jedoch die Zustimmung des betroffenen Gesellschafters (vgl. § 152 Abs. 2 KAGB sowie § 16 (4) des Gesellschaftsvertrages). Eine weitergehende Haftung der Anleger analog den §§ 30 f. GmbHG bis zur Höhe aller von der Investmentgesellschaft empfangenen Auszahlungen ohne Begrenzung auf die Haftsumme kommt in Betracht, wenn durch die Auszahlung der Investmentgesellschaft – und unter Berücksichtigung der Haftung der Komplementärin – das Vermögen der Komplementärin unter den Nennbetrag des Stammkapitals sinkt oder eine bei dieser bereits bestehende Unterbilanz verstärkt wird.

Eine Nachhaftung des Anlegers im Falle seines Ausscheidens während der Laufzeit der Investmentgesellschaft für bis dahin begründete Verbindlichkeiten der Investmentgesellschaft ist gemäß § 152 Abs. 6 KAGB ausgeschlossen.

3. AUSGABE UND RÜCKNAHME DER ANTEILE

AUSGABE VON ANTEILEN/ BEITRITT ZUR INVESTMENTGESELLSCHAFT

Das Kommanditkapital der Investmentgesellschaft soll durch den Beitritt von Anlegern und die damit verbundene Ausgabe von mittelbar gehaltenen Kommanditanteilen an der Investmentgesellschaft erhöht werden. Die Anzahl der angebotenen Anteile an der Investmentgesellschaft ist grundsätzlich nicht beschränkt.

Die Beteiligung an der Investmentgesellschaft als Anleger ist grundsätzlich nur bis zum 30.06.2019 („Platzierungsschluss“) möglich. Der Platzierungsschluss kann auf einen früheren oder einen späteren Zeitpunkt bis zum 30.06.2020 verschoben werden. Der Beitritt zur Investmentgesellschaft erfolgt durch Unterzeichnung der Beitrittserklärung durch den Anleger und den Zugang der Annahme der Beitrittserklärung durch die Treuhänderin beim Anleger. Beitrittserklärungen werden am Tag des Platzierungsschlusses letztmals angenommen. Ein Anspruch auf Annahme der Beitrittserklärung besteht nicht. Beitrittserklärungen erhalten die Anleger bei der Verwaltungsgesellschaft bzw. der Treuhänderin; sie können bis zum Platzierungsschluss bei der Verwaltungsgesellschaft bzw. Treuhänderin abgegeben werden.

Die Anleger schließen mit dem Zugang der Annahme der Beitrittserklärung beim Anleger einen Treuhandvertrag mit der Verwaltungsgesellschaft in ihrer Funktion als Treuhänderin ab (vgl. auch Kapitel „Kapitalverwaltungsgesellschaft“, Abschnitt „Zusatzfunktion der Verwaltungsgesellschaft als Treuhänderin“).

Die Komplementärin und die Verwaltungsgesellschaft bzw. Treuhänderin unterliegen den Vorschriften des Gesetzes über das Aufspüren von Gewinnen aus schweren Straftaten (Geldwäschegesetz, GwG). Können sie die daraus resultierenden Pflichten nicht oder nicht ordnungsgemäß erfüllen, weil der betreffende Anleger die nach dem GwG zu erhebenden Angaben nicht, nicht vollständig, nicht fristgerecht oder unzutreffend beibringt, ist eine Annahme der Beitrittserklärung grundsätzlich nicht möglich. Sollte der Anleger dennoch in die Investmentgesellschaft aufgenommen worden sein, kann er aus der Investmentgesellschaft wieder ausgeschlossen werden (vgl. den nachfolgenden Unterabschnitt „Rücknahme von Anteilen/Kündigung/Ausschluss aus der Investmentgesellschaft“).

Die Einlagen werden in mehreren Raten zur Zahlung fällig. Die Anleger müssen die erste Rate i. H. v. 30 % sowie den vollen Ausgabeaufschlag i. H. v. bis zu 5 % der gezeichneten Einlage auf das Konto der Treuhänderin spätestens zum Monatsende des auf den Zugang der Annahme der Beitrittserklärung beim Anleger folgenden Monats (Valuta bei der Treuhänderin) einzahlen. Die weiteren Raten sind nach schriftlicher Aufforderung durch die Treuhänderin in zeitlicher Abhängigkeit vom Kapitalbedarf der Investmentgesellschaft und mit einer Fälligkeit von 28 Kalendertagen nach dem Datum des Kapitalabrufs zu zahlen.

Zum Beitritt zur Investmentgesellschaft sind grundsätzlich nur einzelne natürliche Personen zugelassen, die in Deutschland unbeschränkt einkommensteuerpflichtig sind. Beteiligungen von Gemeinschaften, eingetragenen Lebenspartnerschaften oder Ehepaaren als solchen (Zeichnungen durch einen Lebenspartner bzw. Ehepartner als Einzelperson sind zulässig) sowie eine Beteiligung über andere Treuhänder als die Verwaltungsgesellschaft sind ausgeschlossen. Ausgeschlossen von der Beteiligung an der Investmentgesellschaft sind zudem sämtliche natürlichen Personen, die im Wettbewerb zur Investmentgesellschaft stehen, wobei ein Wettbewerb in diesem Sinne noch nicht dadurch gegeben ist, dass sich die Person an anderen Gesellschaften mit gleichem oder ähnlichem Gesellschaftszweck beteiligt. Daneben dürfen sich auch keine Personen an der Investmentgesellschaft beteiligen, die bereits aus einem anderen Investmentvermögen aufgrund einer mit § 20 (1), (3) oder (4) des Gesellschaftsvertrages der Investmentgesellschaft vergleichbaren Regelung ausgeschlossen sind oder die durch die Beteiligung 10 % oder mehr an dem durch den Platzierungsvertrag zwischen der Wealthcap Investment Services GmbH und der Investmentgesellschaft garantierten bzw. – soweit dieses höher ist – zu diesem Zeitpunkt eingeworbenen Kommanditkapital der Investmentgesellschaft auf sich vereinigen würden.

Die Verwaltungsgesellschaft ist gemäß dem Bestellsvertrag (i. V. m. dem Gesellschaftsvertrag) berechtigt, hiervon nach eigenem Ermessen Ausnahmen von den vorgenannten Ausschlussgründen – beispielsweise im Hinblick auf öffentlich-rechtliche Körperschaften des deutschen Rechts, gemeinnützige private und öffentlich-rechtliche Stiftungen deutschen Rechts sowie Kirchen und anerkannte Religions- oder Weltanschauungsgemeinschaften mit dem Status einer Körperschaft des öffentlichen Rechts gemäß Art. 140 Grundgesetz i. V. m. Art. 137 Abs. 5 Weimarer Reichsverfassung – zuzulassen.

Natürliche Personen, die in den USA oder Kanada (jeweils einschließlich deren Territorien) ansässig i. S. d. US-amerikanischen oder kanadischen Steuerrechts sind und/oder die US-amerikanische oder die kanadische Staatsangehörigkeit haben und/oder in den USA oder Kanada (jeweils einschließlich deren Territorien) einen Wohnsitz haben und/oder Inhaber einer dauerhaften US-amerikanischen oder kanadischen Aufenthalts- oder Arbeitserlaubnis (z. B. „Green Card“) sind, sowie solche natürlichen Personen, die nicht in Deutschland unbeschränkt einkommensteuerpflichtig sind, sind ausnahmslos von einer Beteiligung ausgeschlossen.

RÜCKNAHME VON ANTEILEN/KÜNDIGUNG/AUSSCHLUSS AUS DER INVESTMENTGESELLSCHAFT

Eine ordentliche Kündigung durch den Anleger ist ausgeschlossen. Die Anleger und die übrigen Gesellschafter können ihr Gesellschaftsverhältnis jedoch jederzeit aus wichtigem Grund durch ein an die Komplementärin bzw. im Falle der Kündigung der Komplementärin an die Treuhänderin gerichtetes Übergabe-schreiben kündigen. Der kündigende Gesellschafter scheidet mit Wirkung zu dem Zeitpunkt, in dem das betreffende Übergabe-schreiben der Komplementärin bzw. der Treuhänderin zugeht, aus der Investmentgesellschaft aus. Darüber hinaus hat der Anleger keinen Anspruch gegenüber der Investmentgesellschaft oder der Komplementärin auf Rücknahme oder Umtausch seines Anteils an der Investmentgesellschaft.

Ein Anleger kann gemäß § 20 (1) des Gesellschaftsvertrages jedoch – ggf. auch anteilig – aus der Investmentgesellschaft ausgeschlossen werden,

- wenn in seine Beteiligung oder in einzelne Ansprüche hieraus die Zwangsvollstreckung betrieben und nicht innerhalb von drei Monaten wieder aufgehoben wird oder ein Pfandrecht an der Beteiligung verwertet wird (jeweils auch nach ausländischem Recht) oder
- wenn und soweit ein Anleger den in der Beitrittserklärung übernommenen Zeichnungsbetrag bzw. die Raten hierauf und/oder den Ausgabeaufschlag nicht, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig leistet oder
- wenn ein Treugeber, der seine Beteiligung in eine Beteiligung als Direktkommanditist umwandeln möchte, ein Erwerber oder ein Erbe bzw. Vermächtnisnehmer der Komplementärin oder einem von ihr beauftragten Dritten die auf die Komplementärin oder einen von ihr beauftragten Dritten lautende notariell beglaubigte Handelsregistervollmacht nicht oder nicht rechtzeitig oder nicht in der geforderten Form zur Verfügung stellt (vgl. den Unterabschnitt „Umwandlung“) oder
- wenn nicht innerhalb eines Zeitraums von einem Jahr nach dem Tode eines Treugebers oder nach Ablauf einer gesondert gewährten Fristverlängerung die Auseinandersetzung der Erben oder Vermächtnisnehmer in der Weise erfolgt, dass jeder Erbe oder Vermächtnisnehmer mindestens Beteiligungen i. H. v. 20.000 EUR hält und keine Beteiligungen entstehen, die

nicht durch 1.000 glatt teilbar sind, (wobei hier im Einzelfall Ausnahmen zugelassen werden können) oder

- wenn ein Anleger dauerhaft oder zeitweilig die Voraussetzungen für den Beitritt zur Investmentgesellschaft nicht erfüllt oder
- wenn er den Informations-, Mitteilungs- und Nachweispflichten aus § 5 (5) und § 26 (4) des Gesellschaftsvertrages nicht oder nicht in der geforderten Form nachkommt oder
- wenn ein Erbe oder Vermächtnisnehmer seiner Verpflichtung zur Vorlage eines Erbscheins oder eines sonst zum Beleg der Rechtsänderung hinreichenden Nachweises nicht nachkommt oder
- wenn die Beendigung der Geschäftsbeziehung zu diesem Anleger aufgrund rechtlicher Erfordernisse nach dem GWG notwendig ist, da der betreffende Anleger die danach erforderlichen Angaben nicht, nicht vollständig, nicht fristgerecht oder unzutreffend gemacht hat oder
- wenn die Eröffnung eines Insolvenzverfahrens über das Vermögen des betreffenden Gesellschafters, Erben, Vermächtnisnehmers bzw. Erwerbers oder die Eröffnung eines entsprechenden Verfahrens nach ausländischem Recht mangels Masse abgelehnt wird.

Einzelheiten zum Ausschlussverfahren in diesen Fällen sind in § 20 (2) des Gesellschaftsvertrages der Investmentgesellschaft geregelt.

Darüber hinaus kann ein Gesellschafter durch Gesellschafterbeschluss aus der Investmentgesellschaft ausgeschlossen werden, wenn er in grober Weise trotz schriftlicher Abmahnung seine sonstigen Verpflichtungen aus dem Gesellschaftsverhältnis verletzt und den Gesellschaftern die Fortsetzung des Gesellschaftsverhältnisses mit diesem Anleger unzumutbar geworden ist. Der betreffende Anleger hat bei der Beschlussfassung über den Ausschluss kein Stimmrecht. Er hat jedoch die Möglichkeit, dazu Stellung zu nehmen. Weitere Einzelheiten hierzu regelt § 20 (3) des Gesellschaftsvertrages.

Ein Gesellschafter bzw. seine Erben oder Vermächtnisnehmer bzw. ein Erwerber scheidet aus der Investmentgesellschaft aus, ohne dass es eines Ausschlusses durch die Verwaltungsgesellschaft oder eines dahingehenden Beschlusses der Gesellschafterversammlung bedarf, wenn über das Vermögen des betreffenden Gesellschafters, Erben, Vermächtnisnehmers bzw. Erwerbers das Insolvenzverfahren, ein entsprechendes Verfahren nach ausländischem Recht eröffnet wird oder ein Privatgläubiger des betreffenden Gesellschafters, Erben, Vermächtnisnehmers bzw. Erwerbers das Gesellschaftsverhältnis kündigt (vgl. § 20 (4) des Gesellschaftsvertrages).

Scheidet ein Anleger aus der Investmentgesellschaft aus, so wird die Investmentgesellschaft mit den verbleibenden Gesellschaftern fortgesetzt. Die Verwaltungsgesellschaft kann vorbehaltlich

abweichender Regelungen in § 21 des Gesellschaftsvertrages im Falle des Ausscheidens eines Gesellschafters gemäß dem Bestellungenvertrag (i. V. m. dem Gesellschaftsvertrag) nach freiem Ermessen entscheiden,

- ob sie das Kommanditkapital um die Einlage (Kapitalkonto I) des ausscheidenden Anlegers reduziert (wobei der Anteil des Ausscheidenden am Vermögen der Investmentgesellschaft den verbleibenden Direktkommanditisten sowie verbleibenden Treugebern (über die Treuhänderin) anwächst) oder
- ob sie den Anteil des ausscheidenden Anlegers gegen Einzahlung der nach Maßgabe des Gesellschaftsvertrages an den ausscheidenden Anleger von der Investmentgesellschaft zu leistenden Abfindung durch eine andere Gesellschaft übernehmen lässt.

Entsprechendes gilt für ein anteiliges Ausscheiden eines Anlegers soweit sein Anteil an der Investmentgesellschaft dadurch reduziert wird.

Weitere Einzelheiten hierzu finden sich in § 22 des Gesellschaftsvertrages.

Die Ermittlung eines dem ausscheidenden Anleger etwaig zustehenden Abfindungsguthabens findet sich im Kapitel „Kosten“, Unterabschnitt „Abfindungsguthaben“.

4. EINGESCHRÄNKTE ÜBERTRAGUNGSMÖGLICHKEITEN UND HANDELBARKEIT

Die Beteiligung an der Investmentgesellschaft ist angesichts einer geplanten Laufzeit von mehr als zehn Jahren (vgl. Kapitel „Die Investmentgesellschaft“, Abschnitt „Zeitpunkt der Auflegung, Laufzeit und Auflösung“) als langfristige Investition zu betrachten. Es existiert weder ein regulierter noch ein liquider Markt zum Handel der Anteile an der Investmentgesellschaft. Selbst wenn es gelingt, Interessenten für den Erwerb einer Beteiligung an der Investmentgesellschaft auf dem sog. Zweitmarkt zu finden, bleibt der erzielbare Veräußerungspreis häufig hinter dem inneren Wert (d. h. dem anhand von finanzmathematischen Methoden berechneten objektiv angemessenen Wert) des betreffenden Anteils an der Investmentgesellschaft zurück.

Zudem wird die freie Handelbarkeit einer Beteiligung an der Investmentgesellschaft durch den Gesellschaftsvertrag eingeschränkt. Ein Kommanditanteil an der Investmentgesellschaft kann, sofern die Übertragung nicht aufgrund einer Erbschaft oder zur Erfüllung eines Vermächtnisses erfolgt, nur mit schuldrechtlicher und dinglicher Wirkung zum 01.01. eines Jahres ganz oder teilweise an einen Dritten übertragen werden. Die Übertragung bedarf zu ihrer Wirksamkeit der vorherigen schriftlichen Zustimmung der Verwaltungsgesellschaft, die diese auf Basis des Bestellungenvertrages (i. V. m. dem Gesellschaftsvertrag) in ihrem freien Ermessen erteilen kann. Hierzu ist der Komplementärin die Übertragung unter Vorlage des betreffenden Übertragungsvertrages unverzüglich schriftlich anzuzeigen. Erfolgt der Zugang der

Anzeige nach dem 15.11. eines Jahres, kann die schuldrechtliche und dingliche Wirkung der Übertragung – mit Ausnahme der Fälle des § 18 des Gesellschaftsvertrages – grundsätzlich erst zum 01.01. des übernächsten Jahres eintreten. Erfolgt die Ablehnung durch die Verwaltungsgesellschaft nicht innerhalb von vier Wochen nach Zugang der Anzeige, gilt die Zustimmung als erteilt.

Sofern ein Direktkommanditist oder Treugeber („übertragungswilliger Gesellschafter“) einen entgeltlichen Vertrag über die (ganze oder teilweise) Übertragung seiner Beteiligung an der Investmentgesellschaft schließt („Übertragungsvertrag“) steht einer von der Komplementärin benannten Gesellschaft, an der die Wealth Management Capital Holding GmbH unmittelbar oder mittelbar mehrheitlich beteiligt ist („Vorkaufsberechtigte“), ein Vorkaufsrecht im Hinblick auf die zu übertragende Beteiligung zu; sie ist allerdings nicht zur Übernahme der Anteile verpflichtet. Das Vorkaufsrecht besteht nicht, sofern der übertragungswillige Gesellschafter einen Übertragungsvertrag mit seinen Abkömmlingen (i. S. d. § 1924 BGB), seinen Eltern und deren Abkömmlingen (i. S. d. § 1925 BGB) oder seinem Ehegatten (i. S. d. § 1931 BGB) schließt, seine Beteiligung ganz oder teilweise mittels eines Erbvertrages i. S. d. §§ 2274 BGB überträgt oder die Übertragung eine Schenkung i. S. d. § 516 BGB darstellt. Dem Anleger wird empfohlen, Kaufinteressenten über ein bestehendes Vorkaufsrecht frühzeitig zu informieren und sicherzustellen, dass er im Falle der Ausübung des Vorkaufsrechts nicht an den Vertrag mit dem Kaufinteressenten gebunden ist bzw. für ihn daraus keine Verpflichtungen entstehen.

Die Vorkaufsberechtigte wird dem übertragungswilligen Gesellschafter innerhalb von vier Wochen nach Zugang der Übertragungsmittelteilung an die in dieser genannten Anschrift schriftlich mitteilen, dass sie als Vorkaufsberechtigte benannt wurde und ob sie ihr Vorkaufsrecht ausübt oder darauf verzichtet. Das Vorkaufsrecht kann nur hinsichtlich der gesamten zu übertragenden (Teil-) Beteiligung ausgeübt werden. Übt die Vorkaufsberechtigte das Vorkaufsrecht fristgemäß aus, kommt zwischen ihr und dem übertragungswilligen Gesellschafter ein Kaufvertrag gemäß den Bedingungen des Übertragungsvertrages zustande. Eine nicht fristgerechte Ausübung des Vorkaufsrechts sowie die Erteilung der Zustimmung zur Übertragung gelten als Verzicht auf das Vorkaufsrecht.

Eine Übertragung der Beteiligung an der Investmentgesellschaft ist grundsätzlich unzulässig und damit unwirksam, wenn der Erwerber der Beteiligung nicht die Voraussetzungen für einen erstmaligen Beitritt zur Investmentgesellschaft erfüllt oder durch die Übertragung eine Beteiligung entsteht, die bezogen auf das Kapitalkonto I die Mindesteinlage von 20.000 EUR unterschreitet oder nicht durch 1.000 glatt teilbar ist, wobei dies für die Vorkaufsberechtigte nur eingeschränkt gilt. Die Verwaltungsgesellschaft wird eine Zustimmung zur Übertragung der Beteiligung zudem nur dann erteilen, wenn der Erwerber in sämtliche Rechte und Pflichten des ausscheidenden Anlegers aus dem Gesellschaftsvertrag und ggf. aus dem Treuhandvertrag sowie der Beitrittserklärung eintritt.

Der Erwerber kann die Beteiligungsart entsprechend den im Kapitel „Anteile“, Unterabschnitt „Umwandlung“ dargestellten Regelungen – mit Ausnahme der Ankündigungsfrist von acht Wochen – wechseln. Bei einem als Treugeber mittelbar beteiligten Anleger erfolgt die Übertragung der Beteiligung durch Abtretung seines Anspruchs gegen die Treuhänderin auf Herausgabe des treuhänderisch gehaltenen Kommanditanteils. Bei einem unmittelbar beteiligten Direktkommanditisten erfolgt die Übertragung durch Abtretung seines Kommanditanteils.

Weitere Einzelheiten, insbesondere zu den Kosten einer Übertragung, finden sich in § 17 des Gesellschaftsvertrages sowie im Kapitel „Kosten“.

Beim Tod eines Direktkommanditisten geht seine Kommanditbeteiligung auf seine Erben in Höhe der jeweiligen Erbquote und/oder Vermächtnisnehmer über. Beim Tod eines Treugebers geht dessen Herausgabeanspruch gegen die Treuhänderin im Wege der Gesamtrechtsnachfolge gemäß § 1922 Abs. 1 BGB automatisch auf seine Erben als Ganzes über. Hat der Anleger im Wege eines Vermächtnisses einem Dritten seine Beteiligung an der Investmentgesellschaft zugewandt, sind die Erben des Anlegers verpflichtet, die Beteiligung an der Investmentgesellschaft im Wege der Abtretung auf den oder die Vermächtnisnehmer zu übertragen. Es dürfen jedoch keine Ausschlussgründe bei den Erben bzw. Vermächtnisnehmern vorliegen. Näheres wird in § 18 des Gesellschaftsvertrages geregelt.

Eine Belastung der Beteiligung oder der damit verbundenen Rechte (z. B. Nießbrauch, insbesondere auch bezüglich des Ausschüttungsanspruchs) ebenso wie die Abtretung oder Sicherungsabtretung solcher Rechte ist – mit Ausnahme der Verpfändung – unzulässig. Bei einer Verpfändung der Rechte ist dieses der Komplementärin unter Vorlage des entsprechenden Vertrages unverzüglich anzuzeigen, die Regelungen des § 17 (1) Sätze 3 und 6 des Gesellschaftsvertrages der Investmentgesellschaft gelten dabei entsprechend.

5. VOLATILITÄT

Die Investmentgesellschaft weist aufgrund der geplanten Zusammensetzung ihrer Vermögensgegenstände und deren Abhängigkeit von Marktveränderungen eine erhöhte Volatilität auf. Eine erhöhte Volatilität der Investmentgesellschaft führt zu einer entsprechend erhöhten Volatilität ihrer Anteile.

V. Vertragsbeziehungen der Investmentgesellschaft

Es wurden bis zum Zeitpunkt der Vertriebsanzeige keine Verträge zur Eingehung von Beteiligungen an Zielfonds abgeschlossen. Die Verwaltungsgesellschaft hat die State Street Bank International GmbH als Verwahrstelle der Investmentgesellschaft i. S. d. KAGB (vgl. Kapitel „Verwahrstelle“) beauftragt. Die Investmentgesellschaft hat – außer dem Bestellungenvertrag mit der Wealthcap Kapitalverwaltungsgesellschaft mbH als externe Kapitalverwaltungsgesellschaft (vgl. Kapitel „Kapitalverwaltungsgesellschaft“, Abschnitt „Verwaltungsfunktion“) – folgende wesentliche Verträge zur Erstellung und Umsetzung des Beteiligungsangebots abgeschlossen bzw. wird diese Verträge plangemäß abschließen.

1. PLATZIERUNGSGARANTIEVERTRAG

Die Investmentgesellschaft und die Wealthcap Investment Services GmbH (nachfolgend als „Platzierungsgarant“ bezeichnet), haben einen Platzierungsgarantievertrag abgeschlossen. Darin garantiert der Platzierungsgarant gegenüber der Investmentgesellschaft die Platzierung eines Kommanditkapitals von 22,5 Mio. EUR bis zum 30.06.2019 oder bei einer Verschiebung des Platzierungsschlusses gemäß § 6 (1) des Gesellschaftsvertrages auf einen späteren Zeitpunkt bis zu diesem späteren Platzierungsschluss.

Der konkrete garantierte Betrag ermittelt sich aus der Differenz zwischen 22,5 Mio. EUR und dem zum Zeitpunkt des Platzierungsschlusses gezeichneten und noch aufrechterhaltenen Kommanditkapital der Investmentgesellschaft („Garantiebetrag“). Der Platzierungsgarant kann die übernommene Platzierungsgarantie in der Weise erbringen, dass er selbst oder eine bzw. mehrere der Gruppengesellschaften der Wealth Management Capital Holding GmbH, München, der Investmentgesellschaft in Höhe des Garantiebetrages als Treugeber oder als Direktkommanditist beitrifft/beitreten und, entsprechend der Art und Höhe ihrer Beteiligung, Einlagen (jeweils ohne Ausgabebaufschlag) erbringt/erbringen. Der Platzierungsgarantievertrag unterliegt deutschem Recht, als Gerichtsstand ist München vereinbart. Angaben zur Vergütung des Platzierungsgaranten finden sich im Kapitel „Kosten“, Abschnitt „Kosten auf Ebene der Investmentgesellschaft“.

2. EIGENKAPITALVERMITTLUNGSVERTRÄGE

Die Investmentgesellschaft wird mit der UniCredit Bank AG, München („UniCredit Bank“) einen Eigenkapitalvermittlungsvertrag abschließen. Darin wird sich die UniCredit Bank gegenüber der Investmentgesellschaft verpflichten, das von der Investmentgesellschaft angestrebte Eigenkapital zu platzieren. Eine Garantie, das von der Investmentgesellschaft geplante Eigenkapital tatsächlich vollständig zu platzieren, wird die UniCredit Bank mit diesem Vertrag nicht übernehmen. Dieser Vertrag wird deutschem Recht unterliegen, als Gerichtsstand wird München vereinbart werden.

Die Investmentgesellschaft und die Verwaltungsgesellschaft werden derartige Eigenkapitalvermittlungsverträge auch mit Dritten – d.h. weiteren Vertriebspartnern – abschließen, welche inhaltlich im Wesentlichen dem vorstehend dargestellten Eigenkapitalvermittlungsvertrag entsprechen werden. Die weiteren Vertriebspartner sind berechtigt, Untervermittler zu beauftragen.

Eine Darstellung der für diese Leistungen zu erbringenden Eigenkapitalvermittlungsvergütung findet sich im Kapitel „Kosten“, Abschnitt „Kosten auf Ebene der Investmentgesellschaft“.

3. DARLEHENSVERTRAG

Die Investmentgesellschaft hat mit der Wealthcap einen Darlehensvertrag abgeschlossen (vgl. zur Kreditaufnahme durch die Investmentgesellschaft das Kapitel „Die Investmentgesellschaft“, Abschnitt „Umstände, unter denen Fremdkapital eingesetzt werden kann, sowie Belastungen und Handhabung von Sicherheiten“). Dieser dient einer ggf. kurzfristigen Eigenkapitalzwischenfinanzierung der (indirekten) Zeichnung bzw. des (indirekten) Erwerbs von Zielfondsbeiträgen gemäß den Anlagebedingungen der Investmentgesellschaft vor dem Abschluss der Platzierungsphase. Dieser Vertrag berechtigt die Investmentgesellschaft, mit einer Vorankündigung von fünf Bankarbeitstagen bei Wealthcap jeweils Fremdkapital zu einem Zinssatz von 5 Prozentpunkten p.a. über dem von der Deutschen Bundesbank veröffentlichten 3-Monats-EURIBOR bis zu einem Betrag von 22,5 Mio. EUR aufzunehmen, wobei der jeweils ausgereichte und nicht zurückgezahlte Darlehensbetrag („Ausstehende Darlehensbetrag“) begrenzt ist auf einen Betrag von 22,5 Mio. EUR abzgl. des zu dem betreffenden Zeitpunkt durch die der Investmentgesellschaft beigetretenen Anleger auf ihre gezeichnete Einlage eingezahlten Kapitals („Höchstbetrag“).

Das Darlehen ist zum letzten Bankarbeitstag des dritten Monats nach dem Ende der Platzierungsphase der Investmentgesellschaft zur Rückzahlung in einem Betrag fällig, wobei die Investmentgesellschaft das Darlehen auch vorzeitig in voller Höhe oder in Teilbeträgen zurückzahlen kann. Die Investmentgesellschaft ist jedoch insoweit vor dem Ende der Laufzeit dieses Vertrages zu einer Tilgung verpflichtet, wie der Ausstehende Darlehensbetrag den Höchstbetrag überschreitet. In diesem Fall wird die Investmentgesellschaft den Ausstehenden Darlehensbetrag insoweit so schnell, wie es aus ihrer Sicht wirtschaftlich vertretbar ist, zurückführen, wie der Ausstehende Darlehensbetrag den Höchstbetrag überschreitet.

Die Tilgung des Darlehens ist durch die Investmentgesellschaft vorrangig vor etwaigen Ausschüttungen an die Anleger vorzunehmen. Die geschuldeten Zinsen werden vierteljährlich nachträglich auf der Grundlage der Zinsberechnungsmethode act/360 berechnet und sofort fällig, wobei der zum jeweiligen Quartalsende vor dem betrachteten Zinszeitraum von der Deutschen

Bundesbank veröffentlichte 3-Monats-EURIBOR zugrunde gelegt wird. Bei dieser Zinsberechnungsmethode werden die tatsächlich verstrichenen Tage der Zinsperiode ins Verhältnis zu 360 Tagen gesetzt. Wealthcap kann nicht die Bestellung von Sicherheiten für die Inanspruchnahme des Darlehens verlangen. Die Ansprüche von Wealthcap aus diesem Vertrag gegenüber der Investmentgesellschaft sind vorrangig vor etwaigen anderen vertraglichen Verbindlichkeiten der Investmentgesellschaft (gegenüber Dritten) zu erfüllen.

Kommt die Investmentgesellschaft mit Zahlungen, die sie aufgrund dieses Vertrages schuldet, in Verzug, so hat sie den geschuldeten Betrag mit 8 Prozentpunkten p.a. über dem von der Deutschen Bundesbank veröffentlichten 3-Monats-EURIBOR zu verzinsen, wobei Wealthcap auch einen höheren tatsächlichen Schaden geltend machen kann.

Der Vertrag unterliegt deutschem Recht, als Gerichtsstand ist München vereinbart.

4. VERTRAG ÜBER DIE EINRÄUMUNG EINER KREDITLINIE

Die Investmentgesellschaft hat zudem mit Wealthcap einen Vertrag über die Einräumung einer Kreditlinie abgeschlossen (vgl. zur Kreditaufnahme durch die Investmentgesellschaft das Kapitel „Die Investmentgesellschaft“, Abschnitt „Umstände, unter denen Fremdkapital eingesetzt werden kann, sowie Belastungen und Handhabung von Sicherheiten“). Wealthcap gewährt der Investmentgesellschaft eine Kreditlinie in EUR i.H.v. 7,25 % des aggregierten eingebrachten Kommanditkapitals und noch nicht eingeforderten zugesagten Kommanditkapitals der Investmentgesellschaft, wobei jedoch der jeweils ausgereichte und nicht zurückgezahlte Darlehensbetrag („Ausstehende Darlehensbetrag“) auf maximal 7,25 % des zum Platzierungsschluss der Investmentgesellschaft gezeichneten Kommanditkapitals begrenzt ist („Maximalbetrag“). Vor dem Erreichen des durch die Platzierungsgarantie garantierten Kommanditkapitals bezieht sich der Maximalbetrag auf das durch den Platzierungsgaranten gegenüber der Investmentgesellschaft garantierte Kommanditkapital von 22,5 Mio. EUR. Die Investmentgesellschaft ist berechtigt, mit einer Vorankündigung von fünf Bankarbeitstagen bei Wealthcap jeweils Fremdkapital bis zu dem Maximalbetrag zu einem Zinssatz von 5 Prozentpunkten p.a. über dem von der Deutschen Bundesbank veröffentlichten 3-Monats-EURIBOR aufzunehmen.

Das Darlehen läuft bis zum 31.12.2031 und verlängert sich für den Fall, dass die Laufzeit der Darlehensnehmerin zum 31.12.2031 noch nicht beendet sein sollte, längstens bis zum Ende der Laufzeit der Investmentgesellschaft. Das Darlehen ist zum Ende der Laufzeit dieses Vertrages zur Rückzahlung in einem Betrag fällig, wobei die Investmentgesellschaft das Darlehen auch vorzeitig in voller Höhe oder in Teilbeträgen zurückzahlen kann. Die Investmentgesellschaft ist jedoch insoweit vor dem Ende der Laufzeit dieses Vertrages zu einer Tilgung verpflichtet, wie der Ausstehende Darlehensbetrag den Maximalbetrag überschreitet. In die-

sem Fall wird die Investmentgesellschaft den Ausstehenden Darlehensbetrag insoweit so schnell, wie es aus ihrer Sicht wirtschaftlich vertretbar ist, zurückführen, wie der Ausstehende Darlehensbetrag den Maximalbetrag überschreitet.

Die Tilgung des Darlehens ist durch die Investmentgesellschaft vorrangig vor etwaigen Ausschüttungen an die Anleger vorzunehmen. Die geschuldeten Zinsen werden vierteljährlich nachträglich auf der Grundlage der Zinsberechnungsmethode act/360 berechnet und sofort fällig, wobei der zum jeweiligen Quartalsende vor dem betrachteten Zinszeitraum von der Deutschen Bundesbank veröffentlichte 3-Monats-EURIBOR zugrunde gelegt wird. Wealthcap kann die Bestellung von Sicherheiten für die Inanspruchnahme der Kreditlinie nicht verlangen. Die Ansprüche von Wealthcap aus diesem Vertrag gegenüber der Investmentgesellschaft sind vorrangig vor etwaigen anderen vertraglichen Verbindlichkeiten der Investmentgesellschaft (gegenüber Dritten) zu erfüllen. Die Ansprüche der Wealthcap aus dem zwischen der Wealthcap und der Investmentgesellschaft abgeschlossenen, unter Ziffer 3 genannten Darlehensvertrag über einen maximalen Darlehensbetrag von 22,5 Mio. EUR gehen im Rang den Ansprüchen der Wealthcap aus dem Vertrag über die Einräumung einer Kreditlinie vor.

Kommt die Investmentgesellschaft mit Zahlungen, die sie aufgrund dieses Vertrages schuldet, in Verzug, so hat sie den geschuldeten Betrag mit 8 Prozentpunkten p.a. über dem von der Deutschen Bundesbank veröffentlichten 3-Monats-EURIBOR zu verzinsen, wobei Wealthcap auch einen höheren tatsächlichen Schaden geltend machen kann.

Der Vertrag unterliegt deutschem Recht, als Gerichtsstand ist München vereinbart.

Neben dem Vertrag über die Einräumung einer Kreditlinie und dem unter Ziffer 3 genannten Darlehensvertrag können unter Wahrung der Vorgaben der Anlagebedingungen auch weitere Darlehensverträge abgeschlossen werden. Dabei kann eine solche Darlehensaufnahme auch durch eine Zweckgesellschaft erfolgen.

5. ZWECKGESELLSCHAFT

Entsprechend den Planungen der Verwaltungsgesellschaft zum Zeitpunkt der Vertriebsanzeige wird die Wealthcap 21/22 Equity GmbH & Co. KG als Zweckgesellschaft zur mittelbaren Beteiligung an Zielfonds fungieren. Die Investmentgesellschaft ist vor diesem Hintergrund der Wealthcap 21/22 Equity GmbH & Co. KG als Kommanditist beigetreten. Weiterer Kommanditist ist neben der Investmentgesellschaft die Wealthcap Fondsportfolio Private Equity 22 GmbH & Co. geschlossene Investment KG als Schwestergesellschaft der Investmentgesellschaft („Schwestergesellschaft“).

Es handelt sich bei der Wealthcap 21/22 Equity GmbH & Co. KG um eine Kommanditgesellschaft nach deutschem Recht mit Sitz in Grünwald, bei der die Wealthcap Private Equity 21 Komple-

mentär GmbH mit Sitz in Grünwald als Komplementärin der Investmentgesellschaft und die Wealthcap Private Equity 22 Komplementär GmbH mit Sitz in Grünwald als Komplementärin der Schwestergesellschaft die Stellung der persönlich haftenden und zur Geschäftsführung befugten Gesellschafter übernommen haben.

Soweit Investitionen in Zielfonds mittelbar über die Wealthcap 21/22 Equity GmbH & Co. KG erfolgen, werden die beiden Kommanditisten die Zweckgesellschaft – unabhängig von ihren jeweils bereits erbrachten Einlagen i. H. v. je 1.000 EUR – mit ausreichend Kapital ausstatten indem sie ihr jeweils für Investitionen zur Verfügung stehendes Kommanditkapital bzw. einen Teil hiervon als Kommanditeinlage der Zweckgesellschaft zur Verfügung stellen. Rückflüsse aus den mittelbaren Zielfondsinvestitionen werden in diesem Fall durch die Zweckgesellschaft vereinnahmt und an die Investmentgesellschaft und ihre Schwestergesellschaft entsprechend dem Verhältnis ihrer Beteiligung an der Zweckgesellschaft ausgeschüttet. Die Aufnahme von Fremdkapital kann nicht nur auf Ebene der Investmentgesellschaft, sondern auch auf Ebene einer Zweckgesellschaft erfolgen (vgl. Kapitel „Die Investmentgesellschaft“, Abschnitt „Umstände unter denen Fremdkapital eingesetzt werden kann, sowie Belastungen und Handhabung von Sicherheiten“). Informationen über mögliche Kosten auf Ebene einer Zweckgesellschaft finden sich im Kapitel „Kosten“, Abschnitt „Vergütungen und Kosten auf Ebene von Zielfonds und Zweckgesellschaft(en)“. Der Gesellschaftsvertrag der Wealthcap 21/22 Equity GmbH & Co. KG unterliegt dem deutschen Recht. Gerichtsstand ist München.

Ebenso wie die Investmentgesellschaft hat die Wealthcap 21/22 Equity GmbH & Co. KG bis zum Zeitpunkt der Vertriebsanzeige keine Verträge zur Eingehung von Beteiligungen an Zielfonds abgeschlossen.

6. SONSTIGE DIENSTLEISTER

ABSCHLUSSPRÜFER

Deloitte GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Rosenheimer Platz 4
81669 München

VI. Kosten

1. AUSGABE- UND RÜCKNAHMEPREIS, ABFINDUNGSGUTHABEN

1.1 AUSGABEPREIS

Der Ausgabepreis des jeweiligen Anteils ergibt sich aus dem Nominalbetrag des vom Anleger übernommenen Zeichnungsbetrages zzgl. des Ausgabeaufschlages von maximal 5 % des Zeichnungsbetrages.

Der Zeichnungsbetrag eines beitretenden Anlegers muss hierbei mindestens 20.000 EUR („Mindesteinlage“) betragen. Höhere Zeichnungsbeträge müssen ohne Rest durch 1.000 teilbar sein. Unter Berücksichtigung des maximalen einmaligen Ausgabeaufschlages i. H. v. 5 % ergibt sich ein Ausgabepreis i. H. v. 105 % des Zeichnungsbetrages. Dieser Ausgabepreis ist für den Zeitraum der Platzierung fest berechnet. Es steht der Verwaltungsgesellschaft auf Basis des Bestellungsvertrages im Einzelfall frei, die Mindesteinlage herabzusetzen und einen niedrigeren Ausgabeaufschlag zu berechnen, was den Ausgabepreis entsprechend reduziert. Der Ausgabeaufschlag wird zur (teilweisen) Begleichung der Eigenkapitalvermittlungsgebühr verwandt und an den Vermittler der Beteiligung des jeweiligen Anlegers gezahlt.

1.2 RÜCKNAHMEPREIS

Die Anlagebedingungen und die Regelungen des Gesellschaftsvertrages sehen kein Recht auf ordentliche Kündigung und damit kein Recht auf Rückgabe vor. Ein Rücknahmepreis wird daher nicht fortlaufend berechnet und folglich auch nicht erhoben oder veröffentlicht.

1.3 ABFINDUNGSGUTHABEN

Der Anleger hat jedoch das Recht, seine Beteiligung aus wichtigem Grund außerordentlich zu kündigen. Zudem kann der Anleger unter den im Gesellschaftsvertrag genannten Bedingungen aus der Investmentgesellschaft ausgeschlossen werden (vgl. Kapitel „Anteile“, Unterabschnitt „Rücknahme von Anteilen/Kündigung/Ausschluss aus der Investmentgesellschaft“).

In diesem Fall entspricht das Abfindungsguthaben, soweit der Anleger seiner Einlageverpflichtung vollumfänglich nachgekommen ist – ansonsten anteilig – dem Nettoinventarwert der Beteiligung des Anlegers an der Investmentgesellschaft zum Zeitpunkt des Ausscheidens abzgl. der dem ausscheidenden Anleger noch zustehenden Ausschüttungen und abzgl. der durch das Ausscheiden verursachten Kosten und Ausgaben in nachgewiesener Höhe, wobei diese sonstigen durch das Ausscheiden verursachten und in Rechnung gestellten Kosten und Ausgaben nicht mehr als 80 % des Anteilswertes des jeweiligen Anlegers betragen dürfen. Maßgeblich für die Ermittlung der Abfindung ist somit grundsätzlich der Nettoinventarwert der Investmentgesellschaft, der entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen ermittelt (vgl. Kapitel „Ermittlung und Verwendung der Erträge/Bewertungsregeln“, Abschnitt „Bewertung“) und den Anlegern nach den Regelungen der Anlagebedingungen mitgeteilt wird. Entspre-

chendes gilt, wenn der Ausschluss erfolgt, weil der Anleger die nach dem GwG zu erhebenden Angaben nicht vollständig oder unzutreffend beigebracht hat (vgl. zur Ermittlung der Abfindung § 23 des Gesellschaftsvertrages).

Ein Anleger, der aus der Investmentgesellschaft wegen der Nichtleistung seiner Einlage ausscheidet, erhält keine Abfindung. Scheidet ein Anleger, Erbe oder Vermächtnisnehmer nach § 20 (1) g) des Gesellschaftsvertrages aus der Investmentgesellschaft aus, weil er nach dem GwG für die Annahme seiner Beitrittserklärung eigentlich notwendige Angaben nicht (rechtzeitig) nachgereicht hat, so erhält dieser keine Abfindung, sondern seine bereits geleistete Einlage und den Ausgabeaufschlag zurück.

Sofern der ausgeschiedene Anleger die maßgebende Höhe der abfindungsmindernd berücksichtigten Ausschüttungen oder der abfindungsmindernd berücksichtigten Auslagen für unzutreffend hält, ist die Abfindung nach Maßgabe der beschriebenen Abfindungsregelungen für sämtliche Beteiligten verbindlich durch einen Wirtschaftsprüfer oder eine Wirtschaftsprüfungsgesellschaft zu überprüfen und ggf. neu zu ermitteln, der bzw. die von der Industrie- und Handelskammer für München und Oberbayern auf Antrag eines Beteiligten zu bestimmen ist, sofern sich die Beteiligten über dessen/deren Person nicht verständigen. Eine Überprüfung des Nettoinventarwertes der Investmentgesellschaft zum 31.12. des Vorjahres findet dabei in keinem Fall statt. Die Kosten der Überprüfung der Ermittlung der Abfindung durch den Wirtschaftsprüfer bzw. die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft sind von der Investmentgesellschaft und dem ausgeschiedenen Anleger, Erben oder Vermächtnisnehmer in Ansehung der den Anlegern mitgeteilten Abfindung in entsprechender Anwendung der Bestimmungen des § 91 Zivilprozessordnung zu tragen.

Eine Abfindung ist grundsätzlich zwölf Monate nach dem Ausscheiden zur Zahlung fällig. Soweit der Investmentgesellschaft für eine Auszahlung zu diesem Zeitpunkt zu wenig Liquidität zur Verfügung steht, wird bereits jetzt die Stundung der Abfindung bis zu dem Zeitpunkt vereinbart, zu dem der Investmentgesellschaft eine Zahlung unter Berücksichtigung dieser Punkte möglich wird. Die Stundung setzt die Beurteilung des Abschlussprüfers voraus, dass das Liquiditätsmanagementsystem angemessen ist. Sobald dies der Fall ist, werden zur Verfügung stehende Mittel ggf. anteilig auf Gläubiger solcher Ansprüche verteilt. Das Abfindungsguthaben ist ab Fälligkeit mit dem jeweiligen Basiszinssatz (gemäß § 247 BGB) p.a. zu verzinsen. Die Zinsen sind zusammen mit der Abfindung zu bezahlen. Ausscheidende Gesellschafter können keine Sicherstellung ihres Abfindungsguthabens verlangen.

Erhalten ein Gesellschafter, seine Erben, Vermächtnisnehmer bzw. ein Erwerber nach seinem Ausscheiden aus der Investmentgesellschaft dennoch (und somit rechtsgrundlose) Ausschüttungen von der Investmentgesellschaft, so werden diese auf das Abfindungsguthaben angerechnet.

2. KOSTEN AUF EBENE DER INVESTMENTGESELLSCHAFT

2.1 INITIALKOSTEN

Während der Gründungs- und Platzierungsphase der Investmentgesellschaft fallen – neben dem Ausgabeaufschlag – einmalig Initialkosten an, die zusammen einen Betrag von bis zu 5,263 % des vom Anleger übernommenen Zeichnungsbetrages ausmachen. Im Einzelnen setzt sich dieser Gesamtposten aus den folgenden Einzelpositionen zusammen:

Die Wealthcap Investment Services GmbH erhält für die Übernahme der Platzierungsgarantie eine Vergütung i.H.v. einmalig 562.500 EUR („Platzierungsgarantievergütung“).

Die Verwaltungsgesellschaft erhält für die Konzeption und Strukturierung eine Konzeptionsgebühr i.H.v. 2,5 % des insgesamt zum Platzierungsschluss eingeworbenen Kommanditkapitals abzgl. der Platzierungsgarantievergütung. Mit der Vergütung sind alle Auslagen und Kosten, die der Verwaltungsgesellschaft im Zusammenhang mit der Konzeption und Strukturierung entstehen, abgegolten. Dies gilt jedoch nicht für Kosten der Rechts- und Steuerberatung im Zusammenhang mit der Prüfung des Erwerbs von bzw. mit dem Erwerb der Beteiligungen an Zielfonds und der Errichtung von Zweckgesellschaften (vgl. hierzu die Unterabschnitte „Transaktionsgebühr sowie Transaktions- und Investitionskosten“ sowie „Kosten auf Ebene der Zielfonds oder Zweckgesellschaft(en)“).

Die von der Investmentgesellschaft an die UniCredit Bank AG und weitere Vertriebspartner („Drittvermittler“) zu zahlende Provision für die Eigenkapitalvermittlung beträgt jeweils 3 % des durch die jeweilige Vermittlungstätigkeit platzierten Kommanditkapitals (zzgl. des auf das platzierte Kommanditkapital erhobenen Ausgabeaufschlages i. H. v. bis zu 5 %).

Die Eigenkapitalvermittlungsprovision sowie die Gebühr für die Übernahme der Platzierungsgarantie werden grundsätzlich durch die Investmentgesellschaft direkt an die Vertriebspartner (also an die UniCredit Bank AG und etwaige weitere Vertriebspartner) bzw. die Wealthcap Investment Services GmbH gezahlt. Sie können in Einzelfällen auch über die Verwaltungsgesellschaft an die Vertriebspartner bzw. die Wealthcap Investment Services GmbH gezahlt werden. Es wird – über die vorstehend geschilderte ggf. erfolgende Weiterleitung der Provision für die Eigenkapitalvermittlung bzw. der Übernahme der Platzierungsgarantie hinaus – kein wesentlicher Teil der Vergütungen, die von der Investmentgesellschaft an die Verwaltungsgesellschaft geleistet werden, für Vergütungen an Vermittler von Anteilen an der Investmentgesellschaft auf den Bestand von vermittelten Anteilen verwendet.

Der Verwaltungsgesellschaft fließen keine Rückvergütungen der von der Investmentgesellschaft an die Verwahrstelle und an Dritte geleisteten Vergütungen und Aufwendererstattungen zu.

Die vorstehenden Initialkosten der Investmentgesellschaft verstehen sich jeweils inkl. ggf. anfallender gesetzlicher Umsatzsteuer. Die Beträge berücksichtigen die zum Zeitpunkt der Vertriebsanzeige geltenden Steuersätze. Bei Änderung der gesetz-

lichen Steuersätze werden die genannten Bruttobeträge bzw. Prozentsätze entsprechend angepasst.

Die Initialkosten werden spätestens beim Platzierungsschluss der Investmentgesellschaft fällig. Anteilige Abschlagszahlungen entsprechend dem Platzierungsfortschritt sind möglich. Eine anteilige Erstattung von Initialkosten durch die Verwaltungsgesellschaft ist im Falle der Investition in Wealthcap-Zielgesellschaften möglich (vgl. hierzu den Abschnitt „Kosten auf Ebene von Zielfonds und Zweckgesellschaft(en)“, Unterabschnitt „Gebührenerstattung und -anrechnung bei Investitionen in Wealthcap Zielgesellschaften“).

2.2 LAUFENDE VERGÜTUNGEN, DIE VON DER INVESTMENTGESELLSCHAFT AN DIE VERWALTUNGSGESELLSCHAFT UND DIE KOMPLEMENTÄRIN ZU ZAHLEN SIND

Als Bemessungsgrundlage für die Berechnung der laufenden Vergütungen gilt die Summe aus dem durchschnittlichen Nettoinventarwert der Investmentgesellschaft im jeweiligen Geschäftsjahr und den bis zum jeweiligen letzten Bewertungsstichtag von der Investmentgesellschaft an die Anleger geleisteten Auszahlungen. Die Bemessungsgrundlage kann sich jedoch maximal auf 100 % des von den Anlegern gezeichneten Kommanditkapitals belaufen. Wird der Nettoinventarwert nur einmal jährlich ermittelt, wird der Berechnung des Durchschnitts der Wert am Anfang und am Ende des Geschäftsjahres zugrunde gelegt. Als Bezugsgröße für die Berechnung der laufenden Vergütungen der Verwaltungsgesellschaft und der Komplementärin dienen neben dem durchschnittlichen Nettoinventarwert der Investmentgesellschaft auch die geleisteten Auszahlungen an die Anleger, um den produktspezifischen Charakteristika von Private-Equity-Portfolio-Fonds wie der Investmentgesellschaft, die eventuell bereits während der regulären Fondslaufzeit Vermögenswerte zurückführen und dadurch ihren Nettoinventarwert reduzieren, Rechnung zu tragen und um mögliche Fehlanreize bezüglich des Zeitpunkts der Veräußerung von Vermögensgegenständen und der Vornahme von Auszahlungen zu reduzieren.

Die Verwaltungsgesellschaft erhält für die Verwaltung der Investmentgesellschaft eine jährliche Vergütung i.H.v. bis zu 0,910 % der Bemessungsgrundlage, für den Zeitraum ab der Fondsaufnahme bis zum Ende des Geschäftsjahres 2018 jedoch mindestens 204.750 EUR und für die Geschäftsjahre 2019 und 2020 jeweils mindestens 409.500 EUR. Verlängert sich die Laufzeit der Investmentgesellschaft entsprechend § 9 Ziffer 2 der Anlagebedingungen über den 31.12.2032 hinaus, beträgt die jährliche Verwaltungsgebühr ab Beginn des Geschäftsjahres 2033 bis zu 0,455 % der Bemessungsgrundlage. Geldwerte Vorteile, welche die Verwaltungsgesellschaft oder ihre Gesellschafter oder Gesellschafter der Investmentgesellschaft im Zusammenhang mit der Verwaltung der Investmentgesellschaft oder der Bewirtschaftung der dazugehörigen Vermögensgegenstände erhalten, werden auf die Verwaltungsvergütung angerechnet. Des Weiteren ist ggf. eine anteilige Anrechnung von laufenden Vergütungen, die auf Ebene eines Wealthcap Zielfonds gezahlt werden, auf die Verwaltungsvergütung der Verwaltungsgesellschaft möglich (vgl. hierzu den Abschnitt „Kosten auf Ebene von Zielfonds und Zweckgesellschaft(en)“, Unterabschnitt „Gebührenerstattung und -anrechnung bei Investitionen in Wealthcap Zielgesellschaften“).

Die Verwaltungsgesellschaft erhält zudem für die Verwaltung der Beteiligungen an der Investmentgesellschaft, die sie allen Anlegern einschließlich den Direktkommanditisten gegenüber erbringt, eine jährliche Vergütung i.H.v. bis zu 0,230 % der Bemessungsgrundlage, für den Zeitraum ab der Fondsaufgabe bis zum Ende des Geschäftsjahres 2018 jedoch mindestens 51.750 EUR und für die Geschäftsjahre 2019 und 2020 jeweils mindestens 103.500 EUR. Verlängert sich die Laufzeit der Investmentgesellschaft entsprechend § 9 Ziffer 2 der Anlagebedingungen über den 31.12.2032 hinaus, beträgt die jährliche Vergütung der Verwaltungsgesellschaft für die Verwaltung der Beteiligungen ab Beginn des Geschäftsjahres 2033 bis zu 0,115 % der Bemessungsgrundlage.

Sollte die Verwaltungsgesellschaft von ihrem Recht, Aufgaben aus dem Bestellungsvertrag auf Dritte auszulagern bzw. diese Aufgaben auf Dritte zu übertragen, Gebrauch machen, wird sie hierfür den Dritten ein anteiliges Entgelt zahlen. Dieses Entgelt wird durch die laufenden Vergütungen der Verwaltungsgesellschaft abgedeckt.

Die Komplementärin der Investmentgesellschaft erhält für die Übernahme der persönlichen Haftung eine jährliche Vergütung i. H. v. bis zu 0,010 % der Bemessungsgrundlage, für den Zeitraum ab der Fondsaufgabe bis zum Ende des Geschäftsjahres 2018 jedoch mindestens 2.250 EUR und für die Geschäftsjahre 2019 und 2020 jeweils mindestens 4.500 EUR. Verlängert sich die Laufzeit der Investmentgesellschaft entsprechend § 9 Ziffer 2 der Anlagebedingungen über den 31.12.2032 hinaus, beträgt die jährliche Vergütung der Komplementärin für die Haftungsübernahme ab Beginn des Geschäftsjahres 2033 bis zu 0,005 % der Bemessungsgrundlage.

Die jährlichen Vergütungen sind für das jeweilige Geschäftsjahr erst zum 30.06. des Folgejahres zur Zahlung fällig. Es können quartalsweise anteilige Vorschüsse auf Basis der jeweils aktuellen Planzahlen erhoben werden. Mögliche Überzahlungen sind nach Feststellung der tatsächlichen Bemessungsgrundlage jeweils auszugleichen.

Die Vergütungen verstehen sich inkl. ggf. anfallender gesetzlicher Umsatzsteuer. Die Beträge berücksichtigen die aktuellen Umsatzsteuersätze. Bei Änderung des gesetzlichen Umsatzsteuersatzes werden die genannten Bruttobeträge bzw. Prozentsätze entsprechend angepasst.

2.3 ERFOLGSABHÄNGIGE VERGÜTUNG

Die Verwaltungsgesellschaft hat für ihre Verwaltungstätigkeit Anspruch auf eine zusätzliche erfolgsabhängige Beteiligung an den Auszahlungen der Investmentgesellschaft, wenn zum Berechnungszeitpunkt folgende Voraussetzungen erfüllt sind:

- a) Die Anleger haben Auszahlungen in Höhe ihrer geleisteten Einlagen (ohne Ausgabeaufschlag) erhalten, wobei die Haftsumme erst im Rahmen der Liquidation ausgekehrt wird.
- b) Die Anleger haben darüber hinaus Auszahlungen in Höhe einer durchschnittlichen jährlichen Verzinsung von 8 %, ein-

schließlich Zinseszins, bezogen auf ihre geleisteten und noch nicht durch die Investmentgesellschaft zurückgezahlten Einlagen (ohne Ausgabeaufschlag) für den Zeitraum, ab dem der letzte Anleger der Investmentgesellschaft beigetreten ist, bis zum Berechnungszeitpunkt erhalten.

Danach besteht ein Anspruch auf eine erfolgsabhängige Beteiligung der Verwaltungsgesellschaft an den Auszahlungen der Investmentgesellschaft i. H. v. 15 % aller weiteren Auszahlungen der Investmentgesellschaft.

Der jeweilige Anspruch auf erfolgsabhängige Auszahlungen wird jeweils zum Ende des Wirtschaftsjahrs, spätestens nach der Veräußerung aller Vermögensgegenstände, zur Zahlung fällig.

Die Vergütung versteht sich inkl. ggf. anfallender gesetzlicher Umsatzsteuer. Der Betrag berücksichtigt den aktuellen Steuersatz. Bei Änderung des gesetzlichen Umsatzsteuersatzes wird der genannte Prozentsatz entsprechend angepasst.

2.4 VERWAHRSTELLENVERGÜTUNG

Die Verwahrstelle erhält für ihre Tätigkeit eine jährliche Vergütung i. H. v. 0,0357 % auf Basis des durchschnittlichen Nettoinventarwertes der Investmentgesellschaft, mindestens jedoch 21.420 EUR p. a. Darüber hinaus erhält die Verwahrstelle einen Ersatz von Aufwendungen für im Rahmen der Ankaufsbewertung oder der Eigentumsverifikation ggf. notwendige externe Gutachten. Die Verwahrstelle ist berechtigt, bereits vor Fälligkeit monatlich anteilige Abschlagszahlungen auf Basis der jeweils aktuellen Planzahlen zu verlangen. Diese Gebühr wird letztmals im Jahr der Löschung der Investmentgesellschaft aus dem Handelsregister gezahlt.

Die Vergütung versteht sich inkl. ggf. anfallender gesetzlicher Umsatzsteuer. Der Betrag berücksichtigt den aktuellen Steuersatz. Bei Änderung des gesetzlichen Umsatzsteuersatzes wird der genannte Prozentsatz bzw. der Bruttobetrag entsprechend angepasst.

2.5 VERGÜTUNGEN, DIE VON DER INVESTMENTGESELLSCHAFT AN IHREN LIQUIDATOR ZU ZAHLEN SIND

Der Liquidator der Investmentgesellschaft erhält ab Liquidationseröffnung durch Laufzeitende, Gesellschafterbeschluss oder sonstige Gründe nach § 131 HGB eine jährliche Vergütung i. H. v. bis zu 0,455 % der im Abschnitt „Laufende Vergütungen, die von der Investmentgesellschaft an die Verwaltungsgesellschaft und die Komplementärin zu zahlen sind“ beschriebenen Bemessungsgrundlage. Entsprechend dem Gesellschaftsvertrag wird die Verwaltungsgesellschaft als Liquidator tätig. Sollten die Gesellschafter beschließen, einen anderen Liquidator zu beauftragen, so erhält dieser die jährliche Liquidationsvergütung.

Die Vergütung versteht sich inkl. ggf. anfallender gesetzlicher Umsatzsteuer. Der Betrag berücksichtigt den zum Zeitpunkt der Vertriebsanzeige geltenden Steuersatz. Bei Änderung des gesetzlichen Umsatzsteuersatzes wird der genannte Prozentsatz entsprechend angepasst.

2.6 TRANSAKTIONSgebÜHR SOWIE TRANSAKTIONS- UND INVESTITIONSKOSTEN

2.6.1 TransaktionsgebÜhr

Die Verwaltungsgesellschaft erhält für die Investition der Investmentgesellschaft in einen AIF i. S. d. § 1 Ziffer 2 und 3 der Anlagebedingungen jeweils eine TransaktionsgebÜhr i. H. v. bis zu 1,75 % des Investitionsbetrages. Der Investitionsbetrag entspricht grundsätzlich dem gegenüber der Investmentgesellschaft durch den betreffenden AIF verbindlich bestätigten Zeichnungsbetrag. Im Falle des Erwerbs einer bereits bestehenden Beteiligung entspricht der Investitionsbetrag der Summe aus dem Kaufpreis der Beteiligung und dem Teil des Zeichnungsbetrages, der durch den Veräußerer der Beteiligung noch nicht in den jeweiligen AIF eingezahlt wurde.

Die TransaktionsgebÜhr steht der Verwaltungsgesellschaft ebenfalls zu, wenn die Investition in einen AIF i. S. d. § 1 Ziffer 2 und 3 der Anlagebedingungen über eine Zweckgesellschaft erfolgt, an der die Investmentgesellschaft beteiligt ist. In diesen Fällen gilt der vorstehende Absatz entsprechend; die TransaktionsgebÜhr wird jedoch lediglich in Bezug auf den Anteil des Investitionsbetrages berechnet, welcher der Beteiligung der Investmentgesellschaft an der betreffenden Zweckgesellschaft entspricht.

Der Anspruch der Verwaltungsgesellschaft auf Zahlung der TransaktionsgebÜhr entsteht zum Zeitpunkt der Bestätigung des betreffenden AIFs bzw. seiner Managementgesellschaft, dass die Beteiligung an dem AIF wirksam begründet bzw. erworben wurde. Der Anspruch wird 21 Kalendertage nach seiner Entstehung zur Zahlung fällig.

Die Vergütung versteht sich inkl. ggf. anfallender gesetzlicher Umsatzsteuer. Der Betrag berücksichtigt den zum Zeitpunkt der Vertriebsanzeige geltenden Umsatzsteuersatz. Bei Änderung des gesetzlichen Umsatzsteuersatzes wird der genannte Prozentsatz entsprechend angepasst.

2.6.2 Transaktions- und Investitionskosten

Darüber hinaus werden die beim Erwerb und der Veräußerung von Vermögensgegenständen anfallenden Transaktions- und Investitionskosten aus dem Vermögen der Investmentgesellschaft gezahlt. Solche Transaktions- und Investitionskosten sind sämtliche beim Erwerb oder der Veräußerung der Vermögensgegenstände anfallenden Kosten, die neben dem eigentlichen Erwerbspreis bzw. Investitionsbetrag anfallen, d. h. Kosten beim Erwerb einer Zielfonds-beteiligung, der Aufnahme als Gesellschafter in einen (ggf. noch zu gründenden) Zielfonds oder der Veräußerung einer Zielfonds-beteiligung. Es handelt sich beispielsweise um Kosten für die rechtliche und steuerliche Beratung und/oder die externe Bewertung.

Die im Zusammenhang mit Transaktionen und Investitionen von Dritten beanspruchten Kosten, einschließlich der in diesem Zusammenhang anfallenden Steuern werden der Investmentgesellschaft unabhängig vom tatsächlichen Zustandekommen der Transaktion bzw. Investition belastet. Der Investmentgesellschaft werden darüber hinaus die auf die Transaktion bzw. Investition ggf. entfallenden Steuern und Gebühren gesetzlich vorgeschriebener Stellen belastet.

Da zum Zeitpunkt der Vertriebsanzeige die konkreten Zielfonds noch nicht feststehen, sind detaillierte Angaben zu der Art und zu der Höhe der TransaktionsgebÜhr sowie der Transaktions- und Investitionskosten nicht möglich.

2.7 WEITERE AUFWENDUNGEN ZULASTEN DER INVESTMENTGESELLSCHAFT

Neben den vorgenannten Kosten, Gebühren und Vergütungen gehen die folgenden Aufwendungen (einschließlich darauf ggf. entfallender Steuern) zulasten der Investmentgesellschaft und werden nicht durch die bereits oben beschriebenen Kosten, Gebühren und Vergütungen gedeckt und auch nicht auf diese angerechnet:

- Kosten für externe Bewerter für die Bewertung der Vermögensgegenstände gemäß §§ 261, 271 KAGB;
- bankübliche DepotbankgebÜhren und KontoführungsgebÜhren außerhalb der Verwahrstelle ggf. einschließlich der banküblichen Kosten für die Verwahrung ausländischer Vermögensgegenstände im Ausland;
- Kosten für Geldkonten und Zahlungsverkehr;
- Aufwendungen für die Beschaffung von Fremdkapital, insbesondere an Dritte gezahlte Zinsen;
- für die Vermögensgegenstände entstehende Bewirtschaftungskosten (Verwaltungs-, Instandhaltungs- und Betriebskosten), die von Dritten in Rechnung gestellt werden;
- Kosten für die Prüfung der Investmentgesellschaft durch deren Abschlussprüfer;
- von Dritten in Rechnung gestellte Kosten für die Geltendmachung und Durchsetzung von Rechtsansprüchen der Investmentgesellschaft sowie der Abwehr von gegen die Investmentgesellschaft erhobenen Ansprüchen;
- Gebühren und Kosten, die von staatlichen und anderen öffentlichen Stellen in Bezug auf die Investmentgesellschaft erhoben werden;
- ab Zulassung der Investmentgesellschaft zum Vertrieb entstandene Kosten für Rechts- und Steuerberatung im Hinblick auf die Investmentgesellschaft und ihre Vermögensgegenstände (einschließlich steuerrechtlicher Bescheinigungen), die von externen Rechts- oder Steuerberatern in Rechnung gestellt werden;
- Kosten für die Beauftragung von Stimmrechtsbevollmächtigten, soweit diese gesetzlich erforderlich sind;
- Steuern und Abgaben, welche die Investmentgesellschaft schuldet;
- angemessene Kosten für Gesellschafterversammlungen.

3. SONSTIGE VOM ANLEGER ZU ENTRICHTENDE KOSTEN

Jeder Anleger hat neben der Leistung seines Zeichnungsbetrages nebst Ausgabeaufschlag im Zusammenhang mit dem Erwerb, der Verwaltung und der Veräußerung seiner Beteiligung an der Investmentgesellschaft noch folgende weitere Kosten an einen beauftragten Dritten (vgl. 3.1) oder an die Investmentgesellschaft bzw. die Verwaltungsgesellschaft (vgl. 3.2) zu entrichten, die nicht auf die von der Investmentgesellschaft zusätzlich zu tragenden Kosten und Gebühren angerechnet werden.

3.1 SONSTIGE VOM ANLEGER AN DRITTE ZU ENTRICHTENDE KOSTEN

- Bei einer Umwandlung der Beteiligung eines Treugebers in eine Beteiligung als Direktkommanditist hat der betreffende Treugeber der Komplementärin oder einem von ihr beauftragten Dritten jeweils für die nach den deutschen gesetzlichen Vorschriften vorzunehmenden Anmeldungen zum zuständigen Handelsregister eine Handelsregistervollmacht in notariell beglaubigter Form auf eigene Kosten zu erteilen. Sofern die Handelsregistervollmacht nicht von einem deutschen Notar beglaubigt wird, können ggf. zusätzliche Kosten anfallen (z. B. Apostille). Auch entstehen in diesem Fall – ebenso wie bei einer Umwandlung der Beteiligung als Direktkommanditist in eine treugeberische Beteiligung – zusätzliche, vom Anleger zu tragende Notar- und Registerkosten in gesetzlicher Höhe nach der Gebührentabelle für Gerichte und Notare sowie der Kostenordnung (wobei die Höhe dieser Gebühren vom Gegenstandswert abhängt).
- Im Falle einer Veräußerung, Umwandlung oder Übertragung der Rechte aus dem Treuhandverhältnis bzw. des Kommanditanteils von Todes wegen oder durch eine Schenkung sowie in sonstigen Fällen des Ausscheidens eines Anlegers aus der Investmentgesellschaft kommen bei als Direktkommanditisten beteiligten Anlegern Notar- und Gerichtskosten in gesetzlicher Höhe nach der Gebührentabelle für Gerichte und Notare sowie der Kostenordnung (wobei die Höhe dieser Gebühren vom Gegenstandswert abhängt) noch hinzu. Die genauen Kosten können zum Zeitpunkt der Vertriebsanzeige nicht beziffert werden. Sofern die Handelsregistervollmacht nicht von einem deutschen Notar beglaubigt wird, können ggf. zusätzliche Kosten anfallen (z. B. Apostille).
- Der Anleger kann gemäß § 20 (1) des Gesellschaftsvertrages in bestimmten Fällen – ggf. auch anteilig – aus der Investmentgesellschaft ausgeschlossen werden (vgl. Kapitel „Anteile“, Unterabschnitt „Rücknahme von Anteilen/Kündigung/Ausschluss aus der Investmentgesellschaft“). Die durch das Ausscheiden verursachten Kosten und Aufwendungen bei Notar und Gericht zzgl. ggf. anfallender Umsatzsteuer in gesetzlicher Höhe trägt der ausscheidende Anleger (bzw. die ausscheidenden Erben oder Vermächtnisnehmer als Gesamtschuldner).
- Für Anleger, die aufgrund einer Ausnahmeregelung in die Investmentgesellschaft aufgenommen wurden, können weitere Aufwendungen und Kosten, z. B. Beratungskosten für

nicht deutsches Gesellschafts- oder Steuerrecht, entstehen. Die genauen Kosten können zum Zeitpunkt der Vertriebsanzeige nicht beziffert werden.

- Anlegern, die vorzeitig aus der Investmentgesellschaft ausscheiden, können die durch das Ausscheiden verursachten Kosten und Auslagen in nachgewiesener Höhe, jedoch nicht mehr als 80 % des Anteilswertes des jeweiligen Anlegers, in Rechnung gestellt werden. Die genauen Kosten können zum Zeitpunkt der Vertriebsanzeige nicht beziffert werden.
- Anleger, die nicht an der Kommunikation mittels elektronischer Informationsmedien teilnehmen, können mit von Dritten in Rechnung gestellten Kosten für den Druck und den Versand der jeweiligen Kommunikation in Papierform belastet werden. Die genauen Kosten können zum Zeitpunkt der Vertriebsanzeige nicht beziffert werden.
- Weil zum Zeitpunkt der Vertriebsanzeige weder die Zielfonds noch die letztlich durch den jeweiligen Zielfonds zu erwerbenden Vermögensgegenstände bzw. Beteiligungen an Portfoliounternehmen feststehen, kann nicht ausgeschlossen werden, dass für den Anleger weitere Kosten im Zusammenhang mit den Bestimmungen ausländischer Steuerrechtsordnungen entstehen. Diese Kosten können zum Zeitpunkt der Vertriebsanzeige nicht beziffert werden.

3.2 SONSTIGE VOM ANLEGER AN DIE INVESTMENTGESELLSCHAFT BZW. DIE VERWALTUNGSGESELLSCHAFT ZU ENTRICHTENDE KOSTEN

- Anlegern, die ihre Einlage und den Ausgabeaufschlag bzw. die Raten auf ihre Einlagen nicht fristgerecht leisten, können ab Fälligkeit Verzugszinsen i. H. v. 5 Prozentpunkten über dem jeweiligen Basiszinssatz (§ 247 BGB) p. a. berechnet werden. Darüber hinaus können weitergehende Verzugschäden geltend gemacht werden. Diese Kosten sind zum Zeitpunkt der Vertriebsanzeige nicht bezifferbar. Dem Anleger ist ausdrücklich der Nachweis gestattet, dass der Investmentgesellschaft durch den Verzug des Anlegers überhaupt kein Schaden entstanden ist oder der entstandene Schaden wesentlich niedriger als die geltend gemachten Verzugszinsen und -schäden ist.
- Sämtliche Zahlungen, die an Anleger oder sonstige Berechtigte, z. B. auf Auslandskonten oder Fremdwährungskonten, geleistet werden, werden unter Abzug sämtlicher Gebühren zulasten des Empfängers geleistet (vgl. § 16 (5) des Gesellschaftsvertrages). Auch die eigenen Kosten des Geldverkehrs (Bearbeitungs- oder Bankgebühren) insbesondere für Überweisungen auf Auslandskonten oder Fremdwährungskonten hat der Anleger zu tragen. Die genauen Kosten können zum Zeitpunkt der Vertriebsanzeige nicht beziffert werden.
- Kosten für ggf. erforderliche Quellensteuermeldungen und Quellensteuerabführungen sind vom betreffenden Anleger zu tragen und werden von den Ausschüttungen an diesen Anleger abgezogen (vgl. §§ 14 (4) und 16 (7) des Gesellschaftsvertrages). Die genauen Kosten können zum Zeitpunkt der Vertriebsanzeige nicht beziffert werden.

- Im Falle der Verletzung der Informations- und Mitteilungspflichten aus den §§ 5 (5) und 26 (7) des Gesellschaftsvertrages können dem Anleger die mit dieser Pflichtverletzung verbundenen Kosten der Investmentgesellschaft in Rechnung gestellt werden. Die Kosten sind zum Zeitpunkt der Vertriebsanzeige nicht bezifferbar.
- Kosten, die der Investmentgesellschaft aus einer verspäteten Mitteilung der Sonderwerbungskosten durch den Gesellschafter entstehen (vgl. § 13 (2) des Gesellschaftsvertrages). Die genauen Kosten können zum Zeitpunkt der Vertriebsanzeige nicht beziffert werden.

Es können während der Laufzeit der Investmentgesellschaft zusätzliche Kosten bei den Anlegern entstehen. Dazu zählen Kosten bei vorzeitigem Ausscheiden, Kosten für die Einsichtnahme in die Handelsbücher und Papiere der Investmentgesellschaft, Kosten für Telefon, Internet, Porto und Überweisungen sowie die von den Anlegern ggf. zu tragenden Kosten für ihre eigene Steuer- und Rechtsberatung im Zusammenhang mit einer Beteiligung an der Investmentgesellschaft. Diese individuellen Kosten sind zum Zeitpunkt der Vertriebsanzeige nicht bezifferbar. Zudem hat der Anleger seine individuellen Steuern zu tragen.

Die einem Anleger, Erben oder Vermächtnisnehmer nach Maßgabe des Gesellschaftsvertrages in Rechnung gestellten Kosten, Ausgaben und Aufwendungen sowie ggf. geschuldete Verzugszinsen und -schäden können mit Ansprüchen des Anlegers, Erben oder Vermächtnisnehmers, z. B. auf Entnahmen (Ausschüttungen) oder Erhalt einer Abfindung, verrechnet werden.

4. VERGÜTUNGEN UND KOSTEN AUF EBENE VON ZIELFONDS UND ZWECKGESELLSCHAFT(EN)

4.1 VERGÜTUNGEN UND KOSTEN AUF EBENE VON ZIELFONDS

Die Investmentgesellschaft wird (ggf. mittelbar über eine oder mehrere Zweckgesellschaft(en)) in Beteiligungen an Zielfonds investieren. Auf Ebene der Zielfonds fallen Kosten, Gebühren und Vergütungen an, die wirtschaftlich anteilig entsprechend der wirtschaftlichen Beteiligungen der Investmentgesellschaft an den Zielfonds von der Investmentgesellschaft und damit von den Anlegern getragen werden. Da zum Zeitpunkt der Vertriebsanzeige die konkreten Zielfonds nicht feststehen, sind der Verwaltungsgesellschaft detaillierte Angaben zu der Art und zu der Höhe dieser Kosten auf Ebene der Zielfonds nicht möglich.

Im Allgemeinen erhalten die Gesellschaften, welche die Zielfonds verwalten und ggf. bei deren Investitionstätigkeit beraten, für ihre Managementtätigkeit eine laufende Managementvergütung, die i. d. R. unabhängig vom Ergebnis der Zielfonds von den Investoren der Zielfonds als prozentuale Größe ihrer gezeichneten Einlage aus dem Vermögen des jeweiligen Zielfonds zu zahlen ist. Auf Ebene der Zielfonds fallen neben der erwähnten laufenden Managementvergütung i. d. R. weitere, häufig ergebnis- oder liquiditätsverlaufsabhängige Vergütungen für die jeweilige Managementgesellschaft bzw. für mit dieser verbundene Personen oder Gesellschaften an. Auch können für bestimmte Ereignis-

nisse, beispielsweise die Veräußerung von durch die Zielfonds gehaltenen Investitionsgegenständen, gesonderte Gebühren entstehen.

Daneben entstehen Gebühren, Kosten und Steuern bei der Verwaltung eines einzelnen Zielfonds. Zu diesen können Buchführungskosten, Steuer- und Rechtsberatungskosten und Steuerzahlungen gehören. Auch ist es möglich, dass Zielfonds Vergütungen und Provisionen an Dritte oder die jeweilige Managementgesellschaft im Zusammenhang mit dem Erwerb von Investitionsgegenständen, beispielsweise für die Vermittlung von Investitionsmöglichkeiten oder Investoren, zahlen.

4.2 VERGÜTUNGEN UND KOSTEN AUF EBENE VON ZWECKGESELLSCHAFTEN

Auf der Ebene von Zweckgesellschaften entstehen Kosten für deren Errichtung und ihre Verwaltung sowie für die Erstellung, Prüfung und Bekanntmachung von Jahresabschlüssen der Zweckgesellschaften. Auch können Vergütungen für Organe und Geschäftsleiter einer Zweckgesellschaft anfallen.

Des Weiteren entstehen im Falle der mittelbaren Beteiligung an einem Zielfonds über eine Zweckgesellschaft auf Ebene der Zweckgesellschaft Transaktions- und Investitionskosten. Hierbei handelt es sich um Kosten, die neben dem eigentlichen Erwerbsspreis bzw. Investitionsbetrag anfallen, d. h. Kosten beim Erwerb einer Zielfonds-beteiligung, der Aufnahme als Gesellschafter in einen (ggf. noch zu gründenden) Zielfonds oder der Veräußerung einer Zielfonds-beteiligung (beispielsweise Kosten für die rechtliche und steuerliche Beratung und die externe Bewertung). Diese Kosten entstehen unabhängig vom tatsächlichen Zustandekommen der Transaktion bzw. Investition.

Diese Kosten einer Zweckgesellschaft sind zwar nicht unmittelbar von der Investmentgesellschaft zu tragen, sie belasten jedoch die Investmentgesellschaft entsprechend ihrer Beteiligung an der Zweckgesellschaft mittelbar.

4.3 GEBÜHRENERSTATTUNG UND -ANRECHNUNG BEI INVESTITIONEN IN WEALTHCAP ZIELGESELLSCHAFTEN

Beteiligt sich die Investmentgesellschaft direkt oder indirekt über eine Zweckgesellschaft an einem anderen Investmentvermögen, bei dem die Geschäftsführung oder die Verwaltung von der Verwaltungsgesellschaft, von der Wealth Management Capital Holding GmbH oder von einer Gesellschaft erbracht wird, an der die Wealth Management Capital Holding GmbH unmittelbar oder mittelbar eine Beteiligung hält (zusammen die „Wealthcap Gruppe“), oder bei dem die Geschäftsführung von einer Gesellschaft der Wealthcap Gruppe beratend unterstützt wird (nachfolgend als „Wealthcap Zielgesellschaft“ bezeichnet), so erstattet die Verwaltungsgesellschaft der Investmentgesellschaft die Gebühren bzw. Vergütungen für die Eigenkapitalvermittlung und die Konzeption und Strukturierung, die von der betreffenden Wealthcap Zielgesellschaft an eine Gesellschaft der Wealthcap Gruppe gezahlt wird, soweit sie rechnerisch auf die direkte oder indirekte Beteiligung der Investmentgesellschaft an der Wealthcap Zielgesellschaft entfällt. Die Erstattung ist jedoch der Höhe nach auf die Summe der gleichartigen von der Investmentgesell-

schaft an die Verwaltungsgesellschaft gezahlten jeweiligen Gebühren bzw. Vergütungen begrenzt, die auf das von der Investmentgesellschaft in die betreffende Wealthcap Zielgesellschaft investierte Kommanditkapital entfallen.

Beteiligt sich die Investmentgesellschaft direkt oder indirekt über eine Zweckgesellschaft an einer Wealthcap Zielgesellschaft, die laufende Geschäftsführungsvergütungen, Treuhandvergütungen oder Verwaltungs- oder Beratungsvergütungen an Gesellschaften der Wealthcap Gruppe leistet, werden diese Vergütungen insoweit auf die Vergütung der Verwaltungsgesellschaft nach § 7 Ziffer 3 lit. a) bis b) der Anlagebedingungen angerechnet, als sie auf die Beteiligung der Investmentgesellschaft an der betreffenden Wealthcap Zielgesellschaft entfallen. Ein ggf. verbleibender Anrechnungsüberhang ist durch die Verwaltungsgesellschaft zu erstatten.

5. OFFENLEGUNG

Im Jahresbericht wird der Betrag der Ausgabeaufschläge und Rücknahmeabschläge offengelegt, die der Investmentgesellschaft direkt oder indirekt über eine Zweckgesellschaft im jeweiligen Berichtszeitraum für den Erwerb und die Rücknahme von Anteilen und Aktien an Investmentvermögen berechnet worden sind. Zudem wird offengelegt, ob und in welcher Höhe der Investmentgesellschaft von der Verwaltungsgesellschaft selbst, einer anderen Verwaltungsgesellschaft (bzw. einem anderen Manager) oder einer Gesellschaft, mit der (bzw. dem) die Verwaltungsgesellschaft durch eine wesentliche unmittelbare oder mittelbare Beteiligung verbunden ist, eine Verwaltungsvergütung für die von der Investmentgesellschaft direkt oder indirekt über eine Zweckgesellschaft gehaltenen Anteile und Aktien an Investmentvermögen berechnet wurde. Beim Erwerb von Anteilen und Aktien an Investmentvermögen, die direkt oder indirekt von der Verwaltungsgesellschaft selbst oder einer anderen AIF-Investmentgesellschaft verwaltet werden, mit der die Verwaltungsgesellschaft durch eine wesentliche unmittelbare oder mittelbare Beteiligung verbunden ist, darf die Verwaltungsgesellschaft oder die andere AIF-Investmentgesellschaft für den Erwerb und die Rücknahme der Anteile keine Ausgabeaufschläge und Rücknahmeabschläge berechnen.

6. GESAMTKOSTENQUOTE

Im Jahresbericht werden die im Geschäftsjahr bei der Verwaltung der Investmentgesellschaft zulasten der Investmentgesellschaft angefallenen Kosten offengelegt und als Quote des durchschnittlichen Nettoinventarwertes ausgewiesen („Gesamtkostenquote“). Die Gesamtkostenquote basiert auf den Zahlen des vorangegangenen Geschäftsjahres und setzt sich zusammen aus der laufenden Vergütung der Verwaltungsgesellschaft für die Verwaltung der Investmentgesellschaft und der laufenden Vergütung für die Übernahme der Treuhandfunktion sowie der Vergütung der Komplementärin der Investmentgesellschaft für die Übernahme der persönlichen Haftung, der Vergütung für die Verwahrstelle und den weiteren Aufwendungen, die der Investmentgesell-

schaft zusätzlich belastet werden. Da die Investmentgesellschaft plangemäß einen erheblichen Anteil ihres Vermögens in andere Investmentvermögen anlegen wird, beinhaltet die Gesamtkostenquote der Investmentgesellschaft auch die laufenden Kosten, welche die Investmentgesellschaft als Anleger dieser Zielfonds zu tragen hat. Die Gesamtkostenquote umfasst nicht die Transaktionskosten der Investmentgesellschaft und nicht eine ggf. an die Verwaltungsgesellschaft gezahlte Transaktionsgebühr.

VII. Ermittlung und Verwendung der Erträge/Bewertungsregeln

1. ERMITTLUNG DER ERTRÄGE

Die Investmentgesellschaft ermittelt ihre Erträge (bzw. ihr Ergebnis) durch eine Gewinn- und Verlustrechnung nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches, des KAGB sowie der Kapitalanlage-Rechnungslegungs- und -Bewertungsverordnung.

Sie erzielt ordentliche Erträge aus Rückflüssen bzw. Gewinnzuweisungen aus den Beteiligungen an Zielfonds und ggf. Zweckgesellschaften (nachfolgend zusammen „Zielgesellschaften“ genannt) sowie aus der Anlage liquider Mittel in Wertpapieren, Geldmarktinstrumenten oder Bankguthaben. Die Rückflüsse aus Beteiligungen an Zielgesellschaften können sowohl aus der Veräußerung der von den Zielgesellschaften gehaltenen Beteiligungen an Gesellschaften bzw. Unternehmen und sonstigen Vermögensgegenständen als auch aus laufenden Einnahmen aus diesen Beteiligungen stammen. Rückflüsse aus den Beteiligungen an Zielgesellschaften können allerdings nach den gesetzlichen Gewinnermittlungsvorschriften auch als ergebnisneutrale Kapitalrückzahlungen zu behandeln sein, sodass Rückflüsse aus Zielgesellschaften nicht immer bzw. nicht immer in voller Höhe als ordentlicher Ertrag behandelt werden. Die ordentlichen Erträge verringern sich um die von der Investmentgesellschaft im jeweiligen Geschäftsjahr zu tragenden ordentlichen Aufwendungen.

Außerordentliche Erträge der Investmentgesellschaft können aus der Veräußerung von Beteiligungen an Zielgesellschaften durch die Investmentgesellschaft entstehen. Ein Gewinn oder Verlust aus der Veräußerung einer Beteiligung an einer Zielgesellschaft wird durch die Gegenüberstellung des Veräußerungserlöses einerseits und der Veräußerungskosten sowie des Buchwertes der betreffenden Beteiligung andererseits ermittelt. Der Buchwert einer Beteiligung ergibt sich aus den durch eventuelle Zu-/Abschreibungen und Kapitalrückzahlungen erhöhten/geminderten Anschaffungskosten der betreffenden Beteiligung.

Darüber hinaus kann die Investmentgesellschaft auch nicht realisierte Erträge und Aufwendungen aus sog. Zeitwertänderungen erzielen. Zeitwertänderungen ergeben sich aus Auf- oder Abwertungen der von der Investmentgesellschaft gehaltenen Beteiligungen an Zielgesellschaften im Rahmen der jährlich durchzuführenden Neubewertung dieser Beteiligungen sowie aus der Abschreibung von Anschaffungsnebenkosten solcher Beteiligungen.

2. VERWENDUNG DER ERTRÄGE

Aus Erträgen resultierende liquide Mittel, die nicht für die Erfüllung von Zahlungsverpflichtungen der Investmentgesellschaft (z. B. Kostendeckung, Einzahlungsverpflichtungen bei Zielgesellschaften oder Rückführung einer Zwischenfinanzierung oder anderer Fremdfinanzierungen) oder für zulässige Reinvestitionen

der Investmentgesellschaft (vgl. im Einzelnen Kapitel „Anteile“, Unterabschnitt „Ausschüttungen“) verwendet werden, werden nach Bildung einer angemessenen Liquiditätsreserve zur Sicherstellung einer ordnungsgemäßen Geschäftsführung an die Gesellschafter ausgeschüttet. Die Verwaltungsgesellschaft kann jedoch von der Ausschüttung absehen, wenn der zur Ausschüttung zur Verfügung stehende Betrag nicht mindestens 5 % des Kommanditkapitals der Investmentgesellschaft beträgt.

Nicht realisierte Erträge aus Zeitwertänderungen können nicht für Ausschüttungen herangezogen werden, da sie keinen Liquiditätszufluss der Investmentgesellschaft mit sich bringen.

Ausschüttungen erfolgen im Verhältnis der jeweiligen Kapitalkonten I ggf. einmal jährlich, letztmals vor der handelsrechtlichen Vollbeendigung der Investmentgesellschaft. Der Verwaltungsgesellschaft bleibt unbenommen, nach eigenem Ermessen eine Ausschüttung zu einem anderen Zeitpunkt zu beschließen.

Die Verwaltungsgesellschaft wird zudem unabhängig von der Ertragslage der Investmentgesellschaft weitere vorhandene Liquidität der Investmentgesellschaft (z. B. aus Kapitalrückzahlungen aus den Zielgesellschaften) an die Gesellschafter ausschütten. Weitere Einzelheiten zu den Ausschüttungen finden sich im Kapitel „Anteile“, Unterabschnitt „Ausschüttungen“, sowie in § 16 des Gesellschaftsvertrages.

3. BEWERTUNG

LAUFENDE BEWERTUNG DES GESELLSCHAFTSVERMÖGENS

Durch die Verwaltungsgesellschaft erfolgt gemäß § 272 Abs. 1 Satz 1 und Abs. 2 KAGB mindestens einmal jährlich zum 31.12. eines jeden Jahres eine Ermittlung des Nettoinventarwertes der Investmentgesellschaft und des von jedem Anleger gehaltenen Anteils an der Investmentgesellschaft auf Basis der Gesamtheit der Vermögensgegenstände der Investmentgesellschaft. Zudem nimmt die Verwaltungsgesellschaft eine neue Ermittlung des Nettoinventarwertes gemäß § 272 Abs. 1 Satz 2 und Abs. 2 KAGB bei Herabsetzung oder Erhöhung des Gesellschaftsvermögens vor. Eine Neubewertung des entsprechenden Vermögens ist auch dann durchzuführen, wenn eine zuletzt vorgenommene Bewertung nicht mehr fair bzw. ordnungsgemäß ist und/oder eine wesentliche Wertveränderung des Vermögenswertes angenommen wird.

Der Nettoinventarwert der Investmentgesellschaft ergibt sich aus der Summe der Verkehrswerte der gehaltenen Beteiligungen an Zielfonds und Zweckgesellschaften sowie aller weiteren Vermögensgegenstände der Investmentgesellschaft abzgl. der ggf. aufgenommenen Kredite, sonstigen Verbindlichkeiten und Rückstellungen der Investmentgesellschaft. Sofern neue Informationen den festgestellten Wert nachhaltig beeinflussen, ist die Berechnung entsprechend zu aktualisieren.

Der Nettoinventarwert des Anteils eines Anlegers entspricht dem Anteil an dem Nettoinventarwert der Investmentgesellschaft, der auf die Beteiligung des Anlegers entfällt.

Grundlage für die Bewertung der Beteiligungen sind die von den Zielfonds bzw. der betreffenden Zweckgesellschaft zum Bewertungsstichtag der Verwaltungsgesellschaft einzureichenden geprüften Vermögensaufstellungen.

Bankguthaben der Investmentgesellschaft werden zu ihrem Nennwert zum Bewertungsstichtag zzgl. zugeflossener Zinsen bewertet. Festgelder sind zum Verkehrswert zu bewerten, sofern das Festgeld kündbar ist und die Rückzahlung bei der Kündigung nicht zum Nennwert zzgl. Zinsen erfolgt. Wertpapiere und Geldmarktinstrumente, die einen Kurs haben, werden grundsätzlich auf Basis der zuletzt verfügbaren handelbaren Kurse bewertet. Bei Wertpapieren und Geldmarktinstrumenten, für die kein handelbarer Kurs verfügbar ist, ist der Verkehrswert, der bei sorgfältiger Einschätzung nach geeigneten Bewertungsmodellen unter Berücksichtigung der aktuellen Marktgegebenheiten angemessen ist, zugrunde zu legen.

Verbindlichkeiten sind mit Ihrem Rückzahlungsbetrag anzusetzen.

BEWERTUNG VOR DEM ERWERB VON VERMÖGENSGEGENSTÄNDEN DURCH DIE INVESTMENTGESELLSCHAFT

Investitionen in Zielgesellschaften dürfen von der Investmentgesellschaft nur getätigt werden, wenn der Wert der zu erwerbenden Beteiligungen vorab durch einen externen Bewerter ermittelt wurde. Übersteigt der Wert der geplanten Einzelinvestition den Betrag von 50 Mio. EUR, ist eine Bewertung durch zwei voneinander unabhängige externe Bewerter erforderlich. Die Verwaltungsgesellschaft wählt hierfür einen, bzw. sofern erforderlich zwei externe Bewerter aus.

Für die Auswahl der externen Bewerter gelten die Anforderungen des KAGB, der Delegierten Verordnung (EU) Nr. 231/2013 („Level-II-Verordnung“), die Regelungen der Bewertungsrichtlinie der Verwaltungsgesellschaft sowie sämtliche gesetzliche Anforderungen, welche die o. g. Gesetzestexte konkretisieren. Insbesondere die Qualifikation und Unabhängigkeit des Bewerter müssen sichergestellt sein.

Die Verwaltungsgesellschaft teilt die Bestellung der ausgewählten externen Bewerter den zuständigen Behörden vor der Beauftragung schriftlich mit.

Der externe Bewerter ermittelt den Wert der vorgesehenen Investition bei Erstbewertung und vor Erwerb der Beteiligung auf Grundlage des geprüften Jahresabschlusses der Zielgesellschaft bzw. der von der Zielgesellschaft eingereichten, vom Abschlussprüfer geprüften aktuellen Vermögensaufstellung. Der Wert der Beteiligung der Investmentgesellschaft an Zielgesellschaften leitet sich aus dem Nettoinventarwert ab, der aus der Vermögensaufstellung der Zielgesellschaft resultiert. Bei der Bewertung ist von dem letzten, mit Bestätigungsvermerk eines Abschlussprüfers versehenen Jahresabschluss oder, wenn der Jahresabschluss mehr als drei Monate vor dem Bewertungsstichtag liegt, in einer

vom Abschlussprüfer geprüften aktuellen Vermögensaufstellung auszugehen. Die Verwaltungsgesellschaft stellt dem externen Bewerter bzw. den externen Bewertern die für die Bewertung erforderlichen Unterlagen zur Verfügung.

Die Folgebewertung der Beteiligungen der Investmentgesellschaft an Zielgesellschaften nach Erstbewertung erfolgt grundsätzlich intern durch die Verwaltungsgesellschaft, mindestens einmal jährlich. Die Bewertungsmethodik unterscheidet sich nicht von dem oben dargestellten Vorgehen der externen Bewerter.

Die Verwaltungsgesellschaft nimmt eine Plausibilitätsprüfung der externen und internen Bewertungsergebnisse vor. Sofern nach positiver Plausibilitätsprüfung und vor der Investition in die jeweilige Zielgesellschaft neue Informationen vorliegen, die den festgestellten Wert nachhaltig beeinflussen, ist die Bewertung entsprechend zu aktualisieren.

VIII. Bedeutsame Steuervorschriften

1. ALLGEMEINE HINWEISE

Die nachfolgende Darstellung der für eine Beteiligung an der Investmentgesellschaft bedeutsamen Steuervorschriften bezieht sich auf die zum Zeitpunkt der Vertriebsanzeige geltende Rechtslage, die sich aus den zu diesem Zeitpunkt gültigen Steuergesetzen, veröffentlichten Verwaltungsanweisungen und Gerichtsentscheidungen ergibt. Hierbei bleiben zum Zeitpunkt der Vertriebsanzeige diskutierte Änderungen von Steuergesetzen oder Verwaltungsanweisungen sowie nicht veröffentlichte Verwaltungsanweisungen oder Gerichtsurteile unberücksichtigt.

Die nachfolgenden Ausführungen beschränken sich auf die Darstellung der steuerlichen Auswirkungen einer Beteiligung an der Investmentgesellschaft durch eine in Deutschland unbeschränkt steuerpflichtige natürliche Person, die ihre Beteiligung an der Investmentgesellschaft im Privatvermögen hält. Kirchensteuerliche Auswirkungen der Beteiligung und die steuerlichen Auswirkungen einer Vererbung oder Schenkung der Beteiligung an der Investmentgesellschaft werden in der nachfolgenden Darstellung nicht berücksichtigt. Weiterhin geht die nachfolgende Beschreibung davon aus, dass der Anleger seine Beteiligung in vollem Umfang aus Eigenmitteln finanziert.

Die nachfolgenden Erläuterungen können eine konkrete Rechts- oder Steuerberatung des Anlegers nicht ersetzen und stellen eine solche auch nicht dar. Jedem Anleger wird geraten, sich vor einem Beitritt zur Investmentgesellschaft durch einen mit der persönlichen Situation des Anlegers vertrauten steuerlichen Berater über die individuellen steuerlichen Auswirkungen einer Beteiligung an der Investmentgesellschaft und ggf. ihrer Vererbung oder Schenkung ausführlich beraten zu lassen. Dies gilt im besonderen Maße für Anleger, deren Beitritt aufgrund einer Ausnahmeregelung nach § 5 (2) oder (4) des Gesellschaftsvertrages – beispielsweise öffentlich-rechtliche Körperschaften des deutschen Rechts, gemeinnützige private und öffentlich-rechtliche Stiftungen deutschen Rechts, Kirchen und anerkannte Religions- oder Weltanschauungsgemeinschaften – zugelassen wird.

Es gibt keine Gewähr dafür, dass die zum Zeitpunkt der Vertriebsanzeige geltenden Steuergesetze und steuerlichen Verwaltungsanordnungen bis zum Ende der Laufzeit der Investmentgesellschaft in unveränderter Form fortbestehen oder die Finanzverwaltung der Rechtsauffassung der Verwaltungsgesellschaft in allen Punkten vollumfänglich folgt. Die mit diesem Umstand zusammenhängenden Risiken sind im Kapitel „Die Investmentgesellschaft“, Unterabschnitt „Steuerrisiken“ dargestellt.

Eine endgültige Anerkennung der steuerlichen Wirkungen erfolgt i.d.R. frühestens nach Abschluss der Betriebsprüfung für den betreffenden Veranlagungszeitraum.

2. EINKOMMENSTEUERLICHE BEHANDLUNG DER INVESTMENTGESELLSCHAFT

2.1 TRANSPARENTE PERSONENGESELLSCHAFT

Als Personengesellschaft deutschen Rechts ist die Investmentgesellschaft für einkommensteuerliche Zwecke transparent. Die Investmentgesellschaft ist kein Subjekt der Einkommensteuer. Lediglich für die Ermittlung der Einkünfte wird auf die Investmentgesellschaft selbst abgestellt. Besteuert werden vielmehr die Anleger mit ihren von der Investmentgesellschaft bezogenen Einkünften. Dafür werden die Einkünfte der Investmentgesellschaft den Anlegern – und damit auch den Treugebern – für Zwecke der Einkommensteuer im Umfang ihrer jeweiligen (ggf. mittelbaren) Beteiligung zugerechnet und bei diesen steuerlich erfasst. Die Einordnung der durch die Investmentgesellschaft erzielten Einkünfte innerhalb des Katalogs der Einkunftsarten des Einkommensteuerrechts ist auch für den einzelnen Anleger maßgebend. Die Zurechnung der Einkünfte erfolgt hierbei unabhängig von Ausschüttungen oder Entnahmen.

Die Investmentgesellschaft strebt ein positives Totalergebnis an. Es besteht die Absicht, Gewinn zu erzielen, weshalb das durch die Beteiligung an der Investmentgesellschaft erzielte Ergebnis aus Sicht der Verwaltungsgesellschaft grundsätzlich steuerlich zu berücksichtigen ist.

2.2 GEWERBLICHE MITUNTERNEHMERSCHAFT

Die Investmentgesellschaft wird nach Einschätzung der Verwaltungsgesellschaft als gewerbliche Mitunternehmerschaft – in Abgrenzung von einer vermögensverwaltenden Personengesellschaft – zu qualifizieren sein. Zwar wird die Investmentgesellschaft selbst keine gewerbliche Tätigkeit ausüben, jedoch ergibt sich ihre Qualifikation als Mitunternehmerschaft bereits aus ihrer gewerblichen Prägung bzw. aus ihrer gewerblichen Infektion.

Eine gewerbliche Tätigkeit ist eine selbstständige nachhaltige Betätigung mit Gewinnerzielungsabsicht, die sich als Beteiligung am allgemeinen wirtschaftlichen Verkehr darstellt und den Rahmen privater Vermögensverwaltung überschreitet. Dabei ist bei der Beurteilung jeweils auf das Gesamtbild der Verhältnisse und auf die Verkehrsanschauung abzustellen (BFH, BStBl. II 2001, 809; BFH, BStBl. II 2004, 408). Nach Auffassung der Finanzrechtsprechung ist die Grenze von der privaten Vermögensverwaltung zum Gewerbebetrieb überschritten, wenn nach dem Gesamtbild der Betätigung die Ausnutzung substanzialer Vermögenswerte durch Umschichtung gegenüber der Nutzung von Vermögen im Sinne einer Fruchtziehung aus zu erhaltenden Substanzwerten entscheidend in den Vordergrund tritt (BFH, BStBl. II 1995, 617). Dabei orientiert sich die Rechtsprechung an einer Reihe von Indizien, die dem „Bild des Gewerbebetriebs“ als dem marktmäßigen Umschlag erheblicher Sachwerte sowie der gewerblichen Produktion entlehnt sind. Die Investmentgesellschaft wird sich als passive Investorin direkt oder indirekt an mehreren Zielfonds beteiligen. Die geplante Tätigkeit der Investmentgesellschaft

wird sich also auf das Halten und Verwalten von Beteiligungen an Zielfonds beschränken und damit nach Dafürhalten der Verwaltungsgesellschaft nicht die Grenze von der privaten Vermögensverwaltung zum Gewerbebetrieb überschreiten.

Die Investmentgesellschaft ist jedoch bereits deshalb als gewerbliche Mitunternehmerschaft anzusehen, weil sie gewerblich geprägt ist. Wie in § 15 Abs. 3 Nr. 2 Satz 1 Einkommensteuergesetz („EStG“) hierfür vorausgesetzt, ist ausschließlich die als Kapitalgesellschaft ausgestaltete Komplementärin als Geschäftsführerin der Investmentgesellschaft berufen. Daran ändert nach Auffassung der Verwaltungsgesellschaft auch die Bestellung der Verwaltungsgesellschaft als Kapitalverwaltungsgesellschaft i.S.d. KAGB nichts. Denn die schuldrechtliche Beauftragung zur Übernahme einer Geschäftsbesorgung, deren Umfang sich an den Geschäftsführungsaufgaben der Komplementärin orientiert, ändert nichts an deren organschaftlicher Stellung und hat daher keine steuerliche Entprägung der Investmentgesellschaft zur Folge.

Läge keine gewerbliche Prägung vor, so würde dies im Ergebnis keinen Unterschied machen, da dann die Investmentgesellschaft gewerblich infiziert wäre. Eine gewerbliche Infektion liegt vor, wenn sich die Investmentgesellschaft an einer oder mehreren gewerblich tätigen oder gewerblich geprägten Personengesellschaften beteiligt (§ 15 Abs. 3 Nr. 1 Fall 2 EStG). Zum einen sind häufig ausländische Zielfonds in Gestalt von Personengesellschaften gewerblich geprägt oder gewerblich tätig. Zum anderen wird sich die Investmentgesellschaft – den Planungen der Verwaltungsgesellschaft zum Zeitpunkt der Vertriebsanzeige entsprechend – indirekt über eine Zweckgesellschaft in Gestalt einer transparenten Personengesellschaft, die plangemäß ebenfalls gewerblich geprägt sein soll, an den Zielfonds beteiligen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass sich diese gewerbliche Infektion nicht nur auf die Beteiligung an der betreffenden Personengesellschaft beschränkt, sondern das gesamte Beteiligungsportfolio der Investmentgesellschaft erfassen wird.

2.3 INDIREKTE INVESTITION ÜBER EINE ZWECKGESELLSCHAFT

Sollte die Investmentgesellschaft plangemäß eine oder mehrere Zielfondsbeteiligungen nicht direkt, sondern indirekt über eine Zweckgesellschaft in Gestalt einer transparenten Personengesellschaft erwerben, so hat dies im Ergebnis keinen Einfluss auf die einkommensteuerliche Behandlung der Investmentgesellschaft und ihrer Anleger.

2.4 LAUFENDE GEWINNMITTLUNG AUF EBENE DER INVESTMENTGESELLSCHAFT

2.4.1 Betriebsvermögensvergleich

Die Investmentgesellschaft ermittelt ihren laufenden Gewinn durch Betriebsvermögensvergleich (§§ 4, 5 EStG). Soweit es sich bei den Zielfonds um transparente Personengesellschaften oder sonstige transparente Vehikel handelt, stellen zum einen mittelbar über die Beteiligung an den Zielfonds vereinnahmte Dividenden und sonstige Gewinnausschüttungen von Portfoliounternehmen sowie die Erlöse aus den Veräußerungen von Beteiligungen an Portfoliounternehmen durch den oder die transparenten Zielfonds Betriebseinnahmen der Investmentgesellschaft dar. Zum anderen wird die Investmentgesellschaft ggf. unmittelbar oder

mittelbar über solche transparenten Zielfonds Zinseinnahmen erzielen. Sollten an den Zielfonds jeweils neben der Investmentgesellschaft in Deutschland unbeschränkt Steuerpflichtige beteiligt sein, werden die Ergebnisse der Zielfonds gesondert und einheitlich festgestellt und der Investmentgesellschaft anteilig zugerechnet (BFH, BFH/NV 2011, 698).

Soweit sich die Investmentgesellschaft an Zielfonds beteiligt, die aus Sicht des deutschen Steuerrechts weder als Personengesellschaft noch als vergleichbare ausländische Rechtsform qualifizieren (sog. Investmentfonds i.S.d. ab dem 1. Januar 2018 geltenden Investmentsteuergesetzes, nachfolgend als „Investmentfonds“ bezeichnet), erzielt die Investmentgesellschaft Betriebseinnahmen in Gestalt von Investorserträgen. Als Investorserträge kommen hierbei Ausschüttungen, Vorabpauschalen, Gewinne aus der Veräußerung und Rückgabe der Zielfondsanteile sowie Erträge aus der Abwicklung solcher Zielfonds in Betracht.

Die Besteuerung der sog. Vorabpauschale führt zu einer Besteuerung unabhängig von einem Liquiditätszufluss. Die Vorabpauschale ist der Betrag, um den die Ausschüttungen eines Investmentfonds innerhalb eines Kalenderjahres einen sog. Basisertrag unterschreiten. Dieser Basisertrag entspricht 70 % des Betrages, der sich ergibt, wenn man den vom Bundesministerium für Finanzen einmal jährlich veröffentlichten Basiszinssatz im Sinne von § 203 Abs. 2 des Bewertungsgesetzes mit dem Rücknahmepreis bzw. dem Börsen- oder Marktpreis des Fondsanteils zu Beginn des Kalenderjahres multipliziert, wobei der Basisertrag auf den Betrag einer eventuellen Erhöhung des Rücknahmepreises bzw. Börsen- oder Marktpreises zzgl. der vorgenommenen Ausschüttungen bis zum Ende dieses Kalenderjahres begrenzt ist.

Darüber hinaus ist zu beachten, dass nach dem künftigen Recht sämtliche Ausschüttungen eines solchen Investmentfonds steuerlich zu erfassen sein werden, also einschließlich des von der Investmentgesellschaft in den Zielfonds eingezahlten Eigenkapitals.

Die Investmentgesellschaft wird ihre Handelsbilanz und ihre Steuerbilanz entsprechend der gesetzlichen Vorgaben in Euro aufstellen. Fremdwährungsforderungen und -verbindlichkeiten sind zum Abschlussstichtag in Euro umzurechnen. Werden laufende Erträge bzw. Aufwendungen von der Investmentgesellschaft bzw. von den Zielfonds in einer anderen Währung als Euro vereinnahmt bzw. getätigt, sind die Einnahmen am Tag der Vereinnahmung bzw. die Aufwendungen am Tag der Tätigkeit zum Tageskurs in Euro umzurechnen. Durch Wechselkursänderungen verursachte Gewinne und Verluste im Betriebsvermögen der Investmentgesellschaft gehören daher im vollen Umfang zu den gewerblichen Einkünften der Anleger.

2.4.2 Betriebsausgabenabzug

Die laufenden Aufwendungen für das Halten und Verwalten der von der Investmentgesellschaft gehaltenen Beteiligung an einem oder mehreren Zielfonds sind im Grundsatz als Betriebsausgaben anzusetzen. Allerdings sind nach der im sog. Fünften Bauherrenenerlass vom 20.10.2003 (BME, IV C 3 – S 2253 a – 48/03, BStBl. I 2003, 546) niedergelegten Auffassung der Finanzverwaltung die Anlaufkosten der Investmentgesellschaft, wie z.B. die

Vergütung für die Eigenkapitalvermittlung und die Konzeptionsvergütung, nicht als sofort abzugsfähige Betriebsausgaben zu beurteilen, sondern anteilig auf die Zielfondsbeteiligungen als Anschaffungskosten zu aktivieren.

Soweit die Investmentgesellschaft keine umfangreicheren Fremdmittel langfristig aufnimmt, sodass keine größeren Zinsaufwendungen entstehen, sollten die Regelungen über die Zinsschranke (vgl. § 4h EStG) nicht eingreifen (vgl. das Kapitel „Die Investmentgesellschaft“, Abschnitt „Umstände unter denen Fremdkapital eingesetzt werden kann, sowie Belastungen und Handhabung von Sicherheiten“). Auch der Investmentgesellschaft aus ihren eventuellen Beteiligungen an vermögensverwaltenden Zielfonds zuzurechnende Zinsaufwendungen sollten nach den Erwartungen der Verwaltungsgesellschaft die Freigrenze des § 4h Abs. 2 lit. a) EStG von jährlich 3 Mio. EUR nicht erreichen. Die Zinsschrankenregelung könnte zudem auch auf einen gewerblichen Zielfonds Anwendung finden, wobei dies zum Zeitpunkt des Platzierungsbeginns nicht beurteilt werden kann, da die konkreten Zielfonds noch nicht feststehen.

Sollte die Investmentgesellschaft in größerem Umfang Zinsen zahlen bzw. zugerechnet erhalten, könnte deren steuerlicher Abzug durch die Regelungen der Zinsschranke ganz oder teilweise gehindert sein. Eine solche Zinsbelastung könnte sich z. B. aus der Zwischenfinanzierung des Erwerbs von Zielfondsbeteiligungen oder aus einer Überbrückung von Liquiditätsengpässen ergeben (vgl. das Kapitel „Die Investmentgesellschaft“, Abschnitt „Umstände unter denen Fremdkapital eingesetzt werden kann sowie Belastungen und Handhabung von Sicherheiten“).

2.4.3 Gewinnzuweisung

Der laufende Gewinn wird dem Anleger entsprechend seiner Beteiligungsquote, nach Berücksichtigung seiner ggf. angefallenen individuellen Sonderbetriebseinnahmen und Sonderbetriebsausgaben, vom Betriebsstättenfinanzamt der Investmentgesellschaft zugewiesen. Die in § 15 (1) des Gesellschaftsvertrages festgelegte Gleichstellungsklausel bei der Ergebnisverteilung, die bewirkt, dass die Anleger unabhängig vom Beitrittszeitpunkt bei der Gewinnverteilung über die Laufzeit der Investmentgesellschaft – soweit steuerrechtlich zulässig – gleichgestellt werden, ist nach Ansicht der Verwaltungsgesellschaft steuerrechtlich ebenfalls zu berücksichtigen. Nach der ständigen Rechtsprechung der Finanzgerichte (BFH, BStBl. II 1984, 53; BFH, BStBl. II 1987, 558; FG Berlin, EFG 2003 779) ist eine solche Gewinnverteilungsabrede anzuerkennen, soweit es sich weder um eine mit Rückwirkung versehene Gewinnverteilungsabrede noch um eine Rückbeziehung der Eintrittsvereinbarung handelt sowie auch keine außerbetriebliche Veranlassung und kein Rechtsmissbrauch vorliegen. § 15 (1) des Gesellschaftsvertrages entfaltet ausschließlich Wirkungen für die in Zukunft beitretenden Anleger. Mit der Gleichstellungsklausel ist weder eine Rückwirkung auf einen Zeitpunkt vor dem Beitritt des Anlegers verbunden, noch wird der Beitritt eines Anlegers auf einen Zeitpunkt vorverlegt, zu dem er noch nicht stattgefunden hatte. Auch hat der Bundesfinanzhof („BFH“) eine außerbetriebliche Veranlassung sowie einen Rechtsmissbrauch im Umfeld von Kapitalerhöhungen verneint, wenn die Altgesellschafter auf Verlustzuwei-

sungen zugunsten neuer Gesellschafter verzichten, um so einen Anreiz zur Zuführung neuen Kapitals zu schaffen (BFH, BStBl. II 1987, 558).

3. GEWERBESTEUER

Die Investmentgesellschaft unterliegt als ein im Inland betriebener stehender Gewerbebetrieb nach § 2 Abs. 1 Gewerbesteuergesetz („GewStG“) der Gewerbesteuer. Die Höhe der von der Investmentgesellschaft zu zahlenden Gewerbesteuer hängt zum einen von dem von der Investmentgesellschaft erzielten Gewerbeertrag und zum anderen vom Hebesatz der Gemeinde ab, in der die Investmentgesellschaft eine Betriebsstätte unterhält.

3.1 ERMITTLUNG DES GEWERBEERTRAGES AUF EBENE DER INVESTMENTGESELLSCHAFT

Der Gewerbeertrag entspricht gemäß § 7 Satz 1 GewStG dem nach den Vorschriften des EStG ermittelten Gewinn, vermehrt um Hinzurechnungen nach § 8 GewStG und vermindert um Kürzungen nach § 9 GewStG. Dabei gelten nach der Rechtsprechung des BFH (BFH, BStBl. II 2000, 399) für die zu Gewerbesteuerzwecken durchzuführende Gewinnermittlung prinzipiell dieselben Grundsätze wie bei der einkommensteuerrechtlichen Gewinnermittlung. Insoweit kann auf die Ausführungen im obenstehenden Unterabschnitt „Betriebsvermögensvergleich“ verwiesen werden.

Gemäß § 9 Nr. 2 GewStG ist der Gewerbeertrag um die Anteile am Gewinn einer in- oder ausländischen offenen Handelsgesellschaft, einer Kommanditgesellschaft oder einer anderen Gesellschaft, bei der die Gesellschafter als Unternehmer (Mitunternehmer) des Gewerbebetriebs anzusehen sind, zu kürzen, wenn die Gewinnanteile bei Ermittlung des Gewinns angesetzt worden sind. Anteile am Gewinn aus der Beteiligung an einem oder mehreren Zielfonds in Gestalt von Mitunternehmerschaften sind somit von der Bemessungsgrundlage für die Gewerbesteuer auszunehmen. Gleiches gilt gemäß § 8 Nr. 8 GewStG für die Verluste aus der Beteiligung an solchen Zielfonds. Diese Kürzung kommt hingegen nicht in Bezug auf die Anteile des Gewerbeertrags in Betracht, die aus der Beteiligung an Zielfonds in Gestalt von vermögensverwaltenden Personengesellschaften oder in Gestalt von Investmentfonds i. S. d. InvStG 2018 stammen. Die gewerbesteuerlichen Besonderheiten im Zusammenhang mit Hinzurechnungsbeträgen und passiven Einkünften sind im Unterabschnitt „Außensteuergesetz“ dargestellt.

Erzielt die Investmentgesellschaft über die Beteiligung an einem Zielfonds in Gestalt einer vermögensverwaltenden Personengesellschaft Einnahmen aus der Veräußerung von Kapitalgesellschaftsanteilen, sind die Vorschriften über das Teileinkünfteverfahren (siehe hierzu unten im Unterabschnitt „Besteuerung der laufenden Einkünfte“) nach § 7 Satz 4 GewStG auf die Ermittlung der gewerbesteuerlichen Bemessungsgrundlage grundsätzlich entsprechend anzuwenden. Da fast ausschließlich natürliche Personen an der Investmentgesellschaft beteiligt sein werden, bedeutet dies, dass nur ca. 60 % dieser Veräußerungsgewinne gewerbesteuerlich zu erfassen sind.

Das Teileinkünfteverfahren gilt jedoch nicht für Erträge aus der Beteiligung an und Gewinne aus der Veräußerung oder Rückgabe von Anteilen an Investmentfonds i. S. d. InvStG 2018. Auch geht die Verwaltungsgesellschaft zum Zeitpunkt der Vertriebsanzeige davon aus, dass eine Teilfreistellung der Erträge i. S. d. § 20 InvStG 2018 nicht möglich sein wird (vgl. hierzu im Einzelnen den Unterabschnitt „Besteuerung der laufenden Erträge“).

Im Falle von Zielfonds in Gestalt gewerblicher Personengesellschaften kommt es auf die Anwendbarkeit des Teileinkünfteverfahrens nicht an, da hier, wie erwähnt, der gesamte Gewinnanteil aus der Beteiligung an dieser anderen Mitunternehmerschaft vom gewerbsteuerlichen Ergebnis der Investmentgesellschaft zu kürzen ist.

Von der Investmentgesellschaft über Zielfonds in Gestalt vermögensverwaltender Personengesellschaften bezogene Dividendeneinnahmen unterliegen i. d. R. im vollen Umfang der Gewerbesteuer, da die Investmentgesellschaft die für eine gewerbsteuerliche Kürzung nach § 9 Nr. 2a GewStG erforderliche Beteiligungshöhe von durchgerechnet 15 % an der ausschüttenden Kapitalgesellschaft prognosegemäß nicht erreichen wird. Da unabhängig davon im Falle ausländischer Dividendeneinnahmen für eine Gewerbesteuerfreiheit nach § 9 Nr. 7 bzw. 8 GewStG noch weitere Voraussetzungen erfüllt sein müssen, ist von einer Gewerbesteuerpflicht auszugehen.

Nach § 8 Nr. 1 lit. a) Satz 1 GewStG wird ein Viertel der Zinsaufwendungen (einschließlich der Zinsaufwendungen in Gestalt von Sonderbetriebsausgaben der Gesellschafter), die den Gewerbeertrag gemindert haben, dem Gewerbeertrag hinzugerechnet, soweit diese einen Betrag von 100.000 EUR übersteigen.

Wurde der Gewerbeertrag durch Sondervergütungen für Gesellschafter gemindert, führt § 15 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 Satz 1 a. E. EStG dazu, dass solche Sondervergütungen den nach den einkommensteuerrechtlichen Grundsätzen ermittelten Gewinn der Gesellschaft und damit nach der Rechtsprechung des BFH (BFH (GrS), BStBl. II 1993, 616) auch deren Gewerbeertrag erhöhen. Nach dieser Regelung ist u. a. jede Vergütung, die ein Gesellschafter unabhängig vom Gewinn von der Gesellschaft für seine Tätigkeit im Dienste der Gesellschaft erhält, eine Sondervergütung. Damit sind die an die Komplementärin von der Investmentgesellschaft unabhängig vom Ergebnis zu leistende einmalige Haftungsvergütung sowie die jährliche, an die Verwaltungsgesellschaft zu zahlende Treuhandvergütung als Sondervergütungen gemäß § 15 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 Satz 1 a. E. EStG anzusehen. Dies gilt nach Ansicht der Verwaltungsgesellschaft auch für die gemäß den Anlagebedingungen der Investmentgesellschaft an die Verwaltungsgesellschaft zu zahlende laufende Haftungsvergütung sowie die Transaktionsvergütung und die erfolgsabhängige Vergütung. Die Regelung hat zur Folge, dass derartige Aufwendungen den Gewerbeertrag und damit die gewerbsteuerliche Bemessungsgrundlage entsprechend erhöhen. Allerdings ist die Haftungsvergütung der Komplementärin nach Ansicht der Verwaltungsgesellschaft über die Laufzeit der Investmentgesellschaft abzugrenzen.

Auch Gewinne aus der Veräußerung von Anteilen an der Investmentgesellschaft durch einen Anleger und ein Aufgabegewinn, der im Zusammenhang mit der Auflösung der Investmentgesellschaft entsteht, können auf Ebene der Investmentgesellschaft selbst gewerbsteuerpflichtig sein (§ 7 Satz 2 GewStG). Gewinne oder Verluste aus der Veräußerung des gesamten Anteils eines Anlegers an der Investmentgesellschaft sowie aus der Auflösung der Investmentgesellschaft gehören aber nicht zum Gewerbeertrag, soweit sie auf eine natürliche Person als unmittelbar beteiligten Mitunternehmer entfallen (§ 7 Satz 2 2. Halbsatz GewStG). Dem sollte nach Ansicht der Verwaltungsgesellschaft auch nicht entgegenstehen, dass sich die Anleger an der Investmentgesellschaft über die Treuhandkommanditistin als Treugeber beteiligen. Insoweit sollte die unmittelbare steuerrechtliche Zurechnung der Mitunternehmerstellung zu den Treuhandkommanditisten maßgebend sein, da auch in § 7 Satz 2 GewStG auf den steuerrechtlichen Begriff der Mitunternehmerschaft abgestellt wird.

Die dargestellte Gewerbesteuerfreiheit der Veräußerungsgewinne wird aus Sicht der Verwaltungsgesellschaft zudem auch nicht dadurch in Frage gestellt, dass in der Veräußerung bzw. Aufgabe eines Mitunternehmeranteils an der Investmentgesellschaft zugleich eine mittelbare Veräußerung bzw. Aufgabe eines Mitunternehmensanteils an einem gewerblichen Zielfonds bzw. an einer zwischengeschalteten Personengesellschaft gesehen werden könnte, für welche die Ausnahme des § 7 Satz 2 2. Halbsatz GewStG nicht gelten würde. Denn zumindest für Zwecke der Gewerbesteuer entsteht ein Veräußerungsgewinn nur auf Ebene der Investmentgesellschaft. Diese Sichtweise wird auch durch Richtlinie 7.1 (3) Satz 5 der Gewerbesteuerrichtlinien 2009 (nachfolgend als „GwStR“ bezeichnet) getragen, indem an dieser Stelle die Veräußerung eines Mitunternehmeranteils an einer doppelstöckigen Personengesellschaft als einheitlicher Veräußerungsvorgang bezeichnet wird.

Ergibt sich bei der Ermittlung des Gewerbeertrages ein Verlust, wird dieser gemäß § 10a Satz 6 GewStG gesondert festgestellt. § 10a Satz 4 GewStG bestimmt insoweit, dass der Bezugspunkt der Verlustfeststellung und auch der Verlustverrechnung jeweils der einzelne Mitunternehmer, also der einzelne Anleger ist. Daher wird der vortragsfähige Fehlbetrag der Investmentgesellschaft entsprechend dem Gewinnverteilungsschlüssel des Verlustentstehungsjahres unter den Anlegern verteilt. Für den Aufteilungsmaßstab bleiben Vorabgewinnanteile unberücksichtigt. Der so festgestellte Fehlbetrag kann nach Maßgabe des § 10a Satz 1 und 2 GewStG in den Folgejahren von einem entstehenden Gewerbeertrag abgezogen werden. Allerdings ist insoweit zu beachten, dass für die gesamte Investmentgesellschaft jährlich lediglich ein Betrag von 1 Mio. EUR unbeschränkt abgezogen werden kann. Der danach verbleibende Gewerbeertrag in dem betreffenden Jahr kann lediglich bis zu 60 % um vorzutragende Fehlbeträge verringert werden (sog. Mindestbesteuerung). Diese Regelung bewirkt, dass trotz vortragsfähiger Fehlbeträge 40 % des 1 Mio. EUR übersteigenden Gewerbeertrages der Gewerbesteuer unterworfen werden.

Ein Wechsel oder das Ausscheiden eines Gesellschafters führt, unabhängig davon, ob dieser entgeltlich oder unentgeltlich oder von Todes wegen erfolgt, zu einem Verlust des für diesen Gesellschafter gesondert festgestellten Fehlbetrages (R 10a.3 (3) Satz 1 und 3 sowie Satz 9 Nr. 1 bis 3 GewStR). Zudem folgt aus der in § 10a Satz 4 und 5 GewStG festgeschriebenen gesellschafterbezogenen Berechnung des Verlustausgleiches, dass der Gewerbeertrag, der auf den neu eingetretenen Anleger entfällt, nicht mit den Verlustvorträgen der übrigen Anleger ausgeglichen werden kann.

3.2 BERECHNUNG DER GWERBESTEUER

Aus einem nach den beschriebenen Kürzungen und Hinzurechnungen verbleibenden Gewerbeertrag ist in einem zweiten Schritt der Gewerbesteuermessbetrag zu ermitteln. Dazu ist der Gewerbeertrag zuerst auf volle 100 EUR nach unten abzurunden und, da es sich bei der Investmentgesellschaft um eine Personengesellschaft handelt, nach § 11 Abs. 1 Satz 3 Nr. 1 GewStG um einen Freibetrag von 24.500 EUR, höchstens jedoch um den abgerundeten Gewerbeertrag, zu kürzen. Auf den danach verbleibenden Betrag ist nach § 11 Abs. 2 Nr. 1 GewStG die Steuermesszahl anzuwenden. Diese beträgt nach § 11 Abs. 2 GewStG 3,5 %.

Die tatsächlich von der Investmentgesellschaft zu leistende Gewerbesteuer ergibt sich gemäß § 16 Abs. 1 GewStG aus der Multiplikation des Gewerbesteuer-Messbetrages mit dem Hebesatz der Gemeinde, in der die Investmentgesellschaft ihre einzige Betriebsstätte hat. Zum Zeitpunkt der Vertriebsanzeige hat die Investmentgesellschaft ihre Betriebsstätte in Grünwald. Dort beträgt der Gewerbesteuerhebesatz zum Zeitpunkt der Vertriebsanzeige 240 %.

3.3 INDIREKTE INVESTITION ÜBER EINE ZWECGESELLSCHAFT

Sollte die Investmentgesellschaft – entsprechend den Planungen der Verwaltungsgesellschaft zum Zeitpunkt der Vertriebsanzeige – eine oder mehrere Zielfondsbeiträge nicht direkt, sondern indirekt über eine transparente Personengesellschaft als Zweckgesellschaft erwerben, so gelten die vorstehenden Ausführungen für die gewerbesteuerliche Behandlung der Zweckgesellschaft entsprechend, wenn es sich bei ihr plangemäß um eine inländische gewerbliche Personengesellschaft handelt. In diesem Fall bewirkt die erwähnte Kürzungsregelung des § 9 Nr. 2 GewStG, dass der Gewerbeertrag der Investmentgesellschaft um ihren Anteil am Gewinn der gewerblichen Zweckgesellschaft zu kürzen ist.

4. BESTEUERUNG DES ANLEGRERS

4.1 DER ANLEGER ALS MITUNTERNEHMER

Der Anleger erzielt, unabhängig davon, ob er sich als Treugeber an der Investmentgesellschaft beteiligt oder seine Treugeberbeteiligung in eine Direktbeteiligung umwandelt, gewerbliche Einkünfte als Mitunternehmer im Sinne von § 15 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 EStG. Nach § 39 Abs. 2 Nr. 1 und Nr. 2 AO wird die von der Verwaltungsgesellschaft für den Treugeber treuhänderisch gehaltene Kommanditbeteiligung an der Investmentgesellschaft dem Treugeber als wirtschaftlich Berechtigtem zugerechnet. Der zuge-

rechnete Anteil entspricht der Beteiligungsquote des Treugebers am gesamten Kommanditkapital der Investmentgesellschaft. Die von der Finanzverwaltung in einem Schreiben des Bundesministeriums für Finanzen vom 01.09.1994 (BMF, IV B 3 – S 2253 a – 15/94, BStBl. I 1994, 604) festgelegten Grundsätze für die vertragliche Ausgestaltung eines Treuhandvertrages sind nach Ansicht der Verwaltungsgesellschaft in dem in Kapitel „Treuhandvertrag“ beigefügten Treuhandvertrag erfüllt.

Nach der Rechtsprechung des BFH (BFH, BStBl. II 1993, 616) und der Auffassung der Finanzverwaltung ist Mitunternehmer, wer aufgrund eines zivilrechtlichen Gesellschafterverhältnisses oder wirtschaftlich vergleichbaren Gemeinschaftsverhältnisses zusammen mit anderen Personen in einer Personengesellschaft unternehmerische Initiative entfalten kann und ein unternehmerisches Risiko trägt. Dabei können die Mitunternehmerinitiative und das Mitunternehmerisiko im Einzelfall mehr oder weniger ausgeprägt sein und eine geringere Mitunternehmerinitiative durch ein höheres Mitunternehmerisiko und umgekehrt ausgeglichen werden (BFH, BStBl. II 1998, 480). Ein an einer Personengesellschaft wirtschaftlich Beteiligter übt Mitunternehmerinitiative aus, wenn ihm Teilhaberechte an unternehmerischen Entscheidungen eingeräumt werden (BFH, BStBl. II 1997, 272). Dies ist nach der Rechtsprechung des BFH bereits dann der Fall, wenn dem Beteiligten die gesetzlich einem Kommanditisten eingeräumten Stimm-, Kontroll- und Widerspruchsrechte vollständig oder zumindest annähernd eingeräumt sind (BFH, BStBl. II 1999, 384). Der an einer Personengesellschaft wirtschaftlich Beteiligte trägt Mitunternehmerisiko, wenn er gesellschaftsrechtlich oder wirtschaftlich am Erfolg oder Misserfolg eines Gewerbebetriebs teilnimmt. Mitunternehmerisiko ist i. d. R. vorhanden, wenn der Beteiligte an Gewinn und Verlust sowie an den stillen Reserven, einschließlich des Geschäftswertes des Gewerbebetriebs, partizipiert (vgl. BFH, BStBl. II 1998, 480; BStBl. II 2000, 183, EStH 15.8 (1)).

Nach dem Gesellschaftsvertrag und dem Treuhandvertrag der Investmentgesellschaft trägt der Anleger, unabhängig davon, ob er indirekt als Treugeber an der Investmentgesellschaft beteiligt bleibt oder seine Treugeberbeteiligung in eine Direktbeteiligung umwandelt, Mitunternehmerinitiative und Mitunternehmerisiko und ist daher Mitunternehmer i. S. d. § 15 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 EStG. Denn nach dem Gesellschaftsvertrag haben sowohl Direktkommanditisten als auch Treugeber Stimmrechte bei Gesellschafterbeschlüssen sowie die gesetzlich vorgesehenen Kontrollrechte. Daneben trägt der Anleger auch den wirtschaftlichen Erfolg oder Misserfolg der Investmentgesellschaft, da er lediglich im Falle eines Gewinns der Investmentgesellschaft Ausschüttungen erhält, die über seine Einlage hinausgehen. Im Falle der Liquidation der Investmentgesellschaft nimmt der Anleger in Höhe seiner Beteiligung am Liquidationserlös teil.

4.2 BESTEUERUNG DER LAUFENDEN EINKÜNFTE

Im Gegensatz zu den durch die Investmentgesellschaft unmittelbar oder mittelbar erzielten Zinseinkünften sind Dividenden sowie solche Gewinne, die aus der Veräußerung der mittelbar gehaltenen Beteiligungen an den Portfoliounternehmen (in der Rechtsform einer Kapitalgesellschaft) stammen, lediglich zu 60 %

Gegenstand der Besteuerung. Denn gemäß § 3 Nr. 40 lit. a und lit. d EStG sind 40 % dieser Einkünfte steuerfrei (sog. Teileinkünfteverfahren).

Dies gilt jedoch wiederum nicht für Erträge aus der Beteiligung an Investmentfonds i. S. d. InvStG 2018 sowie für Erträge aus der Veräußerung oder Rückgabe einer solchen Beteiligung (§ 16 Abs. 3 InvStG 2018). Dies hat zur Folge, dass die aus der Beteiligung an einem Investmentfonds erzielten Erträge auf Ebene des Anlegers vollständig der Besteuerung unterliegen. Eine sog. Teilfreistellung dieser Erträge nach § 20 Abs. 1 InvStG 2018 (i. H. v. 60 % der Erträge bei sog. Aktienfonds) bzw. nach § 20 Abs. 2 InvStG 2018 (i. H. v. 30 % der Erträge bei sog. Mischfonds) wird nach Erwartung der Verwaltungsgesellschaft nicht möglich sein. Eine Teilfreistellung setzt voraus, dass der betreffende Investmentfonds als Aktienfonds gemäß seinen Anlagebedingungen fortlaufend mindestens 51 % seines Wertes in Kapitalbeteiligungen bzw. als Mischfonds gemäß seinen Anlagebedingungen fortlaufend mindestens 25 % seines Wertes in Kapitalbeteiligungen anlegt. Da nach einer Verlautbarung der Finanzverwaltung vom 14.06.2017 Kapitalbeteiligungen eines Investmentfonds, die nur mittelbar über Personengesellschaften gehalten werden, für die Zwecke einer Teilfreistellung unberücksichtigt bleiben, muss zum Zeitpunkt der Vertriebsanzeige davon ausgegangen werden, dass die Investmentfonds diese Quoten nicht erreichen werden können, da die Beteiligungen an den Portfoliounternehmen von den Investmentfonds häufig (auch) über Personengesellschaften gehalten werden. Unabhängig davon sollte in Bezug auf von solchen Investmentfonds unmittelbar gehaltene Beteiligungen an Kapitalgesellschaften der Nachweis schwierig sein, dass es sich hierbei um Kapitalbeteiligungen i. S. d. InvStG 2018 handelt. Sollte eine Teilfreistellung – entgegen den Erwartungen der Verwaltungsgesellschaft – möglich sein, wären für Zwecke der Einkommensteuer 60 % der Erträge aus einem Aktienfonds bzw. 30 % der Erträge aus einem Mischfonds von der Besteuerung auszunehmen. Im Rahmen der Ermittlung des Gewerbebeitrages würden die Freistellungssätze lediglich zur Hälfte (also 30 % bzw. 15 %) berücksichtigt (§ 20 Abs. 4 InvStG 2018).

Nach § 3 c Abs. 2 EStG können alle Betriebsausgaben, die im wirtschaftlichen Zusammenhang mit den aufgrund der Anwendung des Teileinkünfteverfahrens zu 40 % steuerfreien Einnahmen stehen, nur zu 60 % gewinnmindernd abgezogen werden. Diese Abzugsbeschränkung greift bereits, soweit die Absicht besteht, solche zu 40 % steuerfreien Einnahmen zu erzielen. Auf eine tatsächliche Erzielung kommt es nicht an. Gemäß § 21 InvStG 2018 gilt eine anteilige Abzugsbeschränkung für Betriebsausgaben, die mit den Erträgen aus Investmentfonds i. S. d. InvStG 2018 in wirtschaftlichem Zusammenhang stehen, soweit auf diese Erträge eine Teilfreistellung anzuwenden ist.

Den für den Anleger nach Berücksichtigung seiner individuellen Sonderbetriebsausgaben (vgl. zur diesbezüglichen Mitteilungspflicht des Anlegers § 13 (2) des Gesellschaftsvertrages) und Sonderbetriebseinnahmen entsprechend seinem Beteiligungsanteil gemäß §§ 179, 180 Abs. 1 Nr. 2 lit. a) AO einheitlich und gesondert festgestellten Gewinnanteil hat der Anleger mit seinem individuellen Steuersatz von maximal 45 % zzgl. 5,5 % SolZ

darauf zu versteuern. Allerdings führt eine für die Investmentgesellschaft festgesetzte Gewerbesteuer zu einer Ermäßigung der vom Anleger zu zahlenden Einkommensteuer. Die Ermäßigung beträgt nach § 35 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 EStG das 3,8-Fache des anteilig auf den Anleger entfallenden Gewerbesteuer-Messbetrages, der für die Investmentgesellschaft ermittelt wurde, wobei allerdings der Steuerermäßigungsbetrag auf die (anteilige) tatsächlich zu zahlende Gewerbesteuer und auf den Ermäßigungshöchstbetrag nach § 35 Abs. 1 Satz 2 EStG beschränkt ist. Die für die Investmentgesellschaft festgesetzte Gewerbesteuer führt jedoch wiederum dann nicht zu einer Ermäßigung der vom Anleger zu zahlenden Einkommensteuer, wenn dem Anleger durch die Investmentgesellschaft ein negatives steuerliches Ergebnis zugewiesen wird.

4.3 STEUERSTUNDUNGSMODELL IM SINNE VON § 15 B EStG UND WEITERE BESCHRÄNKUNG DER VERLUSTVERRECHNUNG

Soweit auf Ebene der Investmentgesellschaft Verluste entstehen, können diese im Grundsatz mit anderen Einkünften des Anlegers ausgeglichen werden. Dies gilt allerdings nicht, soweit es sich bei der Beteiligung an der Investmentgesellschaft um ein Steuerstundungsmodell im Sinne von § 15 b EStG handelt. Nach § 15 b Abs. 2 EStG liegt ein Steuerstundungsmodell vor, wenn aufgrund einer modellhaften Gestaltung steuerliche Vorteile in Form negativer Einkünfte erzielt werden sollen. Dies ist nach dem Gesetz dann der Fall, wenn dem Steuerpflichtigen aufgrund eines vorgefertigten Konzepts die Möglichkeit gegeben werden soll, zumindest in der Anfangsphase der Investition Verluste mit übrigen Einkünften zu verrechnen. Verluste im Zusammenhang mit einem Steuerstundungsmodell dürfen nicht mit anderen Einkünften, auch nicht im Rahmen eines Verlustrück- oder eines Verlustvortrags, ausgeglichen werden, wenn innerhalb der Anfangsphase das Verhältnis der Summe der prognostizierten Verluste zur Höhe des gezeichneten Kapitals 10 % übersteigt. Da nach der Einschätzung der Verwaltungsgesellschaft den Anlegern in der Anlaufphase keine Verluste zugewiesen werden, die 10 % des Kapitals überschreiten, ist die Investmentgesellschaft kein Steuerstundungsmodell i. S. d. § 15 b EStG.

Zu beachten ist allerdings, dass die Prüfung, ob § 15 b EStG erfüllt ist, nach Tz. 21 des Anwendungsschreibens zu § 15 b EStG vom 17.07.2007 (BMF, IV B 2 – S 2241 – b/07/0001, BStBl. I 2007, 542) nicht nur für die Investmentgesellschaft, sondern auch für die Zweckgesellschaft und jeden Zielfonds in Gestalt einer Personengesellschaft gesondert vorgenommen werden muss. Ist danach die Zweckgesellschaft oder ein Zielfonds ein Steuerstundungsmodell, können die aus der Zweckgesellschaft bzw. aus dem betreffenden Zielfonds stammenden Verluste nicht mit den übrigen Einkünften der Zweckgesellschaft bzw. der Investmentgesellschaft verrechnet werden. In diesem Fall sind die Verluste aus dem Zielfonds bzw. der Zweckgesellschaft auch nicht bei der Beurteilung der Zweckgesellschaft bzw. der Investmentgesellschaft als Steuerstundungsmodell einzubeziehen.

Zudem sieht das deutsche Steuerrecht weitere Verlustverrechnungsbeschränkungen vor, die auf einen oder mehrere Zielfonds Anwendung finden können. Denkbar wäre hierbei z. B. der Ausschluss der Verlustverrechnung eines Kommanditisten, soweit ein negatives Kapitalkonto des betreffenden Kommanditisten

entsteht oder sich erhöht (§ 15 a EStG). Da die von der Investmentgesellschaft (ggf. mittelbar) zu erwerbenden Zielfondsbeiträgen zum Zeitpunkt der Vertriebsanzeige nicht feststehen, kann nicht bestimmt werden, ob eine Beschränkung der Verlustverrechnung auf Ebene eines oder mehrerer Zielfonds nach den § 15a EStG Anwendung findet.

4.4 BESTEUERUNG DER ÜBERTRAGUNG EINES ANTEILS

Die ertragsteuerlichen Folgen der Übertragung eines Anteils an der Investmentgesellschaft richten sich danach, ob diese Übertragung entgeltlich oder unentgeltlich erfolgt. Erfolgt die Übertragung unentgeltlich, erfolgt die steuerliche Erfassung des Vorgangs beim Übertragenden gemäß § 6 Abs. 3 Satz 1 EStG mit dem Buchwert. Daher entsteht beim Übertragenden weder ein Gewinn noch ein Verlust aus diesem Vorgang. Zudem führt der Erwerber gemäß § 6 Abs. 3 Satz 3 EStG die Buchwerte des Übertragenden fort. Von dieser ertragsteuerlichen Betrachtung ist eine eventuelle Besteuerung nach dem Erbschaftsteuer- und Schenkungsteuergesetz unabhängig.

Erfolgt die Übertragung entgeltlich, zählen die entstehenden Gewinne nach § 16 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 und Satz 2 EStG zu den Einkünften aus Gewerbebetrieb des übertragenden Anlegers. Soweit der übertragende Anleger seinen gesamten Anteil an der Investmentgesellschaft überträgt, handelt es sich bei dem Gewinn um einen begünstigten Veräußerungsgewinn. Ein solcher begünstigter Veräußerungsgewinn gehört nach § 34 Abs. 1, Abs. 2 Nr. 1 EStG zu den außerordentlichen Einkünften, deren Einkommensteuertarif nach § 34 Abs. 1, Abs. 3 EStG ermittelt wird. Die für außerordentliche Einkünfte anzusetzende Einkommensteuer beträgt nach § 34 Abs. 1 Satz 2 und Satz 3 EStG grundsätzlich das Fünffache des Unterschiedsbetrages zwischen der Einkommensteuer für das um diese Einkünfte verminderte zu versteuernde Einkommen (sog. „verbleibendes zu versteuerndes Einkommen“) des Anlegers und der Einkommensteuer für das verbleibende zu versteuernde Einkommen zzgl. eines Fünftels dieser Einkünfte. Ist das verbleibende zu versteuernde Einkommen negativ und das zu versteuernde Einkommen positiv, so beträgt die Einkommensteuer das Fünffache der auf ein Fünftel des zu versteuernden Einkommens entfallenden Einkommensteuer.

Allerdings kann ein Anleger, der zum Zeitpunkt der Veräußerung das 55. Lebensjahr vollendet hat oder im sozialversicherungsrechtlichen Sinne dauernd berufsunfähig ist, nach § 34 Abs. 3 Satz 1 EStG beantragen, den auf den Veräußerungsgewinn anzuwendenden Einkommensteuertarif nicht nach der vorgenannten Methode, sondern nach § 34 Abs. 3 EStG zu ermitteln. In diesem Fall ist die auf den Teil des Veräußerungsgewinns, der den Betrag von insgesamt 5 Mio. EUR nicht übersteigt, entfallende Einkommensteuer nach einem ermäßigten Steuersatz zu bemessen. Der ermäßigte Steuersatz beträgt 56 % des durchschnittlichen Steuersatzes, der sich ergäbe, wenn die tarifliche Einkommensteuer nach dem gesamten zu versteuernden Einkommen zzgl. der dem Progressionsvorbehalt unterliegenden Einkünfte zu bemessen wäre, mindestens jedoch 14 %. Auf das um den Veräußerungsgewinn verminderte zu versteuernde Einkommen sind die allgemeinen Tarifvorschriften anzuwenden. Zudem kann ein solcher Anleger nach § 16 Abs. 4 EStG auf Antrag einen Freibetrag geltend machen.

Macht ein Anleger den Freibetrag geltend, wird der Veräußerungsgewinn zur Besteuerung nur dann herangezogen, soweit er 45.000 EUR übersteigt. Der Freibetrag ermäßigt sich allerdings um den Betrag, um den der Veräußerungsgewinn 136.000 EUR übersteigt. Die vorgenannte Ermäßigung nach § 34 Abs. 3 EStG und den Freibetrag kann ein Anleger nur einmal im Leben in Anspruch nehmen. Erzielt der Anleger in einem Veranlagungszeitraum mehr als einen Veräußerungsgewinn in diesem Sinne, kann er die Ermäßigung des Tarifs nur für einen Veräußerungsgewinn beantragen.

Überträgt der Anteilseigner lediglich einen Teil seines Anteils an der Investmentgesellschaft, kann er die Vergünstigungen der §§ 16, 34 EStG nicht in Anspruch nehmen. Die Versteuerung erfolgt dann nach den allgemeinen Regeln.

5. UMSATZSTEUER

Die Investmentgesellschaft wird gemäß § 2 Abs. 1 Umsatzsteuergesetz („UStG“) nicht als Unternehmer im umsatzsteuerlichen Sinne tätig werden. Denn das bloße Halten von Beteiligungen an anderen Gesellschaften, ohne dass aktiv in die Verwaltung dieser Investmentgesellschaften unmittelbar durch eigene unternehmerische Leistungen i. S. d. § 1 Abs. 1 Nr. 1, § 2 Abs. 1 UStG eingegriffen wird, stellt keine unternehmerische Tätigkeit dar. Folglich wird die Investmentgesellschaft keine Außenumsätze i. S. d. § 15 UStG ausführen und deshalb keine Vorsteuer gegenüber dem Finanzamt geltend machen können.

6. SONSTIGE STEUERLICHE ASPEKTE

6.1 INVESTMENTSTEUERGESETZ

Weder die Investmentgesellschaft noch eine Zweckgesellschaft zur mittelbaren Beteiligung an Zielfonds unterliegen als Personengesellschaften dem InvStG 2018 (§ 1 Abs. 3 Nr. 2 InvStG 2018).

Entsprechendes gilt für Zielfonds, die aus Sicht des deutschen Steuerrechts als Personengesellschaft oder als vergleichbare ausländische Rechtsform qualifizieren. Eine Darstellung der steuerlichen Behandlung der Erträge aus der Beteiligung an Zielfonds, die Investmentfonds i. S. d. InvStG 2018 darstellen (sog. Investmentfonds), findet sich in den Unterabschnitten „Betriebsvermögensvergleich“ und „Besteuerung der laufenden Einkünfte“.

6.2 AUSSENSTEUERGESETZ

Eine Hinzurechnungsbesteuerung gemäß der §§ 7 bis 14 Außensteuergesetz („AStG“) setzt i. d. R. eine hinreichende Beteiligung an einer ausländischen Körperschaft, Personenvereinigung oder Vermögensmasse (nachfolgend „ausländische Gesellschaft“), passive Einkünfte der ausländischen Gesellschaft und deren niedrige Besteuerung voraus.

Eine hinreichende Beteiligung an einer ausländischen Gesellschaft setzt grundsätzlich voraus, dass der einzelne Anleger zusammen mit anderen in Deutschland unbeschränkt steuerpflichtigen Personen mittelbar oder unmittelbar mit mehr als 50 % der Anteile oder Stimmrechte an der ausländischen Gesell-

schaft beteiligt ist. Lediglich in dem Fall, dass die ausländische Gesellschaft Zwischeneinkünfte mit Kapitalanlagecharakter erzielt, genügt es, wenn der einzelne Anleger allein zu mindestens 1 % unmittelbar oder mittelbar an der ausländischen Gesellschaft beteiligt ist. Da als Personengesellschaften ausgestaltete Zweckgesellschaften und Zielfonds selbst von der Hinzurechnungsbesteuerung nicht erfasst sein werden, müssten diese Beteiligungsquoten eines Anlegers auf Ebene der von den Zielfonds gehaltenen ausländischen Kapitalgesellschaften erreicht werden. Nach Erwartung der Verwaltungsgesellschaft sollte dies i. d. R. nicht der Fall sein.

Aber auch wenn eine hinreichende Beteiligung an den jeweiligen ausländischen Gesellschaften im Einzelfall vorliegen sollte, werden diese Gesellschaften häufig Einnahmen aus aktiven Tätigkeiten i. S. d. § 8 Abs. 1 AStG erzielen. Denn bei den Portfoliounternehmen eines Zielfonds handelt es sich regelmäßig um aktiv tätige Unternehmen.

Sollten ausnahmsweise doch passive Einkünfte der ausländischen Gesellschaft i. S. d. AStG vorliegen, werden diese im Sitzstaat der ausländischen Gesellschaft häufig der Regelbesteuerung unterliegen, sodass ihre Steuerbelastung regelmäßig mindestens 25 % erreichen sollte, was eine Niedrigbesteuerung ausschließt.

Einkünfte, die über die Beteiligung an einem Zielfonds erzielt werden, der nicht als Personengesellschaft oder damit vergleichbare ausländische Rechtsform strukturiert ist und damit als Investmentfonds qualifiziert, sind nicht Gegenstand der Hinzurechnungsbesteuerung (§ 7 Abs. 7 AStG).

Ist jedoch – entgegen den Erwartungen der Verwaltungsgesellschaft – eine Hinzurechnungsbesteuerung durchzuführen, werden dem Anleger gemäß § 10 Abs. 1 AStG die betreffenden passiven Erträge nach Abzug der im Sitzstaat anfallenden Steuern entsprechend seiner rechnerischen Beteiligung an der ausländischen Gesellschaft zugerechnet. Der Hinzurechnungsbetrag gehört gemäß § 10 Abs. 2 Satz 2 AStG zu den Einkünften aus Gewerbebetrieb und erhöht diese entsprechend. Die Einkünfte gelten in dem Wirtschaftsjahr, das nach dem Ablauf des maßgebenden Wirtschaftsjahres der ausländischen Gesellschaft endet, als zugeflossen und wären unabhängig von einer tatsächlichen Ausschüttung vom Anleger als Einkünfte aus Gewerbebetrieb zu versteuern, ohne dass insoweit das Teileinkünfteverfahren zur Anwendung käme. Fließen die hinzugerechneten Beträge später in Form von Dividenden oder Veräußerungserlösen tatsächlich zu, sind sie unter den Voraussetzungen des § 3 Nr. 41 EStG steuerfrei.

Zu beachten ist, dass die Hinzurechnungsbeträge auch zum Gewerbeertrag gehören und damit Gegenstand der Gewerbesteuer sind, da es sich hierbei gemäß § 7 Satz 7 GewStG um Einkünfte handelt, die in einer inländischen Betriebsstätte anfallen. Die Kürzungsvorschrift des § 9 Nr. 2 GewStG gilt dabei nicht für Hinzurechnungsbeträge, da es sich hierbei nicht um Anteile am Gewinn einer Mitunternehmerschaft handelt. Gemäß § 9 Nr. 2 Satz 2 i. V. m. § 7 Satz 8 GewStG ist eine Kürzung zudem ausdrücklich ausgeschlossen im Hinblick auf durch einen als Per-

sonengesellschaft strukturierten Zielfonds ggf. unmittelbar (also nicht mittelbar über eine Zwischengesellschaft) erzielten passiven Einkünften, z. B. wenn der Zielfonds selbst Gesellschafterdarlehen vergibt. Dies gilt nach Ansicht der Finanzverwaltung unabhängig davon, in welcher Höhe in Deutschland unbeschränkt Steuerpflichtige an dem Zielfonds beteiligt sind (BMF, BStBl. 2010 I, 354 ff., Rz. 4.1.1.2.2).

6.3 BESTEUERUNG IM AUSLAND UND QUELLENSTEUER-REDUKTION

Da die Investmentgesellschaft zum Zeitpunkt der Vertriebsanzeige noch keine Investitionen getätigt hat, ist zurzeit nicht absehbar, in welchen Ländern die Investmentgesellschaft, vermittelt durch die Zielfonds, Investitionen eingehen wird. Damit ist eine detaillierte Aussage zu der steuerlichen Behandlung dieser Investitionen im Ausland nicht möglich. Grundsätzlich gilt, dass die steuerliche Behandlung von Einkünften von jedem Land autonom in seinen Steuergesetzen festgelegt wird. Insoweit bestimmt jeder Staat, welche Einkünfte er seiner nationalen Besteuerung unterwirft. Hierbei knüpfen die Staaten bei der Ertragsbesteuerung zumeist alternativ an die Person des Steuerpflichtigen und ihren Wohnsitz/Geschäftssitz (unbeschränkte Steuerpflicht) und auch an die Quelle der Einkünfte (beschränkte Steuerpflicht) an. Im Falle der beschränkten Steuerpflicht wird im Quellenstaat häufig ein Steuereinbehalt an der Quelle vorgenommen.

6.3.1 Besteuerung der Investmentgesellschaft und der Anleger

Die Investmentgesellschaft bzw. die Anleger sollten nach der Erwartung der Verwaltungsgesellschaft durch die (indirekte) Beteiligung an einem Zielfonds keine Betriebsstätte im Sitzstaat des Zielfonds oder der jeweiligen Portfoliounternehmen für Zwecke des dortigen Steuerrechts unterhalten. Daher begründet die Investmentgesellschaft bzw. der Anleger voraussichtlich keine beschränkte Steuerpflicht in einem dieser Staaten. Allerdings sieht das Steuerrecht verschiedener Staaten die Begründung einer beschränkten Steuerpflicht beispielsweise bei einem (mittelbaren) Bezug von Dividenden oder bei der (mittelbaren) Veräußerung von Beteiligungen an Portfoliounternehmen vor. In der Regel wird aufgrund einer so begründeten beschränkten Steuerpflicht keine Abgabe einer Steuererklärung in dem betreffenden Sitzstaat des Portfoliounternehmens nötig sein, da der Sitzstaat in diesen Fällen die Steuer von beschränkt Steuerpflichtigen im Wege des Quellensteuerabzugs erheben wird (vgl. dazu Abschnitt „Quellensteuer“).

6.3.2 Besteuerung der Zielfonds

Zielfonds in Gestalt von Personengesellschaften sind ihrem Sitzstaat regelmäßig steuerlich transparent und unterliegen daher, oder aufgrund besonderer Steuerbefreiungen, in ihrem Sitzstaat häufig keiner Ertragsbesteuerung. Auch sie sollten nach Ansicht der Verwaltungsgesellschaft durch die Beteiligung an den Portfoliounternehmen keine Betriebsstätten in den Sitzstaaten der Portfoliounternehmen begründen. Eine beschränkte Steuerpflicht der Zielfonds sollte daher lediglich dann in Betracht kommen, wenn der Sitzstaat des Portfoliounternehmens die Zielfonds als intransparent behandelt und zugleich Dividenden oder Veräußerungsgewinne aus den Portfoliounternehmen erzielt werden.

Zielfonds in der Rechtsform einer Kapitalgesellschaft sind häufig ebenfalls aufgrund besonderer Steuerbefreiungen von einer Ertragsbesteuerung in ihrem Sitzstaat ausgenommen.

6.3.3 Besteuerung der Portfoliounternehmen

Es ist davon auszugehen, dass die Portfoliounternehmen in ihrem Sitzstaat einer Besteuerung unterliegen.

6.3.4 Quellensteuer

Generell ist davon auszugehen, dass beispielsweise Dividendenzahlungen und ggf. auch Zinszahlungen oder sogar Veräußerungsgewinne im Ausland einem Quellensteuereinbehalt unterliegen. In der Regel hat die Quellensteuer im Quellenstaat eine abgeltende Wirkung, sodass die Investmentgesellschaft, die Zweckgesellschaft sowie der Anleger nicht zur Abgabe einer Steuererklärung im Quellenstaat verpflichtet sind. Allerdings lässt sich aufgrund des Blind-Pool-Charakters der Investmentgesellschaft zum Zeitpunkt der Vertriebsanzeige nicht absehen, ob die Investmentgesellschaft über die Zweckgesellschaft nicht in ausländische Quellen investiert, bei denen eine Steuerklärungspflicht der Investmentgesellschaft, der Zweckgesellschaft oder des einzelnen Anlegers im Ausland besteht.

Besteht mit dem jeweiligen Sitzstaat ein Doppelbesteuerungsabkommen, kann das alleinige Besteuerungsrecht in diesem Doppelbesteuerungsabkommen der Bundesrepublik Deutschland als Sitzstaat des Anlegers (oder ggf. der Investmentgesellschaft bzw. Zweckgesellschaft) zugewiesen sein. Ein alleiniges Besteuerungsrecht (ohne ein Quellenbesteuerungsrecht) hinsichtlich der von den Anlegern (mittelbar) erzielten Einkünfte aus dem Quellenstaat steht der Bundesrepublik Deutschland dabei i. d. R. bezüglich der Gewinne aus der Veräußerung von Portfoliounternehmensanteilen und hinsichtlich Zinsen zu. In diesem Fall wird eine Quellensteuer auf null reduziert.

Hinsichtlich anderer Einkünfte (z. B. Dividenden) steht das Besteuerungsrecht nach den Doppelbesteuerungsabkommen ebenfalls regelmäßig Deutschland als Wohnsitzstaat zu. Jedoch kann der Quellenstaat eine Quellensteuer bis zur Höhe des im jeweiligen Doppelbesteuerungsabkommen festgelegten Quellensteuersatzes erheben. Durch die Doppelbesteuerungsabkommen wird die im Ausland einzubehaltende Quellensteuer häufig auf einen niedrigeren Satz (ggf. sogar auf null) reduziert.

Eine Reduzierung des Quellensteuersatzes (auch auf null) aufgrund der Regelungen eines Doppelbesteuerungsabkommens setzt dabei allerdings voraus, dass der jeweilige Zielfonds, die Investmentgesellschaft, die Zweckgesellschaft oder die Anleger nachweisen, dass die Voraussetzungen für die Inanspruchnahme der Vergünstigungen des Doppelbesteuerungsabkommens vorliegen.

Gelingt der Nachweis, dass die Voraussetzungen für die Inanspruchnahme der Vergünstigungen des Doppelbesteuerungsabkommens vorliegen, kann die Reduzierung der Quellensteuer je nach nationalem Steuerrecht der Quellenstaaten entweder bereits vor dem Abzug der Quellensteuer geltend gemacht werden, sodass lediglich die niedrigere Quellensteuer oder keine

Quellensteuer einbehalten wird, oder der Anleger muss auf seine Kosten eine nachträgliche Erstattung durch den jeweiligen Quellenstaat beantragen.

Das nationale Steuerrecht der Quellenstaaten kann vorsehen, dass eine dem Anleger nach den Regelungen des Doppelbesteuerungsabkommens zustehende Reduzierung der Quellensteuer (ggf. auf null) unter Verletzung des Doppelbesteuerungsabkommens verweigert wird („Treaty Override“). Gründe hierfür können die Verhinderung vermuteter Missbräuche, aber auch die Durchsetzung anderer Interessen des jeweiligen Sitzstaates sein. Rechtsschutz gegen einen solchen Treaty Override kann immer nur im betreffenden Quellenstaat erlangt werden.

Zum Nachweis der Berechtigung unter einem Doppelbesteuerungsabkommen ist ggf. die Vorlage bestimmter Dokumente, wie etwa im Falle der Investition in den USA das US-amerikanische Steuerformular W-8BEN, sowie die Erteilung weiterer Informationen durch die Investmentgesellschaft und ggf. den Anleger erforderlich. Unter Umständen ist der Nachweis der Berechtigung unter einem Doppelbesteuerungsabkommen nicht möglich bzw. aus Sicht der Verwaltungsgesellschaft wirtschaftlich nicht sinnvoll, sodass eine Erstattung von einbehaltenen Quellensteuern nicht erfolgt bzw. gar nicht erst beantragt wird.

6.3.5 Meldepflichten gemäß dem Foreign Account Tax Compliance Act („FATCA“) und dem Finanzkonten- Informationsaustauschgesetz

Durch den sog. Foreign Account Tax Compliance Act („FATCA“) wurde seitens der USA ein neues Regime für auf sog. Finanzkonten bezogene Meldepflichten eingeführt, das in letzter Konsequenz als Sanktion bei Verstoß gegen diese Meldepflichten eine Art Quellensteuerabzug für Zahlungen, die aus den USA an ausländische Rechtsgebilde („Foreign Entities“) und Personen geleistet werden, zur Folge haben kann. Dieser teilweise Einbehalt von Zahlungen aus den USA kommt jedoch lediglich unter bestimmten Voraussetzungen zum Tragen. Die durch FATCA implementierten Pflichten zur Registrierung, Identifikation und Informationsweiterleitung an staatliche Stellen in Bezug auf Konten, die von einem der vorgenannten ausländischen Rechtsgebilde und Personen geführt werden, bestehen jedoch unabhängig vom Eingreifen des teilweisen Einbehalts durch den jeweils Zahlenden in den USA.

FATCA sieht insbesondere für sog. Foreign Financial Institutions („FFI“) strenge Anforderungen vor, die nach Einschätzung der Verwaltungsgesellschaft im Grundsatz auch für die Investmentgesellschaft Anwendung finden. Allerdings werden diese strengen Anforderungen durch das Abkommen vom 31.05.2013 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Vereinigten Staaten von Amerika zur Förderung der Steuerehrlichkeit bei internationalen Sachverhalten und hinsichtlich der als Gesetz über die Steuerehrlichkeit bezüglich Auslandskonten bekannten US-amerikanischen Informations- und Meldebestimmungen („FATCA-Abkommen“) modifiziert. Die Verpflichtungen aus dem vorgenannten und lediglich zwischenstaatlich wirkenden Abkommen sind durch die FATCA-USA-Umsetzungsverordnung vom 23.07.2014 („FATCA-USA-UmsV“) aufgrund der Ermächtigungsnorm des

§ 117 c Absatz 1 Satz 1 AO auch in deutsches Recht umgesetzt worden. Die FATCA-USA-UmsV regelt die konkrete Ausgestaltung des Verfahrens sowie Pflichten der Beteiligten und beinhaltet zudem Ordnungswidrigkeitsvorschriften (§ 11 FATCA-USA-UmsV), die bei Nichterfüllung der in der Verordnung festgelegten Pflichten eingreifen. Zudem existiert ein Schreiben des Bundesministeriums für Finanzen vom 01.02.2017 zu Anwendungsfragen im Zusammenhang mit dem gemeinsamen Meldestandard sowie dem FATCA-Abkommen („BMF-Schreiben“), welches zu diversen Aspekten die aktuelle Auffassung der Verwaltung wiedergibt. Nach der FATCA-USA-UmsV hat bei Zahlungen an ein deutsches FFI im Grundsatz kein anteiliger Quellensteuer-ähnlicher Einbehalt zu erfolgen. Im Gegenzug ist das deutsche FFI, soweit es sich um ein sog. meldendes Finanzinstitut handelt, jedoch aufgrund der Verordnung verpflichtet, verschiedene Registrierungs-, Identifikations- und Sorgfaltspflichten in Bezug auf die von ihm geführten Konten (beispielsweise auch in Bezug auf die Beteiligung von Anlegern an der Investmentgesellschaft) zu erfüllen. Unter Zugrundelegung der im vorgenannten BMF-Schreiben niedergelegten aktuellen Verwaltungsauffassung ist nach Einschätzung der Verwaltungsgesellschaft allerdings davon auszugehen, dass es sich bei der Investmentgesellschaft nicht um ein sog. meldendes Finanzinstitut, sondern vielmehr um ein sog. ausgenommenes nicht meldendes deutsches Finanzinstitut handelt, das nach derzeitigem Rechtsstand als FATCA-konform gilt und keine der o.g. Pflichten erfüllen muss. Diese Einschätzung beruht auf der Tatsache, dass gemäß § 5 Abs. 3 lit. a des Gesellschaftsvertrages der Investmentgesellschaft eine Beteiligung bestimmter Personen ausgeschlossen ist. Somit sollte bei Zugrundelegung der aktuellen Rechtsauffassung im BMF-Schreiben ein quellensteuer-ähnlicher Einbehalt sowie auch ein Verstoß gegen Ordnungswidrigkeitsvorschriften nicht relevant sein.

Es kann jedoch entgegen dieser Klassifizierung nicht ausgeschlossen werden, dass die Investmentgesellschaft – aktuell oder auch künftig – dennoch als sog. meldendes Finanzinstitut zu qualifizieren ist bzw. sein wird. In diesem Fall bestünden die o.g. umfassenden Pflichten in Bezug auf das FATCA-Abkommen. Ergibt die dann von der Investmentgesellschaft vorzunehmende Prüfung, dass bei dem meldepflichtigen Finanzinstitut (also der Gesellschaft) meldepflichtige Konten (z. B. Konten von US-Steuerpflichtigen) bestehen, müssen diese Konten und weitere Daten jährlich bis zum 31.07. des jeweils folgenden Kalenderjahres dem Bundeszentralamt für Steuern gemeldet werden, das diese Informationen an die US-Behörden weiterleitet. Kontoinhaber, die nicht bereit sind, die erforderlichen Informationen offenzulegen (sog. Recalcitrants), müssen ebenfalls gemeldet werden. Kommt die Investmentgesellschaft diesen Anforderungen nach, wird ein quellensteuerähnlicher Einbehalt für FATCA-Zwecke nur insoweit vorgenommen, als die betreffenden Zahlungen anteilig an nicht teilnehmende FFI und auf die den Informationspflichten nicht ausreichend nachkommenden Kontoinhaber (sofern keine Berichterstattung seitens der FFI erfolgt) fließen. Kommt die Investmentgesellschaft ihren Pflichten nach der FATCA-USA-UmsV nicht, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig nach, greifen die in der Verordnung enthaltenen Ordnungswidrigkeitsvorschriften ein. Weiterhin können die USA der Investmentgesellschaft den beschriebenen begünstigten Status als nicht meldendes Finanz-

institut entziehen. In diesem Fall würden die allgemeinen FATCA-Regelungen zur Anwendung kommen. Der Anleger ist daher verpflichtet, der Investmentgesellschaft auf Anfrage alle erforderlichen Informationen und Nachweise zur Verfügung zu stellen sowie ggf. notwendige Formulare auszufüllen, die von der Investmentgesellschaft im Zusammenhang mit FATCA oder einer entsprechenden Regelung für eine Vermeidung eines quellensteuerähnlichen Einhalts oder für eine Erstattung desselben benötigt werden, sowie bei Änderungen dieser Informationen und Nachweise dies der Investmentgesellschaft unverzüglich schriftlich, durch Vorlage geeigneter Dokumente, mitzuteilen.

Den erwähnten Pflichten gemäß der FATCA-USA-UmsV ähnliche Erhebungs- und Meldepflichten bestehen gemäß dem am 01.01.2016 in Kraft getretenen Finanzkonten-Informationsaustauschgesetz („FKAustG“). Dieses regelt für den Gemeinsamen Meldestandard – vergleichbar der FATCA-USA-UmsV für den Bereich FATCA – die konkrete Ausgestaltung des Verfahrens sowie Pflichten der Beteiligten und beinhaltet zudem Ordnungswidrigkeitsvorschriften, die bei Nichterfüllung der in der Verordnung festgelegten Pflichten eingreifen. Das FKAustG basiert letztlich auf dem federführend von der OECD ausgearbeiteten sog. Common Reporting Standard („CRS“) bzw. Gemeinsamen Meldestandard, welcher sich seinem Regelungsgehalt nach weitestgehend an den FATCA-Vorschriften orientiert. Bereits im Oktober 2014 wurde zwischen mehreren Staaten eine Vereinbarung über den automatischen Austausch von Informationen über Finanzkonten in Steuersachen unterzeichnet. Im Anschluss daran hat der Europäische Rat am 09.12.2014 die Richtlinie 2014/107/EU bezüglich der Verpflichtung zum automatischen Austausch von Informationen im Bereich der Besteuerung beschlossen. Aufgrund dessen sind die Mitgliedstaaten der Europäischen Union – sowie weitere teilnehmende Staaten (vgl. hierzu § 1 Abs. 1 FKAustG bzw. die fortlaufend aktualisierte Liste auf der Internetpräsenz der OECD) aufgrund bi- und multilateraler Abkommen – verpflichtet, von den in ihrem Gebiet ansässigen sog. Finanzinstituten Informationen über Konten zu erheben, die diese für in anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Union (sowie weiteren teilnehmenden Staaten) steuerpflichtige Personen führen. Mit dem bereits erwähnten FKAustG wird der Gemeinsame Meldestandard in nationales Recht umgesetzt. Daher sind nach derzeitigem Stand die Daten insbesondere zu den für Anleger geführten Konten, die steuerliche Ansässigkeit des Konteninhabers sowie dessen Steueridentifikationsnummer, zu erheben und unter gewissen Voraussetzungen dem Bundeszentralamt für Steuern zu melden.

Bei Verstoß gegen die durch das FKAustG implementierten Pflichten sieht das Gesetz Sanktionen vor. Dies geschieht über Ordnungswidrigkeitsvorschriften (§ 28 FKAustG), die bei Nichterfüllung der im FKAustG festgelegten Pflichten eingreifen. Ein den Regelungen zu FATCA vergleichbarer anteiliger quellensteuerähnlicher Einbehalt als Sanktion ist nach dem FKAustG nicht vorgesehen.

Auch im Anwendungsbereich des FKAustG existieren für bestimmte Rechtsgebilde Ausnahmenvorschriften, die diese von den grundsätzlich bestehenden umfassenden Pflichten befreien. Das oben bereits für den Bereich FATCA erwähnte BMF-Schreiben

findet mit Blick auf das FKAustG ebenfalls Anwendung. Auch zum Gemeinsamen Meldestandard gibt dieses Schreiben bezüglich diverser Aspekte die aktuelle Auffassung der Verwaltung wieder. Unter Zugrundelegung der im vorgenannten BMF-Schreiben niedergelegten aktuellen Verwaltungsauffassung ist nach Einschätzung der Verwaltungsgesellschaft allerdings davon auszugehen, dass die Ausnahmenvorschriften nicht greifen und es sich bei der Investmentgesellschaft daher um ein sog. meldendes Finanzinstitut handelt. Es bestehen folglich für die Investmentgesellschaft die o.g. umfassenden Erhebungs- und Meldepflichten gemäß FKAustG. Ergibt die von der Investmentgesellschaft vorzunehmende Prüfung, dass bei ihr meldepflichtige Konten (Konten von steuerlich in einem teilnehmenden Staat ansässigen Personen) bestehen, müssen diese Konten und weitere Daten jährlich bis zum 31.07. des jeweils folgenden Kalenderjahres dem Bundeszentralamt für Steuern gemeldet werden, das diese Informationen an die Behörden teilnehmender Staaten weiterleitet. Kommt die Investmentgesellschaft ihren Pflichten nach dem FKAustG nicht, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig nach, greifen die bereits erwähnten Ordnungswidrigkeitsvorschriften ein. Der Anleger ist daher verpflichtet, der Investmentgesellschaft auf Anfrage alle erforderlichen Informationen und Nachweise zur Verfügung zu stellen sowie ggf. notwendige Formulare auszufüllen, die von der Investmentgesellschaft im Zusammenhang mit dem FKAustG oder einer entsprechenden Regelung benötigt werden, sowie bei Änderungen dieser Informationen und Nachweise dies der Investmentgesellschaft unverzüglich schriftlich, durch Vorlage geeigneter Dokumente, mitzuteilen.

Abschließend wird nochmals darauf hingewiesen, dass in Bezug auf die FATCA- sowie FKAustG-Regelungen zum Zeitpunkt der Vertriebsanzeige bei der BaFin – trotz des Vorliegens des bereits erwähnten BMF-Schreibens – nach wie vor verschiedene Unklarheiten bestehen, die insbesondere daraus resultieren, dass zu diesem Zeitpunkt hinsichtlich einiger der angesprochenen Fragen keine Ausführungs- oder Anwendungsvorschriften existieren bzw. die existierenden Vorschriften mangels Erfahrungen zu deren praktischer Handhabung durch die Verwaltung keine abschließende Beantwortung dieser Fragen zulassen.

Mit Blick auf das bereits erwähnte BMF-Schreiben, aufgrund dessen die Rechtsauffassung der Verwaltung zum aktuellen Zeitpunkt zumindest weitgehend bekannt ist, muss darauf hingewiesen werden, dass diesem Schreiben keine rechtlich bindende Wirkung außerhalb der Verwaltung zukommt und die Verwaltungsauffassung jederzeit Änderungen erfahren kann.

Schließlich ist nicht ausgeschlossen, dass andere Staaten ähnliche Regelungen einführen bzw. sich den bestehenden Regelungen anschließen werden, aus denen sich weitere Pflichten, Kosten und somit Risiken für die Investmentgesellschaft ergeben.

IX. Verwahrstelle

1. GRUNDLAGEN

Die State Street Bank International GmbH, mit Sitz in 80333 München, Briener Str. 59, hat die Funktion der Verwahrstelle für die Investmentgesellschaft übernommen (vorstehend und im Folgenden auch „Verwahrstelle“ genannt). Die State Street Bank International GmbH ist ein Kreditinstitut nach deutschem Recht. Ihre Haupttätigkeit ist das Einlagen- und Depotgeschäft sowie das Wertpapiergeschäft.

2. AUFGABEN/INTERESSENKONFLIKTE

Die von der Verwaltungsgesellschaft beauftragte Verwahrstelle prüft, ob die Investmentgesellschaft das Eigentum an den nach den Anlagebedingungen zu erwerbenden Vermögensgegenständen – d.h. Beteiligungen an Zielfonds oder an Zweckgesellschaften – wirksam erworben hat, und führt entsprechende Aufzeichnungen über die Beteiligungen, an denen die Investmentgesellschaft das Eigentum erworben hat.

Zur Sicherung der Interessen der Anleger ist bei einer Verfügung über eine Beteiligung an einem Zielfonds bzw. einer Zweckgesellschaft, die die Beteiligung(en) an dem oder den Zielfonds hält, die Zustimmung der Verwahrstelle erforderlich. Verfügungen über von einer Zweckgesellschaft gehaltene Beteiligungen bedürfen der Zustimmung der Verwahrstelle, soweit es sich nicht um eine Minderheitsbeteiligung handelt. Die Zustimmung holt die Verwaltungsgesellschaft jeweils ein. Ebenso zustimmungsbedürftig sind die Anlage von Mitteln der Investmentgesellschaft in Bankguthaben bei anderen Kreditinstituten als der Verwahrstelle, die Verfügung über solche Bankguthaben sowie die Aufnahme von Krediten durch die Investmentgesellschaft.

Wenn und soweit die betreffende Transaktion den gesetzlichen Anforderungen, den Anlagebedingungen und dem Gesellschaftsvertrag der Investmentgesellschaft genügt, erteilt die Verwahrstelle ihre Zustimmung zu der betreffenden Transaktion.

Die Verwahrstelle überwacht, dass die Ausgabe und die im Falle des Ausschlusses eines Gesellschafters aus der Investmentgesellschaft oder der außerordentlichen Kündigung eines Gesellschafters ggf. erfolgende Rücknahme der Anteile des betreffenden Gesellschafters an der Investmentgesellschaft und die Ermittlung des Wertes der Investmentgesellschaft durch die Investmentgesellschaft den Vorschriften des KAGB, den Anlagebedingungen und dem Gesellschaftsvertrag der Investmentgesellschaft entsprechen. Sie kontrolliert, ob bei Transaktionen mit Vermögenswerten der Investmentgesellschaft der Gegenwert innerhalb der üblichen Fristen überwiesen wird und ob die Erträge der Investmentgesellschaft gemäß den Vorschriften des KAGB, den Anlagebedingungen und des Gesellschaftsvertrages der Investmentgesellschaft verwendet werden.

Zum Zeitpunkt der Vertriebsanzeige sind keine sich aus den vorbeschriebenen Aufgaben ergebenden Interessenkonflikte bekannt. Zu möglichen Interessenkonflikten im Übrigen vgl. Kapitel „Die Investmentgesellschaft“, Abschnitt „Wesentliche Risiken“, Unterabschnitt „Risiken aus Interessenkonflikten“ sowie die ergänzenden Ausführungen im Anhang des Verkaufsprospektes.

3. HAFTUNG

Die Haftung der Verwahrstelle richtet sich nach den gesetzlichen Vorschriften.

4. UNTERVERWAHRUNG/AUSGELAGERTE VERWAHRUNGSAUFGABEN/INTERESSENKONFLIKTE

Verwahrfähige Vermögensgegenstände wie Wertpapiere und Einlagenzertifikate werden durch die Verwahrstelle verwahrt. Die Verwahrstelle ist berechtigt, die Verwahrung von verwahrfähigen Finanzinstrumenten unter den Voraussetzungen des § 82 KAGB auf einen Unterverwahrer zu übertragen.

Verwahrfunktionen werden insofern nicht übertragen/ausgelagert.

Zum Zeitpunkt der Vertriebsanzeige sind keine sich aus der vorbeschriebenen Übertragung von Verwahrfunktionen ergebenden Interessenkonflikte bekannt. Zu möglichen Interessenkonflikten im Übrigen vgl. Kapitel „Die Investmentgesellschaft“, Abschnitt „Wesentliche Risiken“, Unterabschnitt „Risiken aus Interessenkonflikten“ sowie die ergänzenden Ausführungen im Anhang des Verkaufsprospektes.

5. AKTUELLE INFORMATION

Die Verwaltungsgesellschaft wird die Anleger auf ihren Antrag (zu richten an Wealthcap Kapitalverwaltungsgesellschaft mbH, Am Tücherpark 16, 80538 München) über den neuesten Stand der vorstehenden Angaben in Bezug auf die Verwahrstelle informieren. Alle Änderungen, die sich in Bezug auf die Haftung der Verwahrstelle ergeben, werden den Anlegern durch die Verwaltungsgesellschaft unverzüglich schriftlich und durch Veröffentlichung unter www.wealthcap.com bekannt gegeben.

X. Berichte, Geschäftsjahr, Prüfer, Offenlegung von Informationen

Die Verwaltungsgesellschaft erstellt spätestens sechs Monate nach dem Schluss des Geschäftsjahres der Investmentgesellschaft für diese einen den gesetzlichen Bestimmungen entsprechenden Jahresbericht. Der Jahresbericht enthält u. a. den durch den Abschlussprüfer geprüften Jahresabschluss und den geprüften Lagebericht. Gemäß § 300 KAGB erforderliche Informationen zum prozentualen Anteil der Vermögensgegenstände der Investmentgesellschaft, die schwer zu liquidieren sind, zu etwaigen neuen Regelungen des Liquiditätsmanagements der Investmentgesellschaft, zum aktuellen Risikoprofil der Investmentgesellschaft und zu den von der Verwaltungsgesellschaft zur Steuerung dieser Risiken eingesetzten Risikomanagementsysteme sowie zur Gesamthöhe des eingesetzten Fremdkapitals einschließlich etwaiger Änderungen des maximalen Fremdkapitalanteils, den die Verwaltungsgesellschaft für Rechnung der Investmentgesellschaft einsetzen kann, sowie etwaiger Rechte zur Wiederverwendung von Sicherheiten oder sonstiger Garantien, die im Zusammenhang mit einer Fremdfinanzierung gewährt wurden, werden ebenfalls im Jahresbericht veröffentlicht.

Falls das Recht zur Verwaltung des Vermögens der Investmentgesellschaft während eines Geschäftsjahres von der Verwaltungsgesellschaft auf eine andere Kapitalverwaltungsgesellschaft übertragen wird, wird auf den Übertragungstichtag ein Zwischenbericht erstellt und durch den Abschlussprüfer geprüft.

Bei der Auflösung der Investmentgesellschaft wird zudem auf den Tag, an dem das Recht der Verwaltungsgesellschaft zur Verwaltung des Investmentgesellschaftsvermögens erlischt, ein Auflösungsbericht erstellt. Während der auf die Auflösung der Investmentgesellschaft folgenden Liquidationsphase wird als Geschäftsjahr das Kalenderjahr beibehalten und jährlich sowie auf den Tag, an dem die Abwicklung beendet ist, ein Abwicklungsbericht erstellt.

Die Jahresberichte, etwaige Zwischenberichte, der Auflösungsbericht sowie die Abwicklungsberichte sind bei der Verwaltungsgesellschaft sowie im Internet unter www.wealthcap.com erhältlich.

Zusätzliche Informationen über die Anlagegrenzen des Risikomanagements, die Risikomanagementmethoden und die jüngsten Entwicklungen bei den Risiken und Renditen sind in schriftlicher Form bei der Investmentgesellschaft auf Anfrage erhältlich.

Den Anlegern werden die nach dem Gesellschaftsvertrag zur Verfügung zu stellenden Informationen, Berichte, Daten und Anfragen – soweit gesetzlich zulässig und nicht abweichend im Gesellschaftsvertrag geregelt – elektronisch (mittels E-Mail oder Datenträger) zur Verfügung gestellt. Jeder Anleger kann verlangen, dass ihm die vorstehenden Informationen und Dokumente schriftlich ggf. auf eigene Kosten übersandt werden. Da die Anteile an der Investmentgesellschaft nicht außerhalb Deutschland vertrieben werden, werden keine Angaben über die Ver-

breitung der Berichte und sonstigen Informationen in anderen Ländern gemacht bzw. werden diese Informationen nicht in den in anderen Ländern bekanntzumachenden Verkaufsprospekten aufgenommen.

Mit der Abschlussprüfung wird zunächst die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Deloitte GmbH, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, München, beauftragt.

XI. Verbraucherinformationen bei außerhalb von Geschäftsräumen geschlossenen Verträgen und Fernabsatzverträgen über Finanzdienstleistungen

1. INVESTMENTGESELLSCHAFT

Wealthcap Fondsportfolio Private Equity 21 GmbH & Co.
geschlossene Investment KG

GESCHÄFTSANSCHRIFT

Bavariafilmplatz 3
82031 Grünwald
Telefon 0800 962 8000 (kostenfrei)
Telefon Ausland +49 89 678 205-500
Telefax +49 89 678 205 555-500
E-Mail info@wealthcap.com

HANDELSREGISTER

Amtsgericht München, HRA 107482

GESCHÄFTSFÜHRUNG UND VERWALTUNG

Zur Geschäftsführung der Investmentgesellschaft ist die Wealthcap Private Equity 21 Komplementär GmbH nach § 8 (1) des Gesellschaftsvertrages grundsätzlich allein berechtigt und verpflichtet. Sie hat im Namen und für Rechnung der Investmentgesellschaft mit der Wealthcap Kapitalverwaltungsgesellschaft mbH (nachfolgend „Verwaltungsgesellschaft“ genannt) einen Bestellungsvertrag abgeschlossen und die Verwaltungsgesellschaft mit der externen Verwaltung der Investmentgesellschaft beauftragt (vgl. den Abschnitt „Kapitalverwaltungsgesellschaft“). Die im Gesellschaftsvertrag der Investmentgesellschaft der Komplementärin zugewiesenen Rechte und Pflichten werden mit Ausnahme der Benennung der Vorkaufsberechtigten nach § 17 (12) des Gesellschaftsvertrages auf Basis des Bestellungsvertrages von der Verwaltungsgesellschaft nach eigenem Ermessen ausgeübt bzw. erfüllt.

HAUPTGESCHÄFTSTÄTIGKEIT

Gegenstand der Investmentgesellschaft ist die Anlage und Verwaltung ihrer Mittel nach der durch den Gesellschaftsvertrag und die Anlagebedingungen der Investmentgesellschaft festgelegten Anlagestrategie zur gemeinschaftlichen Kapitalanlage nach den §§ 261 bis 272 KAGB in die nach § 1 der Anlagebedingungen der Investmentgesellschaft festgelegten Vermögensgegenstände zum Nutzen der Anleger unter Wahrung der gesetzlichen Vorgaben des KAGB.

FÜR ZULASSUNG ZUSTÄNDIGE AUFSICHTSBEHÖRDE

Die Investmentgesellschaft ist in Deutschland zugelassen und wird durch die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht reguliert.

2. PERSÖNLICH HAFTENDE GESELLSCHAFTERIN/ KOMPLEMENTÄRIN DER INVESTMENTGESELLSCHAFT

Wealthcap Private Equity 21 Komplementär GmbH

GESCHÄFTSANSCHRIFT

Bavariafilmplatz 3
82031 Grünwald
Telefon 0800 962 8000 (kostenfrei)
Telefon Ausland +49 89 678 205-500
Telefax +49 89 678 205 555-500
E-Mail info@wealthcap.com

HANDELSREGISTER

Amtsgericht München, HRB 234883

GESCHÄFTSFÜHRUNG

Alfred Gangkofner, Christian Kümmerling

HAUPTGESCHÄFTSTÄTIGKEIT

Wahrnehmung der Komplementärfunktion in Personen- und Investmentgesellschaften der Wealthcap Gruppe sowie Halten von Beteiligungen an Gesellschaften mit beschränkter Haftung, deren Zweck auf die Wahrnehmung der Komplementärfunktion in Personen- und Investmentgesellschaften der Wealthcap Gruppe gerichtet ist.

FÜR ZULASSUNG ZUSTÄNDIGE AUFSICHTSBEHÖRDE

Nach Rechtslage zum Zeitpunkt der Vertriebsanzeige ist für die persönlich haftende Gesellschafterin/Komplementärin der Investmentgesellschaft die Zulassung durch eine Aufsichtsbehörde nicht vorgesehen.

3. VERWALTUNGSGESELLSCHAFT/ TREUHANDKOMMANDITISTIN

Wealthcap Kapitalverwaltungsgesellschaft mbH

GESCHÄFTSANSCHRIFT

Am Tucherpark 16
80538 München
Telefon 0800 962 8000 (kostenfrei)
Telefon Ausland +49 89 678 205-500
Telefax +49 89 678 205 555-500
E-Mail anleger@wealthcap.com

HANDELSREGISTER

Amtsgericht München, HRB 209408

GESCHÄFTSFÜHRUNG

Dr. Rainer Krütten, Gabriele Volz

HAUPTGESCHÄFTSTÄTIGKEIT

Die Gesellschaft ist eine Kapitalverwaltungsgesellschaft i.S.d. KAGB. Gegenstand des Unternehmens ist die Verwaltung von inländischen Investmentvermögen (kollektive Vermögensverwaltung).

FÜR ZULASSUNG ZUSTÄNDIGE AUFSICHTSBEHÖRDE

Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht

4. NAME UND ANSCHRIFT DES FÜR DIE VERWALTUNGSGESELLSCHAFT HANDELNDEN VERMITTLERS

Siehe Eintragungen auf der Beitrittserklärung

5. WESENTLICHE LEISTUNGSMERKMALE, INFORMATIONEN ZUM ZUSTANDEKOMMEN DES VERTRAGES

Das Vertragsverhältnis der Anleger zur Investmentgesellschaft (und zu den übrigen unmittelbaren und mittelbaren Gesellschaftern der Investmentgesellschaft) ist im Gesellschaftsvertrag der Investmentgesellschaft, den Anlagebedingungen, der Beitrittserklärung und im Falle eines Treugebers auch im Treuhandvertrag geregelt (nachfolgend in diesem Unterabschnitt zusammen die „Verträge“ genannt). Dieser Verkaufsprospekt zum Beteiligungsangebot „Wealthcap Fondsportfolio Private Equity 21 GmbH & Co. geschlossene Investment KG“ vom 08.01.2018 (nachfolgend „Prospekt“ genannt) enthält detaillierte Beschreibungen dieser Vertragsverhältnisse. Zu näheren Einzelheiten wird nachfolgend auf diese Dokumente verwiesen.

Der Anleger beteiligt sich mittelbar als Treugeber über die Verwaltungsgesellschaft in ihrer Funktion als Treuhandkommanditistin (vgl. Kapitel „Kapitalverwaltungsgesellschaft“, Abschnitt „Zusatzfunktion der Verwaltungsgesellschaft als Treuhänderin“) an der Investmentgesellschaft. Soweit die Verwaltungsgesell-

schaft in ihrer Funktion als Treuhandkommanditistin tätig wird bzw. in dieser Funktion betroffen ist, wird sie nachfolgend als Treuhänderin bezeichnet. Gegenstand der Investmentgesellschaft ist die Anlage und Verwaltung ihrer Mittel nach der durch den Gesellschaftsvertrag und die Anlagebedingungen der Investmentgesellschaft festgelegten Anlagestrategie zur gemeinschaftlichen Kapitalanlage nach den §§ 261 bis 272 des KAGB in die nach § 1 der Anlagebedingungen der Investmentgesellschaft festgelegten Vermögensgegenstände zum Nutzen der Anleger unter Wahrung der gesetzlichen Vorgaben des KAGB.

Die Anleger partizipieren indirekt über Ergebniszuweisungen und Ausschüttungen der Investmentgesellschaft an den Erträgen der direkt oder indirekt über eine oder mehrere Zweckgesellschaft(en) von der Investmentgesellschaft gehaltenen Beteiligungen an Zielfonds.

Die Ausschüttungen der aus der Investitionstätigkeit der Investmentgesellschaft erzielten Liquidität erfolgen im Verhältnis der jeweiligen Kapitalkonten I der Gesellschafter ggf. einmal jährlich unter Beachtung der weiteren Regelungen der Verträge. Ausschüttungsansprüche können zunächst mit rückständigem Ausgabeaufschlag, rückständigen Einlagen, etwaigen Verzugszinsen und -schäden sowie mit den einem Anleger nach Maßgabe des Gesellschaftsvertrages in Rechnung gestellten Kosten, Ausgaben und Aufwendungen verrechnet werden (vgl. § 28 (2) des Gesellschaftsvertrages).

Die weiteren Einzelheiten zu den vorgenannten wesentlichen Leistungsmerkmalen sind den Verträgen und diesem Prospekt zu entnehmen.

Der Anleger gibt durch Unterzeichnung und Übermittlung der ausgefüllten Beitrittserklärung an die Treuhänderin ein für ihn bindendes Angebot auf den Abschluss des Treuhandvertrages mit dem Auftrag ab, für ihn eine Kommanditbeteiligung an der Investmentgesellschaft zu begründen.

Der Beitritt zur Investmentgesellschaft wird wirksam, wenn die Treuhänderin dieses Angebot durch Gegenzeichnung der Beitrittserklärung im eigenen Namen und im Namen sämtlicher anderer Gesellschafter der Investmentgesellschaft annimmt und diese Annahmeerklärung dem Anleger zugegangen ist.

Grundsätzlich kann dieses Angebot nur durch einzelne natürliche Personen abgegeben werden. Eine Beteiligung von Gemeinschaften, eingetragenen Lebenspartnerschaften und Ehepartnern als solchen (Zeichnungen durch einen Lebenspartner bzw. Ehepartner als Einzelpersonen sind zulässig) ist ausgeschlossen. Ebenso sind natürliche Personen, die eine Beteiligung über andere Treuhänder als die Verwaltungsgesellschaft halten, die im Wettbewerb zur Investmentgesellschaft stehen, die bereits aus einem anderen Investmentvermögen nach Maßgabe einer mit § 20 (1), (3) oder (4) des Gesellschaftsvertrages vergleichbaren Regelung ausgeschlossen sind oder die durch die Beteiligung 10 % oder mehr an dem durch den Platzierungsgarantievertrag zwischen der Wealthcap Investment Services GmbH und der Investmentgesellschaft garantierten bzw. – soweit dieses höher

ist – zu diesem Zeitpunkt zugesagten Kommanditkapitals auf sich vereinigen würden, grundsätzlich von einer Beteiligung an der Investmentgesellschaft ausgeschlossen. Ausnahmen hiervon können allerdings zugelassen werden (vgl. § 5 (2) und (4) des Gesellschaftsvertrages).

Ausnahmslos von einer Beteiligung ausgeschlossen sind – auch mittelbar beteiligte – natürliche Personen, die in den USA oder Kanada (jeweils einschließlich deren Territorien) ansässig i. S. d. US-amerikanischen oder kanadischen Steuerrechts sind und/oder die US-amerikanische oder die kanadische Staatsangehörigkeit haben und/oder in den USA oder Kanada (jeweils einschließlich deren Territorien) einen Wohnsitz haben und/oder Inhaber einer dauerhaften US-amerikanischen bzw. kanadischen Aufenthalts- oder Arbeitserlaubnis (z. B. „Green Card“) sind, sowie solche natürlichen Personen, die nicht in Deutschland unbeschränkt einkommensteuerpflichtig sind.

Ein Anspruch des Anlegers auf Aufnahme in die Investmentgesellschaft besteht nicht.

Die Komplementärin und die Verwaltungsgesellschaft bzw. die Treuhänderin unterliegen den Vorschriften des Gesetzes über das Aufspüren von Gewinnen aus schweren Straftaten (Geldwäschegesetz, GwG). Können sie die daraus resultierenden Sorgfaltspflichten nicht oder nicht ordnungsgemäß erfüllen, weil der betreffende Anleger die nach dem GwG zu erhebenden Angaben nicht, nicht vollständig, nicht fristgerecht oder unzutreffend beibringt, ist eine Annahme der Beitrittserklärung grundsätzlich nicht möglich. Sollte ein Anleger dennoch bereits als Treugeber oder als Direktkommanditist in die Investmentgesellschaft aufgenommen worden sein, kann er gemäß § 20 (1) g) des Gesellschaftsvertrages aus der Investmentgesellschaft ausgeschlossen werden. Erfolgt der Ausschluss, weil der Anleger nach dem GwG für die Annahme seiner Beitrittserklärung eigentlich notwendige Angaben nicht (rechtzeitig) nachgereicht hat, so erhält er keine Abfindung, sondern seine bereits geleistete Einlage und den Ausgabeaufschlag zurück. Erfolgt der Ausschluss, weil der Anleger die nach dem GwG zu erhebenden Angaben nicht vollständig oder unzutreffend beigebracht hat, so erhält er eine Abfindung (vgl. zur Ermittlung der Abfindung das Kapitel „Kosten“, Unterabschnitt „Abfindungsguthaben“).

Die neben den durch Notar und Gericht durch das Ausscheiden verursachte und in Rechnung gestellte sonstige Kosten und Ausgaben werden von dem an den ausgeschlossenen Anleger zu zahlenden Betrag in nachgewiesener Höhe abgezogen, höchstens jedoch 80 % des Anteilswertes des jeweiligen Anlegers.

6. PREISE

Der Anleger hat seine Einlage zzgl. eines Ausgabeaufschlages i. H. v. maximal 5 %, bezogen auf die in der Beitrittserklärung gezeichnete Einlage, zu leisten. Die Höhe der individuellen Einlage inkl. Ausgabeaufschlag ist in der Beitrittserklärung unter dem Punkt „Beteiligung“ aufgeführt.

7. WEITERE VOM ANLEGER ZU ZAHLENDE STEUERN UND KOSTEN

Eine Darstellung der weiteren vom Anleger zu zahlenden Steuern und Kosten findet sich im Kapitel „Kosten“, Abschnitt „Sonstige vom Anleger zu entrichtende Kosten“. Im Abschnitt „Kosten“ findet sich zudem auch eine Darstellung von Kosten, die von der Investmentgesellschaft zu tragen sind und den Anleger daher wirtschaftlich treffen.

Hinsichtlich der steuerlichen Auswirkungen der Beteiligung auf den Anleger wird auf die Ausführungen in diesem Prospekt, insbesondere auf das Kapitel „Bedeutsame Steuervorschriften“, verwiesen. Bei Fragen sollte sich der Anleger an die für ihn zuständige Steuerbehörde bzw. seinen steuerlichen Berater wenden.

8. SPEZIELLE RISIKEN DER BETEILIGUNG

Die Beteiligung unterliegt den Risiken, die mit einer Investition in geschlossene Publikums-AIF der Anlageklasse Private Equity verbunden sind. Eine ausführliche Darstellung der mit der Beteiligung verbundenen Risiken, inkl. der strukturellen Risiken, findet sich im Kapitel „Die Investmentgesellschaft“ im Abschnitt „Wesentliche Risiken“.

9. SPRACHE UND GÜLTIGKEITSDAUER DER ZUR VERFÜGUNG GESTELLTEN INFORMATIONEN

Die hier zur Verfügung gestellten Informationen beruhen auf dem Stand zum Zeitpunkt der Vertriebsanzeige. Sie sind während der Dauer des öffentlichen Vertriebs wirksam und werden während dieses Zeitraums, ggf. durch eine Aktualisierung oder einen Nachtrag zum Verkaufsprospekt, aktualisiert. Sämtliche Informationen stehen nur in deutscher Sprache zur Verfügung.

10. ZAHLUNG UND ERFÜLLUNG DER VERTRÄGE, VERZUGSZINSEN, WEITERE VERTRAGSBEDINGUNGEN

Die Einlagen werden in mehreren Raten zur Zahlung fällig. Die Einzahlung der ersten Rate i. H. v. 30 % der vom Anleger in der Beitrittserklärung gezeichneten Einlage zzgl. des vollen Ausgabeaufschlages i. H. v. maximal 5 % der gezeichnete Einlage hat spätestens zum Monatsende des auf den Zugang der Annahme der Beitrittserklärung beim Anleger folgenden nächsten Monats (Valuta des Geldeingangs bei der Treuhänderin) ohne jegliche Abzüge auf das in der Beitrittserklärung angegebene Konto der Treuhänderin zu erfolgen. Die weiteren Raten sind nach schriftlicher Aufforderung innerhalb von 28 Kalendertagen nach dem Datum des betreffenden Kapitalabrufs zu zahlen. Sowohl die gezeichnete Einlage als auch der Ausgabeaufschlag sind in Euro zu leisten.

Bei nicht fristgerechter Erfüllung der vorstehend genannten Zahlungsverpflichtungen ist es nach Maßgabe des Gesellschaftsvertrages möglich, ab Fälligkeit dem Anleger Verzugszinsen i. H. v.

5 Prozentpunkten über dem jeweiligen Basiszinssatz (§ 247 BGB) p. a. zu berechnen und ihn aus der Investmentgesellschaft auszuschießen. Es können darüber hinaus weitergehende Verzugschäden geltend gemacht werden. Dem Anleger ist ausdrücklich der Nachweis gestattet, dass der Investmentgesellschaft durch seinen Verzug überhaupt kein Schaden entstanden oder der entstandene Schaden wesentlich niedriger als die geltend gemachten Verzugszinsen und -schäden ist.

Weitere Einzelheiten ergeben sich aus der Beitrittserklärung sowie aus dem Gesellschaftsvertrag und den Anlagebedingungen der Investmentgesellschaft sowie aus dem Treuhandvertrag.

Die von der Treuhänderin zu erbringenden Leistungen sind im Treuhandvertrag und ggf. im Gesellschaftsvertrag geregelt. Die Leistungen der Investmentgesellschaft sind im Gesellschaftsvertrag und in den Anlagebedingungen geregelt.

11. WIDERRUFSRECHTE

Gibt der Anleger seine Beitrittserklärung ab, so kann er diese innerhalb der bestehenden Widerrufsfrist widerrufen. Wegen weiterer Einzelheiten zu den Widerrufsrechten, insbesondere zu den Widerrufsfristen und den Rechtsfolgen, wird auf die Widerrufsbelehrung in der Beitrittserklärung sowie auf die untenstehende „Widerrufsbelehrung“ verwiesen.

Die folgende Widerrufsbelehrung ist der Beitrittserklärung entnommen:

WIDERRUFSBELEHRUNG

Widerrufsrecht

Sie können Ihre Vertragserklärung innerhalb von 14 Tagen ohne Angabe von Gründen mittels einer eindeutigen Erklärung widerrufen. Die Frist beginnt nach Erhalt dieser Belehrung auf einem dauerhaften Datenträger, jedoch nicht vor Vertragsschluss und auch nicht vor Erfüllung unserer Informationspflichten gemäß Artikel 246 b § 2 Absatz 1 in Verbindung mit Artikel 246 b § 1 Absatz 1 EGBGB. Zur Wahrung der Widerrufsfrist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs, wenn die Erklärung auf einem dauerhaften Datenträger (z.B. Brief, Telefax, E-Mail) erfolgt. Der Widerruf ist zu richten an:

Wealthcap Kapitalverwaltungsgesellschaft mbH
 Am Tucherpark 16, 80538 München
 Telefax +49 89 678 205 555-500
 E-Mail anleger@wealthcap.com

Widerrufsfolgen

Im Falle eines wirksamen Widerrufs sind die beiderseits empfangenen Leistungen zurück zu gewähren. Sie sind zur Zahlung von Wertersatz für die bis zum Widerruf erbrachte Dienstleistung verpflichtet, wenn Sie vor Abgabe Ihrer Vertragserklärung auf diese Rechtsfolge hingewiesen wurden und ausdrücklich zugestimmt

haben, dass wir vor dem Ende der Widerrufsfrist mit der Ausführung der Gegenleistung beginnen. Besteht eine Verpflichtung zur Zahlung von Wertersatz, kann dies dazu führen, dass Sie die vertraglichen Zahlungsverpflichtungen für den Zeitraum bis zum Widerruf dennoch erfüllen müssen. Ihr Widerrufsrecht erlischt vorzeitig, wenn der Vertrag von beiden Seiten auf Ihren ausdrücklichen Wunsch vollständig erfüllt ist, bevor Sie Ihr Widerrufsrecht ausgeübt haben. Verpflichtungen zur Erstattung von Zahlungen müssen innerhalb von 30 Tagen erfüllt werden. Die Frist beginnt für Sie mit der Absendung Ihrer Widerrufserklärung, für uns mit deren Empfang.

- Ende der Widerrufsbelehrung -

12. MINDESTLAUFZEIT DER VERTRÄGE, VERTRAGLICHE KÜNDIGUNGSREGELUNGEN

Die Investmentgesellschaft ist für die Zeit bis zum 31.12.2031 errichtet. Die Gesellschafter können mit einer einfachen Mehrheit der abgegebenen Stimmen eine Verlängerung der Laufzeit der Investmentgesellschaft bis spätestens zum 31.12.2037 beschließen, sofern sich die Laufzeit eines direkt oder indirekt gehaltenen AIF i. S. d. § 1 Ziffern 2 oder 3 der Anlagebedingungen über den 31.12.2031 hinaus verlängert oder soweit die Investmentgesellschaft im Rahmen der Beendigung der Beteiligung an einem solchen AIF Sachauschüttungen erhält und sie nicht sofort veräußert oder ausschüttet, sondern zunächst zulässigerweise weiter hält. Die Investmentgesellschaft wird vorzeitig aufgelöst, wenn die Gesellschafter die Auflösung mit einer Mehrheit von mindestens 75 % der abgegebenen Stimmen sowie mit der Zustimmung der Verwaltungsgesellschaft beschließen. Die Investmentgesellschaft wird ohne Gesellschafterbeschluss sechs Monate, nachdem die Investmentgesellschaft keine dem Gesellschaftsgegenstand entsprechenden Vermögensgegenstände mehr hält, aufgelöst. Das Recht zur fristlosen Kündigung aus wichtigem Grund bleibt unberührt. Des Weiteren kann ein Anleger auch aus bestimmten Gründen aus der Investmentgesellschaft ausgeschlossen werden (z.B. bei Zwangsvollstreckungsmaßnahmen, bei Nichtleistung, Zuwenigleistung oder verspäteter Leistung einer bzw. mehrerer Raten auf den in der Beitrittserklärung übernommenen Einlage und/oder des Ausgabeaufschlages, Nichterbringung oder verspätetem Zurverfügungstellen von notwendigen Unterlagen und der erforderlichen Informationen gemäß dem GwG, Auftreten von Tatsachen, bei deren Vorliegen ein Anleger nicht der Investmentgesellschaft hätte beitreten können, oder wenn der Anleger, trotz schriftlicher Abmahnung, seine Verpflichtungen in grober Weise verletzt und eine weitere Fortsetzung des Gesellschafterverhältnisses unzumutbar geworden ist). Ein Ausschluss erfolgt zudem automatisch, wenn über das Vermögen des betreffenden Gesellschafters ein Insolvenzverfahren, ein entsprechendes Verfahren nach ausländischem Recht eröffnet wird oder ein Privatgläubiger des betreffenden Gesellschafters das Gesellschaftsverhältnis kündigt. Einzelheiten bestimmen §§ 19 bis 22 des Gesellschaftsvertrages.

Bei vorzeitigem Ausscheiden aus der Investmentgesellschaft bestimmt sich die Abfindung des Anlegers nach § 23 des Gesellschaftsvertrages.

Der Treuhandvertrag wird zwischen dem mittelbar der Investmentgesellschaft beitretenden Anleger, der Treuhänderin und der Investmentgesellschaft geschlossen. Der Treuhandvertrag endet durch wirksamen Widerruf (§ 1 (4) des Treuhandvertrages), wenn der Treugeber seine Beteiligung gemäß § 5 (3) des Treuhandvertrages in eine Direktbeteiligung umwandelt oder wenn der Treugeber nach den Regelungen des Gesellschaftsvertrages aus der Investmentgesellschaft ausscheidet. Die Treuhänderin kann – ohne dass es sich um eine Umwandlung im Sinne von § 5 (3) des Treuhandvertrages handelt – aus dem Treuhandvertrag ausscheiden, wenn sie zum gleichen Zeitpunkt ebenfalls aus den Treuhandverträgen mit allen anderen Treugebern ausscheidet und eine andere nach den Vorschriften des KAGB geeignete Gesellschaft als Treuhandkommanditistin bestimmt wird, die anstelle der Treuhänderin in die einzelnen Treuhandverträge mit sämtlichen Treugebern eintritt und diese fortführt. Das Ausscheiden der bisherigen und der Eintritt der neuen Treuhandkommanditistin sind gegenüber den Treugebern in schriftlicher Form mit einer Frist von drei Monaten zum Quartalsende anzukündigen.

Im Übrigen endet der Treuhandvertrag ohne weiteres Zutun zu dem Zeitpunkt, zu dem die Vollbeendigung der Investmentgesellschaft im Handelsregister eingetragen wird.

Jeder Treugeber kann seine Beteiligung durch Aufhebung des Treuhandvertrages im Einvernehmen mit der Treuhänderin in eine Direktbeteiligung umwandeln, sofern er das schriftlich mit einer Frist von acht Wochen bei der Treuhänderin geltend macht und eine Handelsregistervollmacht einreicht, die den Anforderungen des § 17 (7) des Gesellschaftsvertrages entspricht. Die Handelsregistervollmacht ist bei der Treuhänderin oder einem von ihr beauftragten Dritten spätestens innerhalb einer Frist von acht Wochen einzureichen, nachdem der umwandelnde Treugeber durch die Treuhänderin schriftlich zur Vorlage der Handelsregistervollmacht aufgefordert worden ist. Der Treugeber wird mit seiner persönlichen Eintragung in das Handelsregister (Haftsumme i.H.v. 1 % seiner Einlage) unmittelbar beteiligter Kommanditist (Direktkommanditist). Das Treuhandverhältnis besteht bis zu diesem Zeitpunkt fort. Sollte die Handelsregistervollmacht nicht entsprechend den vorgenannten Bestimmungen eingereicht werden, besteht Einvernehmen zwischen dem Treugeber und der (jeweiligen) Treuhänderin, dass ihr Treuhandverhältnis unverändert zu den bisherigen Bedingungen fortgesetzt wird. Voraussetzung dafür ist jedoch, dass der Treugeber nicht gemäß § 20 (1) c) i.V.m. § 20 (2) des Gesellschaftsvertrages aus der Investmentgesellschaft ausgeschlossen wird.

Direktkommanditisten können ihre Beteiligungen durch Abschluss eines Treuhandvertrages mit der Treuhänderin in eine Treugeberbeteiligung zurückumwandeln, sofern sie das schriftlich bei der Verwaltungsgesellschaft acht Wochen vor

der geplanten Umwandlung geltend machen. Die Achtwochenfrist beginnt mit dem Zugang des Schreibens bei der Verwaltungsgesellschaft. In diesem Fall gelten die vorgenannten Regelungen ebenfalls.

13. RECHTSORDNUNG/GERICHTSSTAND

Für die Vertragsanbahnung und für die Verträge und sonstige Schuldverhältnisse, die für die Beteiligung des Anlegers maßgeblich sind, gilt das Recht der Bundesrepublik Deutschland.

Sofern der Anleger Verbraucher i.S.d. § 13 BGB ist, gelten hinsichtlich des Gerichtsstandes die gesetzlichen Vorgaben. Ansonsten ist als Erfüllungsort und als Gerichtsstand für den Gesellschaftsvertrag sowie für den Treuhandvertrag, soweit gesetzlich zulässig, München vereinbart. Hat der Gesellschafter im Inland keinen allgemeinen Gerichtsstand, so ist nicht ausschließlicher Gerichtsstand ebenfalls München.

14. VERTRAGSSPRACHE

Maßgebliche Sprache für das Vertragsverhältnis und die Kommunikation mit dem Anleger ist Deutsch.

15. AUSSERGERICHTLICHE STREITSCHLICHTUNG

Bei Streitigkeiten aus der Anwendung der Vorschriften des BGB betreffend Fernabsatzverträge über Finanzdienstleistungen und bei bestimmten Streitigkeiten, die das Rechtsverhältnis zur Investmentgesellschaft oder zur Verwaltungsgesellschaft bzw. Treuhänderin sowie alle mit der Verwaltung ihrer Beteiligung im Zusammenhang stehenden Sachverhalte betreffen, können die Anleger, unbeschadet ihres Rechts, die Gerichte anzurufen, ein außergerichtliches Schlichtungsverfahren nach Maßgabe des Verbraucherstreitbeilegungsgesetzes bei einer anerkannten privaten Verbraucherschlichtungsstelle einleiten. Die Investmentgesellschaft und die Verwaltungsgesellschaft bzw. Treuhänderin haben sich der Ombudsstelle für Sachwerte und Investmentvermögen e.V. angeschlossen und nehmen an deren Streitbeilegungsverfahren teil. Die Voraussetzungen für den Zugang zur Schlichtungsstelle regelt die Verfahrensordnung der Ombudsstelle für Sachwerte und Investmentvermögen e.V. Nähere Informationen sowie die Verfahrensordnung sind erhältlich bei:

Ombudsstelle für Sachwerte und Investmentvermögen e. V.
Postfach 64 02 22
10048 Berlin
Telefon +49 30 25 76 16 90
Telefax +49 30 25 76 16 91
E-Mail info@ombudsstelle.com
Internet www.ombudsstelle.com

Die Investmentgesellschaft und die Verwaltungsgesellschaft sind jederzeit berechtigt, sich einer anderen gleichwertigen, nach Maßgabe des Verbraucherstreitbeilegungsgesetzes anerkannten privaten Verbraucherschlichtungsstelle zu unterstellen und

gleichzeitig aus dem Geltungsbereich der Verfahrensordnung der Ombudsstelle für Sachwerte und Investmentvermögen e.V. auszuscheiden.

Die jeweiligen Beschwerden sind in Textform unter kurzer Schilderung des Sachverhalts und Beifügung von Kopien der zum Verständnis der Beschwerde notwendigen Unterlagen bei der Ombudsstelle einzureichen. Die Anleger haben zudem zu versichern, dass sie in der Streitigkeit noch kein Gericht, keine Streit-schlichtungsstelle und keine Gütestelle, die Streitbeilegung be-treibt, angerufen und auch keinen außergerichtlichen Vergleich abgeschlossen sowie keinen Antrag auf Prozesskostenhilfe gestellt haben, der abgewiesen worden ist, weil die beabsichtig-te Rechtsfolge keine hinreichende Aussicht auf Erfolg hat. Anleger können sich im Verfahren vertreten lassen.

Anleger, die ihre Beteiligung an der Investmentgesellschaft im Rahmen eines Onlinevertrages im Sinne der Verordnung (EU) Nr. 524/2013 begründet haben, können zur außergerichtlichen Streit-beilegung auch die von der Europäischen Kommission eingerich-tete Plattform für die außergerichtliche Online-Streitbeilegung (sog. „OS-Plattform“) nutzen. Diese Plattform kann unter der fol-genden Adresse aufgerufen werden:

www.ec.europa.eu/consumers/odr

Als E-Mail-Adresse der Verwaltungsgesellschaft kann hierbei angegeben werden:

anleger@wealthcap.com

Die Streitbeilegungsplattform ist selbst keine Streitbeilegungs-stelle, sondern vermittelt dem Beschwerdeführer lediglich den Kontakt zu einer zuständigen nationalen Schlichtungsstelle.

16. EINLAGENSICHERUNG

Es besteht kein Garantiefonds oder eine vergleichbare Sicherung der Einlagen der Direktkommanditisten und der Treugeber.

Ende der Verbraucherinformationen bei außerhalb von Geschäftsräumen geschlossenen Verträgen und Fernabsatz-verträgen über Finanzdienstleistungen.

XII. Anlagebedingungen

zur Regelung des Rechtsverhältnisses zwischen den Anlegern und der **Wealthcap Fondsportfolio Private Equity 21 GmbH & Co. geschlossene Investment KG, Grünwald**, (nachstehend „Investmentgesellschaft“ genannt) extern verwaltet durch die **Wealthcap Kapitalverwaltungsgesellschaft mbH, München**, (nachstehend „Verwaltungsgesellschaft“ genannt) für den von der Verwaltungsgesellschaft verwalteten geschlossenen Publikums-AIF, die nur i.V.m. dem Gesellschaftsvertrag der Investmentgesellschaft gelten.

§ 1 VERMÖGENSGEGENSTÄNDE

Die Investmentgesellschaft darf folgende Vermögensgegenstände zu Investitionszwecken erwerben:

1. Beteiligungen an Unternehmen, die nicht zum Handel an einer Börse zugelassen oder in einen organisierten Markt einbezogen sind (§ 261 Abs. 1 Nr. 4 KAGB).
2. Anteile oder Aktien an geschlossenen inländischen Publikums-AIF nach Maßgabe der §§ 261 bis 272 KAGB oder an europäischen oder ausländischen geschlossenen Publikums-AIF, deren Anlagepolitik vergleichbaren Anforderungen unterliegt (§ 261 Abs. 1 Nr. 5 KAGB).
3. Anteile oder Aktien an geschlossenen inländischen Spezial-AIF nach Maßgabe der §§ 285 bis 292 KAGB i.V.m. den §§ 273 bis 277 KAGB, der §§ 337 und 338 KAGB oder an geschlossenen EU-Spezial-AIF oder ausländischen geschlossenen Spezial-AIF, deren Anlagepolitik vergleichbaren Anforderungen unterliegt (§ 261 Abs. 1 Nr. 6 KAGB).
4. Wertpapiere i. S. d. § 193 KAGB, Geldmarktinstrumente i. S. d. § 194 KAGB und Bankguthaben i. S. d. § 195 KAGB (§ 261 Abs. 1 Nr. 7 KAGB).

§ 2 ANLAGEGRENZEN

1. Die Investitionen in die Vermögensgegenstände nach § 1 Ziffern 2 und 3 dieser Anlagebedingungen können direkt oder indirekt über eine oder mehrere Zweckgesellschaft(en) mit Sitz im Geltungsbereich der AIFM-Richtlinie erfolgen. Die Prozentangaben der nachfolgenden Ziffern dieses § 2 beziehen sich auf das der Investmentgesellschaft für Investitionen zur Verfügung stehende Kommanditkapital, sofern nicht ausdrücklich eine andere Bezugsgröße genannt wird.
2. Mindestens 60 % werden direkt oder indirekt in AIF mit Sitz in Ländern im Geltungsbereich der AIFM-Richtlinie (mit Ausnahme der Bundesrepublik Deutschland), im Vereinigten Königreich, auf den Kanalinseln Jersey und Guernsey, in Ver-

tragsstaaten des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum, auf den Cayman Islands sowie in den Vereinigten Staaten von Amerika investiert.

3. Mindestens 60 % werden direkt oder indirekt in AIF investiert, die mindestens 60 % des ihnen für Investitionen zur Verfügung stehenden Kapitals unmittelbar oder mittelbar in Beteiligungen an Unternehmen mit Geschäftstätigkeit in Europa investieren.
4. Mindestens 60 % werden direkt oder indirekt in AIF investiert, die mindestens 60 % des ihnen für Investitionen zur Verfügung stehenden Kapitals unmittelbar oder mittelbar in Private-Equity-Unternehmensbeteiligungen investieren.
5. Mindestens 60 % werden direkt oder indirekt in AIF investiert, die mit mindestens 60 % des ihnen für Investitionen zur Verfügung stehenden Kapitals unmittelbar oder mittelbar eine Anlagestrategie nach dem Buy-out-Prinzip verfolgen.
6. Mindestens 60 % werden direkt oder indirekt in AIF investiert, die unmittelbar oder mittelbar ein diversifiziertes Portfolio von mindestens vier Unternehmensbeteiligungen aufbauen, wobei die AIF zum Zeitpunkt der Investition durch die Investmentgesellschaft bereits in Unternehmensbeteiligungen investiert sein können und ferner bereits Ausschüttungen an bereits bestehenden Investoren des AIF getätigt haben können.
7. Mindestens 60 % werden direkt oder indirekt in AIF investiert, die mindestens 60 % des ihnen für Investitionen zur Verfügung stehenden Kapitals unmittelbar oder mittelbar in Beteiligungen an Unternehmen mit einem jeweiligen Eigenkapitalanteil i. H. v. mindestens 50 Mio. EUR investieren.
8. Die Anlagegrenzen dieses § 2 müssen am Stichtag zwei Jahre nach dem Platzierungsschluss der Investmentgesellschaft erfüllt sein.

§ 3 WÄHRUNGSRISIKEN

Die Vermögensgegenstände der Investmentgesellschaft dürfen nur insoweit einem Währungsrisiko unterliegen, als der Wert der einem solchen Risiko unterliegenden Vermögensgegenstände 30 % des aggregierten eingebrachten Kapitals und noch nicht eingeforderten zugesagten Kapitals der Investmentgesellschaft, berechnet auf der Grundlage der Beträge, die nach Abzug sämtlicher direkt oder indirekt von den Anlegern getragener Gebühren, Kosten und Aufwendungen für Anlagen zur Verfügung stehen, nicht übersteigt.

§ 4 LEVERAGE UND BELASTUNGEN

1. Für die Investmentgesellschaft dürfen Kredite bis zur Höhe von 150 % des aggregierten eingebrachten Kapitals und noch nicht eingeforderten zugesagten Kapitals der Investmentgesellschaft, berechnet auf der Grundlage der Beträge, die nach Abzug sämtlicher direkt oder indirekt von den Anlegern getragener Gebühren, Kosten und Aufwendungen für Anlagen zur Verfügung stehen, aufgenommen werden, wenn die Bedingungen der Kreditaufnahme marktüblich sind.
2. Die Belastung von Vermögensgegenständen, die zu der Investmentgesellschaft gehören, sowie die Abtretung und Belastung von Forderungen aus Rechtsverhältnissen, die sich auf diese Vermögensgegenstände beziehen, sind zulässig, wenn dies mit einer ordnungsgemäßen Wirtschaftsführung vereinbar ist und die Verwahrstelle den vorgenannten Maßnahmen zustimmt, weil sie die Bedingungen, unter denen die Maßnahmen erfolgen sollen, für marktüblich erachtet. Zudem darf die Belastung insgesamt 150 % des aggregierten eingebrachten Kapitals und noch nicht eingeforderten zugesagten Kapitals der Investmentgesellschaft, berechnet auf der Grundlage der Beträge, die nach Abzug sämtlicher direkt oder indirekt von den Anlegern getragener Gebühren, Kosten und Aufwendungen für Anlagen zur Verfügung stehen, nicht überschreiten.
3. Die vorstehenden Grenzen für die Kreditaufnahme und die Belastung gelten nicht während der Dauer des erstmaligen Vertriebs der Investmentgesellschaft, längstens jedoch für einen Zeitraum von 18 Monaten ab Beginn des Vertriebs.

§ 5 ANTEILKLASSEN

Alle Anteile haben gleiche Ausgestaltungsmerkmale; verschiedene Anteilklassen gemäß § 149 Abs. 2 i. V. m. § 96 Abs. 1 KAGB werden nicht gebildet.

§ 6 AUSGABEPREIS, AUSGABEAUFSCHLAG, INITIALKOSTEN

1. Ausgabepreis

Der Ausgabepreis für einen Anleger entspricht der Summe aus dem von dem Anleger übernommenen Zeichnungsbetrag und dem Ausgabeaufschlag. Der von dem Anleger zu übernehmende Zeichnungsbetrag beträgt mindestens 20.000 EUR. Höhere Zeichnungsbeträge müssen ohne Rest durch 1.000 teilbar sein.

2. Summe aus Ausgabeaufschlag und Initialkosten

Die Summe aus dem Ausgabeaufschlag und den während der Gründungs- und Platzierungsphase anfallenden Initialkosten beträgt bis zu 9,774 % des Ausgabepreises.

3. Ausgabeaufschlag

Der Ausgabeaufschlag beträgt 5 % des Zeichnungsbetrages. Es steht der Verwaltungsgesellschaft frei, einen niedrigeren Ausgabeaufschlag zu berechnen.

4. Initialkosten

Neben dem Ausgabeaufschlag werden der Investmentgesellschaft in der Gründungs- und Platzierungsphase einmalige Kosten i. H. v. bis zu 5,263 % des von dem jeweiligen Anleger übernommenen Zeichnungsbetrages belastet (Initialkosten). Die Initialkosten sind spätestens zum Platzierungsschluss der Investmentgesellschaft fällig. Anteilige Abschlagszahlungen entsprechend dem Platzierungsfortschritt sind möglich. Eine anteilige Erstattung von Initialkosten durch die Verwaltungsgesellschaft ist unter den Bedingungen des § 7 Ziffer 11 dieser Anlagebedingungen möglich.

5. Steuern

Die Beträge berücksichtigen die aktuellen Steuersätze. Bei Änderungen der gesetzlichen Steuersätze werden die genannten Bruttobeträge bzw. Prozentsätze entsprechend angepasst.

§ 7 LAUFENDE KOSTEN

1. Summe aller laufenden Vergütungen

Die Summe aller an die Verwaltungsgesellschaft und an die Gesellschafter der Investmentgesellschaft gemäß den nachstehenden Ziffern 2 und 3 zu zahlenden laufenden Vergütungen beträgt jährlich insgesamt bis zu 1,15 % der Bemessungsgrundlage, jedoch mindestens 1.293.750 EUR in Summe für die Geschäftsjahre 2018, 2019 und 2020 ab dem Zeitpunkt der Fondsauflage; dabei beträgt die Mindestgebühr für das Geschäftsjahr 2018 ab dem Zeitpunkt der Fondsauflage 258.750 EUR und für die Geschäftsjahre 2019 und 2020 jeweils 517.500 EUR. Daneben hat die Verwaltungsgesellschaft Anspruch auf Transaktionsgebühren nach Ziffer 7 dieses § 7 und auf eine erfolgsabhängige Vergütung nach Ziffer 8 dieses § 7.

2. Bemessungsgrundlage

Als Bemessungsgrundlage für die Berechnung der laufenden Vergütungen gilt die Summe aus dem durchschnittlichen Nettoinventarwert der Investmentgesellschaft im jeweiligen Geschäftsjahr und den bis zum jeweiligen letzten Bewertungstichtag von der Investmentgesellschaft an die Anleger geleisteten Auszahlungen. Die Bemessungsgrundlage kann sich jedoch maximal auf 100 % des von den Anlegern gezeichneten Kommanditkapitals belaufen. Wird der Nettoinventarwert nur einmal jährlich ermittelt, wird der Berechnung des Durchschnitts der Wert am Anfang und am Ende des Geschäftsjahres zugrunde gelegt.

3. Vergütungen, die an die Verwaltungsgesellschaft und bestimmte Gesellschafter der Investmentgesellschaft zu zahlen sind
- a) Die Verwaltungsgesellschaft erhält für die Verwaltung der Investmentgesellschaft eine jährliche Verwaltungsvergütung i. H. v. bis zu 0,910 % der Bemessungsgrundlage, für den Zeitraum ab der Fondsaufgabe bis zum Ende des Geschäftsjahres 2018 jedoch mindestens 204.750 EUR und für die Geschäftsjahre 2019 und 2020 jeweils mindestens 409.500 EUR. Verlängert sich die Laufzeit der Investmentgesellschaft entsprechend § 9 Ziffer 2 dieser Anlagebedingungen über den 31.12.2032 hinaus, beträgt die jährliche Verwaltungsvergütung ab Beginn des Geschäftsjahres 2033 bis zu 0,455 % der Bemessungsgrundlage. Ab Liquidationseröffnung durch Laufzeitende, Gesellschafterbeschluss oder sonstige Gründe nach § 131 HGB beträgt die jährliche Vergütung bis zu 0,455 % der Bemessungsgrundlage.
 - b) Die Verwaltungsgesellschaft erhält zudem für die Verwaltung der Beteiligungen an der Investmentgesellschaft, die sie gegenüber allen Anlegern einschließlich der Direktkommanditisten erbringt, eine jährliche Vergütung i. H. v. bis zu 0,230 % der Bemessungsgrundlage, für den Zeitraum ab der Fondsaufgabe bis zum Ende des Geschäftsjahres 2018 jedoch mindestens 51.750 EUR und für die Geschäftsjahre 2019 und 2020 jeweils mindestens 103.500 EUR. Verlängert sich die Laufzeit der Investmentgesellschaft entsprechend § 9 Ziffer 2 dieser Anlagebedingungen über den 31.12.2032 hinaus, beträgt die jährliche Vergütung der Verwaltungsgesellschaft nach dieser lit. b) ab Beginn des Geschäftsjahres 2033 bis zu 0,115 % der Bemessungsgrundlage.
 - c) Die Komplementärin der Investmentgesellschaft erhält für die Übernahme der persönlichen Haftung und für die Geschäftsführung eine jährliche Vergütung i. H. v. bis zu 0,010 % der Bemessungsgrundlage, für den Zeitraum ab der Fondsaufgabe bis zum Ende des Geschäftsjahres 2018 jedoch mindestens 2.250 EUR und für die Geschäftsjahre 2019 und 2020 jeweils mindestens 4.500 EUR. Verlängert sich die Laufzeit der Investmentgesellschaft entsprechend § 9 Ziffer 2 dieser Anlagebedingungen über den 31.12.2032 hinaus, beträgt die jährliche Vergütung der Komplementärin nach dieser lit. c) ab Beginn des Geschäftsjahres 2033 bis zu 0,005 % der Bemessungsgrundlage.
 - d) Die jährlichen Vergütungen der vorstehenden lit. a) bis c) sind jeweils für das betreffende Geschäftsjahr zum 30.06. des Folgejahres zur Zahlung fällig und zahlbar. Es können quartalsweise anteilige Vorschüsse auf Basis der jeweils aktuellen Planzahlen erhoben werden. Mögliche Überzahlungen sind nach Feststellung der tatsächlichen Bemessungsgrundlage jeweils auszugleichen.
4. Vergütungen und Kosten auf Ebene von Zweckgesellschaften
- Auf Ebene der von der Investmentgesellschaft ggf. gehaltenen Zweckgesellschaften können Vergütungen, etwa für die Organe und Geschäftsleiter, und weitere Kosten anfallen. Diese werden nicht unmittelbar der Investmentgesellschaft in Rechnung gestellt, gehen aber unmittelbar in die Rechnungslegung der jeweiligen Zweckgesellschaft ein, schmälern ggf. deren Vermögen und wirken sich mittelbar über den Wertansatz der Beteiligung an der jeweiligen Zweckgesellschaft in der Rechnungslegung auf den Nettoinventarwert der Investmentgesellschaft aus.
5. Verwahrstellenvergütung
- Die Verwahrstelle erhält für ihre Tätigkeit eine jährliche Vergütung i. H. v. 0,0357 % auf Basis des durchschnittlichen Nettoinventarwertes der Investmentgesellschaft, mindestens jedoch 21.420 EUR p. a. Darüber hinaus erhält die Verwahrstelle einen Ersatz von Aufwendungen für im Rahmen der Ankaufsbewertung oder der Eigentumsverifikation ggf. notwendige externe Gutachten. Die Verwahrstelle ist berechtigt, bereits vor Fälligkeit monatlich anteilige Abschlagszahlungen auf Basis der jeweils aktuellen Planzahlen zu verlangen. Diese Gebühr wird letztmals im Jahr der Löschung der Investmentgesellschaft aus dem Handelsregister gezahlt.
6. Weitere Aufwendungen zulasten der Investmentgesellschaft
- a) Folgende Kosten einschließlich darauf ggf. entfallender Steuern hat die Investmentgesellschaft zu tragen:
 - aa) Kosten für externe Bewerter für die Bewertung der Vermögensgegenstände gemäß §§ 261, 271 KAGB;
 - bb) bankübliche Depotbankgebühren, Kontoführungsgebühren außerhalb der Verwahrstelle, ggf. einschließlich der banküblichen Kosten für die Verwahrung ausländischer Vermögensgegenstände im Ausland;
 - cc) Kosten für Geldkonten und Zahlungsverkehr;
 - dd) Aufwendungen für die Beschaffung von Fremdkapital, insbesondere an Dritte gezahlte Zinsen;
 - ee) für die Vermögensgegenstände entstehende Bewirtschaftungskosten (Verwaltungs-, Instandhaltungs- und Betriebskosten), die von Dritten in Rechnung gestellt werden;
 - ff) Kosten für die Prüfung der Investmentgesellschaft durch deren Abschlussprüfer;

- gg) von Dritten in Rechnung gestellte Kosten für die Geltendmachung und Durchsetzung von Rechtsansprüchen der Investmentgesellschaft sowie der Abwehr von gegen die Investmentgesellschaft erhobenen Ansprüchen;
 - hh) Gebühren und Kosten, die von staatlichen und anderen öffentlichen Stellen in Bezug auf die Investmentgesellschaft erhoben werden;
 - ii) ab Zulassung der Investmentgesellschaft zum Vertrieb entstandene Kosten für Rechts- und Steuerberatung im Hinblick auf die Investmentgesellschaft und ihre Vermögensgegenstände (einschließlich steuerrechtlicher Bescheinigungen), die von externen Rechts- und Steuerberatern in Rechnung gestellt werden;
 - jj) Kosten für die Beauftragung von Stimmrechtsbevollmächtigten, soweit diese gesetzlich erforderlich sind;
 - kk) Steuern und Abgaben, die die Investmentgesellschaft schuldet;
 - ll) angemessene Kosten für Gesellschafterversammlungen.
- b) Auf Ebene der von der Investmentgesellschaft ggf. gehaltenen Zweckgesellschaften können u.a. Kosten nach Maßgabe der vorstehenden lit. a) anfallen. Sie werden nicht unmittelbar der Investmentgesellschaft in Rechnung gestellt, gehen aber unmittelbar in die Rechnungslegung der jeweiligen Zweckgesellschaft ein, schmälern ggf. deren Vermögen und wirken sich mittelbar über den Wertansatz der Beteiligung in der Rechnungslegung auf den Nettoinventarwert der Investmentgesellschaft aus.
- c) Aufwendungen, die bei Zweckgesellschaften aufgrund besonderer Anforderungen des KAGB entstehen, sind von der daran beteiligten Investmentgesellschaft, die diesen Anforderungen unterliegt, im Verhältnis ihres Anteils zu tragen.
7. Transaktionsgebühr sowie Transaktions- und Investitionskosten
- a) Die Verwaltungsgesellschaft erhält für die Investition der Investmentgesellschaft in einen AIF entsprechend § 1 Ziffer 2 und 3 dieser Anlagebedingungen jeweils eine Transaktionsgebühr i. H. v. bis zu 1,75 % des Investitionsbetrages. Der Investitionsbetrag entspricht grundsätzlich dem gegenüber der Investmentgesellschaft durch den betreffenden AIF verbindlich bestätigten Zeichnungsbetrag. Im Falle des Erwerbs einer bereits bestehenden Beteiligung entspricht der Investitionsbetrag der Summe aus dem Kaufpreis der Beteiligung und dem Teil des Zeichnungsbetrages, der durch den Veräusserer der Beteiligung noch nicht in den jeweiligen AIF eingezahlt wurde.
- b) Die Transaktionsgebühr steht der Verwaltungsgesellschaft ebenfalls zu, wenn die Investition in einen AIF über eine Zweckgesellschaft erfolgt, an der die Investmentgesellschaft beteiligt ist. In diesen Fällen gilt lit. a) entsprechend; die Transaktionsgebühr wird jedoch lediglich in Bezug auf den Anteil des Investitionsbetrages gemäß lit. a) berechnet, der der Beteiligung der Investmentgesellschaft an der betreffenden Zweckgesellschaft entspricht.
- c) Der Investmentgesellschaft werden darüber hinaus die auf die Transaktion ggf. entfallenden Steuern und Gebühren gesetzlich vorgeschriebener Stellen belastet. Die im Zusammenhang mit Transaktionen von Dritten beanspruchten Kosten einschließlich der in diesem Zusammenhang anfallenden Steuern werden der Investmentgesellschaft unabhängig vom tatsächlichen Zustandekommen der Transaktion belastet.
- d) Auf Ebene von der Investmentgesellschaft ggf. gehaltenen Zweckgesellschaften können ebenfalls Gebühren und Kosten im Sinne von lit. c) anfallen; sie werden nicht unmittelbar der Investmentgesellschaft in Rechnung gestellt, gehen aber unmittelbar in die Rechnungslegung der jeweiligen Zweckgesellschaft ein, schmälern ggf. deren Vermögen und wirken sich mittelbar über den Wertansatz der Beteiligung in der Rechnungslegung auf den Nettoinventarwert der Investmentgesellschaft aus.
8. Erfolgsabhängige Vergütung
- Die Verwaltungsgesellschaft hat Anspruch auf eine zusätzliche erfolgsabhängige Beteiligung an den Auszahlungen der Investmentgesellschaft, wenn zum Berechnungszeitpunkt folgende Voraussetzungen erfüllt sind:
- a) Die Anleger haben Auszahlungen in Höhe ihrer geleisteten Einlagen (ohne Ausgabeaufschlag) erhalten, wobei die Haftsumme erst im Rahmen der Liquidation ausgekehrt wird.
- b) Die Anleger haben darüber hinaus Auszahlungen in Höhe einer durchschnittlichen jährlichen Verzinsung von 8 %, einschließlich Zinseszins, bezogen auf ihre geleisteten und noch nicht durch die Investmentgesellschaft zurückgezahlten Einlagen (ohne Ausgabeaufschlag) für den Zeitraum, ab dem der letzte Anleger der Investmentgesellschaft beigetreten ist, bis zum Berechnungszeitpunkt erhalten.
- Danach besteht ein Anspruch auf eine erfolgsabhängige Beteiligung der Verwaltungsgesellschaft an den Auszahlungen der Investmentgesellschaft i. H. v. 15 % aller weiteren Auszahlungen der Investmentgesellschaft.

Der jeweilige Anspruch auf erfolgsabhängige Auszahlungen wird jeweils zum Ende des Wirtschaftsjahrs, spätestens nach der Veräußerung aller Vermögensgegenstände, zur Zahlung fällig.

9. Geldwerte Vorteile

Geldwerte Vorteile, die die Verwaltungsgesellschaft oder ihre Gesellschafter oder Gesellschafter der Investmentgesellschaft im Zusammenhang mit der Verwaltung der Investmentgesellschaft oder der Bewirtschaftung der dazugehörigen Vermögensgegenstände erhalten, werden auf die Verwaltungsvergütung angerechnet.

10. Sonstige vom Anleger zu entrichtende Kosten

Jeder Anleger hat neben der Leistung seines Zeichnungsbetrages nebst Ausgabeaufschlag im Zusammenhang mit dem Erwerb, der Verwaltung und der Veräußerung seines Anteils noch folgende weitere Kosten an einen beauftragten Dritten zu entrichten, die nicht auf die von der Investmentgesellschaft zusätzlich zu tragenden Kosten und Gebühren angerechnet werden:

- a) Notargebühren und Registerkosten sind in gesetzlicher Höhe nach der Gebührentabelle für Gerichte und Notare sowie der Kostenordnung zzgl. ggf. anfallender gesetzlicher Umsatzsteuer von einem Anleger (bzw. von einem Erben oder Vermächtnisnehmer) zu tragen, falls er diese ausgelöst hat.
- b) Sämtliche Zahlungen, die an Anleger oder sonstige Berechtigte, z. B. auf Auslandskonten oder Fremdwährungskonten, geleistet werden, werden unter Abzug sämtlicher Gebühren zulasten des Empfängers geleistet.
- c) Soweit Kosten für ggf. erforderliche Quellensteuermeldungen und Quellensteuerabführungen entstehen, sind diese vom betreffenden Anleger zu tragen und werden von den Ausschüttungen an diesen Anleger abgezogen.
- d) Anlegern, die vorzeitig aus der Investmentgesellschaft ausscheiden, können die durch das Ausscheiden verursachten Kosten und Ausgaben in nachgewiesener Höhe, jedoch nicht mehr als 80 % des Anteilswertes des jeweiligen Anlegers, in Rechnung gestellt werden.
- e) Anleger, die nicht an der Kommunikation mittels elektronischer Informationsmedien teilnehmen, können mit von Dritten in Rechnung gestellten Kosten für den Druck und den Versand der jeweiligen Kommunikation in Papierform belastet werden.
- f) Im Zusammenhang mit der Beteiligung der Investmentgesellschaft an einem AIF oder einer Zweckgesellschaft sowie deren mittelbaren Beteiligungen an Portfoliounternehmen können gemäß den Bestimmungen ausländischer Steuerrechtsordnungen Kosten entstehen.

11. Erwerb von Anteilen an Investmentvermögen

- a) Beteiligt sich die Investmentgesellschaft direkt oder indirekt über eine Zweckgesellschaft an einem anderen Investmentvermögen, bei dem die Geschäftsführung oder die Verwaltung von der Verwaltungsgesellschaft, von der Wealth Management Capital Holding GmbH oder von einer Gesellschaft erbracht wird, an der die Wealth Management Capital Holding GmbH unmittelbar oder mittelbar eine Beteiligung hält (zusammen die „Wealthcap Gruppe“), oder bei dem die Geschäftsführung von einer Gesellschaft der Wealthcap Gruppe beratend unterstützt wird (nachfolgend als „Wealthcap Zielgesellschaft“ bezeichnet), so erstattet die Verwaltungsgesellschaft der Investmentgesellschaft die Gebühren bzw. Vergütungen für die Eigenkapitalvermittlung und die Konzeption und Strukturierung, die von der betreffenden Wealthcap Zielgesellschaft an eine Gesellschaft der Wealthcap Gruppe gezahlt wird, soweit sie rechnerisch auf die direkte oder indirekte Beteiligung der Investmentgesellschaft an der Wealthcap Zielgesellschaft entfällt. Die Erstattung ist jedoch der Höhe nach auf die Summe der gleichartigen von der Investmentgesellschaft an die Verwaltungsgesellschaft gezahlten Gebühren bzw. Vergütungen begrenzt, die auf das von der Investmentgesellschaft in die betreffende Wealthcap Zielgesellschaft investierte Kommanditkapital entfallen.
- b) Beteiligt sich die Investmentgesellschaft direkt oder indirekt über eine Zweckgesellschaft an einer Wealthcap Zielgesellschaft, die laufende Geschäftsführungsvergütungen, Treuhandvergütungen oder Verwaltungs- oder Beratungsvergütungen an Gesellschaften der Wealthcap Gruppe leistet, werden diese Vergütungen insoweit auf die Vergütung der Verwaltungsgesellschaft nach Ziffer 3 lit. a) bis b) dieses § 7 angerechnet, als sie auf die Beteiligung der Investmentgesellschaft an der betreffenden Wealthcap Zielgesellschaft entfallen. Ein ggf. verbleibender Anrechnungsüberhang ist durch die Verwaltungsgesellschaft zu erstatten.
- c) Im Jahresbericht wird der Betrag der Ausgabeaufschläge und Rücknahmeabschläge offengelegt, die der Investmentgesellschaft direkt oder indirekt über eine Zweckgesellschaft im jeweiligen Berichtszeitraum für den Erwerb und die Rücknahme von Anteilen und Aktien an Investmentvermögen berechnet worden sind. Zudem wird offengelegt, ob und in welcher Höhe der Investmentgesellschaft von der Verwaltungsgesellschaft selbst, von einer anderen AIF-Verwaltungsgesellschaft (bzw. einem anderen Manager) oder einer Investmentgesellschaft, mit der (bzw. dem) die Verwaltungsgesellschaft durch eine wesentliche unmittelbare oder mittelbare Beteiligung verbunden ist, eine Verwaltungsvergütung für die von der Investmentgesellschaft direkt oder indirekt über eine Zweckgesellschaft gehaltenen Anteile und Aktien an Investmentvermögen berechnet wurde.

Beim Erwerb von Anteilen und Aktien an Investmentvermögen, die direkt oder indirekt von der Verwaltungsgesellschaft selbst oder einer anderen AIF-Investmentgesellschaft verwaltet werden, mit der die Verwaltungsgesellschaft durch eine wesentliche unmittelbare oder mittelbare Beteiligung verbunden ist, darf die Verwaltungsgesellschaft oder die andere AIF-Investmentgesellschaft für den Erwerb und die Rücknahme der Anteile keine Ausgabeaufschläge und Rücknahmeabschläge berechnen.

12. Steuern

Die Beträge berücksichtigen die aktuellen Umsatzsteuersätze. Bei einer Änderung des gesetzlichen Umsatzsteuersatzes werden die genannten Bruttobeträge bzw. Prozentsätze entsprechend angepasst.

§ 8 AUSSCHÜTTUNG

1. Vorbehaltlich einer Reinvestition im Sinne der Ziffern 2 und 3 dieses § 8 dieser Anlagebedingungen soll die aus der Investitionstätigkeit der Investmentgesellschaft erzielte Liquidität (einschließlich der Liquidität aus Veräußerungen von Vermögensgegenständen) an die Anleger plangemäß einmal jährlich ausgezahlt werden, soweit sie nicht nach Auffassung der Verwaltungsgesellschaft als angemessene Liquiditätsreserve zur Sicherstellung einer ordnungsgemäßen Fortführung der Geschäfte der Investmentgesellschaft bzw. zur Erfüllung von Zahlungsverbindlichkeiten benötigt wird. Die Höhe der Auszahlungen kann variieren. Es kann zur Aussetzung der Auszahlungen kommen. Von der Ausschüttung verfügbarer Liquidität kann insbesondere dann abgesehen werden, wenn der zur Ausschüttung zur Verfügung stehende Betrag nicht mindestens 5 % des Kommanditkapitals der Investmentgesellschaft beträgt.
2. Aus der Investitionstätigkeit der Investmentgesellschaft erzielte Liquidität kann erneut in Vermögensgegenstände i. S. d. § 1 dieser Anlagebedingungen bis zu einem Betrag investiert werden, der den Kosten der Investmentgesellschaft (insbesondere den Initialkosten, dem Ausgabeaufschlag und den Transaktionsgebühren sowie den laufenden Vergütungen der Verwaltungsgesellschaft, der Komplementärin und der Verwahrstelle) entspricht, die bis zum Zeitpunkt der betreffenden Reinvestition entstanden sind.
3. Unabhängig von den Voraussetzungen der vorstehenden Ziffer 2 kann bis zum Ablauf von zwei Jahren nach dem Platzierungsschluss der Investmentgesellschaft sämtliche Liquidität, die der Investmentgesellschaft infolge des Ablaufs der Laufzeit oder der sonstigen Abwicklung sowie infolge der Veräußerung oder sonstigen Übertragung eines Vermögensgegenstandes der Investmentgesellschaft zufließt, erneut in Vermögensgegenstände i. S. d. § 1 dieser Anlagebedingungen investiert werden.

4. Reinvestitionen der Investmentgesellschaft nach den Ziffern 2 und 3 dürfen nicht dazu führen, dass die Summe der zu einem Zeitpunkt aktuell bestehenden Investitionen (einschließlich der Reinvestitionen) der Investmentgesellschaft 110 % des Kommanditkapitals der Investmentgesellschaft übersteigt. Solange während der Platzierungsphase der Investmentgesellschaft das platzierte Kommanditkapital weniger als 22,5 Mio. EUR beträgt, dürfen die Investitionen der Investmentgesellschaft einschließlich etwaiger Reinvestitionen nach den Ziffern 2 und 3 den durch die Platzierungsgarantie garantierten Betrag des Kommanditkapitals i. H. v. 22,5 Mio. EUR nicht überschreiten. Keine Reinvestition im Sinne dieses § 8 liegt vor, wenn die Investmentgesellschaft aus der Investitionstätigkeit erzielte Liquidität erneut in Vermögensgegenstände i. S. d. § 1 dieser Anlagebedingungen investiert und dabei die offenen Einlageverpflichtungen der Anleger der Investmentgesellschaft in entsprechendem Maß reduziert werden. Nicht als Investition bzw. Reinvestition im Sinne dieses § 8 gilt zudem das Halten von Liquidität auf Bankguthaben im Sinne von § 195 KAGB.

§ 9 GESCHÄFTSJAHR, DAUER, LIQUIDATION UND BERICHTÉ

1. Das Geschäftsjahr der Investmentgesellschaft beginnt am 01.01. eines Jahres und endet am 31.12. dieses Jahres.
2. Die Investmentgesellschaft ist für die Zeit bis zum 31.12.2031 errichtet. Die Gesellschafter können mit einer einfachen Mehrheit der abgegebenen Stimmen eine Verlängerung der Laufzeit der Investmentgesellschaft bis spätestens 31.12.2037 beschließen, sofern sich die jeweilige Laufzeit eines direkt oder indirekt gehaltenen AIF i. S. d. § 1 Ziffer 2 oder 3 dieser Anlagebedingungen über den 31.12.2031 hinaus verlängert oder soweit die Investmentgesellschaft im Rahmen der Beendigung der Beteiligung an einem solchen AIF Sachausschüttungen erhält und sie nicht sofort veräußert, sondern zunächst zulässigerweise weiter hält. Die Investmentgesellschaft wird vorzeitig aufgelöst, wenn die Gesellschafter die Auflösung mit einer Mehrheit von 75 % der abgegebenen Stimmen beschließen und die Verwaltungsgesellschaft zustimmt. Die Investmentgesellschaft wird ohne Gesellschafterbeschluss sechs Monate, nachdem die Investmentgesellschaft keine dem Investmentgesellschaftsgegenstand entsprechenden Vermögensgegenstände mehr hält, aufgelöst.
3. Im Rahmen der Liquidation der Investmentgesellschaft werden die laufenden Geschäfte beendet, etwaige noch offene Forderungen der Investmentgesellschaft eingezogen, das übrige Vermögen in Geld umgesetzt und etwaige verbliebene Verbindlichkeiten der Investmentgesellschaft beglichen. Ein nach Abschluss der Liquidation verbleibendes Vermögen der Investmentgesellschaft wird nach den Regeln der Gewinnzuweisung des Gesellschaftsvertrages der Investmentgesellschaft und den anwendbaren handelsrechtlichen Vorschriften verteilt.

4. Spätestens sechs Monate nach Ablauf des Geschäftsjahres der Investmentgesellschaft erstellt die Investmentgesellschaft einen Jahresbericht gemäß § 158 KAGB i.V.m. § 135 KAGB, auch i.V.m. § 101 Abs. 2 KAGB. Im Hinblick auf die Vermögensgegenstände nach § 1 Ziffern 1 bis 3 dieser Anlagebedingungen sind zudem die in § 148 Abs. 2 KAGB genannten Angaben im Anhang des Jahresberichtes zu machen.
5. Die Bewertung der Vermögensgegenstände und die Berechnung des Nettoinventarwertes je Anteil auf den 31.12. eines Jahres werden im Jahresbericht offengelegt. Gesetzlich vorgesehene Bewertungen auf andere Stichtage werden auf der Internetseite der Verwaltungsgesellschaft veröffentlicht.
6. Der Jahresbericht ist bei den im Verkaufsprospekt und in den wesentlichen Anlegerinformationen angegebenen Stellen erhältlich; er wird ferner im Bundesanzeiger bekannt gemacht.

§ 10 VERWAHRSTELLE

1. Für die Investmentgesellschaft wird eine Verwahrstelle gemäß § 80 KAGB beauftragt; die Verwahrstelle handelt unabhängig von der Verwaltungsgesellschaft und ausschließlich im Interesse der Investmentgesellschaft und ihrer Anleger.
2. Die Aufgaben und Pflichten der Verwahrstelle richten sich nach dem Verwahrstellenvertrag, nach dem KAGB und den Anlagebedingungen.
3. Die Verwahrstelle kann Verwahraufgaben nach Maßgabe des § 82 KAGB auf ein anderes Unternehmen (Unterverwahrer) auslagern.
4. Die Verwahrstelle haftet gegenüber der Investmentgesellschaft oder gegenüber den Anlegern für das Abhandenkommen eines verwahrten Finanzinstrumentes i. S. d. § 81 Abs. 1 Nr. 1 KAGB (Finanzinstrument) durch die Verwahrstelle oder durch einen Unterverwahrer, dem die Verwahrung von Finanzinstrumenten nach § 82 Absatz 1 KAGB übertragen wurde. Die Verwahrstelle haftet nicht, wenn sie nachweisen kann, dass das Abhandenkommen auf äußere Ereignisse zurückzuführen ist, deren Konsequenzen trotz aller angemessenen Gegenmaßnahmen unabwendbar waren. Weitergehende Ansprüche, die sich aus den Vorschriften des bürgerlichen Rechts aufgrund von Verträgen oder unerlaubten Handlungen ergeben, bleiben unberührt. Die Verwahrstelle haftet auch gegenüber der Investmentgesellschaft oder den Anlegern für sämtliche sonstigen Verluste, die diese dadurch erleiden, dass die Verwahrstelle fahrlässig oder vorsätzlich ihre Verpflichtungen nach den Vorschriften des KAGB nicht erfüllt. Die Haftung der Verwahrstelle bleibt von einer etwaigen Übertragung der Verwahraufgaben nach Ziffer 3 unberührt.

XIII. Gesellschaftsvertrag

Wealthcap Fondsportfolio Private Equity 21 GmbH & Co. geschlossene Investment KG

I. INVESTMENTGESELLSCHAFT

§ 1 FIRMA, SITZ, BEGINN, GESCHÄFTSJAHR

- (1) Die Gesellschaft führt die Firma Wealthcap Fondsportfolio Private Equity 21 GmbH & Co. geschlossene Investment KG („Investmentgesellschaft“).
- (2) Sitz der Investmentgesellschaft ist Grünwald.
- (3) Die Investmentgesellschaft beginnt mit ihrer Gründung.
- (4) Das Geschäftsjahr entspricht dem Kalenderjahr. Dies gilt auch nach der Auflösung der Investmentgesellschaft nach § 24 (2) bis (4) für den Zeitraum der Liquidation der Investmentgesellschaft. Das Geschäftsjahr 2017 ist ein Rumpfgeschäftsjahr.

§ 2 GEGENSTAND DER INVESTMENTGESELLSCHAFT

Gegenstand der Investmentgesellschaft ist die Anlage und Verwaltung ihrer Mittel nach der durch diesen Vertrag und die Anlagebedingungen der Investmentgesellschaft festgelegten Anlagestrategie zur gemeinschaftlichen Kapitalanlage nach den §§ 261 bis 272 des Kapitalanlagegesetzbuches („KAGB“) in die nach § 1 der Anlagebedingungen der Investmentgesellschaft festgelegten Vermögensgegenstände zum Nutzen der Anleger unter Wahrung der gesetzlichen Vorgaben des KAGB.

§ 3 GRÜNDUNGSGESELLSCHAFTER

- (1) Persönlich haftende Gesellschafterin ist die Wealthcap Private Equity 21 Komplementär GmbH mit Sitz in Grünwald („Komplementärin“). Die Komplementärin leistet keine Einlage und ist am Vermögen sowie am Ergebnis der Investmentgesellschaft nicht beteiligt.
- (2) Treuhandkommanditistin ist die Wealthcap Kapitalverwaltungsgesellschaft mbH mit Sitz in München. Sie leistet für eigene Rechnung eine Einlage i. H. v. 10.000 EUR und übernimmt eine Haftsumme i. H. v. anfänglich 100 EUR. Sie ist für eigene Rechnung nur mit ihrer auf eigene Rechnung gehaltenen Einlage am Ergebnis und am Vermögen der Investmentgesellschaft beteiligt. Soweit die Wealthcap Kapitalverwaltungsgesellschaft mbH in ihrer Funktion als Treuhandkommanditistin tätig wird bzw. in dieser Funktion betroffen ist, wird sie nachfolgend als „Treuhanderin“ bezeichnet. Sie hält in dieser Funktion die Beteiligungen von Anlegern (nachfolgend „Treugeber“) im eigenen Namen für Rechnung dieser Treugeber. Des Weiteren wurde die Wealthcap Kapitalverwaltungsgesellschaft mbH gemäß einem Bestellsungsvertrag zur externen Kapitalverwaltungsgesellschaft der Investmentgesellschaft i. S. d. KAGB be-

stellt (vgl. § 8 dieses Gesellschaftsvertrages). Soweit sie in ihrer Funktion als externe Kapitalverwaltungsgesellschaft der Investmentgesellschaft tätig wird bzw. in dieser Funktion betroffen ist, wird sie nachfolgend als „Verwaltungsgesellschaft“ bezeichnet.

§ 4 BETEILIGUNG VON ANLEGERN

- (1) Das Kapital der Investmentgesellschaft soll durch Erhöhung der Einlage der Treuhanderin für Rechnung von Treugebern erhöht werden. Die Summe der von den Treugebern indirekt über die Treuhanderin übernommenen Einlagen, die für eigene Rechnung gehaltene Einlage der Treuhanderin sowie die – nach einer Umwandlung der Treugeberbeteiligung in eine Direktbeteiligung – von den Direktkommanditisten direkt gehaltenen Beteiligungen wird als „Kommanditkapital“ bezeichnet. Die Komplementärin kann nach freiem Ermessen das Kommanditkapital erhöhen.
- (2) Über die Treuhanderin beteiligen sich Anleger mittelbar als Treugeber an der Investmentgesellschaft. Diese Beteiligung als Treugeber erfolgt auf Basis der vom Treugeber unterzeichneten Beitrittserklärung, des mit Zugang der Annahme der Beitrittserklärung beim Anleger abgeschlossenen Treuhandvertrages, der Anlagebedingungen sowie dieses Gesellschaftsvertrages.
- (3) Die Treugeber sind im Außenverhältnis keine Kommanditisten der Investmentgesellschaft. Im Innenverhältnis der Investmentgesellschaft und der Gesellschafter zueinander haben sie jedoch die gleiche Rechtsstellung wie ein Direktkommanditist. Die Direktgesellschafter sind dementsprechend ausdrücklich damit einverstanden, dass die Treugeber an den Beschlussfassungen der Investmentgesellschaft teilnehmen und die auf ihre Beteiligung entfallenden mitgliedschaftlichen Rechte unmittelbar selbst ausüben können. Soweit die Treugeber nicht selbst handeln, wird die Treuhanderin deren mitgliedschaftliche Rechte ausschließlich nach deren ausdrücklichen Weisungen, die durch vorheriges Übergabeeschreiben gegenüber der Treuhanderin erfolgen müssen, nach Maßgabe des § 9 (6) ausüben.
- (4) Soweit nicht anders geregelt, bezeichnet der Begriff
 - „Anlagebedingungen“ die Anlagebedingungen zur Regelung des Rechtsverhältnisses zwischen den Anlegern und der Investmentgesellschaft in ihrer jeweils gültigen und genehmigten Fassung,
 - „Anleger“ die Direktkommanditisten und Treugeber,
 - „Direktbeteiligung“ die unmittelbare Beteiligung an der Investmentgesellschaft, die nicht über die Treuhanderin gehalten wird,

- „Direktgesellschafter“ die Kommanditisten und die Komplementärin,
 - „Direktkommanditist“ oder „Direktkommanditisten“ als Treugeber beigetretene Anleger, die ihre Beteiligung an der Investmentgesellschaft in eine Beteiligung als Direktkommanditist umgewandelt haben, oder die nach Ziffer (7) beitretende Gesellschafterin,
 - „Gesellschafter“ die Direktgesellschafter und Treugeber,
 - „Gründungsgesellschafter“ die Komplementärin und die Treuhänderin,
 - „Kommanditist“ oder „Kommanditisten“ die Treuhänderin und die Direktkommanditisten,
 - „Treugeber“ Anleger, die ihre Beteiligung an der Investmentgesellschaft indirekt über die Treuhänderin halten,
 - „Treugeberbeteiligung“ die Beteiligung eines Treugebers.
- (5) Die Treuhänderin ist berechtigt, die ihr nach der Höhe der treuhänderisch gehaltenen Beteiligung jeweils anteilig zustehenden vermögensrechtlichen Ansprüche, insbesondere Ansprüche aus der treuhänderisch gehaltenen Beteiligung auf Beteiligung am Gewinn, an Ausschüttungen und auf Abfindungsguthaben im Falle ihres Ausscheidens bzw. auf Beteiligung an einem Liquidationserlös im Falle der Beendigung der Investmentgesellschaft, an den jeweiligen Treugeber abzutreten. Die Treuhänderin ist außerdem berechtigt, alle Ansprüche der Investmentgesellschaft ihr gegenüber durch Abtretung ihrer Ersatzansprüche gegenüber dem jeweiligen Treugeber zu erfüllen. Sowohl die Treugeber als auch die Investmentgesellschaft nehmen nach Maßgabe des Treuhandvertrages die vorgenannten Abtretungen an, falls die Treuhänderin von diesen Abtretungsrechten Gebrauch macht. Eine weitergehende Haftung der Treuhänderin für die Erbringung ihres für Rechnung der Treugeber gehaltenen Kapitalanteils ist ausgeschlossen.
- (6) Die Beteiligung eines Anlegers sowie insbesondere seine Rechte und Pflichten werden durch die vom Anleger unterzeichnete Beitrittserklärung, die Anlagebedingungen in der jeweils geltenden Fassung, diesen Gesellschaftsvertrag und den durch die Anleger abgeschlossenen Treuhandvertrag geregelt.
- (7) Die Platzierungsgarantin Wealthcap Investment Services GmbH („Wealthcap Investment“) ist im Rahmen der Erfüllung des Platzierungsgarantievertrages berechtigt, der Investmentgesellschaft auch als Direktkommanditistin – und somit unmittelbar und nicht nur mittelbar über die Treuhänderin – beizutreten. Dies gilt ebenfalls für Gesellschaften der Wealthcap Gruppe, die als sog. Dritte den Platzierungsgarantievertrag für die Wealthcap Investment erfüllen.

§ 5 ANLEGEREIGENSCHAFT

- (1) Anleger kann grundsätzlich nur eine einzelne natürliche Person sein. Eine Beteiligung von Gemeinschaften, eingetragenen Lebenspartnerschaften und Ehepaaren als solchen (Zeichnungen durch einen Lebenspartner bzw. Ehepartner als Einzelperson sind jeweils zulässig) ist ausgeschlossen. Beteiligungen über andere Treuhänder als die Treuhänderin sind ebenfalls ausgeschlossen.
- (2) Die Komplementärin kann nach eigenem Ermessen Ausnahmen von vorstehender Ziffer (1) – beispielsweise im Hinblick auf öffentlich-rechtliche Körperschaften des deutschen Rechts, gemeinnützige private und öffentlich-rechtliche Stiftungen deutschen Rechts sowie Kirchen und anerkannte Religions- oder Weltanschauungsgemeinschaften mit dem Status einer Körperschaft des öffentlichen Rechts gemäß Art. 140 Grundgesetz i.V.m. Art. 137 Abs. 5 Weimarer Reichsverfassung – zulassen.
- (3) Ausgeschlossen von der Beteiligung sind sämtliche natürliche Personen, auf die mindestens eines der folgenden Kriterien zutrifft:
- a) die in den USA oder Kanada (jeweils einschließlich deren Territorien) ansässig i.S.d. US-amerikanischen oder kanadischen Steuerrechts sind und/oder die US-amerikanische oder die kanadische Staatsangehörigkeit haben und/oder in den USA oder Kanada (jeweils einschließlich deren Territorien) einen Wohnsitz haben und/oder Inhaber einer dauerhaften US-amerikanischen oder kanadischen Aufenthalts- oder Arbeitserlaubnis (z. B. „Green Card“) sind,
 - b) die nicht in Deutschland unbeschränkt einkommensteuerpflichtig sind,
 - c) die im Wettbewerb zu der Investmentgesellschaft stehen (sie stehen nicht schon dadurch im Wettbewerb, dass sie als Direktkommanditisten oder Treugeber an anderen Gesellschaften mit gleichem oder ähnlichem Gesellschaftszweck beteiligt sind),
 - d) die bereits aus einem anderen Investmentvermögen aufgrund einer mit den § 20 (1), (3) oder (4) vergleichbaren Regelung ausgeschlossen sind,
 - e) die durch die Beteiligung 10 % oder mehr an dem durch den Platzierungsgarantievertrag zwischen der Wealthcap Investment Services GmbH und der Investmentgesellschaft garantierten bzw. – soweit dieses höher ist – zu diesem Zeitpunkt zugesagten Kommanditkapital auf sich vereinigen würden.
- (4) Die Komplementärin kann nach eigenem Ermessen Ausnahmen von vorstehender Ziffer (3) c) bis e) zulassen.
- (5) Die Anleger sind verpflichtet, Änderungen ihrer Verhältnisse in Bezug auf vorstehende Ziffer (3) a) bis d) unverzüglich der Komplementärin, der Verwaltungsgesellschaft oder der

Treuhänderin in Form des § 26 (7) mitzuteilen. Das gilt entsprechend auch für Anleger, die keine natürliche Person sind und deren Beitritt aufgrund einer Ausnahme gemäß Ziffer (2) zugelassen wurde. Sollte ein Anleger dieser Pflicht nicht, nicht fristgemäß oder nicht ordnungsgemäß nachkommen, kann die Komplementärin etwaige Kosten, die der Investmentgesellschaft im Zusammenhang mit dieser Pflichtverletzung des Anlegers entstehen, dem entsprechenden Anleger in Rechnung stellen.

§ 6 BEITRITT

- (1) Die Beteiligung an der Investmentgesellschaft als Anleger ist grundsätzlich nur bis zum 30.06.2019 („Platzierungsschluss“) möglich. Die Komplementärin ist nach freiem Ermessen berechtigt, als Ende des Beitrittszeitraums einen früheren Zeitpunkt oder einen späteren Zeitpunkt bis zum 30.06.2020 festzulegen. In diesen Fällen verschiebt sich der Platzierungsschluss auf den entsprechenden Zeitpunkt. Beitrittserklärungen werden am Tag des Platzierungsschlusses letztmals angenommen.
- (2) Der Beitritt erfolgt durch Unterzeichnung der Beitrittserklärung durch den Anleger und den Zugang der Annahme der Beitrittserklärung durch die Treuhänderin beim Anleger. Diese ist berechtigt und von den übrigen Gesellschaftern bevollmächtigt, die Beitrittserklärungen ohne Zustimmung der übrigen Gesellschafter auch für diese anzunehmen. Mit dem Zugang der Annahme der Beitrittserklärung durch die Treuhänderin beim Anleger kommt gleichzeitig der Treuhandvertrag zwischen dem Anleger und der Treuhänderin zustande. Ein Anspruch auf Aufnahme in die Investmentgesellschaft besteht nicht.
- (3) Die weiteren Bedingungen des Beitritts werden von der Komplementärin festgelegt.

§ 7 ZEICHNUNGSBETRAG, AUSGABEAUFSCHLAG, HAFTSUMME, EINZAHLUNGEN

- (1) Der Zeichnungsbetrag eines beitretenden Anlegers („Einlage“) muss mindestens auf 20.000 EUR („Mindesteinlage“) oder einen durch 1.000 ohne Rest teilbaren höheren Betrag lauten. Zusätzlich zur Einlage ist vom Anleger ein Ausgabeaufschlag i. H. v. 5 % der Einlage zu leisten. Die Komplementärin ist nach freiem Ermessen berechtigt, die Mindesteinlage im Einzelfall herabzusetzen sowie einen niedrigeren Ausgabeaufschlag zu berechnen. Der Ausgabeaufschlag geht in das Gesellschaftsvermögen ein und wird zur Finanzierung der Eigenkapitalvermittlungskosten verwendet.
- (2) Die im Handelsregister einzutragende Haftsumme der Treuhänderin erhöht sich um 1 % der Summe der von ihr für Rechnung der Treugeber gehaltenen Einlagen. Die Treuhänderin entscheidet nach eigenem Ermessen über die Zeitpunkte und den Umfang der Anmeldungen zum Handelsregister. Die geleisteten Einlagen werden auf die Haftsummen angerechnet.

- (3) Die Einlagen werden in mehreren Raten zur Zahlung fällig. Die Anleger haben jeweils die erste Rate i. H. v. 30 % ihrer Einlage sowie den vollen Ausgabeaufschlag auf das in der Beitrittserklärung angegebene Konto der Treuhänderin spätestens zum Monatsende des auf den Zugang der Annahme der Beitrittserklärung beim Anleger folgenden Monats (Valuta bei der Treuhänderin) zu zahlen. Die weiteren Raten sind nach schriftlicher Aufforderung durch die Komplementärin oder die Treuhänderin in zeitlicher Abhängigkeit vom Kapitalbedarf der Investmentgesellschaft und mit einer Fälligkeit von 28 Kalendertagen nach dem Datum des Kapitalabrufs zu zahlen. Eingehende Zahlungen der Anleger werden zunächst auf die Schuld zur Zahlung des Ausgabeaufschlages und sodann auf die Schuld zur Leistung der Einlage angerechnet. Jeder Anleger hat sicherzustellen, dass die von ihm zu leistenden Zahlungen (inkl. Ausgabeaufschlag) dem Konto der Treuhänderin ohne jegliche Abzüge, insbesondere ohne Überweisungs- und andere Bankgebühren, gutgeschrieben werden. Es steht im pflichtgemäßen Ermessen der Komplementärin, auf teilweise oder vollständig verspätet geleistete Zahlungen ab dem Zeitpunkt des Verzugsintritts einen Verzugszins i. H. v. 5 Prozentpunkten p. a. über dem Basiszinssatz (gemäß § 247 BGB) zu erheben. Auch ist sie berechtigt, weitergehende Verzugschäden geltend zu machen. Für den Fall, dass die Treuhänderin mit der Weiterleitung der von den Treugebern gezahlten Beträge an die Investmentgesellschaft in Verzug gerät, gilt die vorstehende Regelung entsprechend.
- (4) Über die Zahlung der Einlage und des Ausgabeaufschlages sowie ggf. die Zahlung von Verzugszinsen und weitergehenden Verzugschäden gemäß Ziffer (3) sowie ggf. anfallende Kostentrags- und Freistellungsverpflichtungen aus diesem Gesellschaftsvertrag, den Anlagebedingungen, der Beitrittserklärung und dem Treuhandvertrag hinaus übernehmen die Anleger keine weiteren Zahlungs- und Nachschusspflichten. Eine etwaige Haftung nach den gesetzlichen Regelungen, insbesondere nach §§ 171 ff. HGB, bleibt hiervon unberührt.

II. ORGANE DER INVESTMENTGESELLSCHAFT UND FREMDVERWALTUNG

§ 8 GESCHÄFTSFÜHRUNG, FREMDVERWALTUNG, VERTRETUNG

- (1) Zur Geschäftsführung und Vertretung der Investmentgesellschaft ist allein die Komplementärin berufen. Die Kommanditisten sind von der Geschäftsführung ausgeschlossen. Die Komplementärin ist berechtigt und – soweit nach dem KAGB erforderlich – verpflichtet, im Namen und für Rechnung der Investmentgesellschaft ihre Geschäftsführungsaufgaben auf Dritte zu übertragen. Insbesondere ist sie berechtigt und verpflichtet, die Verwaltung der Investmentgesellschaft i. S. d. § 17 Abs. 1 Satz 2 KAGB im Namen und für Rechnung der Investmentgesellschaft auf Dritte, die über die Erlaubnis zum Geschäftsbetrieb nach § 20 KAGB verfügen, zu übertragen. Hierzu hat die Komplementärin mit der Verwaltungsgesellschaft im Namen und für Rech-

nung der Investmentgesellschaft einen Bestellsungsvertrag geschlossen und die Verwaltungsgesellschaft mit der externen Verwaltung der Investmentgesellschaft beauftragt.

- (2) Die Verwaltungsgesellschaft ist auf Basis des Bestellsungsvertrages zuständig für die Vornahme aller Rechtsgeschäfte, die gemäß den Regelungen des KAGB und der das KAGB ergänzenden Regelungen und Verwaltungsvorschriften zum Betrieb der Investmentgesellschaft gehören, insbesondere die Portfolioverwaltung und das Risikomanagement, sowie darüber hinaus für die administrativen und alle weiteren im Zusammenhang mit den Vermögensgegenständen der Investmentgesellschaft und der Verwaltung der Investmentgesellschaft anfallende Tätigkeiten. Sie nimmt sämtliche ihr auf Basis des Bestellsungsvertrages zukommenden Aufgaben nach eigenem Ermessen unter Wahrung des Bestellsungsvertrages, der geltenden Gesetze und der Anlagebedingungen wahr. Keine Regelung dieses Gesellschaftsvertrages und kein Gesellschafterbeschluss stehen der gesetzmäßigen Erfüllung der Pflichten der Verwaltungsgesellschaft als externe Kapitalverwaltungsgesellschaft entgegen. Gesetzlich zulässige Weisungsrechte und Zustimmungsvorbehalte der Komplementärin und der Gesellschafterversammlung bleiben unberührt.
- (3) Der Verwaltungsgesellschaft wurde mit dem Bestellsungsvertrag zudem die Vollmacht erteilt, die Investmentgesellschaft in vollem Umfang im Außenverhältnis zu vertreten (Generalvollmacht). Die Gesellschafter sind ausdrücklich mit der Bestellung der Verwaltungsgesellschaft und der Aufgabenübertragung auf die Verwaltungsgesellschaft sowie mit der Vollmachtserteilung einverstanden und ermächtigen die Komplementärin zur Vornahme aller hierfür erforderlichen Handlungen und Abgabe aller erforderlichen Erklärungen im eigenen Namen und im Namen der Investmentgesellschaft.
- (4) Der Verwaltungsgesellschaft obliegt u.a. auch die Wahrnehmung der folgenden – ihr durch den Bestellsungsvertrag zur Ausübung übertragenen – Aufgaben mit der Folge, dass eine Zustimmung der Gesellschafterversammlung hierzu nicht erforderlich ist:
 - a) die Beauftragung einer Verwahrstelle mit der Erfüllung der durch das KAGB vorgesehenen Aufgaben einer Verwahrstelle, wie etwa der Verwahrung der von der Investmentgesellschaft unter Berücksichtigung der Anlagebedingungen zu erwerbenden Vermögensgegenstände auf Rechnung der Investmentgesellschaft, sowie die Kündigung und Änderung einer solchen Beauftragung sowie,
 - b) die Anlage des der Investmentgesellschaft für Investitionen zur Verfügung stehenden Kommanditkapitals entsprechend den Maßgaben der Anlagebedingungen einschließlich der Vornahme von durch die Anlagebedingungen zugelassenen Reinvestitionen sowie die Anlage der Liquiditätsreserve der Investmentgesellschaft,
 - c) die Aufnahme von Fremdkapital durch die Investmentgesellschaft (einschließlich des Abschlusses der hierfür erforderlichen Verträge), die Belastung von Vermögensgegenständen der Investmentgesellschaft sowie die Abtretung und Belastung von Forderungen aus Rechtsverhältnissen, die sich auf diese Vermögensgegenstände beziehen, jeweils unter Berücksichtigung der Anlagebedingungen,
 - d) die Ausübung von Rechten aus den unmittelbar oder mittelbar erworbenen Beteiligungen an Zielfonds und Zweckgesellschaften,
 - e) der Abschluss und die Änderung, einschließlich der Kündigung, sowie die Abwicklung von Verwaltungs-, Beratungs-, Geschäftsbesorgungs- und Konzeptionsverträgen sowie Eigenkapitalvermittlungsvereinbarungen über Beteiligungen an der Investmentgesellschaft sowie von Platzierungsgarantieverträgen,
 - f) die Beauftragung von Rechtsanwälten, Wirtschaftsprüfern (inkl. der Wahl und der Bestellung des Abschlussprüfers für die Geschäftsjahre 2017, 2018 und 2019 sowie im Falle der Verlängerung des Beitrittszeitraums gemäß § 6 (1) über den 31.03.2020 hinaus für das Geschäftsjahr 2020), Vermögensverwaltern oder anderen Beratern auf Rechnung der Investmentgesellschaft, sowie
 - g) der Abschluss und die Änderung, einschließlich der Erhöhung und der Kündigung, einer Vermögensschadenhaftpflichtversicherung in Form einer Directors-and-Officers-Versicherung („D&O-Versicherung“) bzw. einer Errors-and-Omissions-Versicherung („E&O-Versicherung“).
- (5) Die Treuhänderin kann im Rahmen des rechtlich sowie regulatorisch Zulässigen auf eigene Kosten Dritte mit der Erfüllung ihr obliegender Aufgaben beauftragen. Entsprechendes gilt für die Verwaltungsgesellschaft unter Berücksichtigung der Beschränkungen des § 36 KAGB.
- (6) Im Falle der Kündigung des Bestellsungsvertrages sowie im Falle der Eröffnung eines Insolvenzverfahrens über das Vermögen der Verwaltungsgesellschaft sowie in den sonstigen Fällen des Erlöschens des Rechts der Verwaltungsgesellschaft zur Verwaltung der Investmentgesellschaft ist die Komplementärin – vorbehaltlich entgegenstehender gesetzlicher Bestimmungen und vorbehaltlich einer Genehmigung durch die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht – berechtigt, eine neue Kapitalverwaltungsgesellschaft i.S.d. KAGB zu bestellen, welche die Rechte und Pflichten der Verwaltungsgesellschaft durch Abschluss eines neuen Bestellsungsvertrages übernimmt, bzw. die Investmentgesellschaft in eine intern verwaltete Investmentkommanditgesellschaft i.S.d. KAGB umzuwandeln. Im Falle der Bestellung einer neuen Kapitalverwaltungsgesellschaft i.S.d. KAGB bezieht sich die Bezeichnung „Verwal-

tungsgesellschaft“ in diesem Gesellschaftsvertrag auf die betreffende Kapitalverwaltungsgesellschaft.

- (7) Die Gründungsgesellschafter unterliegen nicht dem Wettbewerbsverbot nach §§ 161 Abs. 2, 112 HGB.

§ 9 GESELLSCHAFTERBESCHLÜSSE

- (1) Soweit gesetzlich zulässig, werden Gesellschafterbeschlüsse grundsätzlich im schriftlichen Umlaufverfahren gefasst. Vom schriftlichen Umlaufverfahren kann die Komplementärin nach eigenem Ermessen nur absehen, wenn hierfür nach ihrer Auffassung ein wichtiger Grund vorliegt. In diesem Fall fassen die Gesellschafter ihre Beschlüsse in einer Gesellschafterversammlung. Stimmberechtigt sind hierbei nur solche Gesellschafter, die am Tag vor der Versendung der schriftlichen Aufforderung zur Stimmabgabe im schriftlichen Umlaufverfahren oder am Tag vor der Versendung der Einladung zur Gesellschafterversammlung Gesellschafter der Investmentgesellschaft sind. Soweit gesetzlich zulässig, gilt das Vorstehende bezüglich der Einholung der Zustimmung der Anleger für Änderungen der Anlagebedingungen und bezüglich der entsprechenden Information der Anleger nach Maßgabe von § 267 Abs. 3 KAGB entsprechend.

- (2) Der Beschlussfassung durch die Gesellschafter unterliegen insbesondere

- a) die Feststellung des Jahresabschlusses für die Geschäftsjahre ab 2019, im Falle der Verlängerung des Beitrittszeitraums gemäß § 6 (1) über den 31.03.2020 hinaus für die Geschäftsjahre ab 2020,
- b) die Entlastung der Gründungsgesellschafter, wobei der jeweils betroffene Gesellschafter insoweit nicht zur Stimmabgabe berechtigt ist,
- c) Änderungen des Gesellschaftsvertrages,
- d) die vorzeitige Auflösung der Investmentgesellschaft und die Verlängerung ihrer Laufzeit bis längstens 31.12.2037,
- e) die Wahl des Abschlussprüfers ab dem Geschäftsjahr 2020, im Falle der Verlängerung des Beitrittszeitraums gemäß § 6 (1) über den 31.03.2020 hinaus ab dem Geschäftsjahr 2021,
- f) den Ausschluss eines Gesellschafters nach § 20 (3) sowie
- g) sonstige Beschlussgegenstände, soweit diese den Gesellschaftern von der Komplementärin zur Abstimmung vorgelegt werden oder dies in diesem Gesellschaftsvertrag bzw. gemäß zwingendem Gesetzesrecht vorgesehen ist.

- (3) Vorbehaltlich zwingender gesetzlicher Vorschriften werden Gesellschafterbeschlüsse grundsätzlich mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen gefasst. Stimmenthaltungen, nicht oder verspätet abgegebene sowie ungültige Stimmen gelten als nicht abgegebene Stimmen. Bei Stimmengleichheit ist ein Antrag abgelehnt. Abweichend von Satz 1 bedürfen Beschlüsse über

- a) Änderungen des Gesellschaftsvertrages,
- b) die vorzeitige Auflösung der Investmentgesellschaft,
- c) den Ausschluss eines Anlegers oder der Treuhänderin gemäß § 20 (3) sowie
- d) der Ausschluss einer Komplementärin gemäß § 20 (3).

vorbehaltlich zwingender gesetzlicher Bestimmungen einer Mehrheit von mindestens 75 % der abgegebenen Stimmen sowie darüber hinaus der Zustimmung der Komplementärin bzw. im Falle von lit. d) der Treuhänderin, wobei die Gesellschafter ausdrücklich darin übereinstimmen, dass die Übertragung des jeweiligen Zustimmungsrechts auf die Verwaltungsgesellschaft durch den Bestellsungsvertrag zulässig ist. Die Vereinbarung einer Nachschusspflicht ist ausgeschlossen.

- (4) Die Anleger und die Treuhänderin haben je volle 1.000 EUR ihrer Einlage eine Stimme. Maßgeblich für das eigene Stimmrecht der Treuhänderin ist ausschließlich ihre auf eigene Rechnung gehaltene Einlage. Die Komplementärin hat kein Stimmrecht.

- (5) Die Treuhänderin ist berechtigt, ihr Stimmrecht für die auf Rechnung der Treugeber gehaltenen Einlagen uneinheitlich auszuüben. Übt sie ihr Stimmrecht für einen sie anweisenden Treugeber aus, kann sie diese jeweiligen Stimmrechte aber nur einheitlich ausüben.

- (6) Sofern die Treuhänderin von Treugebern angewiesen wird, Stimmrechte für diese auszuüben, wird sie das nur tun, wenn die Weisung ein eindeutiges Votum des Treugebers zu den einzelnen Tagesordnungspunkten enthält. Die Weisung muss bis spätestens drei Kalendertage vor dem Stattfinden der Gesellschafterversammlung durch Übergabeinschreiben gegenüber der Treuhänderin erklärt werden. Fehlt eine solche Weisung oder geht sie nicht frist- und/oder formgerecht bei der Treuhänderin ein, wird diese sich der Stimme enthalten, übt also das Stimmrecht nicht aus, es sei denn, dass die Ausübung der Treugeberrechte aus Sicht der Treuhänderin ausnahmsweise im Einzelfall im Interesse der Treugeber und der Direktkommanditisten geboten ist. Letzteres gilt nur für Beschlüsse gemäß § 9 (2) (a) bis (e) und (g), wobei die Treuhänderin für diese Fälle die Komplementärin beauftragt und bevollmächtigt, das Stimmrecht im eigenen Ermessen im Interesse der Treugeber und der Direktkommanditisten auszuüben. Die Komplementärin ist in diesem Fall verpflichtet, ihr Abstimmverhal-

ten im Rahmen der Einberufung der Gesellschafterversammlung nach § 10 (3) und (5) vorab bekannt zu geben.

- (7) Vorbehaltlich der speziellen Regelungen in § 9 (6) betreffend die Stimmrechtsausübung durch die Treuhänderin für die Treugeber kann sich jeder Stimmberechtigte bei der Stimmabgabe rechtsgeschäftlich durch die Treuhänderin oder Dritte vertreten lassen. Im Einzelfall kann die Komplementärin nach pflichtgemäßem Ermessen eine solche Vertretung ablehnen. Die Vollmacht bedarf der Schriftform und muss der Komplementärin bei einer Gesellschafterversammlung spätestens bei Stimmabgabe des Vertreters und im schriftlichen Umlaufverfahren spätestens mit Eingang der Stimmabgabe des Vertreters vorliegen, ansonsten gelten die Stimmen als nicht abgegeben. Ein Vertreter mehrerer Stimmberechtigter ist berechtigt, sein Stimmrecht uneinheitlich auszuüben. Er kann die Stimmrechte für jeden einzelnen von ihm vertretenen Stimmberechtigten aber nur einheitlich ausüben.
- (8) Die Ergebnisse der Gesellschafterversammlung und insbesondere die Gesellschafterbeschlüsse sind in einem von der Komplementärin zu unterzeichnenden schriftlichen Protokoll festzuhalten und den Gesellschaftern durch die Komplementärin oder durch einen von ihr beauftragten Dritten in Kopie zu übersenden. Einsprüche gegen einen Beschluss sind innerhalb von drei Wochen nach Absendung des Protokolls schriftlich mit Begründung gegenüber der Komplementärin geltend zu machen. Über die Einsprüche wird bei der nächstmöglichen Beschlussfassung, unabhängig davon, ob diese im schriftlichen Umlaufverfahren oder in einer Gesellschafterversammlung, ordentlich oder außerordentlich, erfolgt, entschieden. Ein Anspruch auf Herbeiführung eines einzelnen Gesellschafterbeschlusses zur Entscheidung über einen Einspruch im Rahmen einer gesonderten Beschlussfassung besteht nicht. Die Komplementärin hat dem Gesellschafter, der Einspruch erhebt, die Entscheidung über den Einspruch gemeinsam mit dem Protokoll des Gesellschafterbeschlusses, in dem über den Einspruch entschieden wurde, per Übergabebescreiben zuzusenden.
- (9) Die Unwirksamkeit eines Gesellschafterbeschlusses kann nur innerhalb einer Ausschlussfrist von fünf Wochen nach Absendung des Protokolls des Gesellschafterbeschlusses, in dem über den Einspruch gemäß vorstehender Ziffer (8) entschieden wurde, durch eine gegen die Investmentgesellschaft zu richtende Klage geltend gemacht werden. Nach Ablauf der Frist gilt ein etwaiger Mangel als geheilt.

§ 10 SCHRIFTLICHES UMLAUFVERFAHREN, GESELLSCHAFTERVERSAMMLUNG

- (1) Ein Beschluss im schriftlichen Umlaufverfahren ist von der Komplementärin durch schriftliche Aufforderung zur Stimmabgabe an die zuletzt schriftlich mitgeteilte Adresse der jeweiligen Gesellschafter herbeizuführen. Vorbehaltlich Ziffer (2) Satz 3 und Ziffer (5) muss die Stimmabgabe der Gesellschafter innerhalb von vier Wochen nach Absendung der Abstimmungsaufforderung per einfachem Brief, Fax oder in der Form wie in § 26 (8) Satz 4 dargelegt bei der

Investmentgesellschaft eingehen. Für den Fall, dass die Stimmabgabe nicht oder nicht fristgerecht eingeht, gelten die Sätze 3 bis 5 des § 9 (6) entsprechend. Die Auszählung der Stimmen erfolgt durch die Komplementärin. Sofern nichts anderes bestimmt ist, wird ein im schriftlichen Umlaufverfahren gefasster Beschluss am Beginn des ersten Kalendertages wirksam, der auf den Ablauf der Abstimmungsfrist folgt.

- (2) Die Feststellung des geprüften Jahresabschlusses des Vorjahres, die Wahl des Abschlussprüfers für das laufende Geschäftsjahr und die Entlastung der Gründungsgesellschafter für das Vorjahr werden – vorbehaltlich der nachfolgenden Sonderregelungen und vorbehaltlich zwingender gesetzlicher Vorschriften – jährlich bis zum 30.09. eines Jahres beschlossen. Mit den Beschlussvorlagen ist den Gesellschaftern der geprüfte Jahresabschluss in Kopie zuzusenden. Abweichend von Ziffer (1) Satz 2 kann die Aufforderung der Komplementärin zur Stimmabgabe der Gesellschafter im Hinblick auf den Beschluss zur Feststellung des Jahresabschlusses des Vorjahres eine kürzere Frist als vier Wochen vorsehen, diese muss jedoch mindestens zwei Wochen betragen. Die Feststellung des Jahresabschlusses für das Geschäftsjahr 2017 und 2018 (sowie im Falle der Verlängerung des Beitrittszeitraums gemäß § 6 (1) über den 31.03.2020 hinaus für das Geschäftsjahr 2019) erfolgt durch die Komplementärin. Entsprechendes gilt für die Wahl des Abschlussprüfers für die Geschäftsjahre 2017, 2018 und 2019 (sowie im Falle der Verlängerung des Beitrittszeitraums gemäß § 6 (1) über den 31.03.2020 hinaus für das Geschäftsjahr 2020). Der Gesellschafterbeschluss, in dem u. a. über die Entlastung der Gründungsgesellschafter jeweils für die Geschäftsjahre 2017 und 2018 entschieden werden soll, ist – vorbehaltlich zwingender gesetzlicher Vorschriften – bis zum 30.09.2019 anzuberaumen. Im Falle der Verlängerung des Platzierungszeitraums gemäß § 6 (1) ist der Gesellschafterbeschluss, in dem u. a. über die Entlastung der Gründungsgesellschafter jeweils für die Geschäftsjahre 2017, 2018 und 2019 sowie ggf. über die Wahl des Abschlussprüfers für das Geschäftsjahr 2020 entschieden werden soll, ist – vorbehaltlich zwingender gesetzlicher Vorschriften – bis zum 30.09.2020 anzuberaumen.
- (3) Vorbehaltlich der Ziffer (5) werden Gesellschafterversammlungen von der Komplementärin unter Angabe des Tagungsortes, der Tagesordnung und insbesondere sämtlicher Beschlussgegenstände mit einer Frist von vier Wochen in Textform einberufen. Die Frist beginnt mit Datum der Einberufungsmittelteilung. Tagungsort ist der Sitz der Investmentgesellschaft. Die Komplementärin ist nach freiem Ermessen berechtigt, für die Gesellschafterversammlung einen anderen Ort festzulegen. Eine Gesellschafterversammlung ist beschlussfähig, wenn alle Gesellschafter ordnungsgemäß geladen sind und die Komplementärin ordnungsgemäß vertreten ist. Die Ladung ist ordnungsgemäß, wenn sie an die Adresse gesandt wurde, die der Komplementärin oder Treuhänderin zuletzt schriftlich genannt wurde.

- (4) Die Gesellschafterversammlung wird von der Komplementärin geleitet. Diese kann einen Dritten mit der Leitung und Durchführung der Gesellschafterversammlung beauftragen. Der Versammlungsleiter ernennt einen Protokollführer, der das den Gesellschaftern zu übersendende schriftliche Protokoll über die Ergebnisse und insbesondere die Beschlüsse der Gesellschafterversammlung anfertigt.
- (5) Eine außerordentliche Gesellschafterversammlung bzw. ein außerordentlicher Beschluss im schriftlichen Umlaufverfahren ist von der Komplementärin unter Einhaltung einer Frist von mindestens zehn Kalendertagen (bei einer außerordentlichen Gesellschafterversammlung beginnt die Frist mit Datum der Einberufungsmitteilung, im Falle eines außerordentlichen Beschlusses im schriftlichen Umlaufverfahren beginnt die Frist mit Datum der Abstimmungsaufforderung) einzuberufen bzw. herbeizuführen, wenn dies nach ihrer Auffassung im Interesse der Investmentgesellschaft liegt.
- (6) Anleger, die einzeln oder gemeinsam mindestens 10 % des Kommanditkapitals halten, können die Einberufung einer außerordentlichen Gesellschafterversammlung schriftlich unter Angabe der Tagesordnung verlangen. Das Verlangen ist an die Komplementärin zu richten. Dem Verlangen muss für jeden neuen Gegenstand eine Begründung oder eine Beschlussvorlage beiliegen. Kommt die Komplementärin dieser Aufforderung nicht binnen eines angemessenen Zeitraums von i. d. R. einem Monat nach, so ist jeder Anleger, der die Einberufung der außerordentlichen Gesellschafterversammlung ordnungsgemäß verlangt hat, berechtigt, diese entsprechend den Regelungen dieses Gesellschaftsvertrages selbst einzuberufen. Entsprechendes gilt im Hinblick auf das Verlangen, einen außerordentlichen Gesellschafterbeschluss im schriftlichen Umlaufverfahren herbeizuführen. Auch für das Verlangen, der Tagesordnung einer Gesellschafterversammlung einen Beschlusspunkt hinzuzufügen, gelten die vorstehenden Regelungen der Sätze 1 bis 3 dieser Ziffer (6) entsprechend, allerdings mit der Maßgabe, dass im Falle einer bereits einberufenen Gesellschafterversammlung diese mit der für diese vorgesehenen Tagesordnung stattfindet. Über den von dem bzw. den Anleger(n) verlangten Beschlusspunkt wird nach Ermessen der Komplementärin in einer weiteren einzuberufenden Gesellschafterversammlung oder im Rahmen eines schriftlichen Umlaufverfahrens entschieden. Wurde noch keine Gesellschafterversammlung einberufen, so steht es im Ermessen der Komplementärin, den betreffenden Tagesordnungspunkt in die Tagesordnung der nächsten oder, falls dies nach sorgfältiger Prüfung durch die Komplementärin nicht sinnvoll ist, einer späteren (ggf. auch außerordentlichen) Gesellschafterversammlung aufzunehmen.

§ 11 KONTROLLRECHTE, VERTRAULICHKEITSBESTIMMUNGEN

- (1) Hinsichtlich der gesetzlichen Kontrollrechte nach § 166 HGB vereinbaren die Gesellschafter, dass jeder Gesellschafter nach Maßgabe dieses § 11 das Recht hat, die Handelsbücher und Papiere der Investmentgesellschaft am Sitz der Investmentgesellschaft zu den üblichen Geschäftszeiten

der Investmentgesellschaft durch einen gemeinsamen Vertreter aller Gesellschafter einsehen zu lassen. Der gemeinsame Vertreter wird durch Gesellschafterbeschluss bestimmt. Die durch die Einsicht entstehenden Kosten (inkl. Reisespesen und Auslagen) des Vertreters sind von dem veranlassenden Gesellschafter – soweit eine Weiterbelastung gesetzlich zulässig ist – zu tragen. Die Gründungsgesellschafter und die Investmentgesellschaft tragen keine Kosten. § 166 Abs. 3 HGB bleibt hiervon unberührt. Solange kein gemeinsamer Vertreter der Investmentgesellschaft im Sinne dieser Ziffer (1) bestellt worden ist, ist jeder Gesellschafter berechtigt, das Einsichtsrecht durch einen Angehörigen der rechts- und steuerberatenden Berufe auf seine Kosten ausüben zu lassen. Sofern der Gesellschafter selbst einem rechts- und steuerberatenden Beruf angehört, kann er das Einsichtsrecht selbst ausüben.

- (2) Die Anleger haben die ihnen im Zusammenhang mit ihrer Beteiligung an der Investmentgesellschaft bekannt gewordenen, nicht öffentlichen Informationen über die Investmentgesellschaft, deren Gesellschafter sowie die von der Investmentgesellschaft getätigten Investitionen vertraulich zu behandeln. Dies gilt auch für die gemäß Ziffer (1) erlangten Informationen.
- (3) Abweichend von Ziffer (1) darf die Investmentgesellschaft solche Informationen zurückhalten, deren Offenlegung gegenüber den Gesellschaftern sie als Beeinträchtigung der Interessen der Investmentgesellschaft insgesamt beurteilt.

III. RECHNUNGSLEGUNG UND ERGEBNISVERTEILUNG

§ 12 GESELLSCHAFTERKONTEN

- (1) Die übernommenen Einlagen der Gesellschafter werden jeweils auf einem Kapitalkonto I geführt. Die Kapitalkonten I sind insbesondere maßgeblich für die Beteiligung am Gesellschaftsvermögen, den Anspruch auf Ergebniszuweisung, Ausschüttung und Liquidationserlös. Das Kapitalkonto I ist unveränderlich.
- (2) Der von den Anlegern geleistete Ausgabeaufschlag wird als Kapitalrücklage auf dem jeweiligen Kapitalkonto II des Anlegers gebucht.
- (3) Für die Gesellschafter wird jeweils ein Kapitalkonto III geführt, auf dem Ausschüttungen und sonstige Entnahmen sowie sonstige Einlagen gebucht werden.
- (4) Für die Gesellschafter wird jeweils ein Kapitalkonto IV geführt, auf dem Gewinne und Verluste (mit Ausnahme des nicht realisierten Ergebnisses des Geschäftsjahres nach § 22 Abs. 3 II Nr. 6 Kapitalanlage-Rechnungslegungs- und -Bewertungsverordnung („KARBV“)) gebucht werden.
- (5) Für die Gesellschafter wird jeweils ein Kapitalkonto V geführt, auf dem das nicht realisierte Ergebnis des Geschäftsjahres nach § 22 Abs. 3 II Nr. 6 KARBV gebucht wird.

- (6) Alle Kapitalkonten werden in Euro geführt und sind im Soll und im Haben unverzinslich. Neben den vorstehend beschriebenen Kapitalkonten wird entsprechend den Vorgaben des § 24 Abs. 2 KARBV eine Entwicklungsrechnung für das Vermögen der Gesellschafter durchgeführt.
- (7) Maßgeblich für die Kapitalkonten der Treuhänderin ist ausschließlich ihre auf eigene Rechnung gehaltene Beteiligung.

§ 13 JAHRESBERICHT, BEWERTUNG, STEUERERKLÄRUNG, STEUERLICH ZU BERÜCKSICHTIGENDE AUFWENDUNGEN

- (1) Die Verwaltungsgesellschaft wird durch den Bestellsvertrag verpflichtet, den Jahresbericht der Investmentgesellschaft entsprechend den Anlagebedingungen und den gesetzlichen Vorschriften zu erstellen und zu veröffentlichen. Entsprechendes gilt für die Bewertung und das Bewertungsverfahren hinsichtlich der Vermögensgegenstände der Investmentgesellschaft und des Nettoinventarwertes.
- (2) Die Komplementärin hat die Erklärung über die gesonderte und einheitliche Feststellung der Besteuerungsgrundlagen bei den Finanzbehörden einzureichen. Gegebenenfalls steuerlich zu berücksichtigende Aufwendungen, die den Gesellschaftern im Zusammenhang mit ihrer Beteiligung entstehen, sind der Investmentgesellschaft bis zum 31.03. des Folgejahres nachzuweisen. Später nachgewiesene derartige Aufwendungen können nur berücksichtigt werden, wenn dies verfahrensrechtlich noch möglich ist, und nur gegen Erstattung der hierdurch entstehenden Kosten.
- (3) Nimmt die Finanzbehörde am steuerlichen Jahresabschluss oder an der Ergebnisverteilung Änderungen vor, so wirken diese, spätestens mit Eintritt der Bestandskraft, auch im Verhältnis der Gesellschafter zueinander.
- (4) Die Gesellschafter verpflichten sich untereinander, Rechtsbehelfe oder sonstige Rechtsmittel im Rahmen der Steuerantragstellungen der Investmentgesellschaft nur im Einvernehmen mit der Investmentgesellschaft, d. h. nach Zustimmung durch die Komplementärin, einzulegen, auch soweit sie persönlich (z. B. ggf. steuerlich zu berücksichtigende Aufwendungen) betroffen sind. Die Komplementärin wird ihr Einvernehmen nur aus wichtigem Grund versagen. Ein wichtiger Grund liegt insbesondere dann vor, wenn die Interessen des die Zustimmung beanspruchenden Gesellschafters nicht den Interessen der Mehrheit der Gesellschafter, gemessen an den von den Gesellschaftern geleisteten Einlagen, entsprechen.
- (2) Die Verwaltungsgesellschaft erhält unabhängig vom Ergebnis der Investmentgesellschaft für die Verwaltung der Investmentgesellschaft kraft ihrer Bestellung als externe Kapitalverwaltungsgesellschaft eine jährliche Verwaltungsvergütung entsprechend § 7 Ziffer 3 der Anlagebedingungen, für die Investitionen der Investmentgesellschaft eine Transaktionsgebühr entsprechend § 7 Ziffer 7 der Anlagebedingungen und eine erfolgsabhängige Vergütung entsprechend § 7 Ziffer 8 der Anlagebedingungen, die im Bestellsvertrag näher geregelt werden. Die Vergütung für Tätigkeiten im Rahmen der Liquidation der Investmentgesellschaft bestimmt sich ebenfalls entsprechend § 7 Ziffer 3 der Anlagebedingungen.
- (3) Die Treuhänderin erhält unabhängig vom Ergebnis der Investmentgesellschaft für die Verwaltung der Beteiligungen an der Investmentgesellschaft, die sie allen Anlegern einschließlich den Direktkommanditisten gegenüber erbringt, eine jährliche Vergütung entsprechend § 7 Ziffer 3 der Anlagebedingungen.
- (4) Kosten für etwaige Quellensteuermeldungen und Quellensteuerabführungen sind vom betreffenden Anleger zu tragen und werden von den Ausschüttungen an diesen Anleger abgezogen.

§ 15 BETEILIGUNG AM ERGEBNIS

- (1) Vorbehaltlich der übrigen Regelungen dieses § 15 werden nach Berücksichtigung der Sondervergütungen gemäß § 14 und der sonstigen Aufwendungen der Investmentgesellschaft sämtliche Gewinne und Verluste der Investmentgesellschaft (einschließlich des nicht realisierten Ergebnisses des Geschäftsjahres nach § 22 Abs. 3 II Nr. 6 KARBV) den Gesellschaftern anteilig im Verhältnis ihrer Kapitalkonten I zueinander zum 31.12. des betreffenden Geschäftsjahres zugewiesen. Die Gewinne und Verluste der Jahre 2017, 2018 und 2019 sowie (soweit erforderlich) der Folgejahre werden – soweit steuerrechtlich zulässig – durch Vorabzurechnung so verteilt, dass sämtliche Gesellschafter unabhängig vom Zeitpunkt ihres Beitritts im Verhältnis ihrer Kapitalkonten I am Gesamtergebnis der Investmentgesellschaft partizipieren.
- (2) Scheidet ein Anleger nach §§ 19, 20, 22 während eines Geschäftsjahres aus, so nimmt er am Ergebnis dieses Geschäftsjahres nicht mehr teil. Am Ergebnis der bei seinem Ausscheiden noch schwebenden Geschäfte ist er ebenfalls nicht mehr beteiligt. Entsprechendes gilt für ausscheidende Erben oder Vermächtnisnehmer sowie für die Treuhänderin mit ihrer für eigene Rechnung gehaltenen Einlage.
- (3) Die vorstehenden Regelungen gelten entsprechend bei der Zuweisung des Ergebnisses der Liquidation der Investmentgesellschaft.

§ 14 SONDERVERGÜTUNGEN

- (1) Die Komplementärin erhält für die Übernahme der persönlichen Haftung und für die Geschäftsführung eine jährliche Vergütung entsprechend § 7 Ziffer 3 der Anlagebedingungen.

§ 16 AUSSCHÜTTUNGEN

- (1) Vorbehaltlich der übrigen Regelungen dieses § 16 entscheidet die Komplementärin über die Ausschüttung freier Liquidität an die Gesellschafter nach freiem Ermessen.
- (2) Aus der Investitionstätigkeit der Investmentgesellschaft erzielte Liquidität ist vorbehaltlich des Satzes 2, soweit sie nicht für die Erfüllung von Zahlungsverpflichtungen, insbesondere auch für eventuelle Zahlungsverpflichtungen der Investmentgesellschaft in Bezug auf die Investments oder zur Rückführung von Zwischen- oder anderen Fremdfinanzierungen benötigt wird, nach Bildung einer angemessenen Liquiditätsreserve zur Sicherstellung einer ordnungsgemäßen Geschäftsführung an die Gesellschafter auszuschütten. Die Investmentgesellschaft schüttet die Liquidität nicht aus, wenn die Liquidität zu zulässigen Reinvestitionen i. S. d. § 8 der Anlagebedingungen verwendet wird. Von der Ausschüttung freier Liquidität kann zudem abgesehen werden, wenn der zur Ausschüttung zur Verfügung stehende Betrag nicht mindestens 5 % des Kommanditkapitals der Investmentgesellschaft beträgt.
- (3) Ausschüttungen erfolgen im Verhältnis der jeweiligen Kapitalkonten I ggf. einmal jährlich, letztmals vor der handelsrechtlichen Vollbeendigung der Investmentgesellschaft. Der Komplementärin bleibt es unbenommen, nach eigenem Ermessen eine Ausschüttung zu einem anderen Zeitpunkt zu beschließen.
- (4) Die Gesellschafter haben auch dann Anspruch auf Ausschüttungen nach Maßgabe der vorstehenden Absätze, wenn ihre Einlage durch Verluste gemindert ist. Eine Ausschüttung, durch die der Saldo der Kapitalkonten eines Gesellschafters unter den Betrag der für ihn (Direktkommanditist bzw. Treuhänderin mit ihrer für eigene Rechnung gehaltenen Einlage) bzw. der für die Treuhänderin für seine Rechnung (Treugeber) im Handelsregister eingetragenen Haftsumme gemindert wird, darf nur mit Zustimmung des betroffenen Gesellschafters erfolgen. Vor der Zustimmung ist ein Gesellschafter darauf hinzuweisen, dass er den Gläubigern der Investmentgesellschaft nun – bei Rückgewähr seiner Einlage – unmittelbar haftet. Zahlungen werden nur auf ein Konto eines Kredit- oder Finanzinstituts mit Sitz in einem Mitgliedstaat der Europäischen Union geleistet, bei dem der Gesellschafter (Mit-)Inhaber ist, wobei hiervon Ausnahmen in den Fällen beispielsweise der Testamentsvollstreckung, der Nachlassverwaltung oder der Insolvenzverwaltung möglich sind.
- (5) Sämtliche Zahlungen (z. B. Ausschüttungs-, Abfindungs- oder Schlusszahlungen), die an Gesellschafter oder sonstige Berechtigte z. B. auf Auslandskonten oder Fremdwährungskonten geleistet werden, werden unter Abzug sämtlicher Gebühren zulasten des Empfängers geleistet.
- (6) Ausschüttungen erfolgen in Euro.

- (7) Soweit durch die Investmentgesellschaft oder einen Dritten auf den Betrag der Ausschüttung aufgrund zwingender gesetzlicher Regelungen Quellensteuer oder sonstige Abgaben einzubehalten sind, schüttet die Investmentgesellschaft den nach Abzug der Quellensteuer oder sonstigen Abgaben sowie damit jeweils zusammenhängenden Kosten verbleibenden Betrag an die Gesellschafter aus.
- (8) Hat ein Anleger keine, keine vollständigen, nicht fristgerechte oder nicht zutreffende Angaben in Bezug auf die nach dem Gesetz über das Aufspüren von Gewinnen aus schweren Straftaten („GwG“) durch die Komplementärin, die Treuhänderin und die Verwaltungsgesellschaft zu erfüllenden Sorgfaltspflichten gemacht, ist die Komplementärin berechtigt, die Ausschüttung nicht vorzunehmen, solange der betreffende Anleger die notwendigen Angaben nicht nachgeholt hat. Holt der betreffende Anleger die notwendigen Angaben endgültig nicht nach, wird keine Ausschüttung an ihn erfolgen.

IV. VERLUST DER GESELLSCHAFTERSTELLUNG**§ 17 ÜBERTRAGUNG, BELASTUNG, ABTRETUNG UND UMWANDLUNG VON BETEILIGUNGSRECHTEN**

- (1) Die Beteiligung eines Direktkommanditisten oder Treugebers an der Investmentgesellschaft darf nur mit schuldrechtlicher und dinglicher Wirkung zum 01.01. eines Jahres – mit Ausnahme der Fälle des § 18 – ganz oder teilweise an einen Dritten übertragen werden, sofern dieser Dritte in sämtliche Rechte und Pflichten des ausscheidenden Anlegers aus dem Gesellschaftsvertrag und ggf. aus dem Treuhandvertrag sowie der Beitrittserklärung eintritt. Der Erwerber kann die Beteiligungsart entsprechend Ziffer (6) – mit Ausnahme der Ankündigungsfrist von acht Wochen – unter Beachtung von Ziffer (3) umwandeln. Der Übertragungsvertrag bedarf zu seiner Wirksamkeit der schriftlichen Zustimmung der Komplementärin, die diese in ihrem freien Ermessen erteilen oder ablehnen kann. Hierzu ist der Komplementärin die Übertragung unter Vorlage des Übertragungsvertrages im Sinne der Ziffer (12) unverzüglich schriftlich anzuzeigen (nachfolgend „Anzeige“). Erfolgt der Zugang der Anzeige nach dem 15.11. eines Jahres, kann die schuldrechtliche und dingliche Wirkung der Übertragung – mit Ausnahme der Fälle des § 18 – grundsätzlich erst zum 01.01. des übernächsten Jahres eintreten. Erfolgt die Zustimmung oder die Ablehnung durch die Komplementärin nicht innerhalb von vier Wochen nach Zugang der Anzeige, gilt die Zustimmung als erteilt. Eine Belastung der Beteiligung oder der damit verbundenen Rechte (z. B. Nießbrauch, insbesondere auch bezüglich des Ausschüttungsanspruchs) ebenso wie die Abtretung oder Sicherungsabtretung solcher Rechte ist – mit Ausnahme einer Verpfändung – unzulässig. Eine Verpfändung ist der Komplementärin unter Vorlage des entsprechenden Vertrages unverzüglich schriftlich anzuzeigen, die vorstehenden Sätze 3 und 6 dieser Ziffer (1) gelten entsprechend.

- (2) Eine Übertragung ist – auch ohne ausdrückliche Ablehnung durch die Komplementärin – unzulässig und damit unwirksam, wenn der Erwerber nicht die in § 5 genannten Voraussetzungen einer Beteiligung an der Investmentgesellschaft erfüllt oder hierdurch eine Kommandit- oder Treugeberbeteiligung entstehen sollte, die bezogen auf das Kapitalkonto I 20.000 EUR unterschreitet oder nicht durch 1.000 glatt teilbar ist. Die Komplementärin ist nach freiem Ermessen berechtigt, eine Unterschreitung der 20.000 EUR im Einzelfall sowie Ausnahmen entsprechend § 5 (2) und (4) – unter Berücksichtigung ihrer geldwäscherechtlichen Verpflichtungen – zuzulassen.
- (3) Soll der Erwerber als Direktkommanditist ins Handelsregister eingetragen werden, ist die – ggf. gemäß Ziffer (1) Satz 6 als erteilt geltende – Zustimmung der Komplementärin zur Übertragung aufschiebend bedingt durch die Vorlage einer – von ihm und auf seine Kosten einzuholenden – Handelsregistervollmacht, die den Anforderungen der nachstehenden Ziffer (7) entspricht. Die Handelsregistervollmacht ist bei der Treuhänderin oder einem von ihr beauftragten Dritten spätestens innerhalb einer Frist von acht Wochen einzureichen, nachdem der Erwerber durch die Treuhänderin schriftlich zur Vorlage der Handelsregistervollmacht aufgefordert worden ist. Sollte die Handelsregistervollmacht nicht entsprechend den vorgenannten Bestimmungen eingereicht werden, besteht Einvernehmen darüber, dass das Gesellschaftsverhältnis als Treugeberbeteiligung mit dem Erwerber unter Zugrundelegung der Vorschriften des übernommenen bzw. eines gleichzeitig abgeschlossenen Treuhandvertrages sowie dieses Gesellschaftsvertrages fortgeführt bzw. geführt wird, sofern die Komplementärin nicht von ihrem Recht gemäß § 20 (1) c) Gebrauch macht. Die im Handelsregister für einen Direktkommanditisten einzutragende Haftsumme lautet auf Euro und beträgt 1 % seiner Einlage.
- (4) Die Erteilung der Zustimmung durch die Komplementärin setzt im Falle einer (anteiligen) Übertragung einer Treugeberbeteiligung außerdem voraus, dass der/die Erwerber je einen Treuhandvertrag mit der Treuhänderin schließt/schließen, der dem Treuhandvertrag zwischen dem Übertragenden und der Treuhänderin entspricht, es sei denn, der Erwerber wandelt die Beteiligung in eine Direktbeteiligung um.
- (5) Die Kapitalkonten werden unverändert und einheitlich bzw. bei anteiliger Übertragung wertmäßig quotall fortgeführt.
- (6) Die Treugeber können gemäß § 5 (3) des Treuhandvertrages ihre Treugeberbeteiligung in eine Beteiligung als Direktkommanditisten umwandeln. Die im Handelsregister für einen Direktkommanditisten einzutragende Haftsumme lautet auf Euro und beträgt 1 % seiner Einlage. In diesem Fall scheidet die Treuhänderin aus der Investmentgesellschaft mit dem für den betreffenden Treugeber gehaltenen Teil ihrer Einlage aus. Sofern und soweit die Treuhänderin ihre bisher für den umwandelnden Treugeber gehaltene Haftsumme nicht herabsetzt, ist der umwandelnde Treugeber ab dem Zeitpunkt seiner Eintragung im Handelsregister nicht mehr zur Freistellung der Treuhänderin gemäß § 4 des Treuhandvertrages verpflichtet, sofern der Anspruch nicht bereits vor seiner Eintragung als Direktkommanditist im Handelsregister entstanden ist. Direktkommanditisten können ihre Beteiligungen durch Abschluss eines Treuhandvertrages in seiner jeweils aktuellen Fassung mit der Treuhänderin in eine Treugeberbeteiligung (zurück-)umwandeln, sofern sie das schriftlich bei der Komplementärin acht Wochen vor der geplanten Umwandlung geltend machen. Die Achtwochenfrist beginnt mit dem Zugang des Schreibens bei der Komplementärin. In diesem Fall erhöht sich die Einlage der Treuhänderin um die Einlage des umwandelnden Direktkommanditisten. Dieser stellt ab wirksamer Begründung des Treuhandverhältnisses die Treuhänderin gemäß § 4 des Treuhandvertrages frei.
- (7) Der jeweils eintretende/umwandelnde Anleger hat der Komplementärin oder einem von ihr beauftragten Dritten jeweils für die nach den deutschen gesetzlichen Vorschriften vorzunehmenden Anmeldungen zum zuständigen Handelsregister in notariell beglaubigter Form – ggf. i. V. m. einer Apostille – eine auf die Komplementärin oder einen von ihr beauftragten Dritten lautende Handelsregistervollmacht mit der Berechtigung zur Untervollmachtserteilung und unter der Befreiung von den Beschränkungen des § 181 BGB zu erteilen, die für die Dauer der Beteiligung an der Investmentgesellschaft besteht, unwiderruflich ist und über den Tod hinaus gilt. Sie hat insbesondere auch für Kapitalerhöhungen und Kapitalreduzierungen und für die Beendigung der Beteiligung, auch für die vorzeitige Beendigung, insbesondere wegen Insolvenz oder vergleichbarer Verfahren nach ausländischen Rechtsordnungen, zu gelten.
- (8) Die Komplementärin ist für sämtliche vorgenannten Fälle unwiderruflich bevollmächtigt, die Zustimmung im Namen aller anderen Gesellschafter zu erklären.
- (9) Ab dem Zeitpunkt der Zustimmung der Komplementärin zur Übertragung bzw. ab dem in Ziffer (1) Satz 6 bestimmten Zeitpunkt nimmt die Investmentgesellschaft sämtliche Zahlungen (insbesondere Ausschüttungen) – unabhängig vom Zeitpunkt ihres Entstehens oder ihrer Fälligkeit – nur noch an den Erwerber vor, soweit der übertragende Anleger und der Erwerber keine abweichende Vereinbarung getroffen haben, der die Komplementärin und ggf. die Treuhänderin zugestimmt haben. Die Zahlungen an den Erwerber erfolgen dementsprechend mit schuldbefreiender Wirkung gegenüber dem übertragenden Anleger und dem Erwerber.
- (10) Die Kosten für die Handelsregistervollmacht trägt der jeweils eintretende/umwandelnde Anleger. Die durch die Eintragung des Anlegers im Handelsregister verursachten Kosten und Aufwendungen bei Notar und Gericht zzgl. ggf. anfallender Umsatzsteuer in gesetzlicher Höhe hat der Anleger der Investmentgesellschaft bzw. einem von ihr beauftragten Dritten bei Rechnungsstellung zu erstatten.

- (11) Die Treuhänderin ist berechtigt, ihre auf eigene Rechnung gehaltene Beteiligung an der Investmentgesellschaft auf eine andere Gesellschaft der Wealthcap Gruppe zu übertragen, ohne dass es eines Gesellschafterbeschlusses oder der Zustimmung der Komplementärin bedarf. Die Übertragung an einen Dritten bedarf der Zustimmung der Komplementärin gemäß Ziffer (1).
- (12) Sofern ein Direktkommanditist oder Treugeber (nachfolgend in dieser Ziffer (12) „übertragungswilliger Gesellschafter“ genannt) einen Vertrag über die (ganz oder teilweise) Übertragung seiner Beteiligung an der Investmentgesellschaft schließt (nachfolgend „Übertragungsvertrag“ genannt), steht einer Gesellschaft, (i) an der die Wealth Management Capital Holding GmbH unmittelbar oder mittelbar mehrheitlich beteiligt ist und (ii) welche von der Komplementärin benannt wird („nachfolgend „Vorkaufsberechtigte““), ein Vorkaufsrecht nach Maßgabe dieser Ziffer (12) zu. Das Vorkaufsrecht besteht nicht, sofern der übertragungswillige Gesellschafter (i) einen Übertragungsvertrag mit seinen Abkömmlingen (i. S. d. § 1924 BGB), seinen Eltern und deren Abkömmlingen (i. S. d. § 1925 BGB) oder seinem Ehegatten (i. S. d. § 1931 BGB) schließt oder (ii) seine Beteiligung ganz oder teilweise mittels eines Erbvertrages i. S. d. §§ 2274 BGB überträgt, oder (iii) die Übertragung eine Schenkung (i. S. d. § 516 BGB) darstellt.

Der übertragungswillige Gesellschafter ist verpflichtet, der Komplementärin die Übertragung seiner Beteiligung an der Investmentgesellschaft unter Übersendung des Übertragungsvertrages sowie Angabe seiner aktuellen Anschrift unverzüglich schriftlich anzuzeigen (nachfolgend „Übertragungsmitteilung“ genannt). Die Vorkaufsberechtigte wird dem übertragungswilligen Gesellschafter innerhalb von vier Wochen nach Zugang der Übertragungsmitteilung an die in dieser genannten Anschrift schriftlich mitteilen, dass sie als Vorkaufsberechtigte benannt wurde und ob sie ihr Vorkaufsrecht ausübt oder darauf verzichtet. Das Vorkaufsrecht kann nur hinsichtlich der gesamten zu übertragenden (Teil-)Beteiligung ausgeübt werden. Übt die Vorkaufsberechtigte das Vorkaufsrecht fristgemäß aus, kommt zwischen ihr und dem übertragungswilligen Gesellschafter ein Kaufvertrag gemäß den Bedingungen des Übertragungsvertrages zustande. Eine nicht fristgerechte Ausübung des Vorkaufsrechts sowie die Erteilung der Zustimmung nach Ziffer (1) gilt als Verzicht auf das Vorkaufsrecht.

Das Vorkaufsrecht entfällt, wenn zum Zeitpunkt der Ausübung des Vorkaufsrechts § 5 (3) lit. a) und b) analog auf die Vorkaufsberechtigte Anwendung findet. § 471 BGB bleibt unberührt.

Die Übertragung der Beteiligung auf die Vorkaufsberechtigte gemäß dieser Ziffer (12) ist zustimmungsfrei; Ziffern (1) und (2) finden somit keine Anwendung auf den Fall der Ausübung des Vorkaufsrechts.

§ 18 TOD EINES DIREKTKOMMANDITISTEN/TREUGEBERS

- (1) Verstirbt ein Direktkommanditist, so geht seine Kommanditbeteiligung mit allen Rechten und Pflichten auf seine Erben in Höhe der jeweiligen Erbquote und ggf. dann auf seine Vermächtnisnehmer über, soweit diese nicht entsprechend § 20 aus der Investmentgesellschaft ausgeschlossen werden. Der Gesellschaftsvertrag wird mit den nicht ausgeschlossenen Erben oder Vermächtnisnehmern unverändert fortgesetzt. Die Erben bzw. Vermächtnisnehmer können in diesem Zusammenhang mit Zustimmung der Komplementärin und der Treuhänderin die Direktbeteiligung in eine Treugeberbeteiligung umwandeln. § 17 (6) gilt – mit Ausnahme der Ankündigungsfrist von acht Wochen – entsprechend.
- (2) Verstirbt ein Treugeber, so gehen seine Rechte und Pflichten aus dem Treuhandvertrag und dem Gesellschaftsvertrag und damit sein Anteil an der von der Treuhänderin treuhänderisch gehaltenen Kommanditbeteiligung auf seine Erben als Ganzes und ggf. dann auf seine Vermächtnisnehmer über, soweit diese nicht entsprechend § 20 aus der Investmentgesellschaft ausgeschlossen werden. Der Treuhandvertrag und der Gesellschaftsvertrag werden mit den nicht ausgeschlossenen Erben oder Vermächtnisnehmern fortgesetzt. Die Erben bzw. Vermächtnisnehmer können in diesem Zusammenhang mit Zustimmung der Komplementärin und der Treuhänderin die Treugeberbeteiligung in eine Direktbeteiligung umwandeln. § 17 (6) dieses Gesellschaftsvertrages i. V. m. § 5 (3) des Treuhandvertrages gilt – mit Ausnahme der Ankündigungsfrist von acht Wochen – entsprechend.
- (3) Die Erben und Vermächtnisnehmer eines Direktkommanditisten haben der Komplementärin oder einem von ihr beauftragten Dritten einen Erbschein oder einen sonst zum Beleg der Rechtsänderung beim Registergericht hinreichenden Nachweis, insbesondere gemäß § 12 Abs. 1 Satz 4 HGB i. V. m. § 35 Grundbuchordnung („GBO“), im Original oder in öffentlich beglaubigter Ausfertigung, bei Testamenten alternativ auch in öffentlich beglaubigter Abschrift, die zum Zeitpunkt der Handelsregisteranmeldung nicht älter als vier Wochen sein darf, sowie die erforderlichen Handelsregistervollmachten (vgl. § 17 (7)) vorzulegen. Sofern ein Erbe oder ein Vermächtnisnehmer – auch nach Aufforderung durch die Komplementärin oder der Treuhänderin – die Handelsregistervollmacht nicht vorlegt, wird seine Beteiligung als Treugeberbeteiligung unter Zugrundelegung der Vorschriften des gleichzeitig abgeschlossenen Treuhandvertrages sowie dieses Gesellschaftsvertrages fortgeführt, sofern die Komplementärin nicht von ihrem Recht gemäß § 20 (1) c) Gebrauch macht.
- (4) Die Erben und Vermächtnisnehmer eines Treugebers haben der Komplementärin oder der Treuhänderin oder einem von ihnen beauftragten Dritten einen Erbschein oder einen sonst zum Beleg der Rechtsänderung hinreichenden Nachweis, insbesondere gemäß § 35 GBO, im Original oder in

einer sonstigen von der Komplementärin, der Treuhänderin oder dem Dritten geforderten Form vorzulegen.

- (5) Geht eine Beteiligung gemäß Ziffer (1) oder (2) auf mehrere Personen über, so sind diese im Falle von Ziffer (1) berechtigt bzw. im Falle von Ziffer (2) verpflichtet, einen gemeinsamen Bevollmächtigten, der auch Zahlungen für alle Berechtigten entgegennimmt und leistet, für die Ausübung ihrer Rechte und Pflichten aus der Beteiligung zu bestellen. Die Ausübung der Rechte und Pflichten aus der Beteiligung eines verstorbenen Anlegers durch einen Testamentsvollstrecker ist zulässig. Bis zum Nachweis der Bestellung des Bevollmächtigten – soweit eine Verpflichtung nach Satz 1 dieser Ziffer (5) besteht – bzw. Testamentsvollstreckers ruhen mit Ausnahme der Ergebnisbeteiligung gemäß § 15 alle Rechte aus der Beteiligung an der Investmentgesellschaft. Ausschüttungen sind nur an den gemeinsamen Bevollmächtigten bzw. Testamentsvollstrecker vorzunehmen.
- (6) Sofern im Falle von Ziffer (2) durch Zahl und Quote der Erben oder Vermächtnisnehmer für jeden einzelnen von ihnen die Mindesteinlage von 20.000 EUR unterschritten wird oder die Teilbarkeit durch 1.000 glatt nicht eingehalten werden kann, sind diese verpflichtet, sich derart auseinanderzusetzen, dass die Maßgabe des § 7 (1) – der Ausgabeaufschlag bleibt außer Betracht – für diejenigen erfüllt ist, welche die Beteiligung ganz oder teilweise übernehmen. Diese Auseinandersetzung hat bis spätestens ein Jahr nach dem Tod des Erblassers – vorbehaltlich einer Fristverlängerung durch die Komplementärin – zu erfolgen und ist ihr schriftlich anzuzeigen. Die Komplementärin ist nach freiem Ermessen berechtigt, eine Unterschreitung der 20.000 EUR sowie der Teilbarkeit durch 1.000 ohne Rest im Einzelfall zuzulassen.

Im Übrigen bleibt die Möglichkeit einer Erbauseinandersetzung – auch mit Wechsel der Beteiligungsart – unbenommen, wenn die Komplementärin und die Treuhänderin zustimmen. Ziffer (1) Satz 3 und 4 bzw. Ziffer (2) Satz 3 und 4 gelten entsprechend.

- (7) Soweit bei einer Mehrzahl von Erben oder Vermächtnisnehmern ein oder mehrere Erben oder Vermächtnisnehmer gemäß § 20 ausgeschlossen sind, wächst deren Anteil den verbleibenden Erben oder Vermächtnisnehmern ggf. anteilig an. Soweit alle Erben/Vermächtnisnehmer gemäß § 20 ausgeschlossen sind, wird die Investmentgesellschaft mit den verbleibenden Gesellschaftern fortgesetzt. Die Regelungen des § 22 gelten entsprechend. Eine Abfindung des oder der ausgeschlossenen Erben oder Vermächtnisnehmer findet nicht statt, soweit ihr Anteil den verbleibenden Erben oder Vermächtnisnehmern angewachsen ist. Im Übrigen bleibt § 23 unberührt.
- (8) Die Komplementärin ist für sämtliche vorgenannten Fälle unwiderruflich bevollmächtigt, die Zustimmung im Namen aller anderen Gesellschafter zu erklären.

- (9) Die durch die vorgenannten Sachverhalte verursachten Kosten und Aufwendungen bei Notar und Gericht zzgl. ggf. anfallender gesetzlicher Umsatzsteuer, die für jeden einzelnen Erben oder Vermächtnisnehmer anfallen, tragen die Erben oder Vermächtnisnehmer des verstorbenen Anlegers als Gesamtschuldner.

§ 19 KÜNDIGUNG

- (1) Die ordentliche Kündigung ist ausgeschlossen.
- (2) Kündigt die Treuhänderin die Treuhandverträge gemäß § 5 (4) des Treuhandvertrages und legt damit ihre Funktion als Treuhandkommanditistin nieder, so hat sie dies den Treugebern mit einer Frist von drei Monaten zum Quartalsende anzuzeigen. In diesem Fall werden die Treuhandverträge mit einer nach dem KAGB geeigneten Gesellschaft („Ersatztreuhandkommanditistin“) fortgeführt. Die Ersatztreuhandkommanditistin wird durch die Komplementärin bestimmt und der Investmentgesellschaft als Treuhandkommanditistin beitreten und die Rechte und Pflichten der Treuhänderin übernehmen und in die Treuhandverträge mit den Treugebern eintreten, ohne dass es eines Gesellschafterbeschlusses bedarf.
- (3) Die Gesellschafter können ihr Gesellschafterverhältnis jederzeit aus wichtigem Grund mit Übergabeeinschreiben kündigen. Das Übergabeeinschreiben ist an die Komplementärin bzw. im Falle der Kündigung der Komplementärin an die Treuhänderin zu richten. Der kündigende Gesellschafter scheidet zum Zeitpunkt, zu dem dem jeweiligen Empfänger das Kündigungseinschreiben zugeht, aus der Investmentgesellschaft aus. Darüber hinaus hat der Anleger keinen Anspruch gegenüber der Investmentgesellschaft oder der Komplementärin auf Rücknahme oder Umtausch seiner Beteiligung an der Investmentgesellschaft.
- (4) Ein Gesellschafter, der sein Gesellschaftsverhältnis nach Auflösung der Investmentgesellschaft gemäß § 24 (2) kündigt, erhält keine Abfindung i. S. d. § 23 (1), sondern nimmt an der Liquidation der Investmentgesellschaft teil.

§ 20 AUSSCHLUSS EINES GESELLSCHAFTERS

- (1) Die Komplementärin ist berechtigt, einen Anleger bzw. seine Erben oder Vermächtnisnehmer bzw. einen Erwerber – ggf. auch anteilig, z.B. durch Reduzierung des Kapitalanteils – aus der Investmentgesellschaft auszuschließen, wenn
- in die Beteiligung oder in einzelne Ansprüche hieraus die Zwangsvollstreckung, auch nach ausländischem Recht, betrieben und nicht innerhalb von drei Monaten wieder aufgehoben wird oder ein Pfandrecht, auch nach ausländischem Recht, verwertet wird;
 - der Anleger seine Einlage zzgl. Ausgabeaufschlag bzw. die Raten auf seine Einlage gemäß § 7 (3) nicht, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig leistet;

- c) ein umwandelnder Treugeber gemäß § 5 (3) des Treuhandvertrages, ein Erwerber oder ein Erbe oder Vermächtnisnehmer der Treuhänderin oder einem von ihr beauftragten Dritten die Handelsregistervollmacht nicht nach Maßgabe von §§ 17 (3), (7) oder 18 (3) dieses Gesellschaftsvertrages bzw. § 5 (3) des Treuhandvertrages (Frist, Form und Umfang) auf seine Kosten erteilt;
- d) die Auseinandersetzung der Erben oder Vermächtnisnehmer gemäß § 18 (6) nicht in der dort genannten Frist bzw. nach Ablauf einer ggf. gewährten Fristverlängerung erfolgt;
- e) der Anleger dauerhaft oder zeitweilig die Voraussetzungen gemäß § 5 nicht oder nicht mehr erfüllt, er die Voraussetzungen, aufgrund derer sein Beitritt ausnahmsweise gemäß § 5 (2) oder (4) oder die Übertragung ausnahmsweise gemäß § 17 (2) Satz 2 zugelassen wurde, nicht oder nicht mehr erfüllt oder er den entsprechenden Mitteilungspflichten gemäß §§ 5 (5) und 26 (4) nicht oder nicht in der geforderten Form nachkommt. Das Gleiche gilt für Erben oder Vermächtnisnehmer gemäß § 18 (1) bzw. § 18 (2). Sofern der Ausschlussgrund im Sinne dieses lit. e) in der Person von mittelbar Beteiligten – z. B. über Kapital- oder Personengesellschaften – oder – z. B. im Falle von Stiftungen – von mittelbar Begünstigten verwirklicht ist, bezieht sich der Ausschluss auf den jeweiligen Anleger selbst, z. B. die beteiligte Kapital- oder Personengesellschaft bzw. Stiftung;
- f) der Erbe oder Vermächtnisnehmer seiner Verpflichtung aus § 18 (3) bzw. (4) zur Vorlage eines Erbscheins oder eines sonst zum Beleg der Rechtsänderung hinreichenden Nachweises nicht nachgekommen ist;
- g) die Komplementärin, die Verwaltungsgesellschaft oder die Treuhänderin die ihnen gemäß dem GwG obliegenden Pflichten nicht oder nicht ordnungsgemäß erfüllen können, weil der betreffende Anleger die nach dem GwG zu erhebenden Angaben nicht, nicht vollständig, nicht fristgerecht oder unzutreffend beibringt, oder
- h) wenn die Eröffnung eines Insolvenzverfahrens über das Vermögen des betreffenden Anlegers, Erben, Vermächtnisnehmers bzw. Erwerbers oder die Eröffnung eines entsprechenden Verfahrens nach ausländischem Recht mangels Masse abgelehnt wird.
- (2) Der Ausschluss wegen der in Ziffer (1) aufgeführten Gründe erfolgt in schriftlicher Form per Einschreiben an die betreffenden Anleger, Erwerber, Erben, Vermächtnisnehmer oder Testamentsvollstrecker, und zwar an die Adressen, welche die Betroffenen der Komplementärin oder Treuhänderin zuletzt schriftlich mitgeteilt haben. Das Ausscheiden aus der Investmentgesellschaft erfolgt mit Datum der Aufgabe des Einschreibens bei der Post.
- (3) Ein Gesellschafter kann durch Gesellschafterbeschluss gemäß § 9 (3) c) und § 9 (3) d) aus der Investmentgesellschaft ausgeschlossen werden, wenn er in grober Weise trotz schriftlicher Abmahnung seine sonstigen Verpflichtungen aus dem Gesellschaftsverhältnis verletzt und den Gesellschaftern die Fortsetzung des Gesellschaftsverhältnisses mit diesem Gesellschafter unzumutbar geworden ist. Bei der Beschlussfassung über den Ausschluss hat der betroffene Gesellschafter kein Stimmrecht. Er hat jedoch die Möglichkeit, dazu Stellung zu nehmen. Im Falle des Ausschlusses der Komplementärin gemäß § 9 (3) d) ist der betreffende Gesellschafterbeschluss nur bei Neubestellung einer anderen Komplementärin gemäß § 21 (1) wirksam. Der Ausschluss erfolgt durch schriftliche Mitteilung (per Einschreiben) des Gesellschafterbeschlusses durch die Komplementärin an die der Treuhänderin vom ausgeschlossenen Gesellschafter zuletzt schriftlich mitgeteilte Adresse. Mit Datum der Aufgabe des Einschreibens bei der Post scheidet der Betroffene aus der Investmentgesellschaft aus. Im Falle des Ausscheidens der Komplementärin teilt die Treuhänderin der bisherigen Komplementärin den Ausschluss mit.
- (4) Ein Gesellschafter bzw. seine Erben oder Vermächtnisnehmer bzw. ein Erwerber scheidet aus der Investmentgesellschaft aus, ohne dass es eines Ausschlusses durch die Komplementärin nach Ziffer (1) oder eines dahingehenden Beschlusses der Gesellschafterversammlung nach Ziffer (3) bedarf, wenn über das Vermögen des betreffenden Gesellschafters, Erben, Vermächtnisnehmers bzw. Erwerbers das Insolvenzverfahren, ein entsprechendes Verfahren nach ausländischem Recht eröffnet wird oder ein Privatgläubiger des betreffenden Gesellschafters, Erben, Vermächtnisnehmers bzw. Erwerbers das Gesellschaftsverhältnis kündigt. Teilt der entsprechend des Satzes 1 dieser Ziffer (4) aus der Investmentgesellschaft ausgeschiedene Gesellschafter bzw. seine Erben oder Vermächtnisnehmer bzw. ein Erwerber der Komplementärin den Ausschlussgrund nach Maßgabe des Satzes 1 dieser Ziffer (4) entgegen § 26 (7) nicht rechtzeitig mit, wird der Gesellschafter bzw. seine Erben oder Vermächtnisnehmer bzw. ein Erwerber bis zur Kenntnis der Komplementärin von dem Ausschlussgrund wirtschaftlich weiterhin als Gesellschafter der Investmentgesellschaft behandelt.

§ 21 AUSSCHIEDEN DER KOMPLEMENTÄRIN, DER TREUHÄNDERIN ODER EINER ERSATZTREUHANDKOMMANDITISTIN

- (1) Im Falle des Ausscheidens der Komplementärin tritt eine von der Treuhänderin benannte andere Gesellschaft mit beschränkter Haftung aus dem Bereich der Wealthcap Gruppe i. S. d. § 26 (5) dieses Gesellschaftsvertrages in die Investmentgesellschaft ein, die anstelle der Komplementärin die Stellung der persönlich haftenden Gesellschafterin zum Zeitpunkt des Ausscheidens der Komplementärin übernimmt. Die eintretende Gesellschaft übernimmt die Rechte und Pflichten der ausscheidenden Gesellschaft. Die Investmentgesellschaft wird mit der eintretenden Gesellschaft

auf Grundlage des jeweils geltenden Gesellschaftsvertrages fortgesetzt.

- (2) Die Treuhänderin oder eine Ersatztreuhandkommanditistin nach § 19 (2) scheidet ohne Beschlussfassung der Gesellschafter und ohne Ausschlussklärung mit Wirkung vom Beginn des Tages aus der Investmentgesellschaft aus, an dem in Bezug auf das Vermögen der Treuhänderin bzw. der Ersatztreuhandkommanditistin das Insolvenzverfahren eröffnet oder die Eröffnung des Insolvenzverfahrens mangels Masse abgelehnt wird.
- (3) Scheidet die Treuhänderin oder die Ersatztreuhandkommanditistin aus den in Ziffer (2) genannten Gründen oder aus anderen Gründen aus der Investmentgesellschaft aus, wird die Investmentgesellschaft mit einer anderen nach den Vorschriften des KAGB geeigneten und von der Komplementärin benannten Treuhandkommanditistin fortgesetzt, die zum Zeitpunkt des Ausscheidens der Treuhänderin bzw. der Ersatztreuhandkommanditistin in die Investmentgesellschaft eintritt und anstelle der ausscheidenden Gesellschaft ab diesem Zeitpunkt deren jeweilige Rechte und Pflichten übernimmt, einschließlich der Eintritte in die einzelnen Treuhandverträge mit sämtlichen Treugebern.
- (4) Die Komplementärin ist unwiderruflich bevollmächtigt, die Zustimmung zum Gesellschafterwechsel im Namen aller anderen Gesellschafter und zum Eintritt in die einzelnen Treuhandverträge mit sämtlichen Treugebern zu erklären.
- (5) Scheidet die Komplementärin oder die Treuhandkommanditistin aus der Investmentgesellschaft aus, werden die dadurch verursachten Kosten von der jeweiligen ausscheidenden Gesellschaft getragen.
- (6) Die Regelungen dieses § 21 finden keine Anwendung, wenn für die Investmentgesellschaft das Insolvenzverfahren eröffnet oder die Eröffnung des Insolvenzverfahrens mangels Masse abgelehnt wird.

§ 22 FOLGEN DES AUSSCHIEDENS

- (1) Scheidet ein Gesellschafter aus der Investmentgesellschaft aus, so wird die Investmentgesellschaft mit den verbleibenden Gesellschaftern fortgesetzt. Die Komplementärin ist vorbehaltlich abweichender Regelungen in § 21 dieses Gesellschaftsvertrages in diesem Fall nach freiem Ermessen berechtigt,
 - a) das Kommanditkapital um die gezeichnete Einlage (Kapitalkonto I) des ausscheidenden Gesellschafters zu reduzieren. In diesem Fall wächst der Anteil des Ausscheidenden am Gesamthandsvermögen den verbleibenden Direktkommanditisten sowie den verbleibenden Treugebern (über die Treuhänderin) an. Eine Rechtsnachfolge in die Beteiligung des ausscheidenden Gesellschafters findet nicht statt. Die Kapitalkonten des ausscheidenden Gesellschafters im Sinne von § 12 werden nicht fortgeführt. Es besteht insoweit keine Ver-

pflichtung entstandene Verluste auszugleichen; eine Nachschusspflicht ist ausgeschlossen; oder

- b) die gezeichnete Einlage (Kapitalkonto I) des ausscheidenden Gesellschafters gegen Einzahlung einer nach Maßgabe des § 23 an den ausscheidenden Gesellschafter von der Investmentgesellschaft zu leistenden Abfindung durch eine andere Gesellschaft übernehmen zu lassen. In diesem Fall führt die andere Gesellschaft die Kapitalkonten des ausscheidenden Gesellschafters gemäß § 12 als dessen Rechtsnachfolger fort.
- Entsprechendes gilt für ein anteiliges Ausscheiden eines Gesellschafters soweit sein Anteil an der Investmentgesellschaft dadurch reduziert wird.
- (2) Die Komplementärin ist von allen anderen – auch den ausscheidenden – Gesellschaftern unwiderruflich bevollmächtigt, sämtliche in Ziffer (1) genannten Maßnahmen im Namen der Investmentgesellschaft und aller anderen Gesellschafter umfassend vorzunehmen, insbesondere notwendige Zustimmungen der Investmentgesellschaft und der übrigen Gesellschafter zu erklären. Sofern ein Treugeber oder alle Erben oder Vermächtnisnehmer eines Treugebers aus der Investmentgesellschaft ausscheidet/ausscheiden, scheidet die Treuhänderin aus der Investmentgesellschaft mit dem für den betreffenden Treugeber bzw. für die betreffenden Erben oder Vermächtnisnehmer gehaltenen Teil ihres Kommanditanteils aus.
 - (3) Die durch das Ausscheiden verursachten Kosten und Aufwendungen bei Notar und Gericht zzgl. ggf. anfallender Umsatzsteuer in gesetzlicher Höhe trägt bzw. tragen – vorbehaltlich abweichender Regelungen in § 21 dieses Gesellschaftsvertrages – der ausscheidende Gesellschafter bzw. die ausscheidenden Erben oder Vermächtnisnehmer als Gesamtschuldner. Entsprechendes gilt für sonstige durch das Ausscheiden verursachten Kosten und Ausgaben in nachgewiesener Höhe, wobei diese sonstigen durch das Ausscheiden verursachten und in Rechnung gestellten Kosten und Ausgaben nicht mehr als 80 % des Anteilswertes des jeweiligen Gesellschafters betragen dürfen.

§ 23 ABFINDUNG

- (1) Scheidet ein Gesellschafter – oder ggf. sein Erbe oder Vermächtnisnehmer unter Berücksichtigung der Ziffer (3) oder ein Erwerber – gemäß § 19 (3) oder gemäß § 20 (1) a), b) Var. 2 oder Var. 3, c), d), e), h) (jeweils i.V.m. § 20 (2)), gemäß § 20 (3) oder gemäß § 20 (4) aus der Investmentgesellschaft aus, erhält er, soweit er seiner Verpflichtung zur Einlageleistung gemäß § 7 (3) bereits vollumfänglich nachgekommen ist – ansonsten anteilig – eine Abfindung in Höhe des Nettoinventarwertes seiner Beteiligung an der Investmentgesellschaft zum Zeitpunkt des Ausscheidens abzgl. der dem Anleger noch zustehenden Ausschüttungen und abzgl. der durch das Ausscheiden verursachten Kosten und Ausgaben in nachgewiesener Höhe, wobei diese sonstigen durch das Ausscheiden verursachten und in Rechnung

gestellten Kosten und Ausgaben nicht mehr als 80 % des Anteilswertes des jeweiligen Anlegers betragen dürfen (auch als „Abfindungsguthaben“ bezeichnet). Maßgeblich für die Ermittlung des Abfindungsguthabens ist grundsätzlich der Nettoinventarwert der Investmentgesellschaft, der entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen ermittelt und den Anlegern nach den Regelungen der Anlagebedingungen mitgeteilt wurde. Erhalten ein Gesellschafter, seine Erben, Vermächtnisnehmer bzw. ein Erwerber nach seinem Ausscheiden aus der Investmentgesellschaft dennoch (und somit rechtsgrundlose) Ausschüttungen von der Investmentgesellschaft, so werden diese auf das Abfindungsguthaben angerechnet.

- (2) Scheidet ein Gesellschafter gemäß § 20 (1) b) Var. 1 i.V.m. § 20 (2) oder aufgrund eines insolvenzrechtlichen Sachverhalts gemäß § 21 (2) aus, so erhält er keine Abfindung. Gleiches gilt für die Treuhänderin in dem Fall, dass sie von ihrem Recht nach § 5 (4) des Treuhandvertrages Gebrauch macht.
- (3) Scheidet ein Gesellschafter, Erbe oder Vermächtnisnehmer aufgrund von § 20 (1) f) i.V.m. § 18 (3) bzw. (4) aus der Investmentgesellschaft aus, erhält er eine Abfindung nach Maßgabe der Ziffern (1) und (5) bis (9).
- (4) Scheidet ein Gesellschafter nach § 20 (1) g) aus der Investmentgesellschaft aus, weil er nach dem GwG für die Annahme seiner Beitrittserklärung eigentlich notwendige Angaben i.S.d. § 20 (1) g) nicht (rechtzeitig) nachgereicht hat, so erhält er keine Abfindung, sondern seine bereits geleistete Einlage und den Ausgabeaufschlag zurück. In den übrigen Fällen des Ausscheidens nach § 20 (1) g) erhält er eine Abfindung nach Maßgabe der Ziffern (1) und (6) bis (9). Erben oder Vermächtnisnehmer, die nach § 20 (1) g) aus der Investmentgesellschaft ausscheiden, weil sie nach dem GwG für die Annahme der Beitrittserklärung eigentlich notwendige Angaben i.S.d. § 20 (1) g) nicht (rechtzeitig) nachgereicht haben, erhalten eine Abfindung nach Maßgabe der Ziffer (1).
- (5) Erben oder Vermächtnisnehmer, die gemäß § 20 (1) c) bis f) die Beteiligung nicht fortführen dürfen, erhalten das vorgenannte Abfindungsguthaben unter der Maßgabe des § 18 (7) nur einmal, und zwar gemeinsam. Eine Auszahlung erfolgt erst dann, wenn alle Erben oder Vermächtnisnehmer der Treuhänderin eine gemeinsame Bankverbindung schriftlich mitgeteilt haben. Die Komplementärin bzw. ein von ihr beauftragter Dritter ist jedoch berechtigt, das Abfindungsguthaben beim Amtsgericht am Sitz der Investmentgesellschaft auf Kosten der Erben bzw. Vermächtnisnehmer zu hinterlegen, sofern eine Einigung auf ein gemeinsames Konto nicht zeitnah stattfindet.
- (6) Ein Abfindungsguthaben gemäß diesem § 23 ist grundsätzlich zwölf Monate nach dem Ausscheiden zur Zahlung fällig. Soweit der Investmentgesellschaft für eine Auszahlung zu diesen Zeitpunkten zu wenig Liquidität zur Verfügung steht,

wird bereits mit dem Beitritt des jeweiligen Gesellschafters die Stundung des Abfindungsguthabens bis zu dem Zeitpunkt vereinbart, zu dem der Investmentgesellschaft eine Zahlung unter Berücksichtigung dieser Punkte möglich wird. Die Stundung setzt die Beurteilung des Abschlussprüfers voraus, dass das Liquiditätsmanagementsystem angemessen ist. Sobald dies der Fall ist, werden zur Verfügung stehende Mittel ggf. anteilig auf Gläubiger solcher Ansprüche verteilt. Das Abfindungsguthaben ist ab Fälligkeit mit dem jeweiligen Basiszinssatz (gemäß § 247 BGB) p.a. zu verzinsen; die Zinsen sind zusammen mit dem Abfindungsguthaben zu bezahlen.

- (7) Die Ermittlung eines Abfindungsguthabens hat so zu erfolgen, dass Auswirkungen über den handelsrechtlichen Jahresabschluss auf die verbleibenden Gesellschafter möglichst vermieden werden.
- (8) Sofern der ausgeschiedene Gesellschafter die maßgebende Höhe der abfindungsmindernd berücksichtigten Ausschüttungen oder der abfindungsmindernd berücksichtigten Auslagen für unzutreffend hält, ist das Abfindungsguthaben nach Maßgabe der vorstehenden Absätze für sämtliche Beteiligten verbindlich durch einen Wirtschaftsprüfer oder eine Wirtschaftsprüfungsgesellschaft zu überprüfen und ggf. neu zu ermitteln, der bzw. die von der Industrie- und Handelskammer für München und Oberbayern auf Antrag eines Beteiligten zu bestimmen ist, sofern sich die Beteiligten über dessen/deren Person nicht verständigen. Eine Überprüfung des Nettoinventarwertes der Investmentgesellschaft zum 31.12. des Vorjahres findet dabei in keinem Fall statt. Die Kosten der Überprüfung der Ermittlung des Abfindungsguthabens durch den Wirtschaftsprüfer bzw. die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft sind von der Investmentgesellschaft und dem ausgeschiedenen Gesellschafter, dessen Erben oder Vermächtnisnehmern in Ansehung der den Gesellschaftern mitgeteilten Abfindung in entsprechender Anwendung der Bestimmungen des § 91 Zivilprozessordnung zu tragen.
- (9) Ausscheidende Gesellschafter können keine Sicherstellung ihres Abfindungsguthabens verlangen. Die Komplementärin kann als höchstpersönliches gesellschaftliches Sonderrecht bei ihrem Ausscheiden Freistellung von der Forthaltung für Gesellschaftsverbindlichkeiten verlangen.

§ 24 DAUER UND AUFLÖSUNG DER INVESTMENTGESELLSCHAFT

- (1) Die Investmentgesellschaft ist für die Zeit bis zum 31.12.2031 errichtet. Die Gesellschafter können mit einer einfachen Mehrheit der abgegebenen Stimmen eine Verlängerung der Laufzeit der Investmentgesellschaft bis längstens 31.12.2037 beschließen, sofern sich die jeweilige Laufzeit eines direkt oder indirekt gehaltenen AIF i.S.d. § 1 Ziffer 2 und 3 der Anlagebedingungen über den 31.12.2031 hinaus verlängert oder soweit die Investmentgesellschaft im Rahmen der Beendigung der Beteiligung an einem solchen AIF Sachausschüttungen erhält und sie nicht sofort veräußert, sondern zunächst zulässigerweise weiter hält.

- (2) Die Investmentgesellschaft wird aufgelöst:
- a) unter den gesetzlichen Voraussetzungen, soweit in diesem Gesellschaftsvertrag nicht abweichend bestimmt;
 - b) wenn die Laufzeit der Investmentgesellschaft gemäß Ziffer (1) endet;
 - c) wenn die Gesellschafter die vorzeitige Auflösung mit einer Mehrheit von mindestens 75 % der abgegebenen Stimmen sowie mit der Zustimmung der Komplementärin gemäß § 9 (3) b) dieses Gesellschaftsvertrages beschließen;
 - d) auch ohne entsprechenden Gesellschafterbeschluss sechs Monate, nachdem die Investmentgesellschaft keine dem Gesellschaftsgegenstand entsprechenden Vermögensgegenstände mehr hält.
- (3) Bei Auflösung der Investmentgesellschaft erfolgt die Liquidation entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen. Liquidatorin ist die Verwaltungsgesellschaft. Die Liquidatorin erhält während des Liquidationszeitraums eine Vergütung entsprechend § 7 Ziffer (3) der Anlagebedingungen. Während der auf die Auflösung der Investmentgesellschaft folgenden Liquidationsphase wird als Geschäftsjahr das Kalenderjahr beibehalten.
- (4) Ein nach Berücksichtigung der Verbindlichkeiten der Investmentgesellschaft verbleibender Liquidationserlös wird an die Anleger entsprechend den Regelungen über die Beteiligung am Ergebnis sowie über die Ausschüttungen verteilt.

V. VERSCHIEDENES

§ 25 BEFREIUNG VOM SELBSTKONTRAHIERUNGSVERBOT (§ 181 BGB)

Die Komplementärin und die Treuhänderin sowie deren jeweilige Organe sind jeweils von den Beschränkungen des § 181 BGB befreit. Das gilt insbesondere auch für das Handeln im Rahmen der Beitrittserklärung sowie des Treuhandvertrages. Für Dritte, die von den in diesem § 25 genannten Personen beauftragt werden, gilt die vorstehende Regelung entsprechend.

§ 26 BETEILIGUNGSREGISTER, DATENSCHUTZ, DATENMITTEILUNG, KOMMUNIKATION AUF ELEKTRONISCHEM WEG

- (1) Mit Annahme der Beitrittserklärung wird der Anleger von der Treuhänderin in ein von dieser geführtes Register eingetragen. Dieses Register enthält Name und Anschrift sowie ggf. Telefonnummer und E-Mail-Adresse des Anlegers, die Höhe seiner Beteiligung, seine Steueransässigkeit, seinen Geburtsort, sein Geburtsland, seine Staatsangehörigkeit, das für ihn zuständige Wohnsitzfinanzamt (ggf. Betriebsstättenfinanzamt) und seine Steuernummer, Steueridentifikationsnummer, Bankverbindung, Daten des Personalausweises oder Reisepasses sowie eventuelle sonstige Angaben im unmittelbaren Zusammenhang mit der Beteili-

gung. Bei einer Beteiligung von Gesellschaften, Stiftungen, Vereinen, Gemeinschaften oder anderen Rechtsformen enthält das Register darüber hinaus u. a. den Sitz, die Vertretungsbefugnisse, Informationen zu den wirtschaftlich berechtigten Personen und eine Angabe zu den Grundlagengeschäften.

- (2) Maßgeblich für Ausschüttungen und sonstige Auszahlungen an Anleger sind die jeweils zum Zeitpunkt der Ausschüttungen oder Auszahlung in diesem Register eingetragenen Daten, soweit der Investmentgesellschaft keine anders lautenden schriftlichen Erklärungen rechtzeitig gemäß Ziffer (7) zugegangen sind. Zahlungen der Investmentgesellschaft auf Basis der gemäß Ziffer (7) maßgeblichen Anlegerdaten haben schuldbefreiende Wirkung.
- (3) Der Anleger erhält einen Auszug aus dem Register hinsichtlich der über ihn geführten Daten. Er ist berechtigt, jederzeit über die über ihn im Register geführten Daten Auskunft zu verlangen. Ein Anspruch auf Mitteilung von Daten anderer Anleger besteht lediglich im gesetzlichen Umfang. Der Komplementärin und der Treuhänderin ist es nicht gestattet, Anlegern über diesen gesetzlichen Umfang hinaus personenbezogene Daten von anderen Gesellschaftern zu übermitteln.
- (4) Der Anleger ist verpflichtet, der Investmentgesellschaft bzw. der Treuhänderin auf Anfrage alle erforderlichen Informationen und Nachweise zur Verfügung zu stellen sowie ggf. notwendige Formulare auszufüllen und Auskünfte zu erteilen, die im Zusammenhang mit dem in den USA eingeführten besonderen Quellensteuerregime (sog. FATCA, Foreign Accounts Tax Compliance Act), dem zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den USA diesbezüglich abgeschlossenen Abkommen, der sog. FATCA-Umsetzungsverordnung, einer anderweitigen Regelung für eine Vermeidung eines Quellensteuereinbehalts oder für eine Erstattung einbehaltener Steuern in den USA oder einem anderen Staat oder die zur Erfüllung gesetzlich vorgeschriebener Informationspflichten (z. B. Common Reporting Standard des OECD sowie des Finanzkonten-Informationsaustauschgesetzes) benötigt werden, sowie bei Änderungen dieser Informationen und Nachweise dies der Investmentgesellschaft, der Komplementärin oder der Treuhänderin unverzüglich schriftlich, durch Vorlage geeigneter Dokumente, mitzuteilen. Der Anleger hat davon Kenntnis und ist damit einverstanden, dass die von ihm entsprechend dieser Ziffer erteilten Informationen und zur Verfügung gestellten Nachweise durch eine der in Ziffer (6) genannten Stellen im Auftrag der Investmentgesellschaft, der Verwaltungsgesellschaft, der Treuhänderin oder einer Zweckgesellschaft während der Dauer der Investmentgesellschaft ggf. dahingehend überprüft werden, ob sich die Einordnung des Anlegers für Zwecke dieser ausländischen steuerlichen Regelungen geändert hat, und an die zuständigen nationalen sowie ggf. ausländischen Steuerbehörden unter Beachtung der geltenden datenschutzrechtlichen Bestimmungen übermittelt werden.

- (5) Der Anleger hat davon Kenntnis und ist damit einverstanden, dass im Rahmen dieses Gesellschaftsvertrages, ggf. des Treuhandvertrages und der Beitrittserklärung, erhobene personenbezogene Daten EDV-mäßig gespeichert, innerhalb der Wealthcap Gruppe im weiteren Sinne (Wealth Management Capital Holding GmbH und mit ihr verbundene Unternehmen) übermittelt und verarbeitet werden.
- (6) Der Anleger willigt ein, dass Auskünfte über die Beteiligung und die eingetragenen Daten sowie Informationen und Nachweise i.S.d. Ziffern (4) und (5) dieses § 26 von der Verwaltungsgesellschaft, der Komplementärin, der Treuhänderin, von sonstigen Unternehmen der Wealthcap Gruppe im weiteren Sinne oder mit ihr verbundenen Unternehmen nur an die Investmentgesellschaft, die Verwaltungsgesellschaft, die Treuhänderin, die Komplementärin, eine Zweckgesellschaft, an sonstige Unternehmen der Wealthcap Gruppe im weiteren Sinne oder mit ihr verbundenen Unternehmen, an eine beauftragte Verwahrstelle, an die zuständigen inländischen und ggf. ausländischen Finanz- und Aufsichtsbehörden, an zur Einbehaltung und Abführung von Quellensteuern berechnete und verpflichtete (ausländische) Stellen, an Kreditgeber (sofern vorhanden) oder an zur Verschwiegenheit verpflichtete Anwälte, Wirtschaftsprüfer und Berater der Investmentgesellschaft weitergegeben werden dürfen, soweit es für die Erfüllung von inländischen und/oder ausländischen gesetzlichen Verpflichtungen, von Verpflichtungen aus diesem Gesellschaftsvertrag, aus dem Treuhandvertrag und sonstigen Verträgen, darüber hinausgehende administrative Aufgaben oder zur Erbringung von Serviceleistungen für die Anleger (z. B. Beantragung einer ausländischen Steuernummer) erforderlich oder zweckdienlich ist.

Sofern die Empfänger der Auskünfte nicht von Gesetzes wegen zur Verschwiegenheit verpflichtet sind, haben die Daten weitergebenden Unternehmen sicherzustellen, dass die Auskünfte von den Empfängern ebenfalls vertraulich behandelt werden.

Von diesen Regelungen unberührt bleiben gesetzliche Vorgaben.

- (7) Der Anleger ist verpflichtet, etwaige Änderungen der in Ziffer (1) und Ziffer (4) dieses § 26 genannten Daten – sowie die Tatsache, dass über sein Vermögen das Insolvenzverfahren oder ein entsprechendes Verfahren nach ausländischem Recht eröffnet worden ist oder die Eröffnung dieses Verfahrens mangels Masse abgelehnt wurde – der Komplementärin oder der Treuhänderin unverzüglich schriftlich mitzuteilen. Die Änderungen sind darüber hinaus durch geeignete (ggf. nach Vorgabe der Komplementärin oder der Treuhänderin) und aktuelle (nicht älter als vier Wochen) Unterlagen (z. B. Handelsregisterauszug, Bestätigung des Steuerberaters, bankbestätigte Kopie) unverzüglich nachzuweisen. Sollte ein Anleger dieser Pflicht nicht, nicht fristgemäß oder nicht ordnungsgemäß nachkommen, kann die Komplementärin etwaige Kosten und Schäden, die der

Investmentgesellschaft im Zusammenhang mit dieser Pflichtverletzung des Anlegers entstehen, dem entsprechenden Anleger in Rechnung stellen. Die Änderung von Kontodaten für die Ausschüttung der Investmentgesellschaft muss der Komplementärin oder Treuhänderin mindestens zwei Wochen vor dem jeweiligen Ausschüttungstermin zugegangen sein, um berücksichtigt werden zu können.

- (8) Maßgebend für jeglichen Postversand an den Anleger, der sein Gesellschaftsverhältnis betrifft, und zwar unabhängig davon, ob dieser von der Investmentgesellschaft, der Komplementärin, der Verwaltungsgesellschaft, der Treuhänderin oder einem Geschäftsbesorgungsbeauftragten durchgeführt wird, ist immer die durch ihn zuletzt schriftlich mitgeteilte Adresse. Das gilt ebenso für Bevollmächtigte, Testamentsvollstrecker, Erwerber, Erben und Vermächtnisnehmer. Dies erfasst insbesondere auch den Versand von Jahresberichten, Aufforderungen zur Stimmabgabe im schriftlichen Umlaufverfahren, Ladungen zur Gesellschafterversammlung, Mitteilungen von Gesellschafterbeschlüssen, steuerlichen Ergebnissen sowie Kündigungs- oder Ausschlusschreiben. Der Versand von Jahresberichten, die Aufforderung zur Stimmabgabe im schriftlichen Umlaufverfahren, die Ladungen zur Gesellschafterversammlung, die Abstimmung bei Gesellschafterversammlungen sowie weitere Korrespondenz kann auch auf elektronischem Weg erfolgen, soweit der Anleger dem zustimmt und nicht im Gesellschaftsvertrag oder im Treuhandvertrag eine andere Form zwingend vorgegeben ist. Die Verwaltungsgesellschaft, die Komplementärin und die Treuhänderin entscheiden nach eigenem Ermessen über die konkrete technische Umsetzung, z. B. durch E-Mail-Information an die zuletzt benannte E-Mail-Adresse über die passwortgeschützte Hinterlegung der jeweiligen Unterlagen im Internet. Für die Berechnung von Fristen steht der Tag, an dem die E-Mail-Information über die Hinterlegung von Unterlagen im Internet versandt wird, dem Datum des Schreibens (bzw. Aufgabe eines Einschreibens bei der Post) beim Versand von schriftlichen Unterlagen gleich. Die Teilnahme an der Korrespondenz auf elektronischem Weg setzt die vorherige schriftliche und jederzeit widerrufbare Zustimmung des Anlegers voraus. Anleger, die nicht an der Korrespondenz auf elektronischem Weg teilnehmen, können mit von Dritten in Rechnung gestellten Kosten für den Druck und den Versand der jeweiligen Korrespondenz in Papierform belastet werden.

§ 27 SCHLICHTUNGSVEREINBARUNG/OMBUDSVERFAHREN

- (1) Die Anleger sind berechtigt, bei Streitigkeiten aus oder im Zusammenhang mit dem Gesellschaftsvertrag und dem damit begründeten Gesellschafterverhältnis sowie aus oder im Zusammenhang mit dem Treuhandvertrag eine nach dem Verbraucherstreitbeilegungsgesetz anerkannte private Verbraucherschlichtungsstelle anzurufen und gegen die Investmentgesellschaft oder die Treuhänderin ein Schlichtungsverfahren einzuleiten. Die Investmentgesellschaft und die Treuhänderin haben sich derzeit der Verfahrensordnung

der Ombudsstelle für Sachwerte und Investmentvermögen e.V. unterstellt und nehmen an deren Streitbelegungsverfahren teil. Aufgrund der Zuständigkeit einer anerkannten privaten Verbraucherschlichtungsstelle für Schlichtungsverfahren im Zusammenhang mit der Investmentgesellschaft ist die Schlichtungsstelle der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht als behördliche Verbraucherschlichtungsstelle nicht mehr zuständig für Streitschlichtungen im Zusammenhang mit der Investmentgesellschaft (vgl. § 14 Abs. 1 Satz 3 Unterlassungsklagegesetz). Im Übrigen bleiben die Rechte des Anlegers nach § 342 KAGB unberührt.

- (2) Das Schlichtungsverfahren richtet sich nach den jeweils geltenden Regelungen der Verfahrensordnung Ombudsstelle für Sachwerte und Investmentvermögen e.V. (Postfach: 640222, 10048 Berlin, www.ombudsstelle.com). Die Investmentgesellschaft und die Treuhänderin sind jederzeit berechtigt, sich einer gleichwertigen Verfahrensordnung einer anderen nach dem Verbraucherstreitbeilegungsgesetz anerkannten privaten Verbraucherschlichtungsstelle zu unterstellen und gleichzeitig aus dem Geltungsbereich der Verfahrensordnung der Ombudsstelle für Sachwerte und Investmentvermögen e.V. auszuschneiden. Die Investmentgesellschaft und die Treuhänderin werden die Anleger über einen solchen Wechsel unverzüglich informieren.
- (3) Sieht die Verfahrensordnung der jeweiligen Schlichtungsstelle einen Ausschluss bestimmter Anleger oder Anlegergruppen vom Schlichtungsverfahren vor, kann der betroffene Anleger nicht verlangen, dass sich die Investmentgesellschaft oder die Treuhänderin einem anderen Schlichtungsverfahren unterstellen. Geht eine Beteiligung an der Investmentgesellschaft als Direktkommanditist oder als Treugeber im Wege der Sonderrechtsnachfolge auf einen neuen Anleger über, so gelten die Regelungen dieser Schlichtungsvereinbarung auch für den neuen Anleger. Ein ausscheidender Gesellschafter soll seinen Rechtsnachfolger auf das Bestehen dieser Regelung hinweisen.
- (4) Anleger, die ihre Beteiligung an der Investmentgesellschaft im Rahmen eines Onlinevertrages im Sinne der Verordnung (EU) Nr. 524/2013 begründet haben, können zur außergerichtlichen Streitbeilegung auch die von der Europäischen Kommission eingerichtete Plattform für die außergerichtliche Online-Streitbeilegung (sog. „OS-Plattform“) nutzen. Diese Plattform kann unter www.ec.europa.eu/consumers/odr aufgerufen werden. Als E-Mail-Adresse der Verwaltungsgesellschaft kann hierbei anleger@wealthcap.com angegeben werden.

§ 28 KOSTENERSTATTUNG UND VERRECHNUNG

- (1) Sofern einem Anleger gemäß § 7 (3) dieses Gesellschaftsvertrages Verzugszinsen und -schäden in Rechnung gestellt werden, bleibt ihm ausdrücklich der Nachweis gestattet, dass der Investmentgesellschaft durch seinen Verzug überhaupt kein Schaden entstanden oder der entstandene Schaden wesentlich niedriger als die geltend gemachten Verzugszinsen und -schäden ist. Für den Fall, dass die Treu-

händerin mit der Weiterleitung der von den Treugebern gezahlten Beträge an die Investmentgesellschaft in Verzug gerät, gilt die vorstehende Regelung entsprechend.

- (2) Gemäß § 7 (3) dieses Gesellschaftsvertrages geschuldete Verzugszinsen und -schäden sowie nach Maßgabe dieses Gesellschaftsvertrages einem Anleger, Erben oder Vermächtnisnehmer in Rechnung gestellte Kosten, Ausgaben und Aufwendungen sowie rückständige Einlagen und Ausgabeaufschläge können mit Ansprüchen des Anlegers, Erben oder Vermächtnisnehmers, z. B. auf Entnahmen (Ausüttungen) oder Erhalt eines Abfindungsguthabens, verrechnet werden.

§ 29 SCHLUSSBESTIMMUNGEN

- (1) Falls einzelne Bestimmungen dieses Gesellschaftsvertrages ganz oder teilweise unwirksam oder undurchführbar sind oder werden, so wird die Gültigkeit dieses Gesellschaftsvertrages im Übrigen davon nicht berührt. Anstelle der ganz oder teilweise unwirksamen oder undurchführbaren Bestimmung soll eine andere Regelung gelten, die dem angestrebten wirtschaftlichen und rechtlichen Zweck möglichst nahekommt. Entsprechendes gilt bei etwaigen Lücken dieses Gesellschaftsvertrages.
- (2) Die Komplementärin ist befugt, alle erforderlichen und zumutbaren Änderungen und Anpassungen dieses Gesellschaftsvertrages ohne Einhaltung der Regelungen der §§ 9 und 10 vorzunehmen, die notwendig sind, den gesetzlichen Anforderungen zu genügen. Dies gilt nicht für Änderungen und Anpassungen, die den Kernbereich der Gesellschafterrechte berühren. In diesem Fall sind die Gesellschafter verpflichtet, darauf hinzuwirken, den Gesellschaftsvertrag dahingehend anzupassen, dass dieser zwingendem Recht, den regulatorischen Vorgaben und/oder (Verwaltungs-) Anweisungen der BaFin sowie zuständiger Aufsichtsbehörden entsprechen. Die Komplementärin wird, soweit möglich, die Rechtsstellung der Anleger unangetastet lassen.
- (3) Ergänzungen und Änderungen dieses Gesellschaftsvertrages bedürfen der Schriftform, wobei sowohl das schriftliche Protokoll einer Gesellschafterversammlung i.S.d. § 10 (4) als auch die Stimmabgabe der Gesellschafter im schriftlichen Umlaufverfahren nach § 10 (1) per Brief, Fax oder auf elektronischem Weg dem Schriftformerfordernis genügen. Die Änderung dieser Klausel des Schriftformerfordernisses bedarf ebenfalls der schriftlichen Form.
- (4) Die Kosten dieses Gesellschaftsvertrages und seiner Durchführung trägt die Investmentgesellschaft.
- (5) Erfüllungsort für alle Verpflichtungen aus diesem Gesellschaftsvertrag ist Grünwald. Gerichtsstand ist, soweit gesetzlich zulässig, München. Hat der Gesellschafter im Inland keinen allgemeinen Gerichtsstand, so ist nicht ausschließlicher Gerichtsstand ebenfalls München. Es gilt das Recht der Bundesrepublik Deutschland.

Grünwald, 05.01.2018

Christian Kümmerling Geschäftsführer	Alfred Gangkofner Geschäftsführer
---	--------------------------------------

Wealthcap Private Equity 21 Komplementär GmbH
als Komplementärin

München, 05.01.2018

Dr. Rainer Krütten Geschäftsführer	Gabriele Volz Geschäftsführer
---------------------------------------	----------------------------------

Wealthcap Kapitalverwaltungsgesellschaft mbH
in ihrer Funktion als Treuhänderin

XIV. Treuhandvertrag

Wealthcap Fondsportfolio Private Equity 21 GmbH & Co. geschlossene Investment KG

§ 1 TREUHANDVERTRAG

- (1) Dieser Treuhandvertrag kommt mit dem Zugang der durch die Wealthcap Kapitalverwaltungsgesellschaft mbH (nachfolgend „Treuhanderin“ genannt) in ihrer Funktion als Treuhandkommanditistin erfolgten Annahme der Beitrittserklärung beim beitragswilligen Anleger (nachfolgend „Treugeber“ genannt) zur Wealthcap Fondsportfolio Private Equity 21 GmbH & Co. geschlossene Investment KG (nachfolgend „Investmentgesellschaft“ genannt) zustande. Ein Anspruch auf Abschluss des Treuhandvertrages besteht nicht.
- (2) Die Treugeber bilden keine Gesellschaft bürgerlichen Rechts.
- (3) Soweit in diesem Treuhandvertrag nichts anderes bestimmt ist, gelten die Regelungen des Gesellschaftsvertrages der Investmentgesellschaft (nachfolgend „Gesellschaftsvertrag“ genannt), der Beitrittserklärung (nachfolgend „Beitrittserklärung“ genannt) und der Anlagebedingungen der Investmentgesellschaft (nachfolgend „Anlagebedingungen“ genannt) entsprechend. Der Gesellschaftsvertrag und die Anlagebedingungen liegen dem Treugeber vor und sind Bestandteil dieses Treuhandvertrages.
- (4) Macht der Treugeber von seinem Widerrufsrecht zulässig und wirksam Gebrauch, so wird auch der Treuhandvertrag aufgelöst, ohne dass es hierfür weiterer Erklärungen oder Handlungen bedarf.

§ 2 AUFGABEN DER TREUHÄNDERIN

- (1) Der Treugeber beauftragt die Treuhänderin, sich nach Maßgabe dieses Treuhandvertrages, der Beitrittserklärung, der Anlagebedingungen und des Gesellschaftsvertrages an der Investmentgesellschaft zu beteiligen. Die Höhe des Anteils der Treuhänderin am Kommanditkapital der Investmentgesellschaft ergibt sich aus dem in der Beitrittserklärung des Treugebers genannten Zeichnungsbetrag (ohne Ausgabeaufschlag).
- (2) Die Wahrnehmung der vermögensrechtlichen Ansprüche des Treugebers aus der Beteiligung an der Investmentgesellschaft, insbesondere der Ansprüche auf Ausschüttungen und auf das Abfindungsguthaben, sowie die Ausübung der mit der Beteiligung verbundenen Stimm-, Auskunfts- und Kontrollrechte ist nicht Aufgabe der Treuhänderin. Im Innenverhältnis handelt die Treuhänderin ausschließlich im Auftrag und für Rechnung des Treugebers.
- (3) Die Treuhänderin ist berechtigt, die ihr von dem Treugeber übertragenen Aufgaben auch für die anderen Treugeber, die sie mit der Übernahme von Kommanditanteilen an der

Investmentgesellschaft beauftragt haben oder beauftragen werden, zu übernehmen sowie Treuhandaufgaben und ähnliche Aufgaben bei anderen Fondsgesellschaften und für andere Personen wahrzunehmen.

- (4) Die Treuhänderin ist mit Bestellungsvertrag zur externen Kapitalverwaltungsgesellschaft der Investmentgesellschaft bestellt worden (nachfolgend „Bestellungsvertrag“ genannt). Auf Grundlage dieser Bestellung verwaltet sie die Investmentgesellschaft unter Beachtung der Regelungen des Gesellschaftsvertrages, der Anlagebedingungen, des Bestellungsvertrages und der gesetzlichen Regelungen, insbesondere des Kapitalanlagegesetzbuches (nachfolgend „KAGB“ genannt). Soweit dieser Treuhandvertrag nichts anderes bestimmt, wird die Treuhänderin in ihrer Funktion als externe Kapitalverwaltungsgesellschaft bei der Verwaltung der Investmentgesellschaft allein gegenüber der Investmentgesellschaft tätig. Insoweit wird eine Verpflichtung gegenüber dem Treugeber durch diesen Treuhandvertrag nicht begründet. Die Treuhänderin ist durch keine Regelung des Treuhandvertrages gehindert, die Stellung als externe Kapitalverwaltungsgesellschaft und/oder als geschäftsführende Kommanditistin bei weiteren geschlossenen Investmentkommanditgesellschaften zu übernehmen bzw. auszuüben. Jede Regelung dieses Treuhandvertrages, welche die Treuhänderin an der gesetzmäßigen Erfüllung ihrer Verpflichtungen als externe Kapitalverwaltungsgesellschaft i.S.d. KAGB gegenüber der Investmentgesellschaft oder einer anderen Fondsgesellschaft hindert, ist – ohne dass es einer entsprechenden Entscheidung einer Aufsichtsbehörde oder eines Gerichts bedarf – unwirksam.

- (5) Die Treuhänderin erfüllt ihre in diesem Treuhandvertrag übernommenen Verpflichtungen unter Beachtung der Anforderungen des KAGB für die externe Verwaltung der Investmentgesellschaft. Die Treuhänderin ist zur Erbringung von Tätigkeiten nach dem Rechtsdienstleistungsgesetz weder berechtigt noch verpflichtet. Auch steht sie nicht für den vom Treugeber beabsichtigten steuerlichen oder wirtschaftlichen Erfolg der Beteiligung ein.
- (6) Die Pflichten der Treuhänderin in ihrer Funktion als externe Kapitalverwaltungsgesellschaft zur Erstellung und Überprüfung der Angaben des Verkaufsprospektes sowie der wesentlichen Anlegerinformationen i.S.d. KAGB sind nicht Gegenstand dieses Treuhandvertrages. Dies gilt auch für andere Pflichten, die von der Treuhänderin gegenüber der Investmentgesellschaft auf Basis von Dienstleistungsverträgen erbracht werden.

§ 3 TREUHANDVERMÖGEN

- (1) Die Treuhänderin hält und verwaltet das Treuhandvermögen getrennt von ihrem sonstigen Vermögen. Sämtliche Vermögensgegenstände, die sie bei der Ausführung des

Treuhandvertrages erlangt hat und die ihr nicht selbst zustehen, wird sie entsprechend diesem Treuhandvertrag an den Treugeber herausgeben. Insbesondere wird sie alle Ausschüttungen und Zuflüsse aus der Investmentgesellschaft umgehend an den Treugeber entsprechend seinem treuhänderisch gehaltenen Kommanditanteil weiterleiten, soweit der Treugeber solche Zahlungen nicht direkt von der Investmentgesellschaft erhält.

- (2) Die Treuhänderin ist berechtigt, die ihr nach der Höhe der treuhänderisch gehaltenen Beteiligung jeweils anteilig zustehenden vermögensrechtlichen Ansprüche, insbesondere Ansprüche aus der treuhänderisch gehaltenen Beteiligung auf Beteiligung am Gewinn, an Ausschüttungen und im Falle des Ausscheidens auf Zahlung eines Abfindungsguthabens bzw. im Falle der Beendigung der Investmentgesellschaft auf Beteiligung an einem Liquidationserlös, an den jeweiligen Treugeber abzutreten. Die Treuhänderin ist außerdem berechtigt, alle Ansprüche der Investmentgesellschaft ihr gegenüber durch Abtretung ihrer Ersatzansprüche gegenüber dem jeweiligen Treugeber zu erfüllen. Dies gilt nicht, soweit durch eine solche Abtretung § 152 Abs. 6 oder § 161 Abs. 4 KAGB umgangen werden würde. Sowohl die Treugeber als auch die Investmentgesellschaft nehmen aufschließend bedingt durch die Ausübung des Abtretungsrechts durch die Treuhänderin die Abtretungen hiermit an, falls die Treuhänderin von diesen Abtretungsrechten Gebrauch macht. Die Abtretungserklärung der Treuhänderin gilt gleichzeitig als Abtretungsanzeige i. S. d. § 409 Abs. 1 BGB.

§ 4 FREISTELLUNG

Soweit nach den handelsrechtlichen Vorschriften unter Beachtung der Vorschriften des KAGB für die im Auftrag des Treugebers im Handelsregister eingetragene Treuhänderin eine persönliche Haftung für die Verbindlichkeiten der Investmentgesellschaft entsteht, hat der Treugeber die Treuhänderin von dieser Haftung entsprechend seinem Anteil an der für ihn treuhänderisch gehaltenen Kommanditbeteiligung freizustellen. Dies gilt nicht, soweit durch eine solche Freistellung § 152 Abs. 6 oder § 161 Abs. 4 KAGB widersprochen würde. Sofern und sobald der Treugeber seine Treugeberbeteiligung gemäß § 17 (6) ggf. i. V. m. § 17 (1) bzw. § 18 (2) des Gesellschaftsvertrages und § 5 (3) dieses Treuhandvertrages in eine Beteiligung als Direktkommanditist umgewandelt hat und er im Handelsregister als Direktkommanditist eingetragen ist, entfällt die vorgenannte Freistellungsverpflichtung, es sei denn, der Freistellungsanspruch der Treuhänderin ist bereits vor der Eintragung des umwandelnden Treugebers im Handelsregister entstanden. Der Treugeber haftet nicht für entsprechende Verpflichtungen der anderen Treugeber gegenüber der Treuhänderin.

§ 5 LAUFZEIT UND BEENDIGUNG DES TREUHANDVERTRAGES

- (1) Der Treuhandvertrag endet ohne weiteres Zutun zu dem Zeitpunkt, zu dem die Vollbeendigung der Investmentgesellschaft im Handelsregister eingetragen wird.

- (2) Der Treuhandvertrag endet durch wirksamen Widerruf (vgl. § 1 (4) dieses Treuhandvertrages) und nach den folgenden Bestimmungen mit Ausnahme der Ziffer (4) dieses § 5 oder wenn der Treugeber nach den Regelungen des Gesellschaftsvertrages aus der Investmentgesellschaft ausscheidet.

- (3) Jeder Treugeber kann seine Beteiligung mit Zustimmung der Komplementärin der Investmentgesellschaft durch Aufhebung des Treuhandvertrages im Einvernehmen mit der Treuhänderin in eine Direktbeteiligung umwandeln, sofern er das schriftlich mit einer Frist von acht Wochen bei der Treuhänderin geltend macht und eine Handelsregistervollmacht einreicht, die den Anforderungen des § 17 (7) des Gesellschaftsvertrages entspricht. Die Handelsregistervollmacht ist bei der Treuhänderin oder einem von ihr beauftragten Dritten spätestens innerhalb einer Frist von acht Wochen einzureichen, nachdem der umwandelnde Treugeber durch die Treuhänderin schriftlich zur Vorlage der Handelsregistervollmacht aufgefordert worden ist. Die im Handelsregister für einen Direktkommanditisten einzutragende Haftsumme lautet auf Euro und beträgt 1 % seiner Einlage. Der Treugeber wird mit seiner persönlichen Eintragung in das Handelsregister unmittelbar beteiligter Kommanditist (Direktkommanditist). Das Treuhandverhältnis besteht bis zu diesem Zeitpunkt fort. Sollte die Handelsregistervollmacht nicht entsprechend den vorgenannten Bestimmungen eingereicht werden, besteht Einvernehmen zwischen dem Treugeber und der Treuhänderin, dass ihr Treuhandverhältnis unverändert zu den bisherigen Bedingungen fortgesetzt wird. Voraussetzung dafür ist jedoch, dass der Treugeber nicht gemäß § 20 (1) c) i. V. m. § 20 (2) des Gesellschaftsvertrages aus der Investmentgesellschaft ausgeschlossen wird.

- (4) Die Treuhänderin kann – ohne dass es sich um eine Umwandlung im Sinne von § 5 (3) dieses Treuhandvertrages handelt – mit einer Frist von drei Monaten zum Quartalsende den Treuhandvertrag in schriftlicher Form kündigen und als Treuhandkommanditistin ausscheiden, wenn sie zum gleichen Zeitpunkt ebenfalls aus den Treuhandverträgen mit allen anderen Treugebern ausscheidet und eine andere nach den Vorschriften des KAGB geeignete Gesellschaft als Treuhandkommanditistin durch die Komplementärin bestimmt wird, die anstelle der Treuhänderin in die einzelnen Treuhandverträge mit sämtlichen Treugebern eintritt und diese fortführt.

- (5) Das Recht zur Kündigung des Treuhandvertrages aus wichtigem Grund bleibt unberührt.

§ 6 VERGÜTUNG

Die Vergütung der Treuhänderin wird im Gesellschaftsvertrag i. V. m. den Anlagebedingungen näher geregelt und von der Investmentgesellschaft getragen.

§ 7 SCHLUSSBESTIMMUNGEN

(1) Falls einzelne Bestimmungen dieses Treuhandvertrages ganz oder teilweise unwirksam oder undurchführbar sind oder werden, so wird die Gültigkeit dieses Treuhandvertrages im Übrigen davon nicht berührt. Anstelle der ganz oder teilweise unwirksamen oder undurchführbaren Bestimmung soll eine andere Regelung gelten, die dem angestrebten wirtschaftlichen oder rechtlichen Zweck möglichst nahekommt. Entsprechendes gilt bei etwaigen Lücken dieses Treuhandvertrages.

(2) Die Treuhänderin ist befugt, alle erforderlichen und zumutbaren Änderungen und Anpassungen dieses Treuhandvertrages einseitig vorzunehmen, die notwendig sind, den Anforderungen des KAGB unter Berücksichtigung der Verwaltungsauffassung zu genügen. Dies gilt nicht für Änderungen und Anpassungen, die den Kernbereich der Treugeberrechte berühren. In diesem Fall ist der Treugeber verpflichtet, darauf hinzuwirken, den Treuhandvertrag dahingehend anzupassen, dass dieser zwingendem Recht, insbesondere den Anforderungen des KAGB, den regulatorischen Vorgaben und/oder (Verwaltungs-)Anweisungen der BaFin sowie zuständiger Aufsichtsbehörden entspricht. Die Treuhänderin wird, soweit möglich, die Rechtsstellung des Treugebers unangetastet lassen. Eine Anpassung nach dieser Ziffer (2) ist nur zulässig, wenn die einzelnen Treuhandverträge mit sämtlichen Treugebern entsprechend geändert werden.

(3) Ergänzungen und Änderungen dieses Treuhandvertrages bedürfen zu ihrer Wirksamkeit der Schriftform. Die Änderung dieser Klausel des Schriftformerfordernisses bedarf ebenfalls der schriftlichen Form.

(4) Die Kosten dieses Treuhandvertrages und seiner Durchführung trägt die Treuhänderin.

(5) Erfüllungsort für alle Verpflichtungen aus diesem Treuhandvertrag ist München. Gerichtsstand ist, soweit gesetzlich zulässig, München. Hat der Treugeber im Inland keinen allgemeinen Gerichtsstand, so ist nicht ausschließlicher Gerichtsstand ebenfalls München. Es gilt das Recht der Bundesrepublik Deutschland.

München, 05.01.2018

Dr. Rainer Krütten	Gabriele Volz
Geschäftsführer	Geschäftsführerin

Wealthcap Kapitalverwaltungsgesellschaft mbH
für die in der Beitrittserklärung genannte Person

München, 05.01.2018

Dr. Rainer Krütten	Gabriele Volz
Geschäftsführer	Geschäftsführerin

Wealthcap Kapitalverwaltungsgesellschaft mbH
als Treuhänderin

München, 05.01.2018

Dr. Rainer Krütten	Gabriele Volz
Geschäftsführer	Geschäftsführerin

Wealthcap Kapitalverwaltungsgesellschaft mbH
für die Wealthcap Fondsportfolio Private Equity 21 GmbH & Co.
geschlossene Investment KG

XV. Anhang

1. VERWALTUNGSGESELLSCHAFT

NAME UND GESCHÄFTSANSCHRIFT

Wealthcap Kapitalverwaltungsgesellschaft mbH
Am Tucherpark 16
80538 München

RECHTSFORM

Gesellschaft mit beschränkter Haftung

GRÜNDUNGSDATUM

17.06.2013

GEZEICHNETES UND EINGEZAHLTES KAPITAL

125.000 EUR

GESCHÄFTSFÜHRUNG

Dr. Rainer Krütten und Gabriele Volz

Die Mitglieder der Geschäftsführung sind insbesondere auch Geschäftsführer der Wealth Management Capital Holding GmbH, der Wealthcap Initiatoren GmbH, der Wealthcap Investorenbetreuung GmbH, der Wealthcap Investment Services GmbH, der Wealthcap Real Estate Management GmbH, der Wealthcap PEIA Management GmbH, der Wealthcap PEIA Komplementär GmbH und (ab dem 01.01.2018) der Wealthcap Leasing GmbH. Die Mitglieder der Geschäftsführung sind zudem Geschäftsführer von weiteren Objektgesellschaften der Wealthcap Gruppe und/oder Komplementärgesellschaften von Fondsgesellschaften der Wealthcap Gruppe.

AUFSICHTSRAT

Georg Rohleder, Peter Buschbeck, Andrea Umberto Varese (bis zum 31.12.2017), Ljiljana Čortan (ab dem 01.01.2018), Dr. Bernhard Brinker, Michaela Pulkert und Monika Rödl-Kastl

Die Mitglieder des Aufsichtsrats der Verwaltungsgesellschaft Georg Rohleder, Peter Buschbeck, Dr. Bernhard Brinker, Michaela Pulkert und Monika Rödl-Kastl sind gleichzeitig Mitglieder des Verwaltungsrats der Wealth Management Capital Holding GmbH. Andrea Umberto Varese ist bis zum 31.12.2017 Mitglied des Verwaltungsrats der Wealth Management Capital Holding GmbH und wird zum 01.01.2018 durch Ljiljana Čortan abgelöst. Peter Buschbeck, Andrea Umberto Varese (bis zum 31.12.2017) und Ljiljana Čortan (ab dem 01.01.2018) sind darüber hinaus auch Vorstandsmitglieder der UniCredit Bank AG, München.

Herr Georg Rohleder ist Angestellter der UniCredit Bank AG, München.

Herr Peter Buschbeck ist zudem als Aufsichtsrat der Wüstenrot & Württembergische AG, Stuttgart, tätig.

Herr Andrea Umberto Varese ist zudem im Aufsichtsrat der UniCredit Luxembourg S.A., Luxemburg und bis zum 31.12.2017 im Aufsichtsrat der HVB Immobilien AG, München, tätig.

Frau Ljiljana Čortan ist zudem im Aufsichtsrat der AO UniCredit Bank, Moskau, tätig.

Herr Dr. Bernhard Brinker ist zudem Angestellter der UniCredit Bank AG, München sowie im Aufsichtsrat der UniCredit Luxembourg S.A., Luxemburg, tätig.

Frau Michaela Pulkert ist Angestellte der UniCredit Bank AG, München, und zudem stellvertretendes Mitglied des Verwaltungsrats der LfA Förderbank Bayern, München.

Frau Monika Rödl-Kastl ist Mitglied des HVB-Frauenbeirats, München.

WEITERE VERWALTETE INVESTMENTVERMÖGEN

- Wealthcap SachWerte Portfolio 2 GmbH & Co. geschlossene Investment KG
- Wealthcap Portfolio 3 GmbH & Co. geschlossene Investment KG
- Wealthcap Private Equity 17 GmbH & Co. geschlossene Investment KG
- Wealthcap Private Equity 18 GmbH & Co. geschlossene Investment KG
- Wealthcap Private Equity 19 GmbH & Co. geschlossene Investment KG
- Wealthcap Private Equity 20 GmbH & Co. geschlossene Investment KG
- Wealthcap Immobilien Nordamerika 16 GmbH & Co. geschlossene Investment KG
- Wealthcap Immobilien Nordamerika 17 GmbH & Co. geschlossene Investment KG
- Wealthcap Immobilien Deutschland 38 GmbH & Co. geschlossene Investment KG
- Wealthcap Immobilien Deutschland 39 GmbH & Co. geschlossene Investment KG
- Wealthcap Immobilien Deutschland 40 GmbH & Co. geschlossene Investment KG
- Wealthcap Immobilien Deutschland 41 GmbH & Co. geschlossene Investment KG
- Wealthcap Fondsportfolio Private Equity 22 GmbH & Co. geschlossene Investment KG
- sowie fünf Spezial-AIF.

Die Verwaltungsgesellschaft wird diverse weitere Investmentvermögen unter Verwaltung nehmen. Eine Auflistung der weiteren von der Verwaltungsgesellschaft verwalteten Investmentvermögen ist auch unter www.wealthcap.com einsehbar.

2. VERWAHRSTELLE

State Street Bank International GmbH
Brienner Str. 59
80333 München



Wealthcap Fondsportfolio Private Equity 21
GmbH & Co. geschlossene Investment KG

Kapitalverwaltungsgesellschaft

Wealthcap Kapitalverwaltungsgesellschaft mbH

Kontakt

Am Tucherpark 16
80538 München

Telefon 0800 962 8000 (kostenfrei)
Telefon +49 89 678 205-500 (Ausland)
Telefax +49 89 678 205-555-500

E-Mail info@wealthcap.com
Internet www.wealthcap.com